



Showdown Das erste TV-Duell entscheidet über die Chancen von Bush und Kerry Seite 25

Schloss Neuwahnstein Warum Bayern ein 30-Mio.-Euro-Château in Brüssel braucht Seite 10

Generika Wie sich die Branche für Nachahmer-Arzneimittel verändert Beilage



PLUS: STOPPT DIE LÄNDER! EINE RADIKALE BESCHNEIDUNG DES FÖDERALISMUS FORDERT PETER EHRLICH (SEITE 26)

LBBW fusioniert zur viertgrößten deutschen Bank

Stuttgarter übernehmen Landesbank Rheinland-Pfalz

Von **Fidelius Schmid**, Stuttgart

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) übernimmt zum 1. Januar 2005 die Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) und die restlichen Anteile an dem regionalen Kreditinstitut BW-Bank. Das teilten die LBBW und ihre Eigentümer gestern mit. Dadurch entsteht mit mehr als 400 Mrd. € Bilanzsumme das viertgrößte Geldhaus in Deutschland. Davor kommen nur noch die Deutsche Bank, die HypoVereinsbank und die Allianz-Tochter Dresdner Bank. Die LBBW war bislang schon das größte Institut unter den Landesbanken.

Die Übernahme ist ein weiterer Schritt in der Konsolidierung des öffentlich-rechtlichen Sektors der deutschen Kreditwirtschaft. Insbesondere die Landesbanken stehen gegenwärtig unter starkem Druck, da ihnen von 2005 an staatliche Garantien wegfallen. Dadurch erschwert und verteuert sich ihre Refinanzierung. Kenner erwarten in den kommenden Jahren weitere enge Kooperationen oder sogar Zusammenschlüsse in dem Sektor. Im vergangenen Jahr hatten bereits die Landesbank Kiel und die Landesbank Hamburg zur HSH Nordbank fusioniert.

Schlüsseljahr für Landesbanken

„Das Jahr 2005 wird ein Schlüsseljahr für die Landesbanken. Deswegen sind wir alle hier hochzufrieden, dass wir nun mit den allerbesten Startbedingungen ausgestattet sind“, sagte Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel zu den Transaktionen. Im Detail profitiert die LBBW vor allem von der vollständigen Übernahme der BW-Bank, gegen die gestern ein gerichtlicher Einspruch zurückgewiesen wurde: Dadurch vergrößert sich das Filialnetz der LBBW, es dehnt sich vom Ballungsraum Stuttgart auf ganz Baden-Württemberg aus. Erträge aus dem Kleinkundengeschäft sind für Landesbanken so erstrebenswert, weil sie weniger konjunkturanfällig sind als ihr klassisches Geschäft mit Großkunden und Investmentbanking.

Auch die Rating-Agentur Standard & Poor's würdigt den Zusammenschluss: Sie traut der LBBW als einziger Landesbank derzeit eine Bonitätsbewertung von „A+“ ohne ihre Staatsgarantien zu.

Bei beiden Übernahmen fließt kein Bargeld. Die LBBW erhält die Anteile an den Instituten im Tausch für eigene Anteile. „Ich bin hochzufrieden – wir haben eine Vermögensmehrung ohne finanzielle Gegenleistung bekommen“, sagte LBBW-Vorstandschef Hans Dietmar Sauer. Die Stuttgarter hielten bereits Anteile an den – jetzt zu 100 Prozent übernommenen – Banken. Die hinzugewonnenen Anteile, rund 80 Prozent an der LRP und 36 Prozent an der BW-Bank, wurden zusammen mit rund 1 Mrd. € bewertet. Dafür wurden rund 9,8 Prozent Anteile an der LBBW veranschlagt. Das ergibt für die LBBW einen Gesamtwert von mehr als 10 Mrd. €.

WWW.FTD.DE/LBBW
WEITERE BERICHTSE Seite 2, 17, 18

Mehdorn lehnt Kurswechsel ab

Bahn-Chef beharrt trotz Verschiebung auf baldigem Börsengang · Versöhnung mit Parlament



Kopf hoch: Bahn-Chef **Hartmut Mehdorn** (l.) im Bundestags-Verkehrsausschuss neben dessen Vorsitzenden **Eduard Oswald**

Von **Ileana Grabitz**, Hamburg, und **Jens Tartler**, Berlin

Bahn-Chef Hartmut Mehdorn hält ungeachtet der vorläufigen Absage durch den Bund an seinem Ziel fest, den Konzern zügig an die Börse zu bringen. „An unseren Zielen hat sich grundsätzlich nichts geändert: Wir werden weiterhin alles daran setzen, die Kapitalmarktfähigkeit wie geplant zu erreichen“, sagte Mehdorn der Financial Times Deutschland. Auf einen neuen Zeitplan legte er sich aber nicht fest. „Über den Börsengang entscheidet unser Gesellschafter“, betonte Mehdorn.

Die Bundesregierung und Aufsichtsratschef Michael Frenzel hatten den von Mehdorn für 2006 angepeilten Börsengang der Bahn in der vergangenen Woche auf unbestimmte Zeit verschoben und damit seinen ehrgeizigen Plänen einen erheblichen Dämpfer versetzt. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte danach von einem „Korridor von 2006 bis 2008“ gesprochen, in dem der Staatskonzern nun teilprivatisiert werden soll. Verkehrspolitiker und -verbände hatten angesichts dieses

Zeitaufschubs von Mehdorn verlangt, seine Strategie aufzugeben, die Bahn mit aller Macht auf die Börse vorzubereiten.

Mehdorn stellte auf Anfrage der FTD jedoch klar, dass er von seinem Kurs nicht abgehen will und er wegen der notwendigen Investitionen auch keinen anderen Weg sieht. „Der Bund hat nach Meinung vieler Fachleute kaum eine Alternative, als der Bahn Zugang zum internationalen Kapitalmarkt zu verschaffen“, sagte er und verwies auf das Beispiel anderer ehemaliger Staatskonzerne: „Wenn die Luft hansa nicht an der Börse wäre, wäre sie längst pleite.“

Einen von Kritikern geforderten Rücktritt lehnte Mehdorn ab: „Ich habe eine Aufgabe angenommen und angefangen, da hört man nicht mittendrin auf.“ Er machte indes deutlich, dass er nur für den eingeschlagenen Kurs zur Verfügung stehe: „Wer die Bahn von einem Staatsbetrieb in einen Wirtschaftskonzern umwandeln will, braucht dafür keine Leute mit Verwaltungserfahrung, sondern Unternehmer. Man hat mich geholt, weil ich eine AG führen kann.“

Im Verkehrsausschuss des Bundestags räumte Mehdorn gestern

„Fehler“ ein und bot den Abgeordneten demonstrativ engere Zusammenarbeit an. Er bedauerte, dass zwischen ihm und den Parlamentariern „erhebliche Verwerfungen“ öffentlich geworden seien. Weder ihm noch anderen

finden. Alle Fraktionen hätten Mehdorn klar gemacht: „Wir sind die Entscheider im Parlament, und er ist der oberste Angestellte. Wir lassen uns kein Zeitdiktat oder ein inhaltliches Diktat vorsetzen.“

Einen Börsengang der Bahn mitsamt Schienennetz lehnten alle Fraktionen im Ausschuss ab. Sie wollen das Netz aufspalten und einer staatlichen Gesellschaft übertragen, um Bahn-Konkurrenten leichteren Zugang zum Netz zu ermöglichen. Mehdorn beharrte dagegen auf einem integrierten Börsengang. Er akzeptierte in diesem Fall aber ausdrücklich eine „effiziente staatliche Regulierung“ wie bei der Telekommunikation oder in der Energieversorgung.

Einem Börsengang der Bahn mitsamt Schienennetz lehnten alle Fraktionen im Ausschuss ab. Sie wollen das Netz aufspalten und einer staatlichen Gesellschaft übertragen, um Bahn-Konkurrenten leichteren Zugang zum Netz zu ermöglichen. Mehdorn beharrte dagegen auf einem integrierten Börsengang. Er akzeptierte in diesem Fall aber ausdrücklich eine „effiziente staatliche Regulierung“ wie bei der Telekommunikation oder in der Energieversorgung.

Wie Berlin auf ein solches Vorgehen der Kommission reagieren würde, ist regierungintern noch völlig ungewiss. „Wir gehen ja offiziell noch davon aus, dass wir die drei Prozent im kommenden Jahr schaffen und deshalb keinen Ärger mit Brüssel bekommen werden“, hieß es in Regierungskreisen. „Einen Plan B für den Fall, dass uns dies nicht gelingt, hat noch niemand.“

gen die Bahn polemisierten. Der Grünen-Verkehrsexperte Albert Schmidt sagte der FTD: „Mehdorns Auftritt kann man schon als Entschuldigung werten.“ Jetzt gehe es darum, einen professionellen Umgang miteinander zu

finden. Alle Fraktionen hätten Mehdorn klar gemacht: „Wir sind die Entscheider im Parlament, und er ist der oberste Angestellte. Wir lassen uns kein Zeitdiktat oder ein inhaltliches Diktat vorsetzen.“

Einen Börsengang der Bahn mitsamt Schienennetz lehnten alle Fraktionen im Ausschuss ab. Sie wollen das Netz aufspalten und einer staatlichen Gesellschaft übertragen, um Bahn-Konkurrenten leichteren Zugang zum Netz zu ermöglichen. Mehdorn beharrte dagegen auf einem integrierten Börsengang. Er akzeptierte in diesem Fall aber ausdrücklich eine „effiziente staatliche Regulierung“ wie bei der Telekommunikation oder in der Energieversorgung.

Einem Börsengang der Bahn mitsamt Schienennetz lehnten alle Fraktionen im Ausschuss ab. Sie wollen das Netz aufspalten und einer staatlichen Gesellschaft übertragen, um Bahn-Konkurrenten leichteren Zugang zum Netz zu ermöglichen. Mehdorn beharrte dagegen auf einem integrierten Börsengang. Er akzeptierte in diesem Fall aber ausdrücklich eine „effiziente staatliche Regulierung“ wie bei der Telekommunikation oder in der Energieversorgung.

Wie Berlin auf ein solches Vorgehen der Kommission reagieren würde, ist regierungintern noch völlig ungewiss. „Wir gehen ja offiziell noch davon aus, dass wir die drei Prozent im kommenden Jahr schaffen und deshalb keinen Ärger mit Brüssel bekommen werden“, hieß es in Regierungskreisen. „Einen Plan B für den Fall, dass uns dies nicht gelingt, hat noch niemand.“

WWW.FTD.DE/BAHN

Rot-Grün gibt Hoffnung auf EU-konformen Haushalt auf

Defizit wird voraussichtlich auch 2005 über drei Prozent liegen · Eichel bestätigt Rekordminus 2004

Von **Claus Hulverscheidt**, Berlin

Die Bundesregierung sieht kaum noch Chancen, im kommenden Jahr mit ihrem Haushalt unter der Defizitgrenze des EU-Stabilitätspakts zu bleiben. Aus Regierungskreisen erfuhr die FTD, das gesamtstaatliche Defizit werde aus heutiger Sicht 2005 zum vierten Mal in Folge über der EU-Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. „Das wird sich angesichts der katastrophalen Zahlen für 2004 kaum noch verhindern lassen“, hieß es.

Finanzminister Hans Eichel räumte gestern ein, dass die Neuverschuldung im laufenden Jahr mit mehr als 43 Mrd. € um rund 14 Mrd. € höher ausfallen wird als geplant. Damit könnte das Defizit einen Rekordwert von mehr als vier Prozent des BIP erreichen.

Die Union zitierte den Minister deshalb vor den Haushaltsausschuss des Bundestags, wo er heute Rede und Antwort stehen soll.

Um das Defizit 2005 unter drei Prozent zu drücken, müsste Eichel ein Sparpaket von mehr als 15 Mrd. € auflegen. Selbst in der rot-grünen Koalition wird ein solcher Kraftakt für unmöglich gehalten. „Die Summe ist zu gewaltig, um sie in einem Jahr zu stemmen“, hieß es in Koalitionskreisen. „Wir werden deshalb auch 2005 über drei Prozent liegen.“

Das gilt umso mehr, als Eichel gar kein Sparpaket will: Angesichts der labilen Binnenkonjunktur wären zusätzliche Ausgabenkürzungen „nicht zu verantworten“, sagte er.

Damit droht dem Minister neuer Ärger mit der EU-Kommission. Eichel hat sowohl Finanzkommissar Joaquín Almunia als auch seinen EU-Ministerkollegen wiederholt ver-

sprochen, den Stabilitätspakt im nächsten Jahr buchstabengetreu einzuhalten. Sollte er dieses Ziel verfehlen, dürfte die Kommission nicht umhinkommen, das bereits laufende Defizitverfahren gegen Deutschland zu verschärfen. Das hieße, dass die EU die Haushaltspolitik der Bundesregierung mit Zwangsaufgaben versehen würde, deren Nichteinhaltung eine Milliardenbuße nach sich ziehen könnte.

Wie Berlin auf ein solches Vorgehen der Kommission reagieren würde, ist regierungintern noch völlig ungewiss. „Wir gehen ja offiziell noch davon aus, dass wir die drei Prozent im kommenden Jahr schaffen und deshalb keinen Ärger mit Brüssel bekommen werden“, hieß es in Regierungskreisen. „Einen Plan B für den Fall, dass uns dies nicht gelingt, hat noch niemand.“

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE: 22.30 UHR

| DAX (XETRA) | DOW JONES | EURO in DOLLAR |
|--|------------------|----------------|
| 4100 → 3920,36 | 10400 → 10136,24 | 1,240 → 1,2329 |
| 4050 Schluss | 10300 Schluss | 1,235 |
| 4000 | 10200 | 1,230 |
| 3950 | 10100 | 1,225 |
| 3900 | 10000 | 1,220 |
| 3850 | 9900 | 1,215 |
| 29.9. | 29.9. | 29.9. |
| 29.9. | 28.9. % Änd. | 29.9. |
| Dax 3920,36 | 3882,27 | 0,98 |
| Stoxx* 2746,36 | 2733,69 | 0,46 |
| TecDax 491,80 | 484,07 | 1,60 |
| Nikkei 10786,10 | 10815,57 | -0,27 |
| DJIA 10136,24 | 10077,40 | 0,58 |
| Nasdaq 1893,94 | 1869,87 | 1,29 |
| 10J US-T | 4,089 | 4,002 |
| 10J Bund | 3989 | 3950 |
| 3-M-Euribor | 2,149 | 2,116 |
| Brent Oil | 46,08 | 46,45 |
| € in \$ | 1,2329 | 1,2328 |
| \$ in ¥ | 110,90 | 111,38 |
| * EuroStoxx 50 Schlusskurse oder Stand: 22:10 Uhr MESZ | | |

ONLINE-FINANZTOOL: WWW.FTD.DE/CHARTS

UNTERNEHMEN

ConocoPhillips greift nach russischem Öl
Der US-Konzern ConocoPhillips hat für 2 Mrd. \$ den Staatsanteil von 7,6 Prozent am zweitgrößten russischen Ölkonzern Lukoil ersteigert. Conoco will den Anteil auf 20 Prozent erhöhen. Seite 3

KarstadtQuelle

Die Aktionäre von KarstadtQuelle haben das harte Sanierungskonzept für den Handelskonzern mit Skepsis aufgenommen, die Mitarbeiter protestierten. Der Aktienkurs sank um sechs Prozent. Seite 6

Deutsche Post

Die Deutsche Post rechnet bei ihrer US-Tochter DHL in diesem Jahr mit einem höheren Verlust von bis zu 500 Mio. €. Einen Gewinn im US-Geschäft erwartet sie jetzt erst 2006. Der Kurs gab nach. Seite 7

EdF stößt Total ab

Der französische Stromkonzern Electricité de France (EdF) hat seinen Anteil von 2,3 Prozent am Ölkonzern Total an Investoren verkauft. EdF erlöste dafür knapp 2,6 Mrd. €. Seite 8

POLITIK & WIRTSCHAFT

BA fürchtet um Zeitplan für Hartz IV
Die Software für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes II macht Probleme. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hält am Zeitplan für die Software-Einführung fest, rechnet aber mit Rundungsfehlern bei der Auszahlung. Seite 10

Umfragetief verstärkt Druck auf Merkel

Schwache Umfragewerte erhöhen den Druck auf CDU-Chefin **Angela Merkel**. Die Union ist in bundesweiten Meinungsumfragen zum ersten Mal seit zwei Jahren unter die 40-Prozent-Marke gefallen. Nur 39 Prozent der Befragten gaben an, CDU oder CSU wählen zu wollen. Seite 9

Hundt fordert neue Studienfinanzierung

Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt hat ein Modell zur Studienfinanzierung vorgestellt: Studenten sollen künftig Studiengebühren bezahlen, dafür aber vom Staat ein Ausbildungsbudget erhalten. Seite 11

FINANZEN

Brüssel kippt Zwang zu Unisex-Tarifen
Die EU-Kommission ist mit ihrem Vorstoß gescheitert, die Mitgliedsländer zur Einführung von einheitlichen sogenannten Unisex-Versicherungstarifen für Männer und Frauen zu verpflichten. Seite 17

Landesbanken bunkern Liquidität

Die Landesbanken rüsten sich für den Wegfall von Staatsgarantien. Laut Datenbank von Thomson Financial haben sie in den ersten acht Monaten 2004 Anleihen in einem Volumen von 50,2 Mrd. € begeben. Seite 17

KOMMENTARE

Hässliches Ergebnis

Die EU-Innenminister beraten heute über Otto Schilys Idee, Flüchtlingslager in Nordafrika einzurichten. Sie sollten ihm eine Abfuhr erteilen. Seite 27

Kultur

Die Forderung, den öffentlich-rechtlichen Sendern eine Quote für deutsche Musik zu verordnen, hilft niemandem. Seite 27

Stabilitätspakt

Der Ruf nach Strafen für die Euro-Sünder in Athen ist scheinheilig – weil alle schon lange vom Sündenfall wussten. Seite 27

FDP

Guido Westerwelles Verzicht auf den Job des Außenministers im Jahr 2006 ist ebenso sinnvoll wie völlig überflüssig. Seite 27

NAMEN- UND FIRMEN-INDEX SEITE 2

Österreich 2,00 € · Schweiz 3,20 sfr · Belgien 2,00 € · Frankreich 2,00 € · Großbritannien 1,60 £ · Luxemburg 2,00 € · Slowakei 100 SK · Ungarn 760 ft

ABONNENTENSERVICE 01802 30 40 20 € 0,06 / Anruf



4 195093 701500 40040

KOPF DES TAGES

Der ewige Schwabe

HANS DIETMAR SAUER, Vorstandschef der LBBW

Schwaben können mit Geld gut umgehen, heißt es im Allgemeinen. Hans Dietmar Sauer muss das besonders gut können: Der Schwabe ist seit 26 Jahren Bankvorstand. Die Schaffung einer großen Südwest-Landesbank ist der letzte Höhepunkt seiner Karriere.

die sechstgrößte deutsche Bank und unter den Landesbanken ein Musterknabe.

Ursprünglich stand Sauer der Fusion mit den Pfälzern skeptisch gegenüber. „Bei Fusionen fällt doch die betriebswirtschaftliche Seite fast immer unter den Tisch. Die meisten bringen weniger als sie kosten“, soll er einmal gesagt haben. Gestern hörte sich das anders an: „Ich bin den Trägern sehr, sehr dankbar, dass sie trotz unterschiedlicher Interessen die betriebswirtschaftliche Seite in den Vordergrund gestellt haben.“

Sauer ist ein kluger Taktiker. Die Bremser-Haltung zeichnet ihn aus. Bei den Verhandlungen mit der Landesbank Rheinland-Pfalz setzte er auf Hinhaltetaktik. Er habe „Tüten voller Zeit“, sagte er bisweilen. Er spricht langsam und schwäbelt deutlich. So ein Mensch wird gern unterschätzt, was für Sauer nicht zum Nachteil gereicht. Überschäumende Stimmung kommt bei ihm zwar selten auf, aber Humor besitzt Sauer. Als er im Winter mit einer Motorsäge von einem vier Meter hohen Ast stürzte und noch Wochen danach lädiert war, bilanzierte er trocken: „Als ich unten aufgeschlagen bin, dachte ich, ich bleib hier liegen.“

Langweilig dürfte dem CDU-Mann zu nächst nicht werden. Er sitzt in zahlreichen Aufsichtsräten – fast alle natürlich in Baden-Württemberg. Ein Highlight ist dabei der Bundesligaverein VfB Stuttgart, bei dessen Spielen Aufsichtsrat Sauer Stammgast in der VIP-Loge ist. Zur vollen Zufriedenheit fehlt dem Banker jetzt noch der Meistertitel. Immerhin besteht Hoffnung – in der Tabelle ist der VfB derzeit Zweiter.



„Die meisten Fusionen bringen weniger, als sie kosten“

Hans Dietmar Sauer

Dirk Benninghoff, Fidelius Schmid

Rebellen im ölreichen Niger-Delta



Kriegsbemalung Mit geschminkten Gesichtern, Patronengürteln über den Schultern und automatischen Waffen ziehen nigerianische Rebellen in den Kampf gegen internationale Ölförderer (o.). Die Gruppe „Freiwillige Volksstreitkräfte des Niger-Deltas“ droht der Regierung Nigerias mit Krieg und fordert Erdölfirmen auf, das Land zu verlassen. Die Aufständischen kontrollieren Teile der Flussmündung und patrouillieren mit Booten (l.). Sie verlangen, am Ölreichtum beteiligt zu werden. Zur Zeit verhandeln beide Seiten, solange ruhen die Waffen. Das sorgte für eine Entspannung des Ölmarktes.



GEWINNER

Sportlich lief es für Jan Ulrich zuletzt nicht gut: Bei der Tour de France enttäuschte er seine Fans, das WM-Straßenrennen am Wochenende musste er absagen. Vor Gericht ist der Radprofi erfolgreicher: Die 3. Zivilkammer des Landgerichts Duisburg verurteilte den Chef seines Pleite gegangenen früheren Rennstalls Team Coast, an den jetzt für Team T-Mobile fahrenden Ulrich 1,5 Mio. € Honorar und Schadensersatz zu zahlen.



VERLIERER

Noch im Juli hatte Post-Chef Klaus Zumwinkel verkündet, die US-Express- und Logistiktochter DHL werde im kommenden Jahr erstmals Gewinne machen. Jetzt musste der Vorstand einräumen: Das US-Geschäft bereitet noch länger Probleme, erst 2006 wird voraussichtlich die Gewinnzone erreicht. Dieses Jahr wird DHL, die Nummer drei auf dem US-Markt, die Mutter mit einem Verlust von 500 Mio. € stärker belasten als erwartet.

ZAHLE DES TAGES

Erst 318 Mio. € haben Bund, Länder und Gemeinden bislang durch die Amnestie für Steuersünder eingenommen. Ursprünglich hatte Finanzminister Hans Eichel auf Einnahmen von 5 Mrd. € gehofft. Doch die Bereitschaft der Steuerzahler, ins Ausland gebrachtes Schwarzgeld strafrei nachzusteuern, ist offenbar gering.

UNTERNEHMEN

Deutsche Bahn – Bahn-Chef Hartmut Mehdorn hält ungeachtet der vorläufigen Absage durch den Bund an seinem Ziel fest, den Konzern zügig an die Börse zu bringen. Seite 1

Lukoil – Der US-Konzern ConocoPhillips sicherte sich in einer Auktion den bisherigen Staatsanteil von 7,6 Prozent an der russischen Ölfirma. Seite 3

Softwarebranche – Der Kampf um die Vorherrschaft im entstehenden Markt für Handysoftware verschärft sich. Seite 4

Microsoft – Der Kartellstreit zwischen der EU-Kommission und dem US-Softwarekonzern geht heute in die nächste Runde. Seite 4

Pro Sieben Sat 1 – Den Sendern des TV-Konzerns ist der Saisonauftakt gründlich misslungen. Seite 5

Deutsche Telekom – Der Konzern darf von den Konkurrenten weniger für die Nutzung seines Netzes zur Übertragung von Internetdaten verlangen als bisher. Seite 5

KarstadtQuelle – Die Aktionäre haben das vorgelegte Sanierungskonzept für den Handelskonzern mit Skepsis aufgenommen. Seite 6

Lufthansa – Die verhärteten Tarifverhandlungen blockieren auch den Abschluss des Sanierungsvertrages der Ferienflugtochter Condor. Seite 6

TPG – Die niederländische Regierung hat fast die Hälfte ihrer Anteile an dem Post-Konzern verkauft. Seite 6

Deutsche Post – Der Logistikkonzern kommt auf dem strategisch wichtigen US-Markt nicht so schnell voran wie erhofft. Seite 7

EdF – Der französische Stromversorger hat sein Aktienpaket am Ölkonzern Total verkauft. Seite 8

Areva – Der französische Nuklearkonzern hat sich mit der Industriegruppe Alstom darauf geeinigt, den Preis für die Übernahme der Stromverteilungsprüfung zu lassen. Seite 8

POLITIK

Haushalt – Die Bundesregierung sieht kaum noch Chancen, im kommenden Jahr erstmals seit 2001 wieder einen EU-konformen Haushalt zustande zu bringen. Seite 1

CDU/CSU – Die Union ist in bundesweiten Meinungsumfragen zum ersten Mal seit zwei Jahren unter die 40-Prozent-Marke gefallen. Seite 9

Frankreich – Frankreichs Präsident Jacques Chirac erwägt, in den kommenden Tagen ein Referendum über den EU-Beitritt der Türkei bekannt zu geben. Seite 9

Gesundheitskarte – Krankenkassen, Ärzte- und Apothekerverbände haben ihre Verhandlungen über eine gemeinsame Planung für die elektronische Gesundheitskarte ergebnislos abgebrochen. Seite 9

Hartz IV – Bei der Software für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes gibt es mehr Probleme als bisher angenommen. Seite 10

Tarifreform – Die Kommunalen Arbeitgeber wollen nun doch mit der Gewerkschaft Verdi über die Tarifreform im öffentlichen Dienst weiterverhandeln. Seite 11

Studienbudget – Nach Plänen des Arbeitgeberverbandes BDA sollen Studenten Studiengebühren bezahlen, dafür jedoch eine Pauschale in Höhe von 15 000 € erhalten. Seite 11

Währungsfonds – Der Internationale Währungsfonds hat vor Panik wegen des gestiegenen Ölpreises gewarnt. Seite 12

Geiseln – Der im Irak verschleppte Brite Kenneth Bigley hat sich in einer Videobotschaft erneut an Premierminister Tony Blair gewandt und ihn gebeten, die Forderungen der Geiselnhmer zu erfüllen. Seite 14

Irak – Die Gewalt im Irak ist nach einer Aufstellung der „New York Times“ weiter verbreitet als die Regierungen in Bagdad und Washington glauben machen wollen. Seite 15

FINANZEN

Fusion – Die letzten Hürden der Fusion der Landesbanken Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind aus dem Weg geräumt. Seite 1, 18

Landesbanken – In den letzten Monaten haben die Institute ihre langfristige Liquidität gesichert. Seite 17

Tarife – Die Europäische Kommission ist mit dem Ziel der geschlechtsunabhängiger Versicherungstarife gescheitert. Seite 17

CC Bank – Das Institut ringt mit IT-Integrationsproblemen als Folge der Fusion. Rolle im Konzern noch nicht geklärt. Seite 18

Anleihe – Nichtbörsennotierte Konzerne feiern ein glänzendes Debüt auf dem Anleihemarkt und müssen die Investoren nicht locken. Seite 20

Immobilien – Die erwartete Flucht aus großen Wohnungen und die Auswirkungen auf den Markt. Seite 24

KOMMENTAR

Türkei – Der Beitritt der Türkei hätte über kurz oder lang den Austritt Deutschlands aus der EU zur Folge, glaubt Paul J. J. Welfens. Seite 26

Bundesrepublik – Es ist höchste Zeit, das System des Föderalismus auf den Prüfstand zu stellen, schreibt Peter Ehrlich. Seite 26

Flüchtlingspolitik – Die EU-Innenminister sollten Otto Schilys Plan ablehnen, Flüchtlingslager in Nordafrika einzurichten. Seite 27

Kultur – Eine Quote für deutschsprachige Musik, die Politiker und Musiker fordern, bringt nichts. Seite 27

EU – Der Ruf nach Strafen für die Euro-Sünder in Athen ist mehr als scheinheilig – weil alle vom Sündenfall wussten. Seite 27

FDP – Guido Westerwelles Verzicht auf den Job des Außenministers ist so sinnvoll wie überflüssig. Seite 27

INDEX

Table with columns for FIRMAN, INDEX, and NAMEN, listing various companies and their stock prices.

WETTER

Weather forecast section including a map of Europe, a table for 'Heute, 30. 9. 2004' with weather icons and temperatures, and a table for 'Internationale Städte' with weather forecasts for various global cities.



Abgang

John de Mol fliegt bei Pro Sieben aus dem Programm Seite 5

Abflug

Lufthansa-Tochter Condor einigt sich mit Piloten Seite 6



ConocoPhillips greift nach russischem Öl

US-Energiekonzern übernimmt Staatsanteil an Lukoil für rund 2 Mrd. Dollar · Wichtiger Schritt zur Öffnung des Marktes für ausländische Unternehmen

Von **Arkady Ostrovsky**, Moskau und **Guido Warlimont**, Hamburg

Die Öffnung des russischen Ölmarktes für ausländische Unternehmen ist ein großes Stück vorangekommen. Gestern sicherte sich der US-Konzern ConocoPhillips in einer Auktion den bisherigen Staatsanteil von 76 Prozent an Lukoil, einem der zwei größten Ölproduzenten Russlands. Der Einstieg ist mit einer weit reichenden strategischen Partnerschaft verbunden und verschafft Conoco Zugang zu Lukoils riesigen Ölreserven. Der US-Konzern strebt zudem an, die Beteiligung mittelfristig zunächst auf bis zu 20 Prozent aufzustoßen. Der Kaufpreis für den jetzt übernommenen Staatsanteil betrug umgerechnet knapp 2 Mrd. \$.

Mit dem Einstieg gelingt Conoco als einem der ersten westlichen Ölkonzerne der Vorstoß nach Russland. Das Land zählt zu den weltweit größten Fördernationen von Öl und Gas. Mit dem Geschäft dokumentiert Conoco gleichzeitig sein Vertrauen in die Stabilität der russischen Ölindustrie. Internationale Investoren hatten in den vergangenen Monaten besorgt einen Streit zwischen der Regierung um den Ölkonzern Yukos um Steuernachzahlungen in Milliardenhöhe verfolgt. Er hatte Zweifel aufgeworfen, dass Eingriffe des Staates den Erfolg von Investitionen in Russland zunichte machen könnten.

„Das ist die größte Transaktion in der Geschichte der russischen Privatisierungspolitik“, sagte Lukoils Vize-



Lukoil-Raffinerie in Westsibirien. Der russische Konzern verfügt über die zweitgrößten Ölreserven nach dem US-Konzern Exxon Mobil

Chef Leonid Fedun. Dem jetzigen Geschäft war intensive politische Lobbyarbeit vorausgegangen. Im Juli hatten Conoco-Chef James Mulva und sein Gegenpart bei Lukoil, Vagit Alekperov, sich mit Präsident Wladimir Putin am Schwarzen Meer getroffen. Putin hatte dem US-Konzern seine Unterstützung zugesagt.

Auch die US-Regierung begrüße das Geschäft, teilten die Konzerne mit. Als Zeichen der Verbundenheit hiesste Lukoil gestern vor Beginn einer gemeinsamen Pressekonferenz

an der Moskauer Firmenzentrale die US-Flagge. Mulva sagte, der Anteil an Lukoil solle innerhalb von zwei bis drei Jahren auf bis zu 20 Prozent steigen. Frühestens nach vier Jahren sei eine weitere Aufstockung möglich.

Der Einstieg kann dem US-Konzern auch Zugang zu Ölreserven im

Irak bringen. Die dort früher erworbenen Förderrechte Lukoils sind noch umstritten, könnten jetzt aber mit Conocos Hilfe gesichert werden. Beide Konzerne wollen zudem in einer Gemeinschaftsfirmen die Förderung in der nordrussischen Region Timan-Pechora ausbauen.

Russlands Energiereserven waren lange weitgehend unzugänglich für ausländische Investoren. Angesichts steigender Rohölpreise drängen aber ausländische Konzerne in das Land. Eine größere Beteiligung hält seit vergangem Jahr die britische BP mit 50 Prozent am drittgrößten russi-

Russlands Öl- und Gasfirmen

Nach Umsatz 2003 in Mrd. \$

| | |
|---------------|--------|
| Gasprom | 26,73 |
| Lukoil | 22,12 |
| Jukos | 11,36 |
| TNK-BP | 10,38* |
| Surgutneftgas | 6,96 |
| Sibneft | 6,72 |

* 2002

schon Ölförderer TNK-BP. Der deutsche Versorger Eon-Ruhrgas ist mit 6,5 Prozent am Erdgaskonzern Gasprom beteiligt. Gestern gab der britisch-niederländische Konzern Royal Dutch/Shell bekannt, er prüfe, gemeinsam mit Gasprom ein Gasfeld in der Barentssee zu erschließen. Es habe Vorgespräche mit russischen Politikern gegeben. Die Erschließung könnte nach Gasprom-Schätzungen bis zu 10 Mrd. \$ kosten.

Vergangene Woche hatte Total aus Frankreich den Einstieg bei Novatek, dem größten unabhängigen russischen Gasförderer für rund 1 Mrd. \$ bekannt gegeben.

WWW.FTD.DE/LUKOIL
WEITERER BERICHT Seite 16

BASF Drucksysteme vor Verkauf

Tochter des Chemiekonzerns geht an Finanzinvestor

Von **David Firm** und **Peter Smith**, London, und **Klaus Max Smolka**, München

BASF steht kurz vor dem Verkauf der Konzerntochter BASF Drucksysteme an die Beteiligungsgesellschaft CVC. Der Kaufpreis dürfte 600 Mio. € bis 700 Mio. € betragen. Es gebe vor einiger endgültigen Einigung noch einige wenige Punkte zu klären, hieß es gestern aus informierter Quelle. Im Falle einer Lösung könnte ein Abschluss schon heute bekannt gegeben werden.

BASF Drucksysteme stellt Druckfarben und Druckplatten her. CVC ist auch an ANI interessiert, der früheren Druckfarbenseite des niederländischen Chemiekonzerns Akzo Nobel. ANI gehört inzwischen dem Finanzinvestor Nesbic. CVC will das BASF-Druckfarbengeschäft mit ANI fusionieren. In den vergangenen Jahren haben sich Beteiligungsgesell-

schaften massiv in die Chemie- und Chemikalienindustrie eingekauft. BASF ist das nach Umsatz größte Chemieunternehmen der Welt. Unlängst verkaufte das Unternehmen seine Beteiligung an einem Gemeinschaftsunternehmen mit Bayer und Aventis, dem Textilfarbstoff-Unternehmen Dystar. Es ging an die US-Beteiligungsgesellschaft Platinum Equity.

Ebenfalls zum Verkauf steht Basell, ein Kunststoff-Joint-Venture, das BASF gemeinsam mit dem Ölkonzern Royal Dutch/Shell betreibt. Am BASF-Druckfarbengeschäft war auch die Beteiligungsgesellschaft Apax interessiert.

Druckfarben werden für Kartons, Zeitungen, Lebensmittelverpackungen eingesetzt. Der Markt ist relativ zersplittert. Einer der wichtigen Anbieter in Deutschland ist die Firma Siegwark aus Siegburg.

Reisekonzern Cendant stärkt mit Orbitz das Internetgeschäft

Gesellschaft zahlt 1,25 Mrd. Dollar für Online-Reisebüro

Von **Tobias Frank**, New York

Der US-Reiseanbieter Cendant übernimmt das Online-Reisebüro Orbitz für 1,25 Mrd. \$. Das haben beide Unternehmen gestern bestätigt. Cendant zahlt damit 28 \$ pro Orbitz-Aktie, was einem Aufschlag von 32 Prozent auf den Schlusskurs vom Dienstag entspricht. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Übernahmeangebots zog die Orbitz-Aktie um über 30 Prozent an und notierte zum Abend bei 27,16 \$.

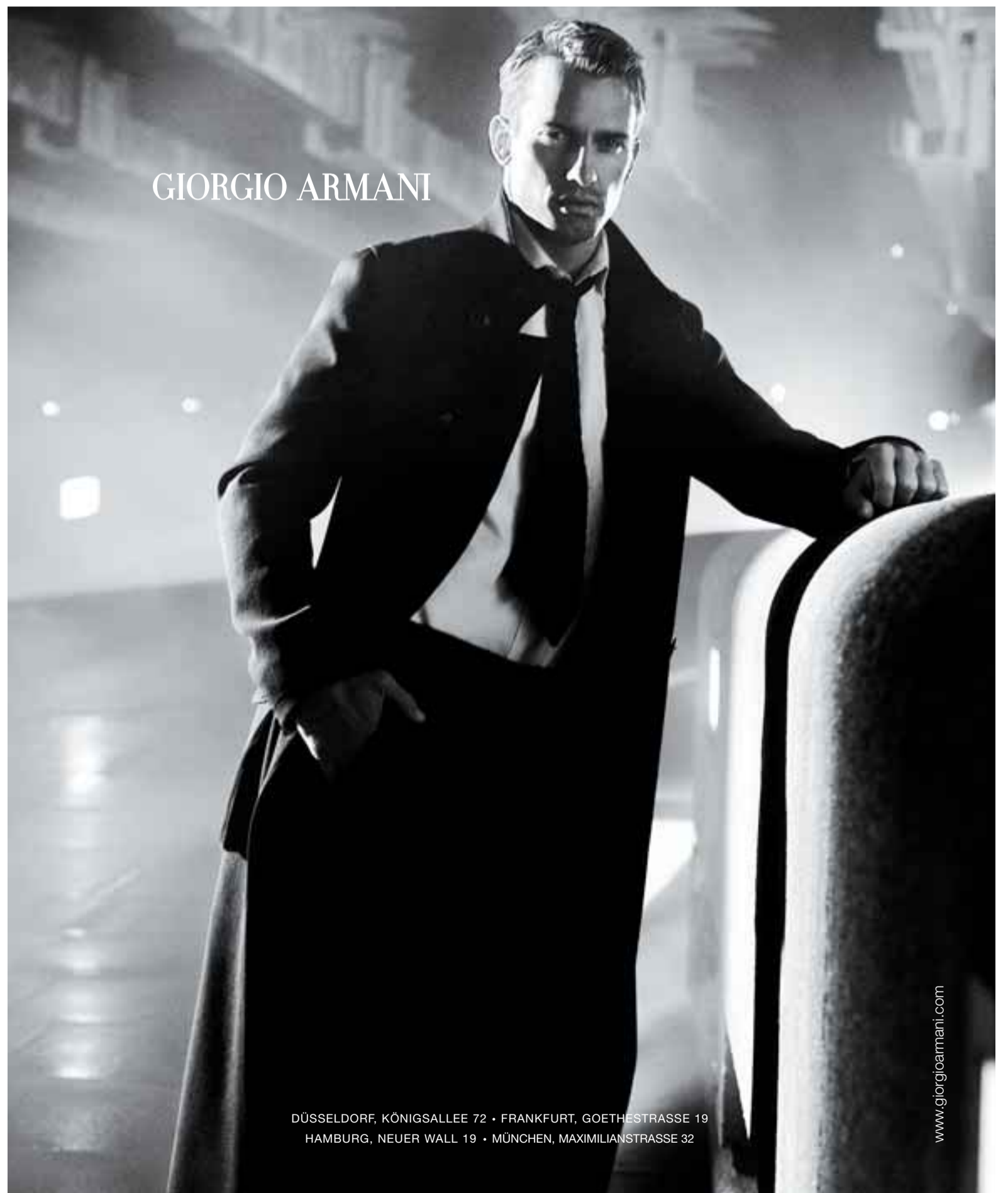
Mit dem Kauf versucht Cendant, seine Position im Online-Reisevertrieb zu stärken. „Der Zukauf von Orbitz ermöglicht Cendant, hier eine Führungsrolle einzunehmen“, betonte Samuel Katz, Vorsitzender der Vertriebspartei bei Cendant. Es ließen sich erhebliche Synergieeffekte erzielen, die helfen sollten, den Reisevertrieb zu vergrößern.

Der Reisekonzern Cendant, der Marken wie den Reisebüro- und Hotelanbieter Galileo, die Autovermietung Avis und Internetreiseportale

wie Hotelclub.com umfasst, sollte nach der zuletzt vorgegebenen Strategie eigentlich organisch wachsen.

Orbitz war von den fünf größten US-Fluglinien gegründet worden, um deren Vertriebsposition gegenüber Marktführer Expedia zu verbessern. 2003 wurden Reisen im Wert von 3,4 Mrd. \$ über Orbitz gebucht. Damit liegt der Anbieter bei einem Marktanteil von 18 Prozent auf Platz drei hinter Expedia und Travelocity. Vor zwei Monaten musste das Unternehmen allerdings die eigene Jahresprognose nach unten korrigieren. Der Aktienkurs des Anbieters brach daraufhin auf unter 16 \$ ein.

Die meisten Analysten bewerteten die Transaktion positiv. Indem Cendant Galileo-Angebote auf die Orbitz-Seite stellt, könne der Konzern die eigene Position erheblich verbessern, sagte Chris Gutek, Analyst bei Morgan Stanley. „Mit der erfolgreichen Übernahme sollten sich die Gewinnmargen von Orbitz weiter verbessern“, betonte zudem Scott Keller von DealAnalytics.com.



GIORGIO ARMANI

DÜSSELDORF, KÖNIGSALLEE 72 • FRANKFURT, GOETHESTRASSE 19
HAMBURG, NEUER WALL 19 • MÜNCHEN, MAXIMILIANSTRASSE 32

www.giorgioarmani.com

Anbieter von Handysoftware verschärfen Wettbewerb

Vor Durchbruch von Smartphones kündigt Palmsource Marktoffensive in Europa an · Symbian verstärkt Bemühungen um Billigsegment

Von Titus Kroder, London,
Gerhard Hegmann, München,
und Oliver Wihofszki, Hamburg

Der Kampf um die Vorherrschaft im entstehenden Markt für Handysoftware verschärft sich. Mit neuen Programmvarianten versuchen die Konkurrenten Symbian aus England und Palmsource aus den USA ihre Position gegen den finanzkräftigen Rivalen Microsoft zu verbessern. Symbian-Chef David Levin sagte gestern in München, dass sein Konzern die Entwicklung verstärkt auf preiswertere Handys ausrichten werde. David Nagel, Chef von Palmsource, kündigte an, den europäischen Markt offensiver anzugehen.

Mit ihrem Drang in neue Segmente beziehungsweise neue Regionen versuchen Symbian und Palmsource, sich breiter aufzustellen, um vom anstehenden Durchbruch so genannter Smartphones zu profitieren. Smartphones sind Mobiltelefone, die über Computerfunktionen wie etwa E-Mail verfügen.

„In fünf Jahren werden 20 Prozent aller Handys Smartphones sein. Den Markt werden sich drei große Anbieter mit einer Hand voll Nischenherstellern teilen“, sagte Palmsource-Chef Nagel. Neben seinem Konzern und Marktführer Symbian ist Microsoft der dritte große Player im Markt.

Der Verteilungskampf zwischen den Rivalen geht in den kommenden Monaten in die entscheidende Phase.

Dann erwarten Marktforscher, dass Smartphones zum Massengeschäft und damit zu einem Milliardenmarkt werden. „Die besten Tage für das Smartphone-Geschäft stehen unmittelbar bevor“, sagte Neil Strotter, Analyst der Marktforschungsfirma InStat MDR. In einer Studie beziffert InStat das durchschnittliche jährliche Wachstum des jungen Segments auf 44 Prozent.

Marktführer Symbian sieht sich gut gerüstet für den erwarteten Angriff Microsofts. Deswegen sei auch kurzfristig kein Börsengang geplant. Weder wollten die derzeitigen Eigentümer ihre Anteile verkaufen, noch habe Symbian Kapitalbedarf, erklärte Levin. „Unser Geschäft ist keine Frage des Geldes, sondern der

Marktkennntnis und der Technik“, stichelte der Symbian-Chef gegen die wiederholten Bemühungen Microsofts, den Markt zu dominieren. Microsoft sei durch seine Finanzkraft zwar eine Bedrohung. Doch fehle dem Rivalen die Erfahrung mit Mobiltelefonen. Levin rechnet damit, dass der Markt für Smartphones bis 2008 von derzeit rund 20 Millionen verkauften Geräten pro Jahr auf mehr als 200 Millionen Einheiten steigt.

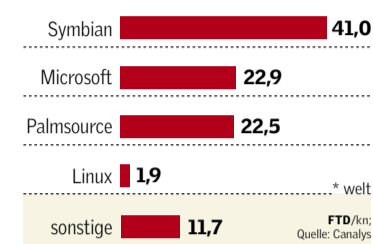
Um Marktanteile zu gewinnen, will Symbian die Softwareentwicklung auf preiswertere Geräte und Nischensegmente konzentrieren. Ein Beispiel für neue Absatzmärkte seien einfachere Smartphones für ältere Menschen, sagte Levin. Konkurrent Palmsource stellte in dieser Woche seine neue

Objekt der Begierde

Dreikampf Symbian, Microsoft und Palmsource ringen um den Markt der Handybetriebssysteme.

Klares Oligopol

Marktanteil* der Betriebssysteme für Smartphones und Minicomputer im 2. Q. 04 in %



Software Palm OS Cobalt vor. Bisher ist das Unternehmen mit seinem Betriebssystem vor allem in Taschencomputern präsent, will nun aber groß ins Handygeschäft einsteigen.

Besonders in Europa, wo Palmsource wegen eines anderen Technikstandards als im Heimatmarkt USA bisher kaum punkten konnte, plant der Konzern eine Offensive. „Wir werden einen beträchtlichen Marktanteil erobern“, sagte Konzernchef Nagel. Bis Herbst 2005 kündigte der Manager Lieferverträge mit fünf europäischen Mobilfunkanbietern an. Außerdem verhandelte Palmsource mit elf Handyherstellern über die Lizenzierung seiner Software. Die Namen der potenziellen Kunden nannte Nagel allerdings nicht.

NACHRICHTEN

Apple expandiert mit Musik

Die Computerfirma Apple will mit ihrem erfolgreichen Musik-Downloadservice iTunes im Oktober in mehrere europäische Länder expandieren. Nach dem Europa-Start in Deutschland, Großbritannien und Frankreich im Juni würden dann auf jeden Fall „mehr als nur vier bis fünf Länder“ dazu kommen, sagte der Vizepräsident des Bereichs Internetanwendungen, Eddy Cue, gestern auf der Musikmesse Popkomm in Berlin. **dpa**

IBM baut Supercomputer

IBM hat den Konkurrenten NEC vom Thron gestoßen und den schnellsten Supercomputer der Welt entwickelt. Er soll als Modell für kommende Systeme dienen, die ebenfalls Billionen Rechenoperationen pro Sekunde ausführen können. Der Blue Gene/L von IBM führt 36,01 Billionen Berechnungen pro Sekunde aus, sagte Dave Turek, Vizepräsident von Deep Computing bei IBM. Er verbrauche 96 Prozent weniger Energie als der hundertmal größere NEC-Computer Earth Simulator. **Bloomberg**

CA streicht Stellen

Der in ein Bilanzfälschungsverfahren verstrickte US-Softwarekonzern Computer Associates (CA) hat den Abbau von 800 Arbeitsplätzen angekündigt. Als Grund nannte das Unternehmen den harten Wettbewerb. Die Kosten für die Streichungen, die fünf Prozent der Gesamtbelegschaft ausmachen, bezifferte das Unternehmen auf 40 Mio. \$. CA erhoffe sich jährliche Einsparungen in Höhe von 70 Mio. \$. Vergangene Woche war der frühere Chef des Unternehmens, Sanjay Kumar, wegen Wertpapierbetrugs und Behinderung der Justiz angeklagt worden. **Reuters**

HP verwaltet Nokia-Daten

Der finnische Handyhersteller Nokia lagert weitere Aufgaben aus dem Technologie-Bereich an den US-Konzern Hewlett-Packard (HP) aus. So werde HP in den nächsten fünf Jahren das Management des Datenzentrums für Nokia mit seinen großen Speichern und Servercomputern übernehmen, teilte der Drucker- und Computerhersteller gestern mit. Das Geschäftsvolumen belaufe sich auf jährlich 100 Mio. \$. **Reuters**

„National Geographic“ im TV

Das Entdecker- und Reportagemagazin „National Geographic“ verbreitet von November an einen deutschsprachigen Spartenkanal. Kabel Deutschland werde das 24-stündige Programm mit Dokumentarfilmen über sein Digitalpaket „Kabel Digital Home“ verbreiten, sagte der Vorstandschef von National Geographic Channels International (NGCI), David Haslingden, gestern in Hamburg. In Deutschland will der Sender mit dem vom Verlag Gruner + Jahr (G+J) in Lizenz gegründeten Magazin „National Geographic Deutschland“ kooperieren. G+J ist an der FTD beteiligt. **dpa**

Ladenfunk ohne Gebühren

Der in vielen Geschäften ausgestrahlte private Ladenfunk mit Werbebeiträgen und Musik ist kein gebührenpflichtiger Rundfunk. Mit diesem gestern veröffentlichten Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Nordrhein-Westfalen setzte sich eine Firma – Betreiberin von Lebensmittelgeschäften – gegen den Westdeutschen Rundfunk (WDR) durch, der Rundfunkgebühren für eine Filiale in Minden erheben wollte. Ladenfunk werde über ein digitales Verteilungssystem per Fernmeldesatellit „punktgenau“ zu einzelnen Geschäften geleitet, dies ist laut OVG kein Rundfunk. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung ließen die Richter in Münster eine Revision zum Bundesverwaltungsgericht zu. **dpa**

Vorstoß für Radioquote erntet Kritik

Politik und Musikindustrie widersetzen sich Künstlerinitiative für mehr deutsche Musik im Radio

Von Florian Eder, Berlin

Zum Auftakt der Musikmesse Popkomm haben Künstler und Musikverleger eine Quote für neue Titel und deutschsprachige Musik in den öffentlich-rechtlichen Radioprogrammen gefordert. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement erteilte dem Vorstoß in seiner Eröffnungsrede auf der Messe eine Absage: Er sei überzeugt, dass „Selbstverpflichtungen effektiver und wirkungsvoller und einfacher sind als andere Schritte – bloß kein Ruf nach dem Gesetzgeber“, sagte Clement.

Die Künstler beklagen, dass deutsche Musik von den Radio-Machern zu wenig beachtet wird. Während es früher die Sender waren, die ein Stück zum Hit gemacht hätten, spielten viele Anstalten die Titel heute erst, wenn sie bereits Hits seien. Gerade einmal 1,2 Prozent aller gesendeten Musik entfallen nach einer Erhebung des Bundesverbandes der phonographischen Wirtschaft auf deutsche Neuheiten.

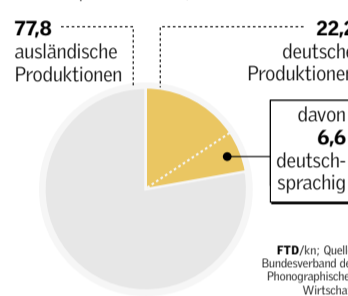
Dabei lässt sich mit Musik aus Deutschland derzeit gutes Geld verdienen: 2003 machte die deutsche Musikindustrie 46 Prozent ihrer 1,6 Mrd.€ Umsatz mit deutschen Produktionen. In der laufenden Woche stammen sogar acht der zehn meistverkauften Alben von deutschen Interpreten, sechs davon sind auf Deutsch gesungen.

Dennoch nutzt eine Initiative von rund 500 deutschen Künstlern die Aufmerksamkeit der Musikmesse, um eine Quote zu fordern. Altstar Udo Lindenberg gehört ebenso dazu wie Inga Humpe, Mitglied der derzeit sehr erfolgreichen Band 2Raumwohnung. Sie wollen, dass öffentlich-rechtliche Radiosender die Hälfte ihrer Musik-Spielzeit für Neuheiten reservieren. Davon soll wiederum die Hälfte deutschsprachige Musik sein. Der Kulturausschuss des Bundestages und die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ befassten sich gestern in einer gemeinsamen Anhörung mit der Forderung.

Die Befürworter der Quote verweisen gerne auf das Beispiel Frankreich: Seit zehn Jahren sind dort Radiosender mit gemischtem Publikum verpflichtet, 40 Prozent ihres Musikangebots für französischsprachige Musik zu reservieren, davon die Hälfte für Nachwuchskünstler. Wer diese Regel ignoriert, muss mit Strafen bis hin zum Lizenzentzug rechnen. Die deutsche Initiative will mehr Vielfalt in die

Wenig Deutsches im Radio

Anteil der Produktionen bei öffentlich-rechtlichen Popmusiksendern, Mai 01 – Mai 02 in %



Steigerungsfähig Nur in jedem 15. Lied in deutschen Popmusiksendern wird zurzeit deutsch gesungen. Künstler fordern nun eine feste Quote nach französischem Vorbild. Sie soll 25 Prozent betragen.

Landschaft oft austauschbarer Hitradio-Programme bringen und verweist auf den Informationsauftrag von ARD und ZDF, der auch die Berichterstattung über Musik beinhalte.

Öffentlich-rechtliche und private Sender wehren sich gegen Eingriffe in ihre Programmgestaltung. Sie berufen sich darauf, nur die Bedürfnisse des Marktes zu befriedigen: „Unser Kriterium ist der Hörer“, sagte der Vorsitzende der ARD-Hörfunkkommission, Gernot Romann. Die Quote als Steuerungsinstrument lehnt er ab: „Qualität und Vielfalt lassen sich nicht durch festgeschriebene Quoten erzwingen.“

Juristen sahen in der Quote eine Verletzung der Auswahlfreiheit der Sender – und eine Diskriminierung ausländischer Künstler, schrieb der Berliner Medienrechtler Jörg Gundel

in einer Stellungnahme für die Anhörung. Politiker von CDU und FDP lehnten die Quote ab; offen dafür sprach sich nur die kulturpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, aus.

„Die Forderung kommt zu einem Zeitpunkt, da deutsche Künstler sich von internationalen Musikkonzernen ausgebootet fühlen“, sagte Maarten Steinkamp, Europa-Chef von Sony BMG, der FTD. „Ich verstehe die Künstler, die das fordern. Aber ich bin skeptisch, was die Quote angeht.“ Er setzt auf die Kräfte des Marktes: Das nationale Repertoire werde ein Schlüsselement in der künftigen Strategie des Musikkonzerns sein – weil es sich gut verkaufe.

LEITARTIKEL Seite 27

Quotenprogramm: Aus dem Kofferradio soll bald mehr Deutsches tönen



Bieterkampf um Telekomfirma Song spitzt sich zu

Tele2 übertrifft Kaufofferte des dänischen Konzerns TDC

Von Clemens Bomsdorf, Stockholm

Der Bieterkampf um die Übernahme des schwedischen Telefoniedienstes Song Networks nimmt an Schärfe zu. Mit einem Gebot von 85 Schwedischen Kronen je Aktie hat Tele2 gestern die einen Tag zuvor vorgelegte Offerte von TDC erneut überboten. Das Unternehmen gab bekannt, jetzt 17 Prozent des Aktienkapitals zu besitzen.

Das 82,50-Kronen-Angebot des Konkurrenten TDC war am Vortag bereits von mehreren Großaktionären angenommen worden und hatte dem dänischen Telekomriesen 33 Prozent an dem Unternehmen eingebracht. Der Kurs von Song-Aktien stieg gestern über das Tele2-Gebot und schloss bei 92,50 Kronen.

Die Kursreaktion der Song-Anleger zeigt, dass der Markt ein erneut nachgebebbertes Angebot von TDC erwartet. „Tele2 wird dann nochmals nachziehen“, glaubt Telekom-Analyst Bengt Mölleryd von der Evli-Bank. „Die Schweden haben in ihrem Heimatmarkt bereits über 1,3 Millionen Privatkunden und brauchen das Netz deshalb mehr als TDC“, sagt er. Die derzeitige Situation mit zwei Großaktionären, die beide den Anbieter übernehmen wollen, könne nicht auf Dauer Bestand haben, da Song darunter zwangsläufig leide.

Tele2 bot TDC gestern bereits die Kooperation an, man würde die Dänen als Finanzinvestor begrüßen, betonte der schwedische Anbieter. Der dänische Rivale betonte zugleich, dass er seine Anteile keinesfalls verkaufen wolle. Für Tele2 wäre der Eintritt in den stark wachsenden Festnetzmarkt für breitbandige Internetzugänge sehr wichtig. Die Schweden, die in ganz Europa operieren, haben sich zuletzt mit dem eigenen Festnetzgeschäft schwer getan.

Doch auch für TDC ist Song wegen seines umfangreichen Glasfasernetzes interessant, das über 80 Prozent aller Unternehmen mit mehr als zehn Angestellten in Norddeuropa erreicht. Am 14. September hatte der ehemalige dänische Staatsmonopolist TDC den Aktionären von Song ein erstes Übernahmeangebot für 70 Kronen je Aktie gemacht und so den Bieterkampf entfacht. TDC sieht durch den Kauf von Song jährliche Einsparungen von 250 Mio. Kronen. Tele2 rechnet mit 300 Mio. Kronen.

Microsoft und EU-Kommission setzen Schlagabtausch fort

Gerichtsverhandlung beginnt · Softwarekonzern wehrt sich gegen von Brüssel verhängte Auflagen · Wichtiger Präzedenzfall für Kartellwächter

Von Christine Mai, Brüssel

Der Kartellstreit zwischen der EU-Kommission und Microsoft geht heute in die nächste Runde. Vor dem Europäischen Gericht Erster Instanz in Luxemburg kämpft der weltgrößte Softwarekonzern um die Aufhebung harter Auflagen, die Wettbewerbskommissar Mario Monti verhängt hat. Der Richterspruch wird weit reichende Folgen haben – für Microsoft, seine Rivalen und die Kommission.

Monti hatte im März entschieden, Microsoft nutze seine dominante Po-

sition im Markt für Betriebssysteme, um Konkurrenten aus angrenzenden Märkten zu drängen. Der Softwarekonzern habe sein Monopolprodukt Windows illegal mit dem Media Player gekoppelt, um Konkurrenten im Multimediageschäft zu benachteiligen. Zudem enthalte Microsoft anderen Unternehmen wichtige Schnittstelleninformationen.

Der Italiener brummte Microsoft eine Rekordbuße von 497 Mio. € auf und verpflichtete den Konzern dazu, eine Windows-Version ohne den Media Player anzubieten sowie Schnitt-

stelleninformationen offen zu legen. Microsoft legte Berufung ein. Da sich dieses Verfahren aber über mehrere Jahre hinziehen wird, beantragte das Unternehmen zusätzlich, dass die Auflagen ausgesetzt werden, bis über die Berufung entschieden ist.

Um das zu erreichen, muss Microsoft beweisen, dass eine sofortige Umsetzung der Auflagen dem Konzern einen Schaden zufügen würde, der nicht mehr auszugleichen wäre, wenn Microsofts Berufung Erfolg haben sollte. Der Konzern argumentiert unter anderem, dass sein Image lei-

den würde, wenn er eine Windows-Version ohne Media Player anbieten müsste. Außerdem, so Microsoft, würde ein Verbot, Produkte zu koppeln, auch andere Branchen treffen.

Microsofts Gegner weisen diese Argumente zurück. Vor allem aber warnen sie vor einer Aussetzung der Auflagen, weil sie fürchten, dass der Monopolist dann Zeit gewinnen würde, um seine Rivalen endgültig aus dem Markt zu drücken.

Für die EU-Kommission ist der Kartellstreit mit Microsoft ein wichtiger Präzedenzfall. Sollte sie sich

durchsetzen, könnte sie neue Verfahren gegen Microsoft einleiten. Außerdem will sie auch in anderen Sektoren gegen Unternehmen vorgehen können, die ihre dominante Stellung in einem Markt nutzen, um sich in anderen breit zu machen. Eine gerichtliche Schlappe hingegen wäre nicht nur peinlich. Sie könnte auch ein Hindernis für weitere Verfahren gegen Microsoft und andere ähnlich dominante Unternehmen sein. Und kurz vor Ablauf seiner Amtszeit Ende Oktober wird Monti keine juristische Pleite mehr erleben wollen.

Quotenflops werfen Pro Sieben Sat 1 zurück

Die Neuausrichtung der Sender des TV-Konzerns funktioniert bislang nicht · Pro Sieben und Sat 1 setzen groß angekündigte Shows ab

Von **Lutz Meier**, Berlin

Den Sendern des TV-Konzerns Pro Sieben Sat 1 ist der Saisonauftakt gründlich misslungen: Am Dienstag nahm Pro Sieben die Show „Hire and Fire“ am Tag nach der Premiere aus dem Programm. Nur 2,9 Prozent des Gesamtpublikums, nicht einmal eine Million Zuschauer, hatten die Karriereshow sehen wollen. Gestern sah sich Pro Sieben gezwungen, die geflopte Beauty-Show „The Swan“ von der Prime Time auf einen späteren Sendeplatz zu verschieben. Vor einer Woche hatte bereits Schwestersender Sat 1 seine größte Hoffnung eingedampft: Die Beziehungsshow „Kampf um deine Frau“ hatte am Sonntag weniger als sechs Prozent Zuschauer in der Zielgruppe und läuft nun Donnerstagsabend.

Zwar hat Marktführer RTL ebenfalls Probleme mit seinen neuen Sendungen: Weder das Schönheitsoperationsformat „Beauty Queen“ noch die neue Sitcom „Unter Brüdern“ kommen beim Publikum an. Doch für die Pro Sieben und Sat 1 sind die Folgen des missglückten Saisonauftakts gravierender. Denn mit den gescheiterten Formaten sollte die neue Strategie der Sender umgesetzt werden.

KOMMENTAR

Hektisch und orientierungslos

egal ob Brust-OPs geboten werden, der Kampf um Jobs oder der um Ehefrauen: Von kopierten US-Formaten lassen sich deutsche Fernsehzuschauer nicht mehr ohne weiteres begeistern. RTL, Pro Sieben und Sat 1 scheitern mit ihren Neustarts, während der Druck im Werbemarkt wächst. Das erklärte Ziel der Sender, Werbeminuten künftig ohne hohe Rabatte zu verkaufen, ist so kaum zu erreichen. Die TV-Macher übersehen, dass die Verweigerung der Zuschauer und die der Werbekunden etwas miteinander zu tun haben. Die Sender bieten keine Verlässlichkeit mehr, weil sie hektisch neue Trends zu erspüren suchen – kein attraktives Umfeld für Werbekunden, die den Konsumenten Orientierung bieten wollen.

Lutz Meier

Weitere Länder steigen beim Navigationssystem Galileo ein

Heute Entscheidung über Betreiberkonsortium

Von **Jens Tartler**, Berlin

Beim europäischen Satellitennavigationssystem Galileo fallen wichtige Entscheidungen: Heute wird das zuständige Unternehmen Galileo Joint Undertaking seinen Aufsichtsgremien bekannt geben, mit welchem Industriekonsortium als so genanntem Preferred Bidder weiter verhandelt werden soll.

Außerdem wird am Samstag ein Abkommen mit China unterzeichnet, das sich an Galileo beteiligen will. Das kündigte gestern Rainer Grohe an, der Exekutivdirektor des Unternehmens. Er sprach auf einem Kongress der Bundesverbände der deutschen Industrie und der Luft- und Raumfahrtbranche. Grohe gab außerdem bekannt, dass auch Israel, die Ukraine, Süd-Korea und Brasilien bei Galileo einsteigen wollen. „Sie sind alle bereit, Geld einzubringen“, sagte Grohe.

Galileo soll dem US-System GPS Konkurrenz machen. Die volle Einsatzbereitschaft wird für 2008/09 angestrebt. Galileo soll präzisere Signale als GPS senden und so zusätzliche Anwendungen möglich machen. Außerdem wollen die Europäer unabhängig von den USA werden: Deren Militär betreibt GPS und kann die Signale im Krisenfall stören.

Grohe sagte, er sei „positiv überrascht von der Qualität“ der beiden verbliebenen Angebote. Es konkur-

rieren die Konsortien Invasat um EADS und Thales sowie Eurely um Alcatel. Experten gehen von einer knappen Entscheidung aus.

Das siegreiche Konsortium soll die Konzession für das System für 20 Jahre erhalten. Es muss zwei Drittel der Kosten von rund 2,2 Mrd. € aus der so genannten Realisierungsphase tragen. Damit sich das Engagement dennoch amortisiert, wurde die relativ lange Konzessionszeit gewählt.

„Ich bin positiv überrascht von der Qualität der Angebote“

Rainer Grohe, Galileo

Grohe sagte, er rechne mit 2,5 Milliarden Galileo-Nutzern im Jahr 2020. In einigen Jahren werde in jedem Chip eines Mobiltelefons auch eine Funktion für das Navigationssystem enthalten sein. Die Einsatzmöglichkeiten seien sehr vielfältig und reichten von der Autonavigation über kommerzielle Dienste, beispielsweise für die Mineralölindustrie, bis zu Flugzeugsteuerung und Rettungsdiensten. Weil das Signal nicht manipulierbar sei, könne es auch zum „automatischen Fahren“ auf der Straße genutzt werden.

Gerhard Schindler vom Bundesinnenministerium bestätigte, dass die höhere Genauigkeit von Galileo Vorteile bringe. Bei Fahndungen könnte der Standort eines Mobiltelefons exakter lokalisiert werden. Auch terrorgefährdete Chemieanlagen und Atomkraftwerke könnten besser geschützt werden. Die Verfolgung von Schiffscontainern ließe sich ebenfalls verbessern, sagte Schindler.



Kurze Kündigungsfrist: Die von **John de Mol** moderierte Pro-Sieben-Show „Hire and Fire“ wurde gleich nach der Premiere aus dem Programm gekippt

Sat-1-Chef Roger Schawinski hatte Werbekunden des Senders noch Ende Juli „Kampf um deine Frau“ als wegweisend für die neue Sat-1-Ausrichtung angepriesen. Schawinski drängt mit Sat 1 weg vom Kuschel-senderimage-Image. Das neue Motto: „Sat 1 zeigt's allen“. Auch Pro Sieben hatte „Hire and Fire“ in den Mittelpunkt seiner Präsentation gestellt. Der Sender will für mehr stehen als für Hollywood-Filme und Stefan Raab – falls Filme eines Tages nicht mehr so laufen und sich der Quotenverfall der Raab-Show fortsetzt.

Daher werfen die Misserfolge die Frage auf, ob die Neuausrichtung von Pro Sieben wie von Sat 1 unter ihren neuen Chefs überhaupt funktioniert. „Ich habe den Eindruck, dass die ganze Richtung nicht stimmt“, sagt Werbeeinkäufer Thomas Koch von der Agentur TKM Starcom. „Pro Sieben Sat 1 hätte die Senderprofile schärfen sollen, statt sie zu ändern.“

Die Flops treffen Pro Sieben Sat 1 in einer besonders sensiblen Phase: Derzeit feilschen die Sendervermarkter mit Kunden und Agenturen um die Budgets für 2005. Bei vielen im Markt ist die Skepsis gewachsen. Seit sich vergangene Woche die Krise großer Markenartikelkonzerne offenbart hat – etwa bei Henkel oder Colgate-Palmolive – rechnen einige Vermarkter mit einer Stornowelle im Herbst.

Zwar werden sich die jüngsten Quotenflops kaum auf aktuelle Jahresabschlüsse mit Kunden auswirken. Aber die Pro-Sieben-Sat-1-Sender laufen Gefahr, ihren Nimbus zu verlieren, von dem sie in den vergangenen Monaten profitiert haben: dass sie die Krise nach der Pleite des Ex-Eigners Kirch-Gruppe überwunden haben, dass sie von der Schwäche des Marktführers RTL profitieren und dass sie wieder angreifen.

„Sie sind einfach zu unrealistisch in ihren Ankündigungen gewesen“, sagt Jürgen Blumenkamp, Chef des größten deutschen Werbeeinkäufers Mediacom, „das rächt sich immer.“ Ansonsten halte er aber die Strategie der Neuausrichtung für richtig.

„Ich glaube ernsthaft, dass die Richtung stimmt“, verteidigt Hubert Meyer-Burckhardt, Strategievorstand von Pro Sieben Sat 1, die neue Linie. Man müsse aber stärker Ko-

operationen mit anderen Medien suchen, um Shows wie „Hire and Fire“ zum „Medienereignis“ zu machen.

Beide Sender stehen nun in der Branche und bei Kunden unter Beobachtung. Bei Sat 1 betrifft das vor allem Anke Engelkes Latenight-Show. Hier hatte Konzernchef Guillaume de Posch für den Herbst die Messlatte auf elf bis zwölf Prozent Marktanteil in der Zielgruppe gelegt – bislang ist der Anteil instabil.

Regulierer gibt Telekom-Rivalen mehr Spielraum

Internetanbieter müssen weniger als bisher an Konzern zahlen

Von **Kristina Spiller**, Hamburg

Die Deutsche Telekom darf von ihren Konkurrenten weniger für die Nutzung ihres Netzes zur Übertragung von Internetdaten verlangen als bisher. Wie die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) gestern mitteilte, hat sie den Preis für diese Vorleistung an andere Internetanbieter um rund 18 Prozent auf 0,51 € je Einheit gesenkt.

Der Regulierer hat so den Hoffnungen der Telekom-Wettbewerber zumindest teilweise Rechnung getragen. Sie hatten gefordert, dass diese Entgelte um 20 bis 30 Prozent sinken. Die Telekom hatte dagegen beantragt, den Preis pro übertragene zehn Kilobits je Sekunde auf 1,55 € mehr als zu verdoppeln. Bisher erhält sie 0,63 €. Die Gebühr fällt für den Datentransport von den DSL-Anschlüssen der Telekom über das Konzernnetz bis zur Infrastruktur der Rivalen an. So müssen diese Anbieter ihr Netz nicht weiter ausbauen. Dies war eine Kritik der Telekom, weswegen sie einen höheren Preis forderte.

Jürgen Grütznert, Chef des Verbandes VATM der Telekom-Rivalen, sagte: „Wir hatten uns einen geringeren Preis erhofft, doch die Entscheidung ist in einem realistischen Rahmen und ein Versuch, den Wettbewerb zu beleben.“ Der neue Preis gilt nur für ein Jahr, um schnell auf Marktänderungen reagieren zu können, betonte RegTP-Chef Matthias Kurth gestern.

www.siemens-mobile.de/s65

Designed for life

S65

1,3 MEGAPIXEL
KAMERA

132 X 176 PIXEL
TFT-DISPLAY

32 MB
MULTIMEDIACARD



ABER WIE KANN MAN STIL MESSEN?

BUSINESS STANDARDS NEU DEFINIERT

Das neue S65 ist die perfekte Verbindung aus zeitlosem Design und innovativer Technik.

SIEMENS
mobile

Lufthansa-Streit blockiert den Condor-Abschluss

Stockende Tarifgespräche ziehen Einigung bei Tochter in die Länge

Von Jenny Genger, Hamburg

Die verhärteten Tarifverhandlungen im Lufthansa-Konzern blockieren auch den Abschluss des Sanierungsvertrages der Ferienflughochtochter Condor. Management und Piloten der finanziell angeschlagenen Condor haben sich nun laut Verhandlungskreisen auf Gehaltseinbußen und Produktivitätssteigerungen geeinigt. „Es hängt jetzt aber alles von der Haltung der Lufthansa ab“, hieß es weiter. Lufthansa-Personalvorstand Stefan Lauer und Michael Tarp, Verhandlungsführer der Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) wollten die neuen Unstimmigkeiten am Abend diskutieren.

Die Tarifgespräche stocken seit fast einem Jahr. Zu Wochenbeginn hatte Konzernchef Wolfgang Mayrhuber Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt. Er hatte gedroht, Flugverkehr über billige Partner abzuwickeln, wenn es nicht zu bestimmten Personalkostensenkungen kommt. Die Gewerkschaften VC und Verdi hatten Mayrhuber darauf vorgehalten, er erschwere eine Einigung. „Ich drohe nicht, aber ich muss handeln“, entgegnete Mayrhuber nun.

Erschwert werden die Verhandlungen dadurch, dass die Lufthansa in ihren Geschäftsbereichen – Passagiere, Cargo, Ferien-, Regional- und Billigflug – Firmen mit unterschiedlichen Tarifverträgen unterhält. Der Konzern spielt diese gegeneinander aus, um günstige Kostenstrukturen zu erreichen. Die Gewerkschaften sind zu Eingeständnissen bereit, fordern jedoch Beschäftigungsgarantien innerhalb des Konzerns.

Auch die Kunden können beim Kostensparen zur Kasse gebeten werden. Denn wegen der steigenden Treibstoffpreise hält Mayrhuber weitere Zuschläge oder eine Preiserhöhung für möglich. „Ich schließe jetzt überhaupt nichts mehr aus“, sagte der Konzernchef. Bei der Einführung eines Kerosinzuschlages im Sommer habe Lufthansa nicht erwartet, dass der Rohölpreis auf über 50 \$ pro Barrel klettern würde.

Lufthansa hatte im August einen Treibstoffzuschlag von 2 € bei Flügen in Deutschland und Europa und 7 € bei Langstreckenflügen eingeführt. Zuvor hatte Finanzchef Karl-Ludwig Kley wegen der explodierenden Treibstoffkosten seine Gewinnprognose für 2004 gekürzt und den zusätzlichen Aufwand durch den Ölpreis auf 350 bis 400 Mio. € taxiert

Gericht greift bei Parmalat durch

Vermögen weiterer Ex-Manager des Konzerns beschlagnahmt

Von Emily Backus, Mailand

Ein italienisches Gericht hat die Vermögenswerte von 17 ehemaligen Managern und Board-Mitgliedern Parmalats beschlagnahmt. Dies verurteilte gestern ein gut informiertes Gericht. Damit sind nun die Vermögen von insgesamt 27 Ex-Mitarbeitern des italienischen Lebensmittelkonzerns eingefroren.

Durch einen Gerichtsentscheid hatte Parmalat-Insolvenzverwalter Enrico Bondi bereits im Juni die Befugnis erhalten, ehemalige Parmalat-Manager und -Berater auf Entschädigung von bis zu 6,9 Mrd. € zu verklagen. Schätzungen, wie viel die Beklagten besitzen, liegen nicht vor. Gegen 21 der 27 Personen ermitteln die Behörden von Parma wegen mutmaßlich betrügerischem Bankrott, Bilanzbetrug, Geldwäsche und Untreue in Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Konzerns.

Die ersten zehn Personen, deren Vermögen im Juni eingefroren wurde, werden beschuldigt, Parmalat direkt geschadet zu haben. Zu ihnen zählt auch der frühere Konzernchef Calisto Tanzi. Unter den 17 Personen, die nun hinzu kamen, sind der Ex-Finanzchef Alberto Ferraris sowie Enrico Barachini und Domenico Barili, Board-Mitglieder von Parmalat Finanzaria. Der Bilanzbetrug bei Parmalat war im Dezember 2003 ans Licht gekommen, als sich ein Konto auf den Cayman-Inseln im Wert von 4 Mrd. \$ als fiktiv herausstellte.

Börse straft KarstadtQuelle für Umbauplan ab

Kurs des Handelskonzerns verliert rund sechs Prozent · Gewerkschaft berät über Kampfmaßnahmen · Neues Shop-Konzept gestartet

Unsere Öffnungszeiten

Montag - Freitag
9:30 - 19:00

Samstag
9:30 - 16:00

1. Samstag im Monat
9:30 - 18:00

KARSTADT

Wegen einer Betriebsversammlung öffnen wir unser Haus voraussichtlich später! Vielen Dank für Ihr Verständnis!

Hinter geschlossenen Türen wurden gestern die Karstadt-Mitarbeiter über die Pläne des Vorstands informiert

Von Christiane Ronke, Hamburg

Die Aktionäre von Karstadt-Quelle haben das Sanierungskonzept für den Handelskonzern mit Skepsis aufgenommen. Der Aktienkurs des Unternehmens gab gestern um gut sechs Prozent auf 13 € nach.

Der Vorstand hatte angekündigt, unter anderem rund die Hälfte der 180 Warenhäuser auszugliedern und schnell zu verkaufen. Auf der Verkaufsliste stehen zudem die Modeketten SinnLeffers und Wehmeyer sowie die Logistiksparte. Wie die Warenhäuser künftig genau aussehen werden, die der Konzern weiterbetreibt, blieb jedoch unklar. Sie sollen modernisiert und das Sortiment aktualisiert werden. Zudem will der Vorstand das Geschäft mit renditestarken Eigenmarken ausbauen, hieß es.

„Unserer Ansicht nach erscheint es als nicht gesichert, dass die Maßnahmen es ermöglichen werden, den Umsatztrend des Konzerns zu drehen“, schreibt HypoVereinsbank-Analyst Volker Bosse in einer Studie. Zudem sei die Refinanzierung der Sanierung mit vielen Fragezeichen und Unsicherheiten behaftet. Das Management plant, die Neuausrichtung des Konzerns unter anderem über Unternehmensverkäufe zu finanzieren. Bis Ende nächsten Jahres sind Einnahmen von 1,1 Mrd. € vorgesehen. Zu den angepeilten Verkaufserlösen für die einzelnen Unternehmensteile wollte sich KarstadtQuelle gestern nicht äußern. Bislang liegen nur Analystenschätzungen vor.

Die Arbeitnehmerseite von KarstadtQuelle kritisierte vor allem das Vorgehen in der Warenhaussparte. Auch für die 89 Häuser, die als Kerngeschäft im Konzern verbleiben sollen, sei eine solide Zukunft nicht zu erkennen. „Ein Sanierungskonzept, das den Namen wert wäre und mit einer Vorwärtsstrategie verbunden ist, wurde nicht vorgelegt“, hieß es. Die Arbeitnehmervertreter kündigten Widerstand an, wenn bei den angekündigten Verkäufen und Auslagerungen Arbeitsplätze und Tarife nicht gesichert werden.

Milliardeneinnahmen erhofft

Karstadt-Beteiligungen auf der Verkaufsliste*

| | Umsatz | Geschätzter Verkaufswert |
|-------------------|--------|--------------------------|
| 77 Warenhäuser | 700 | 410 |
| Sinn Leffers | 550 | 165 |
| Wehmeyer | 170 | 51 |
| Golf House | 20 | 6 |
| Runners Point | 90 | 27 |
| Optimus Logistics | 500 | 150 |
| Hypothekenbank | k.A. | 250 |
| Itellium** | 300 | 100 |
| Summe | 2330 | 1159 |

Quelle: HVB; * Werte in Mio. € **bereits veräußert

Niederlande kappen Beteiligung an TPG

Verkauf von 16 Prozent am Postkonzern räumt Zweifel der EU-Kommission nicht aus

Die niederländische Regierung hat gestern fast die Hälfte ihrer Anteile an TPG verkauft. Knapp ein Drittel der Aktien will der niederländische Post- und Logistikkonzern übernehmen, unter anderem, um sein Ergebnis je Aktie zu verbessern.

Der Staat verkaufte 57 Millionen Aktien oder 16 Prozent an TPG im Wert von knapp 1,3 Mrd. €. Mit den Einnahmen sollen Staatsschulden abgebaut werden. Durch den Verkauf sinkt die staatliche Beteiligung an TPG auf etwa 19 Prozent, allerdings will die Regierung auch weiterhin die „Goldene Aktie“ und damit ihre Sonderstimmrechte bei TPG behalten.

Die Europäische Union teilte mit, der Verkauf des Anteils reiche nicht aus, um wettbewerbsrechtliche Probleme auszuräumen. Im Dezember hatte die Europäische Kommission aufgrund der Anteile, die der niederländische Staat an TPG und dem Telekommunikationskonzern KPN hält, Klagen gegen den niederländischen Staat angedroht. EU-Sprecher Jonathan Todd sagte gestern, der Aktienverkauf habe nicht alle Kritikpunkte der Kommission aus dem Weg geräumt. „Unsere Bedenken betreffen nicht die Tatsache, dass die niederländische Regierung einen

Anteil hält, sondern dass sie gewisse Rechte besitzt, was die Leitung der Firma angeht“, sagte er. Das niederländische Finanzministerium teilte mit, der Staat werde sich aus allen börsennotierten Unternehmen zurückziehen. Ein genauer Zeitplan wurde aber nicht genannt. ABN Amro hat die TPG-Aktien Händlern

Umstrittene Beteiligung

Einspruch Die EU-Kommission kritisiert die Beteiligung der Niederlande an der Post TPG. Die ist deutlich größer als europäische Konkurrenten.

Marktführer Deutsche Post Umsätze europäischer Postgesellschaften 2003 in Mrd. €

| | |
|----------------------------|-------|
| Deutsche Post | 41,22 |
| Niederländische Post (TGP) | 11,87 |
| Belgische Post | 1,80 |
| Österreichische Post | 1,53 |
| Dänische Post | 1,43 |

FTD/Quelle: FTD

zufolge für einen Preis von 19,7 € bis 19,8 € übernommen. Die Transaktion enthält eine Zusatzoption, mit der die niederländische Regierung weitere acht Millionen TPG-Aktien verkaufen kann. Dann würde der Staatsanteil auf etwa 17 Prozent sinken.

TPG will nach eigenen Angaben rund 20,7 Millionen der Aktien, die die Regierung verkauft hat, übernehmen. Die Transaktion soll in zwei Tranchen erfolgen und bis Januar 2005 abgeschlossen sein. TPG ist derzeit am Kauf eines 25-Prozent-Anteils an der dänischen Post interessiert.

Seit Anfang des Jahres hat der Kurs von TPG 6,5 Prozent gewonnen, der Börsenwert des Unternehmens beträgt damit 9,4 Mrd. €. Der Kursanstieg hielt sich bislang in Grenzen, da die Anleger Verkäufe aus dem Bestand der Regierung erwarteten. Bis zum Nachmittag sank der Kurs in Amsterdam um 0,5 Prozent auf 19,65 €. Fortis-Analyst Maarten Bakker teilte in einer Research-Notiz mit, der Aktienrückkauf werde die Prognose für TPGs Gewinn je Aktie vor Goodwill von zuvor 1,96 € auf 2,01 € anheben. Im vergangenen Jahr verzeichnete TPG einen Gewinn je Aktie von 1,76 €. Reuters, FTD

Europa und USA entwickeln Raketenabwehrsystem Meads

Milliardenprogramm für Lockheed, EADS und MBDA

Von Gerhard Hegmann, München

Das derzeit größte transatlantische Rüstungsprojekt – die Entwicklung eines Luftverteidigungssystems mit mittlerer Reichweite, Meads, für die USA, Deutschland und Italien – ist praktisch gesichert. Für die drei maßgeblich beteiligten Konzerne Lockheed Martin (USA), EADS-LFK (Deutschland) sowie MBDA-Italien ist die bis 2012 laufende Entwicklungsphase mit einem Gesamtvolumen von 2 Mrd. \$ für die US-Partner und 1,4 Mrd. € für die Europäer jetzt angelaufen. Nach der Zustimmung der USA und Italiens in den Entwicklungseinstieg geht die Programmfirma Meads International davon aus, dass bis Jahresende auch die parlamentarische Freigabe durch Deutschland vorliegt.

Das jahrelang wegen Schlüsselfragen des Technologieaustauschs zwischen Europa und den USA umstrittene Projekt Meads (Medium Extended Air Defence System) gilt als Nachfolgesystem für die Patriot- oder veraltete Hawk-Raketensysteme. Das Meads-Programm ist nach Ansicht seiner Befürworter erforder-

Nach Angaben der Gewerkschaft sind von den geplanten Auslagerungen und dem Personalabbau mehr als 20 000 Beschäftigte der insgesamt rund 45 000 Mitarbeiter in der Warenhaussparte betroffen. Die Entscheidung über mögliche Kampfmaßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze soll nach Gesprächen mit dem Vorstand fallen. Am Montag wird auf einer Tarifkonferenz in Kassel über das weitere Vorgehen beraten.

Derweil startet KarstadtQuelle in diesen Tagen mit einem neuen Konzept namens „YornCasa“ im zuletzt vernachlässigten Segment Einrichtung. Das Sortiment umfasst Produkte aus den Bereichen Bad und Wellness, Küche, gedeckter Tisch, Wohnen und Schlafen mit wöchentlich wechselnden Themen.

POLITIK GREIFT EIN

Clement sagt Hilfe zu

Angesichts des drohenden Wegfalls tausender Arbeitsplätze bei der Sanierung des Handelskonzerns KarstadtQuelle hat die Bundesregierung Gespräche mit dem Konzern aufgenommen. „Wir sind derzeit in Kontakt mit KarstadtQuelle“, sagte Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement gestern in einem Interview mit Reuters TV. Er gehe davon aus, dass keine abrupten Entscheidungen zu Lasten von Standort und Arbeitnehmern fielen, „sondern dass dort sehr sorgfältig umgegangen wird mit einem offensichtlich unvermeidbaren Umgestaltungsprozess, der sehr tief greifend ist“, mahnte der SPD-Politiker. Die Bundesregierung stehe zur Hilfe für die Arbeitnehmer von KarstadtQuelle „mit allen Instrumenten, die wir haben, zur Verfügung“, sagte Clement. „Wir wollen natürlich nicht, dass Menschen dort in den Arbeitsmarkt entlassen werden. So weit wir helfen können, dass das nicht geschieht, werden wir das tun.“

In der Vergangenheit waren politische Einflussversuche allerdings kaum von Erfolg gekrönt, wie etwa bei der Pleite des Baukonzerns Philipp Holzmann. Nur kurze Zeit, nachdem Bundeskanzler Gerhard Schröder die vermeintliche Rettung gefeiert hatte, war das Schicksal von Holzmann dann doch besiegelt.

Neben der Konsumflaute gab Clement auch dem früheren Konzernmanager eine Mitschuld an der Misere. Es seien „kräftige Fehler“ bei KarstadtQuelle gemacht worden. „Und darüber sollte man nicht hinweg reden“, fügte er hinzu. Reuters

Post unterschätzt Verluste auf dem US-Markt

Logistikkonzern korrigiert Prognose für Express-Tochter DHL · Schwarze Zahlen frühestens ab 2006 · Aktie verliert bis zu 4,4 Prozent

Von **Olaf Preuß**, Hamburg

Die Deutsche Post kommt auf dem strategisch wichtigen US-Markt nicht so schnell voran wie erhofft. Die Post-Tochter DHL wird mit ihren Expressdienstleistungen in den USA dieses Jahr voraussichtlich bis zu 500 Mio. € Verlust einfahren. Das musste Post-Finanzchef Edgar Ernst gestern mitteilen. Bisher war ein Verlust von 300 Mio. \$ geplant. Auch für 2005 stellte Ernst anstelle von schwarzen Zahlen wie bisher einen Verlust von 300 Mio. € in Aussicht. „Daher ist der Breakeven des Bereichs Express America statt für das kommende Jahr nun in 2006 zu erwarten.“

Post-Chef Klaus Zumwinkel hatte noch im Frühsommer bekräftigt, DHL werde in den USA 2005 die Gewinnschwelle erreichen. Bei einer

Analystenkonferenz Anfang September machte DHL-US-Chef John Fellows bereits deutlich, dass das Ziel nur schwer zu erreichen sein dürfte. Die Post-Aktie reagierte auf die Erklärung mit Verlusten und schloss mit 4,5 Prozent im Minus bei 15,74 €.

Laut Finanzvorstand Ernst ändert die Situation in den USA allerdings nichts an der Gesamtprognose des Konzerns für dieses und das kommende Jahr. Der höhere Fehlbetrag in den USA werde durch ein besseres operatives Ergebnis – vor allem in Asien – ausgeglichen sowie durch den Erfolg des Rationalisierungsprogramms „Star“. Die zusätzlichen Ausgaben „unterstreichen das dauerhafte Engagement des Konzerns im wichtigen US-Markt“, hieß es.

DHL hatte im August 2003 den US-Expressdienstleister Airborne übernommen. Beide Unternehmen wer-

Absehbarer Rückschlag



Höherer Verlust In den USA verliert die Deutsche Post über ihre Tochter DHL 2004 bis zu 500 Mio. €, teilte Finanzvorstand **Edgar Ernst** gestern mit. Bislang kalkulierte der Konzern mit rund 300 Mio. €. Das Ziel, in den USA Gewinn zu machen, verschiebt die Post von 2005 auf 2006.

den seither integriert. Die Post-Tochter hält derzeit in den USA aber nur einen Marktanteil von rund acht Prozent. Die US-Konkurrenten UPS und Fedex teilen sich hingegen rund 80 Prozent des Marktes.

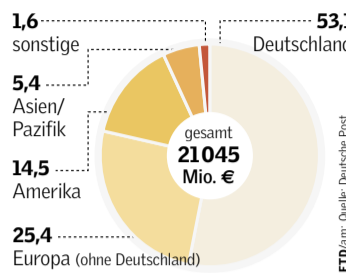
In den nächsten drei Jahren will die Post in den USA rund 1 Mrd. € investieren. Der höhere Fehlbetrag setzt sich zusammen aus einem rund 50 Mio. € höheren operativen Verlust,

aus 50 Mio. € Mehrausgaben für Werbung sowie rund 100 Mio. € höheren Aufwendungen für Qualitätsverbesserung und Mitarbeiterschulung.

„Die Post sieht jetzt erst, wie viel Geld sie am US-Markt tatsächlich in die Hand nehmen muss. Diese Analyse war noch nicht abgeschlossen“, sagt der Analyst Markus Hesse von der HypoVereinsbank. „Ein leichtes Spiel wird das nicht. Ich gehe aber

Deutsche Post

Umsatzanteile nach Regionen 1. HJ. 04 in %



Mehr Gewinn Die Gesamtprognose für den Konzern wird laut Ernst durch den Rückschlag in den USA nicht berührt. Im vergangenen Jahr hatte die Post einen operativen Gewinn von rund 2,97 Mrd. € erwirtschaftet. Dieser soll im laufenden Jahr um 7,5 bis 12,5 Prozent steigen und 2005 rund 3,6 Mrd. € erreichen.

trotzdem davon aus, dass DHL in den USA bis 2006 die Gewinnschwelle erreicht.“ Aus seiner Sicht steht DHL vor dem Problem, dass sich der US-Markt für die Expresszustellung von Paketen und Briefen derzeit von der Luftfracht stärker auf Bodentransport verlagert. „Da ist DHL/Airborne definitiv ein Zwerg“, sagte Hesse.

Post-Chef Klaus Zumwinkel will den Konzern zum größten integrier-

ten Logistik- und Expressdienstleister der Welt ausbauen. Gemessen am Umsatz von rund 40 Mrd. € im Jahr 2003 hat er dieses Ziel bereits erreicht. Mit einer Umsatzrendite von 7,4 Prozent im zurückliegenden Jahr rangiert die Post aber deutlich hinter den Konkurrenten UPS und Fedex. Um diesen Abstand zu verringern, startete die Post im November 2002 das Rationalisierungsprogramm „Star“. Insgesamt solle es Einsparungen von 800 Mio. € erbringen, hieß es gestern, 100 Mio. € mehr als bislang geplant. Ein Erfolg am US-Markt ist für die Post dennoch entscheidend.

Trotz der schwierigen Situation in den USA hält die Post an ihrer Prognose fest, den Gewinn in diesem und im kommenden Jahr deutlich zu steigern. 2003 hatte der Konzern ein operatives Ergebnis (Ebita) von 2,97 Mrd. € erwirtschaftet. Dieses will die Post im laufenden Jahr um 7,5 bis 12,5 Prozent erhöhen. Das bekräftigte der Konzern gestern. Für 2005 rechnet Finanzvorstand Ernst mit einem Ebita von „mindestens 3,6 Mrd. €“.

NACHRICHTEN

Flughäfen nehmen Rücksicht

Die großen Flughäfen in Deutschland nehmen mit moderaten Erhöhungen bei den Start- und Landeentgelten Rücksicht auf die angespannte Lage der Luftfahrtbranche. Am zweitgrößten europäischen Flughafen Frankfurt steigen die Entgelte nach Angaben der Betreibergesellschaft Fraport von Januar 2005 an um 1,75 Prozent. Der Flughafen München, Nummer zwei in Deutschland, hatte zuvor von Oktober an um zwei Prozent höhere Entgelte pro Passagier angekündigt. Beide Flughäfen hatten nach Angaben der Fluggesellschaften ursprünglich einen stärkeren Aufschlag geplant. Fraport-Chef Wilhelm Bender sprach von einer bewusst sehr moderaten Anhebung. **Reuters**

Unimil hilft Condomi

Die polnische Unimil S.A. erwägt nach Angaben des finanziell angeschlagenen Kondomherstellers Condomi die Übernahme von Schulden und Condomi-Aktien, um den Fortbestand der Gruppe zu sichern. Aus dem Prospekt der polnischen Tochter für die Ausgabe neuer Aktien gehe hervor, dass Unimil mit dem Erlös einer Emission Bankenverbindlichkeiten von 37 Mio. € übernehmen wolle, erklärte Condomi gestern in einer Pflichtmitteilung. Die Zukunft von Condomi ist ungewiss, nachdem ein Kauf durch den Erotikkonzern Beate Uhse gescheitert war. **Reuters**

Wincor Nixdorf rechnet

Der Geldautomatenhersteller Wincor Nixdorf gibt sich zuversichtlich, im laufenden Geschäftsjahr 2003/2004 ein Plus von zehn Prozent beim Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) zu erreichen. Beim Umsatz werde für das zum 30. September endende Geschäftsjahr ein Plus von acht Prozent angepeilt, sagte Wincor-Chef Karl-Heinz Stiller gestern am Rande einer Bankenkonferenz. Für das kommende Geschäftsjahr werde nach wie vor ein Umsatzanstieg von sieben Prozent und ein Anstieg des Ebit von acht Prozent anvisiert. **Reuters**

FDA beschleunigt Verfahren

Die US-Gesundheitsbehörde FDA hat dem Krebsimpfstoff L-BLP25 des Darmstädter Pharma- und Spezialchemiekonzerns Merck und der kanadischen Biomira ein beschleunigtes Zulassungsverfahren zugesagt. Der so genannte Fast-Track-Status für den Impfstoff beziehe sich auf die Behandlung von nicht kleinzelligem Lungenkrebs, teilte Merck gestern mit. Merck und Biomira hatten 2001 einen Vertrag geschlossen, nach dem beide den Impfstoff gemeinsam in den USA vermarkten. **Reuters**

EU verhängt Geldstrafen

Die Europäische Kommission hat gestern Geldbußen gegen Danone und Heineken verhängt. Die beiden Konzerne – damals noch Danone/Kronenbourg und Sogebra – hatten 1996 vereinbart, Großabnehmer wie Hotels und Gaststätten über gemeinsame Vertriebskanäle zu beliefern. Danone, das Kronenbourg inzwischen an Scottish & Newcastle verkauft hat, muss demnach 1,5 Mio. € zahlen, Heineken 1 Mio. €. Die Geldbußen seien relativ niedrig, da die Vereinbarung nie in die Praxis umgesetzt worden sei, teilte die Kommission mit. Bei Danone fiel die Buße höher aus, da der Konzern schon 1984 für eine Kartellvereinbarung bestraft worden war. **FTD**

Middleware verbindet alles. Sehen Sie es?

IBM WebSphere Express

Auflösung

IBM EXPRESS MIDDLEWARE IST SOFTWARE FÜR DEN MITTELSTAND.

Eine Software wie WebSphere Express, die dem Einzelhandel hilft, Arbeitsabläufe zu verbinden. So können Sie sich jederzeit auf neue Kundenanforderungen einstellen. On demand. WebSphere arbeitet mit fast allen bestehenden IT-Systemen problemlos zusammen, lässt sich schnell installieren und ist im Preis besonders attraktiv. Schon für 589 Euro.* Kurz und gut: WebSphere sorgt dafür, dass Sie konkurrenzfähig bleiben. Damit Ihr Business wächst und gedeiht.

Fragen Sie Ihren IBM Business Partner, oder informieren Sie sich unter ibm.com/middleware/smb/de

ON DEMAND EXPRESS PORTFOLIO
LÖSUNGEN FÜR DEN MITTELSTAND

IBM, das IBM Logo, WebSphere, das ON DEMAND Logo und Express Portfolio sind Marken oder eingetragene Marken der International Business Machines Corporation in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. *WebSphere Application Server-Express Intranet für 20 User. Unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt. Fragen Sie Ihren IBM Business Partner vor Ort nach den für Sie geltenden Preisen. Die Preise der IBM Business Partner können von dem hier genannten Preis abweichen. IBM leistet keine rechtliche Beratung oder Beratung bei Fragen der Buchführung und Rechnungsprüfung. IBM gewährleistet und garantiert nicht, dass ihre Produkte oder sonstigen Leistungen die Einhaltung bestimmter Rechtsvorschriften sicherstellen. Der Kunde ist für die Einhaltung anwendbarer Sicherheitsvorschriften und sonstiger Vorschriften des nationalen und internationalen Rechts verantwortlich. © 2004 IBM Corporation. Alle Rechte vorbehalten. O&M IBM SW 29/04

Holzmann schlägt letzte Tochter los

Endgültige Abwicklung der Rekordpleite erst in Jahren

Von Klaus Max Smolka, Frankfurt

Zweieinhalb Jahre nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens ist die letzte operative Tochterfirma des zahlungsunfähigen Baukonzerns Philipp Holzmann verkauft. Zeidler & Wimmel, Hersteller von Fassaden und Bodenbelägen aus Naturstein aus Kirchheim (Unterfranken), ist an den Konkurrenten Geiger gegangen. Den Preis nannte Insolvenzverwalter Ottmar Hermann nicht. Durch Veräußerung von Unternehmensteilen sind Hermanns Worten zufolge insgesamt 7000 der 10 800 Arbeitsplätze in Deutschland erhalten geblieben.

Jedoch ist der Fall Holzmann noch lange nicht beendet. „Das wird noch mehrere Jahre dauern“, sagte Hermann bei einer Zwischenbilanz in Frankfurt. Von den ursprünglich 550 betroffenen Gesellschaften bestehen 200 immer noch. Ferner seien 20 Immobilien bisher nicht veräußert worden. Offen sind zudem noch 9000 Forderungen über mehrere Milliarden Euro von Kunden, Lieferanten und anderen Gläubigern.

Das Traditionsunternehmen Philipp Holzmann hatte im März 2002 Insolvenz beantragt. Die US-Tochter JA Jones, mit rund 12 000 Beschäftigten etwa so groß wie der gesamte restliche Holzmann-Konzern zum Zeitpunkt der Pleite, folgte einhalb Jahre später in die Zahlungsunfähigkeit. Hermann gelang es nicht, diese Tochtergesellschaft vor der Zerstückelung zu bewahren.

EdF gibt Anteil an Ölkonzern Total auf

Einnahmen von rund 2,6 Mrd. Euro polieren Finanzlage des Stromversorgers vor dem geplanten Börsengang auf

Von Heimo Fischer, Paris

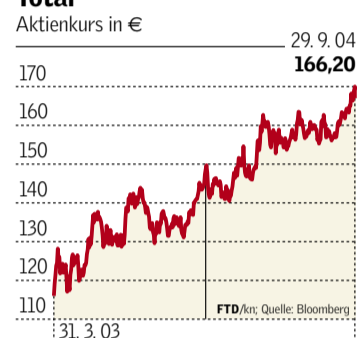
Electricité de France (EdF) hat sein Aktienpaket am Ölkonzern Total verkauft. Das bestätigte EdF gestern Abend. Der weltgrößte Stromversorger hat dafür knapp 2,6 Mrd. € eingenommen. EdF hatte 2,3 Prozent an Total gehalten, was knapp über 15 Millionen Aktien entspricht.

Mit der Milliardeneinnahme will EdF-Chef Pierre Gadonneix die Finanzlage des Staatskonzerns vor dem geplanten Börsengang aufpolieren. Der Versorger hat 24 Mrd. € Schulden. Zudem benötigt er rund 50 Mrd. € für Pensionspflichten gegenüber seinen Mitarbeitern. Gegen

Glücklicher Zeitpunkt

Kurshoch Beim Verkauf seiner Anteile an Total profitierte EdF von der Lage am Rohölmarkt. Die hohen Preise kurbeln das Fördergeschäft an, die Kurse der Konzerne steigen.

Total



eine Abschlagzahlung sollen Staatskassen das Ruhegeld übernehmen.

Frankreichs Premierminister Jean-Pierre Raffarin hatte vergangene Woche angekündigt, dass EdF in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres an die Börse soll. Die Regierung will zunächst 70 Prozent an dem ehemaligen Monopolisten behalten. Da Gewerkschaften gegen die Börsenpläne Sturm laufen, sprechen offizielle Stellen nur von einer „Öffnung des Kapitals“.

Der Zeitpunkt für einen Verkauf der Total-Aktien war nicht ungünstig. In diesem Jahr hatte der Börsenkurs 14 Prozent zugelegt. Grund für den Anstieg waren gestiegene Preise für Rohöl, die bei Ölkonzernen in der Regel zu höheren Gewinnen führen. Der Preis für Rohöl ist in diesem Jahr um rund 50 Prozent gestiegen, da Marktteilnehmer Lieferausfälle durch die unsichere Lage im Irak, in Russland und Nigeria fürchten. Experten schließen ein weiteres Wachstum des Ölpreises nicht aus.

Analysten sehen den aktuellen Kurs jedoch nicht als den wichtigsten Grund für die Abgabe der Total-Aktien durch EdF. „Electricité de France verkauft seinen Anteil an Total, weil die Privatisierung ansteht und nicht, weil das Management denkt, dass die Aktien nicht weiter steigen werden“, sagt ING-Analyst Jason Kenney.

Der Konzern gab die Aktien in einem vereinfachten Bookbuilding-Verfahren an institutionelle Investoren ab. Der Preis lag bei etwa 168 €. Der Aktienkurs von Total ging gestern bis zum Abend um 1,9 Prozent auf 166,70 € zurück. Mit der Abwick-

lung des Verkaufs beauftragt waren die Banken Goldman Sachs, Citigroup und Société Générale. Goldman Sachs führte das Konsortium.

EdF-Chef Gadonneix hatte sein Amt erst vor kurzer Zeit von François Roussey übernommen. Sein Vorgänger hatte sechs Jahre an der Spitze des Stromversorgers gestanden. In seine Zeit als Konzernchef fallen Übernahmen für rund 20 Mrd. € in Europa und Südamerika.

Unter anderem besitzt der französische Konzern einen Anteil von 34,5 Prozent an dem deutschen Stromversorger EnBW. Nach zahlreichen Problemen trug das deutsche Tochterunternehmen im ersten Halbjahr des laufenden Jahres aber deutlich zum Gewinn von EdF bei, der bei 1,54 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag. Wie in ganz Europa wird auch Frankreichs Strommarkt liberalisiert. Seit 1. Juli dürfen 37 Prozent der französischen Stromkunden ihren Versorger frei wählen. Von dieser Kundengruppe wollte EdF 80 Prozent behalten. Dieses Ziel verfehlte der Konzern jedoch knapp.



Erwartungsvoll: EdF-Chef Pierre Gadonneix will den Staatskonzern in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres an die Börse bringen

Areva und Alstom streiten um Preis für Stromsparte

Beratungsgesellschaft KPMG soll Gutachten erstellen

Von Heimo Fischer, Paris

Der staatliche französische Nuklearkonzern Areva hat sich mit der Industriegruppe Alstom darauf geeinigt, den Preis für die Übernahme der Stromverteilsparte von Experten prüfen zu lassen. Alstom verlangt 150 Mio. € mehr als bislang veranschlagt.

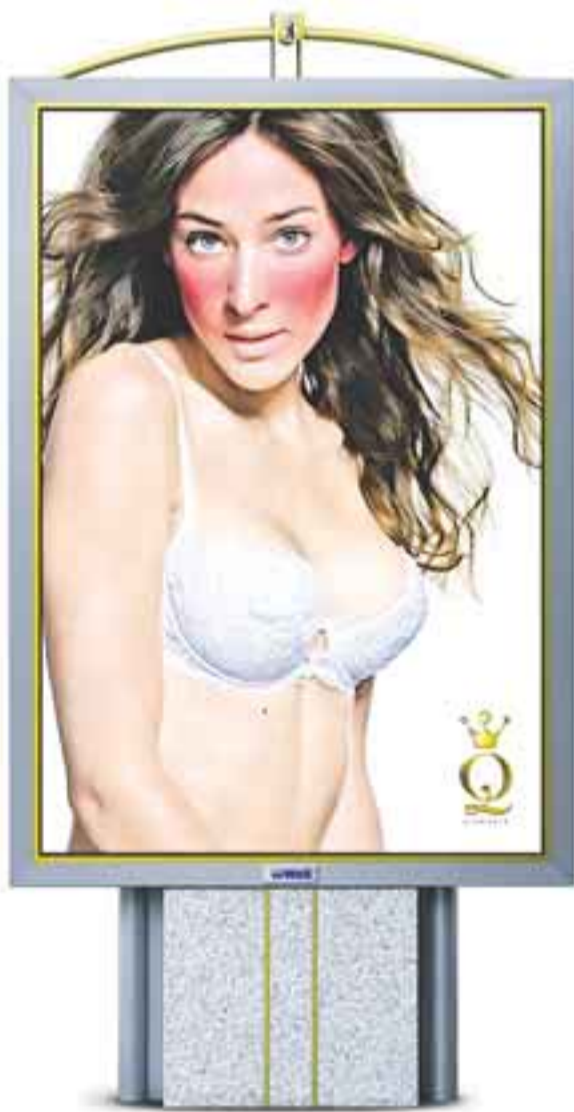
Im vorigen Jahr hatte sich der französische Alstom-Konzern mit Areva auf den Verkauf der Sparte geeinigt. Das Geschäft war eines der wenigen hochprofitablen Geschäfte von Alstom. Durch einen massiven Verkauf von Aktiva musste das Unternehmen seine akute Geldnot lindern.

Areva-Chefin Anne Lauvergeon bestätigte, dass es neue Gespräche über den Wert der Sparte gebe. „Es gibt keinen Streit. Wir diskutieren mit Alstom über die Festsetzung des endgültigen Preises.“ Beide Unternehmen seien übereingekommen, die Beratungsgesellschaft KPMG als Schlichter zu berufen. Sie hätte das letzte Wort in der Angelegenheit. Bis Ende des Jahres soll eine Entscheidung fallen. Areva-Finanzvorstand Gerard Arbola sagte, dass Areva bislang 869 Mio. € gezahlt habe. „Alstom möchte mehr, und wir sagen, dass wir einen fairen Preis gezahlt haben.“

Im ersten Halbjahr verzeichnete Areva einen vier Mal höheren Nettogewinn als im Vorjahreszeitraum. Das Ergebnis stieg auf 243 Mio. €. Der operative Gewinn verdoppelte sich auf 327 Mio. €. Durch die Übernahme der Alstom-Sparte wuchs der Umsatz um 29 Prozent auf 5,3 Mrd. €. Zu dem guten Ergebnis trug die erfreuliche Entwicklung der Elektroniksparte bei.

Areva ist der weltgrößte Hersteller von Kernreaktoren. Die französische Energieversorgung stützt sich weit mehr als die deutsche auf Atomkraft. Ihre Tochter Framatome hält Areva gemeinsam mit dem Siemens-Konzern. Areva ist auch in der Förderung und Aufbereitung nuklearer Brennstoffen aktiv.

Bei uns bleibt niemand unbeobachtet.



Citylights von Wall ziehen Blicke an. Sie sind bestens platziert, hinterleuchtet und werden regelmäßig gereinigt. Weitere Informationen erhalten Sie gerne unter + 49 (0) 30 / 33 8 99 - 218 oder im Internet auf www.wall.de

Wall
24h Markenpflege

PERSONEN

Henning Vest, Chef des deutschen Mobilfunkdienstleisters Talkline, gibt seinen Posten an den 33-jährigen Dänen **Christian Winther** ab. Vest, der bisher zugleich Präsident der Mobilfunksparte des dänischen Talkline-Mutterkonzerns TDC war, wolle sich nun auf TDC Mobile konzentrieren, gab der Anbieter gestern bekannt. Winther leitete bislang den Hamburger Internetanbieter Easynet. Von 1999 bis 2000 hatte er bereits bei Talkline in mehreren Leitungspositionen gearbeitet. Vest hat Talkline auf feste Füße gestellt und dürfte sich nun stärker um das internationale Wachstum des Mutterkonzerns im Mobilfunkgeschäft kümmern wollen. Als neuer Aufsichtsratschef Talklines behält er dabei aber zugleich auch weiterhin eine starke Verbindung zur deutschen Tochter. **FTD**

Charlie Bell, Chef von McDonald's, ist erneut zur Krebsbehandlung ins Krankenhaus eingeliefert worden. Er müsse nach seiner zweiten Darmkrebsoperation im August erneut behandelt werden, sagte Bell in einer an seine Mitarbeiter gerichteten Tonaufnahme. Als Grund gab er eine durch Narbenbildung verursachte Blockade an. Außerdem müsse eine Chemotherapie fortgesetzt werden. „Jeder, der eine Krebsbehandlung durchgemacht hat, weiß, dass es gute und schlechte Tage gibt; ich habe von beiden genug gehabt“, sagte Bell. Ein Sprecher sagte, Bell trage weiter die Verantwortung bei McDonald's. Er war erst im April Chef der weltgrößten Fast-food-Kette geworden, nachdem Vorgänger Jim Cantalupo an einem Herzinfarkt gestorben war. **AP, FTD**





Umfragetief verstärkt Druck auf Merkel

Union erstmals seit zwei Jahren unter 40 Prozent · CDU/CSU und FDP erreichen zusammen keine Mehrheit mehr · Streit um Reformen

Von **Ulrike Sosalla**
und **Claus Hulverscheidt**, Berlin

Die Union ist in bundesweiten Meinungsumfragen zum ersten Mal seit zwei Jahren unter die 40-Prozent-Marke gefallen. Bei der so genannten Sonntagsfrage, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, gaben diese Woche nur 39 Prozent der Befragten an, ihr Kreuzchen bei CDU oder CSU machen zu wollen. Im Januar lag die Union noch bei 49 Prozent.

Die Zahlen verstärken den Druck auf CDU-Chefin Angela Merkel, das Programm der Partei festzulegen und damit ihren Führungsanspruch in der Union zu sichern. Die schwachen Umfragewerte und die schlechten Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg beunruhigen viele Funktionäre, die nach dem Umfragehoch in der ersten Jahreshälfte den Wahlsieg 2006 bereits sicher geglaubt hatten.

CDU-Generalsekretär **Laurenz Meyer** gab sich gestern demonstrativ gelassen. „Umfragen sind Umfragen, und Wahlen sind Wahlen“, sagte er in Berlin. Die Führungsspitze um Angela Merkel hatte ein Absinken der ungewöhnlich guten Umfragewerte intern stets einkalkuliert. Allerdings hatte die CDU-Chefin nicht erwartet, dass der Einbruch so früh kommen und so kräftig ausfallen würde.

In der jüngsten Umfrage erreichen Union und FDP zusammen mit 47 Prozent zum ersten Mal seit mehr als zwölf Monaten keine regierungsfähige Mehrheit. Mit zusammen 48 Prozent bringen SPD, Grüne und PDS einen geringfügig größeren Teil der Wähler hinter sich.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende **Friedrich Merz** sagte, ihn wunderten die Umfrageergebnisse nicht. „Ich habe immer gesagt, dass wir zuletzt mehr von der Schwäche der SPD als von eigener Stärke gelebt haben“, erklärte er. Die neuen Zahlen böten seiner Partei nun die „riesengroße Chance“, sich mit glasklaren Reformpositionen von der rot-grünen Koalition abzugrenzen. Die Union müsse „mehr tun als der Regierung nachlaufen“, so Merz. „Wenn man Nummer eins werden will, muss man auf eine andere Spur gehen.“ Wie Merz hoffte auch andere CDU-Politiker, dass Merkel die Schwächephase der Partei dazu nutzt, internen Widerstand gegen ihren marktwirtschaftlichen Kurs zu brechen. Derzeit berät die Parteispitze den Leitantrag, in dem Merkel wesentliche Züge eines Wahlprogramms vorwegnimmt.

Offen ist, ob eine solch harte Haltung auch dazu beiträgt, das zweite große Problem der Union zu lösen: den Streit mit der CSU um den Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung. Heute Abend treffen sich Merkel und CSU-Chef **Edmund Stoiber**, um eine Kompromisslinie zu suchen.

Obwohl beide Seiten öffentlich Optimismus zur Schau stellen, gibt es inhaltlich weiterhin gravierende Unterschiede. In der CSU wird be-

stritten, dass Stoiber bereit sei, die von der CDU geforderte Einheitspauschale mit sozialem Ausgleich über das Steuersystem zu akzeptieren. Das hatten einige Medien Anfang der Woche berichtet. Ein solches Modell kommt für die CSU nur in Frage, wenn die CDU klar belegen kann, wie sie die dafür benötigten 30 bis 40 Mrd. € ohne Steuererhöhungen aufbringen will.

Da CDU-Chefin Merkel entschlossen ist, ihr Lieblingsprojekt Gesund-

heitsprämie nicht von der bayerischen Schwesterpartei zerreden zu lassen, feilt die CSU an Kompromisslinien. Eine davon sieht vor, Privatversicherte auf andere Weise in den Sozialausgleich der Krankenversicherung einzubeziehen als über das Steuersystem, wie es die CDU will. Das jedoch würde auf eine Sonderbelastung von Privatversicherten hinauslaufen.

WEITERER BERICHT Seite 10



Probelauf: CDU-Chefin **Angela Merkel** kämpft um ihren Anspruch auf die Kanzlerkandidatur

RHEINLAND-PFALZ

Notlösung

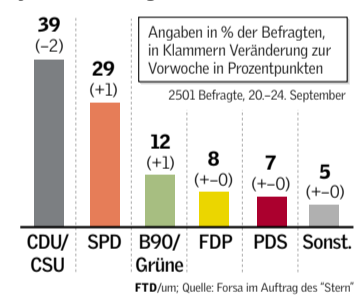
Falls es noch eines Beweises bedurfte, dass die CDU in Rheinland-Pfalz ein Nachwuchsproblem hat, dann ist er seit gestern erbracht. Peter Rau, Bundestagsabgeordneter und Bezirksvorsitzender von Trier, rang sich 36 Stunden nach dem Ende der selbst gesetzten Bewerbungsfrist durch, im Rennen um die CDU-Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2006 gegen den Landesvorsitzenden **Christoph Böhr** anzutreten.

Die beiden anderen Bezirkschefs, **Joachim Hörster** und **Kurt Lechner**, hätten ihn darum gebeten, sagte Rau zur Begründung. Zuvor hatte die Wunschkandidatin der drei Böhr-Gegner, die **Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse**, endgültig abgesagt.

Die Kandidatur des 59-jährigen führt das Ziel der Revolte endgültig ad absurdum, einen Neuanfang im zutiefst zerrissenen Landesverband Rheinland-Pfalz anzustoßen. Denn bei einer Kampfabstimmung Böhr gegen Rau droht sich das Trauma zu wiederholen, das die Partei seit 1988 quält: Damals fegte ein interner Aufstand, angeführt von **Hans-Otto Wilhelm**, den beliebten Ministerpräsidenten **Bernhard Vogel** aus dem Amt des Landesvorsitzenden. Rau war damals auf der Seite **Wilhelms**, Böhr unterstützte **Vogel**. Die folgende Wahl gewann die SPD – und ist heute noch an der Regierung.

Trotz dieses Traumas hofft Rau, dass die Partei sich hinter ihm versammelt – eine Hoffnung, die sich schnell verflüchtigen könnte, denn den ersten Stimmungsstest verlor der Unternehmer: Rauens eigener Bezirksvorstand in Trier stimmte am Dienstagabend mit 21 zu 11 Stimmen für **Christoph Böhr** als künftigen Spitzenkandidaten.

Welche Partei würden Sie wählen, wenn jetzt Bundestagswahl wäre?



Kassen und Ärzte zerstreiten sich über Gesundheitskarte

Konflikt in der Selbstverwaltung gefährdet Zeitplan

Von **Ulrike Sosalla**, Berlin

Krankenkassen, Ärzte- und Apothekerverbände haben ihre Verhandlungen über eine gemeinsame Planung für die elektronische Gesundheitskarte gestern ergebnislos abgebrochen. Da heute die vom Gesundheitsministerium gesetzte Frist abläuft, um eine detaillierte Planung vorzulegen, kann das Ministerium nun das Projekt an sich ziehen.

Das Scheitern der monatelangen Verhandlungen um einen Projektplan gefährdet den ohnehin sehr knapp bemessenen Zeitplan für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte ab Januar 2006. Denn wenn das Ministerium das Projekt übernimmt, müssen sich dessen Fachleute erst einarbeiten. Erhält die Selbstverwaltung eine Gnadenfrist, um sich doch noch zu einigen, gehen ebenfalls kostbare Wochen und Monate ins Land.

Spiel auf Zeit

Auftrag Die Planung der Gesundheitskarte liegt bei der Selbstverwaltung – also den Kassen, Ärzten, Apothekern und Krankenhäusern. Die jedoch ist traditionell uneins.

Drohung Das Gesundheitsministerium liebäugelt damit, selbst einzugreifen. Offen ist, ob es das auch wahr macht.

zustimmen“, sagte Hauptgeschäftsführer **Christoph Fuchs**. Die Krankenkassen hoffen nach Angaben einer Sprecherin, dass das Gesundheitsministerium eine Fristverlängerung gewährt und das umstrittene Planungspapier unter Auflagen genehmigt.

Taktische Absage ans Außenamt

Warum **Guido Westerwelle** offiziell keinen Wert auf das attraktivste Ministerium legt

Von **Peter Ehrlich**, Berlin

Guido Westerwelle hat gestern den taktischen Rückzug von einem Amt angetreten, von dem er noch zwei Jahre und einen ungewissen Wahlsieg entfernt ist. Auf die Frage, ob er in einer Koalition mit CDU und CSU Außenminister werden wolle, sagte er der „Zeit“: „Ich muss nicht mit Anfang 40 alles werden.“ Weiter erläuterte der FDP-Chef, der sich schon einmal Kanzlerkandidat nannte, warum es nach einem Regierungswechsel wichtigere Aufgaben geben könnte. „Die nächste Regierung ist zum Erfolg verdammt und diesem Ziel muss jede persönliche Leidenschaft untergeordnet werden.“

Eine Leidenschaft könnte die Außenpolitik für **Westerwelle** also durchaus sein. In der FDP hieß es, das Interview sei entgegen den ersten Meldungen weder ein Verzicht der Partei auf das Außenamt noch eine endgültige Absage **Westerwelles**. Der Parteichef habe sich nur ein wenig aus der Schusslinie der SPD nehmen wollen. Die plant längst einen Personwahlkampf **Gerhard Schröder**/Joschka Fischer gegen **Angela Merkel**/Guido Westerwelle. Vorerst will sich **Westerwelle** dem

Vergleich mit dem beliebtesten deutschen Politiker entziehen. Der ließ denn auch seinen Sprecher spotten: „Die Weltpolitik wird noch etwas auf **Westerwelle** warten müssen.“ Vielleicht hat **Westerwelle** aber auch bei **Fischer** gelernt, denn der hatte vor der Bundestagswahl 1998 seine klar erkennbaren Ambitionen in Richtung Außenpolitik ebenfalls häufig demotiert.

Der FDP-Vorsitzende musste aber auch für Ruhe in der eigenen Partei sorgen. In der FDP-Bundestagsfraktion sorgt man sich seit einiger Zeit über einen möglichen Konflikt zwischen Parteichef **Westerwelle** und dem Fraktionsvorsitzenden **Wolfgang Gerhardt**. Gerhardt ist zugleich der Chefaußenpolitiker der FDP, und ihm werden ebenfalls Ambitionen auf das Ministerium nachgesagt. Erst am Dienstag saßen Abgeordnete beisammen und kamen zu dem Schluss, die FDP dürfe keinesfalls als zerstrittener Haufen dastehen wie die Union. Der Parteichef hat also auch Druck im eigenen Laden gespürt und rechtzeitig reagiert.

Anders als bei den anderen Parteien besteht nämlich die FDP-Bun-

destagsfraktion traditionell darauf, jeden Minister einzeln zu nominieren und widersetzt sich dabei auch schon einmal den Wünschen der Parteiführung. 1992 etwa wählte sie **Klaus Kinkel** statt der von **Genscher** und Parteichef **Otto Graf Lambsdorff** nominierten **Irmgard Schwaetzer**.

Kaum hatte **Westerwelle** seine Ambitionen reduziert, tauchte gestern zur Freude der FDP für einige Stunden ein neuer Kandidat auf. Die „Welt“ berichtete, **Edmund Stoiber** interessiere sich nun für das Außenamt statt für ein Superministerium für Wirtschaft und Finanzen. „Absoluter Blödsinn“, demotierte **Stoiber** postwendend. Zuletzt hatte **Stoiber** eher den Eindruck erweckt, er liebäugelte doch mit einer erneuten Kanzlerkandidatur.

Kanzler **Gerhard Schröder** fasste die Meldungslage aus der Opposition am Abend sichtlich belustigt so zusammen: „Will wohl keiner machen? Ich mach's auch nicht.“ Aber **Joschka Fischer** könne ja in jedem Fall „einfach im Amt bleiben“.

LEITARTIKEL Seite 27

„Will wohl keiner machen. Ich mach's auch nicht“

Gerhard Schröder

Chirac erwägt Referendum über Türkei-Beitritt

Frankreichs Präsident riskiert Streit mit Kanzler Schröder

Von **Wolfgang Proissl**, Berlin

Frankreichs Präsident **Jacques Chirac** erwägt, in Kürze einen Volksentscheid über den EU-Beitritt der Türkei anzukündigen. Der Staatschef plane eine Änderung der Verfassung, nach der die Bevölkerung künftig jedem weiteren Beitritt eines Landes zur EU per Referendum zustimmen müsse, berichtete gestern die Tageszeitung „Le Monde“. Dies hätte zur Folge, dass die Türkei nur dann Vollmitglied der EU werden könnte, wenn eine Mehrheit der Franzosen den Beitritt billige.

Entscheidet sich **Chirac** für die Verfassungsänderung, wäre das ein Schlag für Bundeskanzler **Gerhard Schröder**. Die Initiative würde die guten deutsch-französischen Beziehungen belasten. Denn der Kanzler hat die Integration der Türkei in die EU zu einem Kernanliegen gemacht.

Ein Referendum in Frankreich wäre eine hohe Hürde für die Aufnahme des Brückenstaates. Eine deutliche Mehrheit der Franzosen und der politischen Klasse in Paris steht der türkischen Mitgliedschaft feindselig gegenüber. **Schröder** und **Chirac** treffen sich morgen zu informellen Gesprächen in Straßburg.

Chirac steht unter dem Druck mächtiger Politiker seiner konservativen UMP-Partei. Der Finanzminister und künftige Parteichef **Nicolas Sarkozy**, Premier **Jean-Pierre Raffarin** und Außenminister **Michel Barnier** sprechen sich für ein Referendum über einen Türkei-Beitritt aus.

Die Pläne zeigen auch den Ärger in Paris über EU-Erweiterungskommissar **Günter Verheugen**. Dort wird bemängelt, **Verheugen** nehme durch seine unkritische Haltung Reformdruck von der Türkei. Der Deutsche hatte vergangene Woche signalisiert, dass er am 6. Oktober Beitrittsvergespräche empfehlen werde. Ein französisches Referendum hätte zur Folge, dass Verhandlungen kein Beitrittsautomatismus folgen würde.

Iraks Ölprovinzen planen Autonomie von Bagdad

Pläne schüren Furcht vor Auseinanderbrechen des Landes

Von **Roula Khalaf**, London

Die ölfreien Provinzen im schiitischen Süden des Irak denken über die Gründung einer autonomen Region nach. Mitglieder der Stadtverwaltung der zweitgrößten irakischen Stadt **Basra** haben dazu Gespräche mit Vertretern der Provinzen **Missan** und **Dhikar** geführt. Ein Vorschlag sieht die Gründung einer autonomen Zone nach dem Beispiel der Kurden im Norden des Landes vor. In den drei südlichen der 18 Provinzen lagern 80 Prozent der bekannten Erdölvorkommen des Irak.

Sollten die Südprovinzen mit ihren Plänen ernst machen, wäre die labile Einheit des Landes gefährdet. Seit dem Sturz des Regimes von Ex-Diktator **Saddam Hussein** fürchten Politiker im Irak und im Ausland ein Auseinanderbrechen in einen kurdischen, einen sunnitischen und einen schiitischen Teil.

Diplomaten, die mit dem Inhalt der Gespräche zwischen den Provinzen vertraut sind, berichteten, dass sich die Südregion nicht ausreichend in der Zentralregierung repräsentiert fühlt. Ministerpräsident **Allawi** hat in seinem Kabinett nur einen Vertreter von dort. Die Regionalpolitiker klagen auch darüber, dass sie keinen fairen Anteil an den wirtschaftlichen Ressourcen des Landes bekommen.

„Der Süden ist schwer enttäuscht und erlebt, wie Bagdad ihm weiterhin eine ausreichende Vertretung vorenthält“, sagte ein westlicher Diplomat. In Regierungskreisen in Bagdad verdächtigt man dagegen Iran, die Provinzen in ihrem Kampf um Autonomie anzustacheln.

NACHRICHTEN

Union verzichtet auf Ausschuss

Die Union verzichtet darauf, den umstrittenen Bundeswehr-Einsatz während der Kosovo-Unruhen im Frühjahr im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu analysieren. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Christian Schmidt, kündigte stattdessen die Einrichtung einer „Sonderberichterstattungsgruppe Kosovo“ an, die etwaige Fehler im kleinen Kreis untersuchen solle. Verteidigungsminister Peter Struck hatte zuvor dem Untersuchungsausschuss über die Vorfälle Rede und Antwort gestanden. Vor der Sitzung hatte er sich gegen einen Untersuchungsausschuss ausgesprochen. **FTD**

Russland will Kioto ratifizieren

Die russische Regierung wird nun offenbar doch das Klimaschutzprotokoll von Kioto ratifizieren. Dies haben russische Nachrichtenagenturen gestern unter Berufung auf ungenannte Quellen in der Regierung berichtet. Das Abkommen aus dem Jahr 1997 kann nur durch eine Ratifizierung durch Russland in Kraft treten. Präsident Wladimir Putin versprach, den Ratifizierungsprozess zu beschleunigen, weil die EU den Wunsch Moskaus unterstützt, der Welthandelsorganisation beizutreten. Im Vertrag von Kioto ist die Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes geregelt. Dieser gilt als Hauptursache für den so genannten Treibhauseffekt. **AP**

Ganztagschulen erfolgreich

Das Ganztagschulprogramm der Bundesregierung findet wachsenden Zuspruch: 3030 neue oder deutlich besser ausgestattete Ganztagschulen können in diesen Tagen ihre Arbeit starten. Dabei wurde erst ein Drittel der vom Bund zur Verfügung gestellten 4 Mrd. € Fördermittel abgerufen. Das Programm läuft bis 2007 und wird von allen 16 Bundesländern genutzt. Dies geht aus einem Bericht hervor, den Bildungsministerin Edelgard Bulmahn gestern dem Kabinett vorgelegt hat. Mit dem Programm hatte die Bundesregierung auf das miserable deutsche Abschneiden beim ersten weltweiten Pisa-Schultest vor drei Jahren reagiert. **dpa**



Gut gelegen: Die neue bayerische Landesvertretung in Brüssel – ehemals das Institut Pasteur – steht direkt neben dem Glaspalast des EU-Parlaments

Bayern feiert auf Schloss Neuwahnstein

Die Brüsseler Landesvertretung eröffnet ihre neue Residenz und freut sich über boshafte Anerkennung

Von Benjamin Dierks, Brüssel

Eigentlich ist alles bereit für die feierliche Eröffnung der neuen bayerischen Vertretung in Brüssel. Ministerpräsident Edmund Stoiber hat seinen Platz eingenommen, und die Bläser des bayerischen Rundfunkorchesters stehen vor ihren Notenständern. Bereits zum dritten Mal räuspert sie sich, heben die Trompeten an den Mund – und lassen sie wieder sinken. Alle warten auf das Okay des Regisseurs vom Bayerischen Rundfunk. Die Sause wird live

übertragen, hier wird schließlich nicht irgendetwas eröffnet.

Plötzlich stürmt noch ein verspäteter Gast in den Saal: EU-Kommissionspräsident Romano Prodi. Herzlich umarmt er Stoiber und setzt sich neben ihn. Die Kameras laufen. „Das hätte inszeniert nicht besser aussehen“, flüstert ein Vertretungsmitarbeiter. „Das ist inszeniert“, zischt Edeltraud Böhm-Amtmann zurück. Die elegant gekleidete Chefin der Landesvertretung lächelt zufrieden.

Bei den Bayern wird nichts dem Zufall überlassen. Schließlich ist die

„Pionierzeit Bayerns in Europa“ vorbei, wie Landeschef Stoiber in seiner Ansprache sagt. Vorbei die Tage in den zwei schmalen, vollkommen überfüllten Bürgerhäusern der alten Landesvertretung, die immer nur eine Lösung auf Zeit waren.

Mit dem ehemaligen Forschungszentrum Institut Pasteur hat Bayern sich ein Filetstück mitten in Europas Regierungsviertel gesichert, unumstritten eine der schönsten Landesvertretungen in Brüssel. Wie ein Kleinod liegt das von Brüssellern liebevoll „Schlösschen“ getaufte Haus aus der Jahrhundertwende mit seinen Erkern und Türmen zwischen dem wuchtigen EU-Parlament und dem Ausschuss der Regionen.

„Schloss Neuwahnstein“, sticheln Kollegen aus den anderen Landesvertretungen ob der Größe der neuen Repräsentanz. „König Ludwig hätte seine Freude daran gehabt“, frotzelt ein SPD-Abgeordneter. Selbst manch ein CSU-Parlamentarier soll schon vor Scham den Blick gesenkt haben, als er aus dem benachbarten Abgeordnetenrestaurant auf seine neue Heimatvertretung schaute.

„Wir freuen uns, dass wir schon vor der Eröffnung fast so bekannt waren wie die bayerischen Königsschlös-

ser“, erwidert Europa-Staatsminister Eberhard Sinner gelassen. Und Stoiber weiß es ohnehin besser als die Kritiker: „Bayerische Schlösser sehen anders aus.“

30 Mio. € hat sich Bayern seine neue Repräsentanz in Brüssel kosten lassen. 29 Mitarbeiter sind hier beschäftigt, mehr als in jeder anderen Landesvertretung. Die neuerdings kurzen Wege zu den EU-Institutionen sollen ihnen helfen, Bayerns Interessen noch besser zu vertreten.

Er sei kein Euro-skeptiker, sagt Stoiber, er lade lediglich zur Diskussion ein. Den Austausch der Regionen werde Bayern allemal fördern, nicht nur mit dem neuen Bierkeller der Vertretung. Schließlich sei Bayern Garant für „regionale Vielgestaltigkeit“, so Stoiber. Das bewiesen schon die zahlreichen Trachten-

träger, die die Feier schmückten. Um deutlich zu machen, was eine bayerische Interessenvertretung der kurzen Wege bedeutet, sagt Stoiber, was den Freistaat demnächst beschäftigen wird: die „Schicksalsfrage Grenzverlauf“. Die Türkei dürfe auf keinen Fall in die EU aufgenommen werden. Man muss es ja schließlich nicht gleich übertreiben mit der regionalen Vielgestaltigkeit.

Historische Bleibe

Bakterien 1906 entdeckt Nobelpreisträger Jules Bordet im Institut Pasteur den Erreger für Keuchhusten.

Belastung Jahrelang steht das Gebäude neben dem nach König Leopold II. benannten Park leer.

Bayern 2002 erfolgt der erste Spatenstich. Im Juli 2004 übergibt Brüssel das Gebäude an den Freistaat.

Ladies first!

Am 1. Oktober erscheint das FTD-Special zur Preisverleihung
„25 Top-Frauen der europäischen Wirtschaft“

Die FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND und die FINANCIAL TIMES verleihen zum ersten Mal den Award „25 Top-Frauen der europäischen Wirtschaft“. Zu diesem Anlass stellen wir Ihnen alle 25 Finalteilnehmerinnen auf umfangreichen Sonder-

seiten vor. Der Siegerin und den weiteren vier erstplatzierten Top-Managerinnen widmen wir jeweils ein eigenes, ausführliches Porträt. Lesen auch Sie, warum Managerinnen in Europa auf dem Vormarsch sind – morgen in Ihrer FTD.

Wissen, was wichtig wird.

WWW.FTD.DE

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

Kostenloses Probe-Abo unter: 01802/81 82 83 (0,06 € pro Anruf) oder www.ftd.de/probeabo

CDU nimmt Monopole ins Visier

Bahn und Post sollen Privilegien verlieren · Vorschläge für Regierungsprogramm

Von Ulrike Sosalla, Berlin

Die CDU will die Monopolstellungen von Bahn, Post und Stromkonzernen abbauen. Private Wettbewerber sollten Zugang zu allen bisher geschützten Bereichen der Wirtschaft erhalten, forderte Präsidiumsmitglied Hildegard Müller gestern in Berlin.

Müllers Vorschläge gehen in den Leitartikel ein, mit dem die CDU auf ihrem Parteitag im Dezember ihr Programm für den Fall einer Regierungsübernahme präzisiert. Die Bundestagsabgeordnete stellte das letzte von acht „Wachstumspaketen“ vor, mit deren Hilfe die Volkspartei sich ein schlüssiges Konzept geben will.

Nach den Vorstellungen Müllers sollen alle bestehenden Wettbewerbsverzerrungen mit zeitlichen Befristungen versehen werden. „Dazu zähle ich auch Subventionen“, sagte sie. Müller kritisierte die Politik der rot-grünen Bundesregierung, immer wieder zu Gunsten einzelner Unternehmen oder Branchen einzugreifen. „So etwas wie eine Förderung nationaler Champions sehe ich sehr kritisch.“ Solche Eingriffe führten nur zu hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Wachstumsraten.

Für die Stromkonzerne fordert Müller eine wesentlich strengere Aufsicht durch die Regulierungsbehörde als von der Bundesregierung geplant. So dürfe die Behörde nicht an Einzelverordnungen gebunden werden, sondern müsse flexibel reagieren können. Vor allem müssten die Preise, die die Stromkonzerne für die Nutzung ihrer Leitungen verlangen, vor Inkrafttreten von der Behörde überprüft werden und nicht erst im Nachhinein. Nur dann hätten

neue Wettbewerber auf diesen Märkten eine Chance.

Mehr private Konkurrenz will Müller auch der Bahn verordnen. Schienennetz und Betrieb bei der Bahn sollen getrennt werden, private Wettbewerber sollen auch für den Betrieb rentabler Strecken bieten dürfen. Allerdings gesteht auch Müller der Bahn zu, dass weniger rentable Strecken dauerhaft subventioniert werden müssten, um den Betrieb zu sichern.

Weit reichende Änderungen verlangt Müller den Kommunen ab. Sie sollten sich großflächig aus allen Bereichen zurückziehen, die ebenso gut von privaten Anbietern abgedeckt werden könnten.

Bei der Umsetzung der Arbeitsmarktreform Hartz IV sei streng darauf zu achten, dass die neuen Beschäftigungsgesellschaften für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger den örtlichen Unternehmen keine Konkurrenz machten.

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer räumte indirekt ein, dass die CDU ihre Forderungen nach Wettbewerb bisher nicht immer konsequent umgesetzt habe. Das solle sich nun ändern, kündigte er an. „Wir sind bereit, den Streit mit unseren Kommunalvertretern durchzustehen.“

Erhards Erben

Wiederentdeckt Geht es nach der CDU-Spitze, soll die Partei wieder stärker auf den Markt vertrauen als auf staatliche Eingriffe – so habe Ludwig Erhard auch seine Vision der sozialen Marktwirtschaft verstanden.

Aufgefrischt In acht Wachstumspaketen, auf denen das Konterfei Erhards prangt, präsentierte die CDU seit Juni ihre Ideensammlung.

Abgespeckt Nun fasst sie die Vorschläge zu einem Leitartikel für den Parteitag zusammen. Die hitzige Diskussion um den Kündigungsschutz zeigt, dass nicht alle Ideen überleben.

Arbeitgeber fordern Ausbildungsbudget für Studenten

BDA-Präsident Hundt stellt Studienfinanzierungsmodell vor · Kritik an Bildungsministerin wegen Ablehnung von Studiengebühren

Von **Astrid Maier**, Berlin

Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt hat ein Modell zur Studienfinanzierung vorgestellt, das Studiengebühren mit staatlichen Zuschüssen und Darlehen kombiniert. Studenten in Deutschland sollen danach künftig zwar Studiengebühren bezahlen, dafür jedoch vom Staat ein Ausbildungsbudget in Höhe von jeweils 15 000 € erhalten. Hundt sagte, ungeachtet elterlicher Vermögensverhältnisse solle die Summe an alle Studenten ausgezahlt werden. Sie müsse nicht zurückgezahlt werden. Darüber hinaus sollen die Studenten Anspruch auf Darlehen in Höhe von maximal 35 000 € für Studiengebühren und Lebenshaltungskosten haben.

Finanziert werden soll diese neue Form der staatlichen Studienfinanzierung nach dem Willen der Arbeitgeber durch die Umverteilung von Kindergeld, Bafög und Ausbildungsfreibeträgen. Das so genannte Ausbildungsbudget von 15 000 € pro Student sei durch die vorgeschlagene Streichung der „wenig tauglichen Transferzahlungen an die Eltern“ sowie durch die Aufhebung des Bafögs „gesichert“, heißt es in dem Papier. Das Modell garantiere zudem, dass „niemand aus finanziellen Gründen von der Aufnahme eines Studiums abgehalten oder gar ausgeschlossen werde“, sagte Hundt.

Der Vorschlag der Arbeitgeber zielt auf die bis zum Jahresende erwartete Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Studiengebührenverbot ab. Beobachter gehen davon aus, dass die Karlsruher Richter das bundesweite Verbot kippen werden. Dann könnten die Länder selbstständig über Studiengebühren entscheiden. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn hatte vor zwei Jahren gegen den Widerstand der Länder ein Studiengebührenverbot durchgesetzt.

Es sei „Unsinn, Eliteuniversitäten und Hochschulwettbewerb fördern zu wollen und gleichzeitig an einem



Die Arbeitgeber wollen **Studenten** eine Pauschale und Darlehen geben. Im Gegenzug sollen sie Studiengebühren zahlen

Studiengebührenverbot festzuhalten“, sagte Hundt. Bei der Einführung von Studiengebühren müsse den öffentlichen Haushalten aber „jeglicher Zugriff auf die Beitragseinnahmen verwehrt bleiben“.

Nach den Plänen des BDA sollen Studenten in Zukunft zunächst in einer Einführungsphase rund 500 € Studiengebühren pro Semester bezahlen. Später würden Aufschläge je nach Studienfach und angestrebtem Studienabschluss – Bachelor oder Master – hinzukommen. Kreditgeber für das rückzahlungspflichtige Studiendarlehen soll die KfW Bankengruppe sein.

Die Rückzahlung des Darlehens würde nach dem Studium fällig und erst, wenn ein bestimmtes Mindesteinkommen erreicht worden ist: Nach dem BDA-Modell soll die Tilgung sechs Monate nach Studienende und ab einem Mindestbruttoeinkommen von 12 500 € beginnen. Verheiratete Absolventen müssen über ein Bruttohaushaltseinkommen von mindestens 25 000 € verfügen. Das Darlehen soll mit einem Zinssatz von drei Prozent verzinst werden und kann entweder sofort, nach drei, fünf oder zehn Jahren getilgt werden.

Studienende und ab einem Mindestbruttoeinkommen von 12 500 € beginnen. Verheiratete Absolventen müssen über ein Bruttohaushaltseinkommen von mindestens 25 000 € verfügen. Das Darlehen soll mit einem Zinssatz von drei Prozent verzinst werden und kann entweder sofort, nach drei, fünf oder zehn Jahren getilgt werden.

In der Vergangenheit wurden bereits mehrere Vorschläge zur Studienfinanzierung und Studiengebührenmodelle ausgearbeitet. Bundesweite Beachtung fand der Vorschlag

des Hamburger Wissenschaftssenators Jörg Dräger. Dieser hatte vorgeschlagen, Studenten müssten sich mit rund 1000 € pro Studienjahr an den Kosten der Universitäten betei-

gen. Nach den Plänen des parteilosen Senators würden Studierende Bildungskredite von privaten Banken für fünf Jahre aufnehmen. Nach eigenen Angaben arbeitet Dräger an ei-

nem Finanzierungskonzept für Studiengebühren und koordiniert dabei die Pläne aller CDU/CSU-Länder zur Einführung von Studiengebühren. Diese hatten angekündigt, ab 2006 im Alleingang Studiengebühren einführen zu wollen. Die rot-grüne Koalition ist über ihre Position zu Studiengebühren zerstritten.

Der baden-württembergische Wissenschaftsminister Peter Frankenberg sagte, das Studienfinanzierungsmodell der Arbeitgeber habe „visionären Charakter“. Der CDU-Politiker schränkte aber ein, er halte „eine vom Elterneinkommen abhängige Ausbildungsförderung für eine sozial gerechte Lösung“. Es sei gut und notwendig, dass es „einen Wettbewerb der Ideen darüber gibt, wie Studiengebühren finanziell effizient und sozial gerecht ausgestaltet werden können“. Er erwarte unterschiedliche Lösungen in den Ländern. Es gebe kein „einheitliches Modell für Studiengebühren aller CDU-geführten Länder“.

Finanzierung

Gebühren Für ein vierjähriges Bachelor-Studium ergibt sich in dem BDA-Modell eine durchschnittliche Belastung von 5000 €.

Einnahmen Hochschulen könnten mit einem zusätzlichen Mittelzufluss von 2,5 Mrd. € pro Jahr rechnen.

Darlehen Für ein dreijähriges Studium (Beitragssumme 3750 €) ergäbe sich für einen Rückzahlungszeitraum von fünf Jahren eine monatliche Rate von 75 €.

Tarifreform im öffentlichen Dienst geht in die heiße Phase

Arbeitgeberverband verhandelt unter Druck weiter

Von **Maik Rademaker**, Berlin

Trotz scharfer interner Kritik hat die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) beschlossen, mit Verdi weiter über die Tarifreform zu verhandeln. „Es gab eine heiße Debatte über eine Kündigung der Tarifverträge. Letztlich wurde aber entschieden, dass weiter verhandelt wird“, sagte VKA-Hauptgeschäftsführer Gerd Kappius nach der außerordentlichen Mitgliederversammlung. Allerdings blieben der Druck und die Erwartungshaltung der Mitglieder hoch.

Die Tarifreform im öffentlichen Dienst gilt als die wichtigste Tarifverhandlung in diesem Jahr. Betroffen sind davon 2,8 Millionen Angestellte in öffentlichen Unternehmen wie Verwaltungen, Krankenhäusern und Sparkassen. Verhandelt wird über zahlreiche brisante Details wie flexiblere und längere Arbeitszeiten, leistungsgerechte Bezahlung und befristete Arbeitsverträge.

Eine Kündigung der Verträge hätte die Arbeitgeber gespalten und damit die Reform des seit 1961 geltenden Bundesangestelltentarifs gestoppt. Auslöser für die interne Auseinandersetzung war das Begehren mehrerer ostdeutscher Verbände. Diese hatten mit Interesse beobachtet, dass die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) die Verhandlungen verlassen hat, die Tarifverträge zur Arbeitszeit gekündigt und die Arbeitszeit für neu Eingestellte auf bis zu 42 Stun-

den angehoben hat. Zumindest mit der Kündigungsdrohung wollte man nun Druck in die Verhandlungen bringen: Denn spätestens Ende 2005 muss ein Lösungspaket auf dem Tisch sein. Je länger die Auseinandersetzungen laufen, desto mehr könnten sie die Verhandlungen um Lohn und Gehalt belasten, die Ende Januar 2005 beginnen.

„Manche Mitglieder glauben, dass sie sich durch eine Kündigung der Tarifverträge finanziell besser stellen als durch Verhandlungen. Die Unternehmen sind aber vom Gegenteil überzeugt“, sagte Kappius.

Von Verdi-Chef Frank Bsirske wurde die Entscheidung begrüßt. Laut Kappius sind die Verhandlungen trotz starken Termindrucks auf gutem Wege. So sollen neu Eingestellte niedriger eingruppiert werden. Überstundenzuschläge sollen durch größere Zeiträume für einen Ausgleich vermieden werden, flexiblere Arbeitszeiten sollen Überstunden abbauen. Beides würde die Arbeitgeber finanziell stark entlasten.

Noch offen sind Fragen wie die Unkündbarkeit von Arbeitsverträgen und längere befristete Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitgeber fordern zudem eine leistungsgerechte Bezahlung über die Einführung variabler Lohnanteile. Hier diskutiert man Kriterien und Höhe der neuen Lohnkomponente. Mehrere VKA-Mitglieder erwarten laut Kappius zudem, dass Verdi die Lohn- und Gehaltsverträge im Januar nicht kündigt.

„Der interne Druck von Mitgliedern bleibt hoch“

Gerd Kappius, VKA



„Mensch bleiben.
Viel wert in diesen Zeiten.“

Iris Berben, Schauspielerin

Sparkassen. Gut für Deutschland.



Unser Leben wird immer schneller, unüberschaubarer und teilweise auch härter. Eines ändert sich aber nicht: das Bedürfnis nach Menschlichkeit. Gerade bei Finanzgeschäften wollen die Menschen Partner haben, auf die sie sich persönlich verlassen können. Die Sparkassen sind die Kreditinstitute, die das höchste Vertrauen in Deutschland genießen. 50 Millionen Menschen sind unsere Kunden. Das hat sicher damit zu tun, dass wir auf persönliche und örtliche Nähe Wert legen. Und bestimmt spielt auch eine Rolle, dass wir niemanden ausgrenzen, sondern für jeden Kunden ein passendes Angebot haben.

www.gut-fuer-deutschland.de

JAHRESTAGUNG VON IWF UND WELTBANK

Der Internationale Währungsfonds dämpft die Sorgen über den hohen Ölpreis. In ihrem Ausblick bescheinigt die Organisation der Weltwirtschaft solides Wachstum und warnt vor übereilten Zinsschritten. Verglichen mit den 70er Jahren fällt der aktuelle Anstieg ohnehin gering aus

Währungsfonds warnt vor Ölpreis-Panik

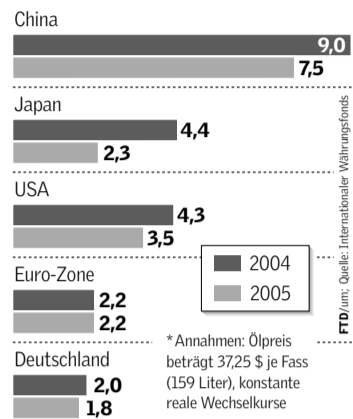
Von **Mark Schieritz**, Washington, und **Birgit Marschall**, Berlin

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat vor Panik wegen des gestiegenen Ölpreises gewarnt. Zwar hätten sich die Risiken für die globale Konjunktur durch die teurere Energie erhöht, und das Wirtschaftswachstum werde etwas schwächer ausfallen als erwartet. Die weltweite Expansion sei jedoch „immer noch solide“, sagte IWF-Chefvolkswirt Raghuram Rajan gestern bei der Vorstellung des neuen Wirtschaftsausblicks seiner Organisation in Washington.

„In den Industrieländern dürften die Auswirkungen des höheren Ölpreises moderat bleiben“, sagte Rajan. Der Grund sei, dass der Preisanstieg zum Teil auf die höhere Nachfrage zurückzuführen sei. Zudem sei die Produktion weniger energieintensiv. Damit dämpft der Fonds Befürchtungen, der Anstieg der Ölpreise werde die globale Konjunkturerholung abbrechen lassen. Solche

Weltmeister China

Wachstum des Bruttoinlandsproduktes* in %



Sorgen waren zu Wochenbeginn laut geworden, nachdem der Preis für das Barrel Rohöl (159 Liter) erstmals über die 50-\$-Marke geklettert war.

Trotz der beschwichtigenden Einschätzung Rajans gilt der Ölpreisanstieg als eines der Hauptthemen der Jahrestagung von IWF und Weltbank,

die an diesem Wochenende in Washington stattfindet. Ihr geht am Freitag das Treffen der sieben wichtigsten Industrienationen (G7-Staaten) voraus. Die G7 wollen über Maßnahmen beraten, wie die Transparenz auf den Ölmärkten verbessert werden kann. So soll die Internationale Energieagentur (IEA) in Amsterdam objektive Daten über die Entwicklung von Angebot und Nachfrage veröffentlichen, um spekulative Effekte offen zu legen.

Das weltweite Wirtschaftswachstum wird sich laut IWF im kommenden Jahr nur leicht von 5,0 im laufenden Jahr auf 4,3 Prozent 2005 abschwächen. Das Wachstumstempo verlangsamte sich vor allem in den USA und Japan, aber auch die Volkswirtschaften in Asien und Lateinamerika legten weniger zu.

In den Schwellenländern richteten die höheren Ölpreise größere Schäden an, unter anderem, weil die Zentralbanken stärker als in den Industrieländern gegensteuern müssten, um die Inflation zu begrenzen. Der

IWF hatte in seiner Prognose einen Ölpreis von knapp 40 \$ unterstellt.

Die Euro-Zone könne ihre diesjährige Zuwachsrate von 2,2 Prozent auch 2005 halten, so der IWF. Sie expandiere damit aber erneut erheblich weniger schnell als der Rest der Welt. Vor allem Deutschland bremse das Wachstum. Die Wirtschaft hänge immer noch vor allem am Export. Der Konsum werde wegen des „schwachen Wachstums der Haushaltseinkommen“ infolge „anhaltender Anpassungen am Arbeitsmarkt“ gedämpft. Der Fonds macht damit indirekt auf die gesamtwirtschaftlichen Folgen der Vereinbarung in einigen Unternehmen aufmerksam, die Lohnkosten zu senken. Zudem sparten die Bürger mehr, weil sie wegen der Reform der Rentensysteme mit geringeren Rentenzahlungen im Alter rechneten. Langfristig zahlten sich die Reformen der Agenda 2010 aber aus, sagte Rajan. Er warnte vor einer Verlangsamung des Reformprozesses in Deutschland. Der Fonds zeigte sich zuversichtlich, dass der

private Konsum in den kommenden Monaten anzieht und die Erholung damit auf eine breitere Basis stellt. Die deutsche Beschäftigung nehme zu, die Arbeitslosenquote falle 2005 erstmals wieder. Dies mache die schwächeren Impulse aus dem Ausland aber nur teilweise wett. Die Wirtschaft wachse mit einem Plus von 1,8 Prozent 0,2 Punkte schwächer als in diesem Jahr.

Deutschland wolle in Washington darauf dringen, mehr Markttransparenz auf den Ölmärkten herzustellen, hieß es in deutschen Regierungskreisen. Der Anstieg des Ölpreises sei aus Sicht des IWF das größte Risiko für die Weltwirtschaft. Auch die „gewaltigen Ungleichgewichte“ im US-Haushalt und in der US-Leistungsbilanz seien beunruhigend. Vor der US-Präsidentenwahl werde vom IWF oder den G7 aber keine gesonderte Ermahnung an die USA zum Defizitabbau ausgehen.

WWW.FTD.DE/IWF
WEITERE BERICHTE Seite 20

JAHRESTAGUNG

An diesem Wochenende treffen sich in Washington Vertreter der 184 Mitgliedsstaaten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Der Tagung geht am Freitag das Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der sieben wichtigsten Industrienationen (G7) voraus. Die FTD beantwortet die bedeutendsten Fragen zum Thema.

Was ist der IWF?

Der IWF ist eine internationale Finanzorganisation mit Sitz in Washington, an der 184 Staaten beteiligt sind. Er wurde 1944 im amerikanischen Bretton Woods gegründet, um die globale Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf eine solide Grundlage zu stellen. Seine Aufgaben: Stabilisierung der Kapitalmärkte, Förderung des globalen Wachstums und der Beschäftigung, finanzielle Unterstützung für Länder, die in außenwirtschaftliche Krisen geraten. Dazu hat der IWF zahlreiche Instrumente entwickelt. So sind die Volkswirtschaften der IWF-Staaten regelmäßigen Checks unterworfen. Seine Kredite knüpft der IWF an strenge Reformziele, die nicht immer unumstritten sind.

Was tut die Weltbank?

Auch der Weltbank gehören 184 Staaten an. Sie ist einer der größten Anbieter von Entwicklungshilfe. 2002 gewährte sie Entwicklungsländern Hilfen von 19,5 Mrd. \$. Die Bekämpfung von Armut und Aids sowie der Ausbau der Bildungswesen sind Hauptziele. Wie der IWF refinanziert sich die Weltbank am Kapitalmarkt. Anteilseigner sind die Mitgliedsstaaten entsprechend ihrer ökonomischen Größe. Danach bemessen sich auch die Stimmrechte. In beiden Organisationen haben die USA als größte Wirtschaftsnation den größten Einfluss.

Was beraten die G7?

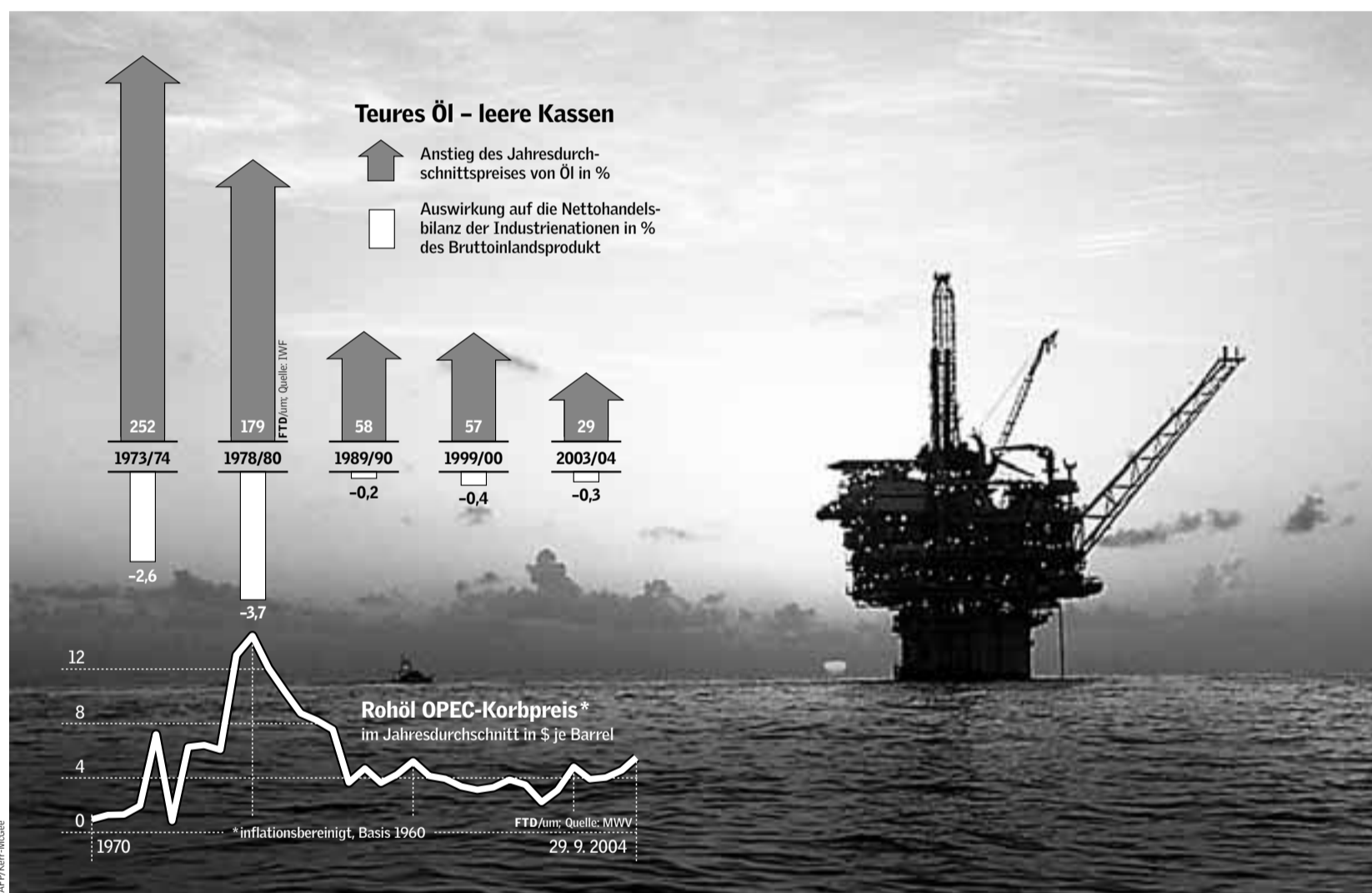
Die G7-Minister beschäftigen vor allem der hohe Ölpreis, der in dieser Woche den Rekordstand von 50 \$ je Barrel Rohöl (159 Liter) überschritten hat. Mehr Transparenz soll dafür sorgen, dass die Nervosität der Marktteilnehmer nachlässt. Keinen zusätzlichen Druck wollen die G7 auf China ausüben, die feste Kopplung seiner Landeswährung Renminbi an den US-Dollar rascher zu lockern. Die G7 treffen am Freitagabend mit dem chinesischen Finanzminister zusammen.

Was beraten IWF und Weltbank auf der Tagung?

Auch den IWF beschäftigen der hohe Ölpreis und Maßnahmen, die seinen Anstieg bremsen könnten. Beraten wird die Reform des IWF. Die Zahl der Kreditprogramme soll etwa verringert werden. Neue Instrumente wie eine Art „Gütesiegel“ des IWF für Staaten, die Stabilitätskriterien erfüllen, werden diskutiert. Konsens besteht über eine Verlängerung der Entschuldungsinitiative für die 30 ärmsten Länder der Welt, die Highly Indebted Poor Countries (HIPC). Großbritannien hat eine zusätzliche Entschuldung bei der Weltbank gefordert.

Was erhofft sich Berlin?

Da die Tagungen nur wenige Wochen vor der US-Präsidentenwahl stattfinden, erwartet das Finanzministerium kaum konkrete Beschlüsse. „Wir sehen nicht, dass das Meeting Durchbrüche in strittigen Fragen bringen wird“, hieß es in Ministeriumskreisen. Finanzminister Hans Eichel will das Treffen über den Informationsaustausch hinaus zur Vorbereitung des Gipfels der 20 größten Wirtschaftsnationen (G20) im November in Berlin nutzen.



Ölschock war 1973 am größten

Im historischen Vergleich ist der jüngste Ölpreisanstieg nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds fast schon niedrig: Während der Ölpreis im Jahresschnitt 1974 um 252 Prozent über dem Durchschnittspreis von 1973 lag und zwischen 1978 und 1980 um 179 Prozent zulegte, stieg er im vergangenen Jahr lediglich um 29 Prozent. Auch die Effekte des jüngsten Preishochs auf die industrialisierten Länder sind den Berechnungen zufolge vergleichsweise gering: So dürfte sich die Außenbilanz der reichen Länder um lediglich 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschlechtern - 1979/80 waren es 3,7 Prozent, Anfang der 70er Jahre immer noch 2,6 Prozent. Selbst der Ölpreisanstieg von 1999 bis 2000 belastete die Industrieländer stärker als die jüngste Rohöl-Hausse. FTD

IWF fordert zurückhaltende Zinspolitik

Von **Mark Schieritz**, Washington, und **Sebastian Dullien**, Berlin

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die wichtigsten Zentralbanken der Welt vor übereilten Zinserhöhungen gewarnt. In der Euro-Zone solle die Niedrigzinspolitik beibehalten werden, bis „ein selbsttragender Aufschwung der Binnennachfrage“ erreicht sei, heißt es im aktuellen Weltwirtschaftsausblick des Fonds. Der japanischen Notenbank rät der IWF, ihre ohnehin stark expansive Geldpolitik sogar noch einmal zu lockern, falls die Finanzmärkte weiter auf höhere Zinsen spekulieren. In den USA sei die Strategie der Notenbank Federal Reserve „angemessen“, die Geldpolitik nur „in maßvollem Tempo“ zu straffen.

Angesichts der globalen Konjunkturerholung und steigender Inflationsraten sind mehr und mehr Zentralbanken auf einen Zinserhöhungskurs eingeschwenkt. Die amerikanische Zentralbank hat ihren Leitzins bereits drei Mal angehoben. Die Europäische Zentralbank (EZB) ließ ihre Politik bislang zwar noch unverändert, verschärfte zuletzt jedoch ihre Tonart. Einige EZB-Ratsmitglieder hatten in ungewöhnlicher Deutlichkeit vor gestiegenen Inflationsgefahren gewarnt und damit Spekula-

tionen über eine baldige Zinserhöhung genährt.

Der Fonds tritt solchen Befürchtungen jetzt teilweise entgegen. Zwar treibe der Ölpreis die Teuerung derzeit nach oben. Allerdings sei die Gefahr gering, dass dies zu höheren Lohnabschlüssen führe, die die allgemeine Preissteigerungsraten nachhaltig anheizen würden. Dieser Befund deute darauf hin, dass der jet-

Kaum Inflationsdruck

Ölpreis Der Anstieg der Ölpreise hat in den vergangenen Monaten in allen Industrieländern die gemessene Inflation steigen lassen. Der Währungsfonds rechnet aber damit, dass die Teuerung wieder spürbar zurückgeht, sobald die Ölpreise fallen. In der Euro-Zone könnte die Inflation den Fondsökonom zufolge 2005 unter die Zwei-Prozent-Marke fallen.

Zweitundeneffekte Trotz der höheren Energiepreise ist der IWF optimistisch, dass der einmalige Inflationsanstieg keine weiteren Lohn- oder Preiserhöhungen anstoßen wird. Die Kapazitäten seien nicht ausgelastet, die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern hoch. Dies mindere die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften.

zige Teuerungsanstieg nur vorübergehender Natur sei, so der IWF. Hefige Gegenmaßnahmen der Notenbank seien daher nicht nötig.

Gedämpft wird der Lohndruck laut IWF durch die nach wie vor geringe Auslastung der volkswirtschaftlichen Kapazitäten in den meisten Industrieländern. Dies mindere die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer und die Gewinne der Firmen. Angesichts der langen Flaute und des mageren Wachstums werde es noch „einige Jahre“ dauern, bis die Kapazitäten in der Euro-Zone wieder voll ausgelastet sind. Selbst in den USA werde sich die so genannte Produktionslücke erst 2007 schließen.

Der IWF prognostiziert, dass die Teuerung in der Euro-Zone im Jahresdurchschnitt 2005 bei einem Ölpreis von knapp unter 40 \$ je Barrel auf 1,9 Prozent und damit unter das EZB-Limit von 2,0 Prozent fällt. In den USA verharre sie bei 3,0 Prozent, in Japan setze sich die Deflation fort.

Weniger harmlos sind dem Fonds zufolge dagegen die Inflationsaussichten in einigen der Ölförderländer. Weil in diesen Ländern die über raschend hohen Einnahmen der Ölindustrie die Nachfrage kräftig angekurbelt hätten, seien dort Zinserhöhungen und mehr Disziplin bei den Staatsausgaben notwendig.

FTD-INTERVIEW

„Reformen müssen weitergehen“



RAGHURAM RAJAN ist seit 2003 Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds. Der in Indien geborene Finanzwissenschaftler begann seine Karriere zunächst mit einem Ingenieursstudium in Delhi.

FTD Die Finanzminister der Euro-Zone haben sich darauf verständigt, das Amt eines permanenten Vorsitzenden, eines Mr Euro einzuführen. Ist das eine gute Entwicklung?

Rajan Es gibt Gründe, eine solche Koordinierungseinheit zu schaffen, um die Finanzpolitik besser abzustimmen. Was die Zusammenarbeit zwischen Finanz- und Geldpolitik angeht: Koordination ist wichtig, aber es muss gewährleistet werden, dass die Notenbank sich nicht politischem Druck beugt. Ihre Unabhängigkeit darf nicht gefährdet werden.

FTD Was halten Sie von den Vorschlägen zur Reform des Stabilitätspakts?

Rajan Sie gehen in die richtige Richtung. Es ist aus ökonomischen Gründen richtig, mehr Rücksicht auf die spezielle Situation eines Landes zu nehmen. Wenn die Regeln zu streng sind, besteht die Gefahr, dass sich weniger Ländern

darin halten. Dies würde die Glaubwürdigkeit des Pakts beschädigen.

FTD Wann springt die Binnennachfrage in Deutschland an?


Rajan Wir sind optimistisch, dass das 2005 der Fall sein wird und der traditionelle Mechanismus funktioniert, wonach steigende Exporte Investitionen und Beschäftigung stimulieren, und dann auch der Verbrauch anzieht.

FTD Einige fordern eine Reformpause. Schließen sie sich dem an?

Rajan Nein, der Reformprozess muss weitergehen. Wir brauchen mehr Wettbewerb und Zugangschancen an den Produkt- und Arbeitsmärkten. Nur so können wir mehr Dynamik in die Wirtschaft bringen.

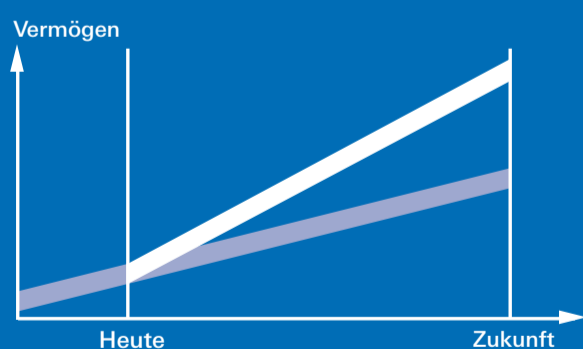
FTD Die Finanzmärkte scheinen pessimistisch zu sein, wie die Bondrenditen zeigen. Widerspricht das Ihrer Prognose?

Rajan Die niedrigen Bondrenditen können der Tatsache geschuldet sein, dass mit niedrigem Wachstum gerechnet wird, oder, dass die Anleger eine niedrige Inflation erwarten. Es ist schwer zu sagen, was überwiegt. Wir sind aber zuversichtlich, dass die Erholung weitergeht. *Mark Schieritz*



Gestalten Sie jetzt Ihren
finanziellen Erfolg für die Zukunft.

Steigern Sie Ihren Ertragswinkel mit der db Finanz & VermögensPlanung.



Erfolg ist, im richtigen Moment das Richtige zu tun.
Mit der db Finanz & VermögensPlanung entwickeln
wir persönliche Geldanlage- und Vorsorgelösungen,

mit denen Sie Ihren Ertragswinkel steigern können.
Das heißt, wir optimieren gemeinsam mit Ihnen
Faktoren, die für Ihren finanziellen Erfolg entschei-
dend sind.

Machen Sie jetzt den kostenlosen Ertrags-Check auf

www.ftd.de

oder vereinbaren Sie einen unverbindlichen
Beratungstermin unter 0 18 18 - 100 35*.

*Die Telefongebühren betragen 9,9 Cent pro Minute (Deutsche Telekom-Tarif).

Leistung aus Leidenschaft.

Deutsche Bank



Italien feiert Sieg über das Böse

Berlusconi Triumph nach der Freilassung der beiden im Irak verschleppten Helferinnen überstrahlt die Kritik an der Zahlung von Lösegeld

Von **Thomas Fromm**, Mailand

Jetzt kann ich endlich in Ruhe Geburtstag feiern.“ Silvio Berlusconi zeigte sich gestern entspannt und fröhlich wie lange nicht mehr. Drei Wochen waren die beiden Helferinnen Simona Pari und Simona Torretta im Irak verschleppt – drei Wochen, in denen der Ministerpräsident von der Bildfläche verschwunden war. Vor allem vergangene Woche, als Bekenntschreiben auftauchten, wonach die beiden Frauen enthauptet worden seien und ein Video dazu veröffentlicht wurde, war Berlusconi in der Öffentlichkeit vermisst worden.

Der nun 68-Jährige zog es vor, im Hintergrund zu bleiben: aus Gründen der Diskretion, beteuerten seine Sprecher; aus Angst vor unbequemen Fragen, schrieb die Kritiker. Zwei ermordete Kriegsgegnerinnen – zwei Frauen, die nach Bagdad gefahren waren, um Schulkindern zu helfen – hätten die Regierung in eine neue Krise stürzen können. Schließlich hatte Berlusconi seit Wochen die harte Parole ausgegeben: „Mit Entführern wird nicht verhandelt – schon gar nicht über den Abzug der im Irak stationierten italienischen Soldaten.“

Doch da liefen die Verhandlungen mit den Entführern offenbar schon längst. Geheimdienstleute seien frühzeitig in den Irak aufgebrochen, heißt es nun. Experten mit besten Kontakten zu Scheichs, religiösen Führern und regionalen Unterhändlern. Flankierend halfen Beamte des Außenministeriums und Mitarbeiter des Roten Kreuzes. 5 Mio. \$ hätten die Entführer haben wollen. Am Ende habe man sich auf die Zahlung von 1 Mio. \$ geeinigt. Einfache Ban-



Glückliche Wendung: Die beiden italienischen Geiseln **Simona Torretta** (r.) und **Simona Pari** zurück in Rom

diten, die auf Geld aus waren, statt religiös motivierte Entführer – die Hintergründe der Entführung hatten sich die Italiener anders vorgestellt. „Da ist nichts dran, es wurde nichts gezahlt, wir haben eine diplomatische Lösung erzielt“, dementierte Außenminister Franco Frattini. Italien werde „von der arabischen Welt respektiert“. Die Zeitung „Repubblica“ kommentierte: „Warum nicht, es ist doch keine Schande, dass Geld bezahlt wurde.“ Das drückte aus, was die meisten Italiener fühlten, die die beiden Simonas mittlerweile bestens

kennen, ihre Arbeit, ihre Eltern, ihr Privatleben. Sie wollten erst einmal feiern. So viel Euphorie hatte man in Italien lange nicht gesehen. „Dass sie nun frei sind, gibt den Leuten das Gefühl, dass das Böse besiegt ist“, meint Alberto Martinelli, Politik-Professor an der Universität Mailand. „Die schlechte Nachricht ist: Die Welt bleibt auch nach der Freilassung der beiden Simonas tragisch.“

Und zaghaft zeigte auch Italiens kollektiver Rausch erste Brüche: Aus dem Vatikan kritisierte Kardinal Ersilio Tonini, die Art der Freilassung sei

nicht akzeptabel. Man könne für Menschenleben nicht mit Geld bezahlen. Auch aus der Opposition kamen erste besorgte Fragen: Könne die Lösegeldzahlung nicht eine regelrechte Entführungswelle im Irak lostreten?

Derweil schwelgte Italien aber noch in ausgelassener Partystimmung. Berlusconi feierte seinen Geburtstag und noch dazu die Geburt eines Enkelkinds. Der Name des Zweitgeborenen der Berlusconi-Tochter Marina lautet – wie sollte es an einem solchen Freudentag anders sein – Silvio Berlusconi Jr.

BRITISCHE GEISEL

Grausamer Krieg der Bilder

Der vor knapp zwei Wochen im Irak verschleppte Brite Kenneth Bigley hat sich in einer Videobotschaft erneut an Premierminister Tony Blair gewandt und ihn angefleht, die Forderungen seiner Geiselnnehmer zu erfüllen. Während Italien die Heimkehr zweier Geiseln bejubelte und sich in Paris eine Lösung auch für die zwei entführten französischen Journalisten abzeichnete, strahlte der arabische Fernsehsender al-Dschasira gestern Aufnahmen des 62-jährigen Briten aus: Bigley kauerte – bekleidet mit einem orangefarbenen Overall, wie ihn Häftlinge im US-Militärgefängnis Guantanamo Bay tragen – in einer käfigartigen Zelle. Um seinen Hals lag eine Metallkette. Hände und Füße waren gefesselt. Bigleys Stimme war, unterbrochen von arabischen Kommentaren, kaum hörbar. „Ich bin ihm egal“, sagte er in Anspielung auf Blair. „Kenneth Bigley bezichtigte Tony Blair der Lüge und sagte, Blair führe keine Verhandlungen zu seiner Freilassung“, sagte der al-Dschasira-Sprecher. Die mutmaßlichen Entführer, die radikale Gruppe Tawid wa Dschihad des Al-Kaida-Verbündeten Abu Mussa al-Sarkawi, verlangen die Freilassung aller Irakerinnen aus Gefängnissen im Irak. Zwei mit Bigley verschleppte US-Bürger wurden enthaupet. Blair beteuert, er versuche, mit den Extremisten Kontakt aufzunehmen. *Marina Zapf, Heimo Fischer*



Die britische Geisel **Kenneth Bigley** klagt in dem von Al-Dschasira ausgestrahlten Video Premierminister Tony Blair an

FINANZKOMMUNIKATION

Electronics Line (E.L.) Ltd., Petah Tikva/Israel
WKN 936 734, ISIN IL0003570129

Bekanntmachung über die Ausschüttung einer weiteren Sachdividende

Mit Vorstandsbeschluss vom 24. August 2004 hat die Electronics Line (E.L.) Ltd., Petah Tikva/Israel, beschlossen, die bei der Gesellschaft bisher verbliebenen 16% ihres ehemals 100%igen Tochterunternehmens, der Electronics Line 3000 (EL3K) Ltd., Petah Tikva/Israel, ebenfalls als Sachdividende an die Aktionäre auszuschütten. Eine entsprechende Genehmigung wurde von dem israelischen Bezirksgericht (District Court of Tel Aviv – Jaffa) am 31. August 2004 erteilt.

Die Electronics Line 3000 (EL3K) Ltd. verfügt über ein Aktienkapital von nominell NIS 43.546.325 eingeteilt in St. 8.709.265 Aktien mit einem Nominalwert von NIS 5 je Aktie. Ausschüttet werden nunmehr die bisher bei der Gesellschaft verbliebenen rund 16% des Aktienkapitals in Höhe von insgesamt nominell NIS 6.967.275 eingeteilt in St. 1.393.455 Aktien mit einem Nominalwert von NIS 5 je Aktie. Ausgehend von dem gesamten Aktienkapital der Electronics Line (E.L.) Ltd. in Höhe von nominell NIS 8.050.000, eingeteilt in St. 8.050.000 Aktien zu je NIS 1, ergibt sich ein rechnerisches Zuteilungsverhältnis von 1 : 0,1731, d.h. für je eine Aktie der Electronics Line (E.L.) Ltd. im Nominalwert von NIS 1 erhält der Aktionär 0,1731 Aktien der Electronics Line 3000 (EL3K) Ltd. im Nominalwert von je NIS 5.

Aktionäre, deren Aktien sich bei einem Kreditinstitut in Depotverwahrung befinden, brauchen nichts zu veranlassen, da das Kreditinstitut die neuen Aktien entsprechend dem Zuteilungsverhältnis am Zahlbarkeitstag (6. Oktober 2004) dem Depotkonto des jeweiligen Aktionärs gutschreiben wird. Für die zwangsläufig entstehenden Aktienspitzen werden die Aktionäre gebeten, bis spätestens zum 29. Oktober 2004, 10.00 Uhr MEZ, ihrer Depotbank einen entsprechenden Regulierungsauftrag zu erteilen. Nicht regulierte Aktienspitzen werden anderenfalls über die zentrale Abwicklungsstelle bestmöglich verwertet. Die ausgeschütteten Aktien der Electronics Line 3000 (EL3K) Ltd. sind in einer Globalurkunde verbrieft und bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt, hinterlegt. Die ausgeschütteten Aktien sind mit voller Gewinnanteilsberechtigung ausgestattet und werden unter der gleichen WKN: A0B5R7 bzw. der ISIN: IL 001090502 notiert.

Stichtag für die Zuteilungsberechtigung ist der 4. Oktober 2004, abends, d.h. beginnend mit dem 5. Oktober 2004 (Ex-Tag) werden die Aktien ohne den Anspruch auf Zuteilung gehandelt. Das bedeutet, dass die Kursnotierung der Electronics Line (E.L.) Ltd. ab diesem Datum entsprechend angepasst wird. Die effektive Zuteilung der Electronics Line 3000 (EL3K) Ltd. Aktien erfolgt am 6. Oktober 2004 (Zahlbarkeitstag). Die Aktien der Electronics Line 3000 (EL3K) Ltd. werden ebenfalls im Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt.

Weitere Einzelheiten zu dieser Maßnahme entnehmen Sie bitte der Bekanntmachung auf der Homepage der Gesellschaft unter der Adresse: <http://www.electronics-line.com>.

Petah Tikva / Israel, im September 2004
Der Vorstand

Investitionsbank Berlin, Berlin

Die Emittentin hat **beantragt**, die von ihr ausgegebenen

Euro 75.000.000,00
var. Inhaberschuldverschreibungen Serie 1
von 2004 (2011) 1.M./S.
DE000A0B1C04 / A0B1C04

zum Börsenhandel mit amtlicher Notierung an der Börse Berlin-Bremen zuzulassen.

Wertpapier-Kenn-Nummer : siehe oben
ISIN : siehe oben
Markt : Amtlicher Markt - Festverzinsliche
Skontoführer : 1181 C. J. Dietrich Wertpapierhandels-gesellschaft mbH

Berlin, den 28. September 2004
ZULASSUNGSSTELLE DER BÖRSE BERLIN-BREMEN

www.die-kinder-von-cali.de

Hilfe zur Selbsthilfe ist ein gemeinsamer Weg der kleinen Schritte.

Für Ausbildung, Nahrung und medizinische Versorgung brauchen wir Ihre Unterstützung.

Konto: 1228 128 292, Hamburger Sparkasse: BLZ 200 505 50

Bereithaltung eines
Verkaufsprospektes vom 14. September 2004 für die MaxiZins-Anleihe
2004 - 2010
(WKN: CSFB0V; ISIN DE000CSFB0V3)

der
Credit Suisse First Boston International

Der Verkaufsprospekt vom 14. September 2004 wird bei der Credit Suisse First Boston (Europe) Limited, Niederlassung Frankfurt am Main, Abteilung Operations, Messeturm, 60308 Frankfurt am Main, in ihrer Eigenschaft als Zahlstelle zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Frankfurt am Main, 28.09.2004

Credit Suisse First Boston (Europe) Limited

Bereithaltung eines
Verkaufsprospektes vom 17. September 2004 für die Recovery-Anleihe
2004 - 2007
(WKN: CSFB0Y; ISIN DE000CSFB0Y7)

der
Credit Suisse First Boston International

Der Verkaufsprospekt vom 17. September wird bei der Credit Suisse First Boston (Europe) Limited, Niederlassung Frankfurt am Main, Abteilung Operations, Messeturm, 60308 Frankfurt am Main, in ihrer Eigenschaft als Zahlstelle zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Frankfurt am Main, 28.09.2004

Credit Suisse First Boston (Europe) Limited

ABN·AMRO

ABN AMRO Bank N.V.

Bekanntmachung: Nachtrag gemäß § 11 Verkaufsprospektgesetz zum Nachtrag Nr. 335 vom 15. August 2003 (in der Form des Nachtrages gemäß § 11 Verkaufsprospektgesetz vom 23. September 2003) gemäß § 10 Verkaufsprospektgesetz zum unvollständigen Verkaufsprospekt vom 28. Februar 2002 der ABN AMRO Bank N.V. für Zertifikate bezogen auf den Delbrück 5% Plus Index (WKN 321 514)

Gemäß "II. Conditions: Information Relating to the Underlying, 10. Changes to the Index Calculation and Index Composition Guidelines, (b) Annual Review" wurden die Index Composition Guidelines mit Wirkung vom 29. September 2004 angepasst.

Der Verkaufsprospekt und die Nachträge werden bei der ABN AMRO Bank N.V., Niederlassung Deutschland, Abteilung Strukturierte Aktienprodukte, Theodor-Heuss-Allee 80, 60486 Frankfurt am Main, zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Frankfurt am Main, 30. September 2004

ABN·AMRO

ABN AMRO Bank N.V.

Bekanntmachung gemäß § 9 Abs. 3 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz

Bereithaltung des Nachtrags Nr. 732 vom 30. September 2004 der ABN AMRO Bank N.V. nach § 10 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz zum unvollständigen Verkaufsprospekt vom 28. Februar 2002 betreffend die Emission von Aktien-Zertifikaten, Commodity-Zertifikaten, Zertifikaten auf Zinsterminkontrakte und Index-Zertifikaten. Der gemäß § 10 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz erstellte Nachtrag wird zusammen mit dem unvollständigen Verkaufsprospekt bei der ABN AMRO Bank N.V. Niederlassung Deutschland, Abteilung Strukturierte Aktienprodukte, Theodor-Heuss-Allee 80, 60486 Frankfurt am Main zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Frankfurt am Main, 30. September 2004

ABN·AMRO

ABN AMRO Bank N.V.

Bekanntmachung: Nachtrag gemäß § 11 Verkaufsprospektgesetz zum Nachtrag Nr. 688 vom 18. August 2004 (in der Fassung des Nachtrages vom 27. September 2004) zum unvollständigen Verkaufsprospekt vom 27. September 2002 für die "Exchange Traded Bent Crude Oil Futures Contract Mini Short Certificates" (WKN: ABN3EL)

Zweite Aufstockung der Gesamtstückzahl um 100.000 auf 200.000 am 30. September 2004.

Nachtrag gemäß § 11 Verkaufsprospektgesetz zum Nachtrag Nr. 694 vom 24. August 2004 zum unvollständigen Verkaufsprospekt vom 28. Februar 2002 für die "Exchange Traded Bent Crude Oil Futures Contract Mini Short Certificates Series A" (WKN: ABN3FH)

Erste Aufstockung der Gesamtstückzahl um 100.000 auf 200.000 am 30. September 2004.

Die Verkaufsprospekte und die Nachträge werden bei der ABN AMRO Bank N.V. Niederlassung Deutschland, Theodor-Heuss-Allee 80, 60486 Frankfurt am Main zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Frankfurt am Main, 30. September 2004

BETEILIGUNGEN/GELDVERKEHR

10% Zinsen für Festgeld ab 10.000 Euro für 4 Monate zu vergeben, kein Risiko, eff. Jahreszins 30%, monatl., Antwort-Fax: 0341-23 47 849 oder Chiffre: 146682, Financial Times Deutschland, Anzeigenabteilung Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg

850T Euro Kapital für Ankauf eines Gewerbeobjektes gesucht. Biete 5% auf 10 Jahre. Absicherung durch alleinige Grundschuld. Telefon 0911-709797

Ihre Pflicht ist unsere Kür:

Bestnote 1,80 € *

Individuelles Angebot unter:

Telefon: 040 / 319 90-475

Telefax: 040 / 319 90-214

Finanzanzeigen@ftd.de

*s/w-Pflichtanzeigenpreis pro mm

Wissen, was wichtig wird.

WWW.FTD.DE

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

WWW.FTD.DE

Irakische Rebellen weiten Terror aus

Anschläge nicht auf Bagdad begrenzt · Landesweit 2368 Angriffe binnen 30 Tagen · Wahl wird nicht verschoben

Von **Hubert Wetzel**, Washington, und **Silke Mertins**, Berlin

Die Gewalt im Irak ist nach einer Aufstellung der „New York Times“ weiter verbreitet als die Regierungen in Bagdad und Washington glauben machen wollen. In den vergangenen Wochen habe es in allen 18 Provinzen des Irak Anschläge, Überfälle, Gefechte oder andere Gewaltakte gegeben, schrieb die Zeitung gestern. Das Blatt beruft sich dabei auf Daten der privaten Sicherheitsfirma Special Operations Consulting, die eigene Informationen und US-Militärdaten sammelt.

In den vergangenen 30 Tagen gab es im Irak demnach insgesamt 2368 Angriffe von Aufständischen gegen zivile und militärische Ziele. Davon sei „fast jedes wichtige Bevölkerungszentrum außerhalb der kurdischen Gebiete“ betroffen gewesen, so die Zeitung. Allein in Bagdad gab es fast 1000 Attacken.

„Wenn man sich die Zwischenfälle anschaut und auf eine Landkarte überträgt, dann sind das nicht nur ein paar Provinzen“, zitiert die „New York Times“ gestern Adam Collins, einen Vertreter von Special Operations Consulting im Irak.

Die Daten widersprechen dem optimistischen Bild, das US-Präsident George W. Bush und Iraks Übergangspräsident Ijad Allawi von der Lage zeichnen. Die Regierungschefs beschreiben die Gewalttaten immer wieder als vereinzelte Aktionen in isolierten Gebieten, vor allem dem

Waffen aller Art

Selbstgebaute Bomben machen mit 799 oder rund 34 Prozent den größten Teil der mehr als 2300 Attacken in dem ausgewerteten Zeitraum von 30 Tagen im Irak aus.

Mörser und Raketen kamen 664 Mal zum Einsatz (28 Prozent).

Gewehrfeuer wurde 527 Mal (22 Prozent) auf US-Truppen oder irakische Sicherheitskräfte gerichtet.

Granatwerfer setzten die Rebellen 272 Mal ein. Das entspricht elf Prozent. Sie werden bevorzugt bei Attacken auf die „Grüne Zone“ benutzt.

„sunnitischen Dreieck“ nordwestlich von Bagdad. Meist ist von „Widerstandsnestern“ die Rede. Bei seinem Washington-Besuch sagte Allawi, 14 bis 15 der 18 irakischen Provinzen seien „vollkommen sicher“.

Auch Washington behauptet, die Gewalt beschränke sich auf das „sunnitische Dreieck“ und einige darin liegende Städte wie die Rebellenhochburg Falludscha. In dieser Region, der Anbar-Provinz, sowie in Bagdad sterben die meisten US-Soldaten.

Trotz der zahlreichen Attentate mache der politische und wirtschaftliche Aufbau des Landes jedoch Fortschritte, so Washington. „Die Frage ist nicht, ob es Angriffe gibt. Natürlich gibt es sie. Die Frage ist: Was ist die richtige Messlatte für Fort-

schrift?“, zitierte die „New York Times“ einen Pentagon-Vertreter.

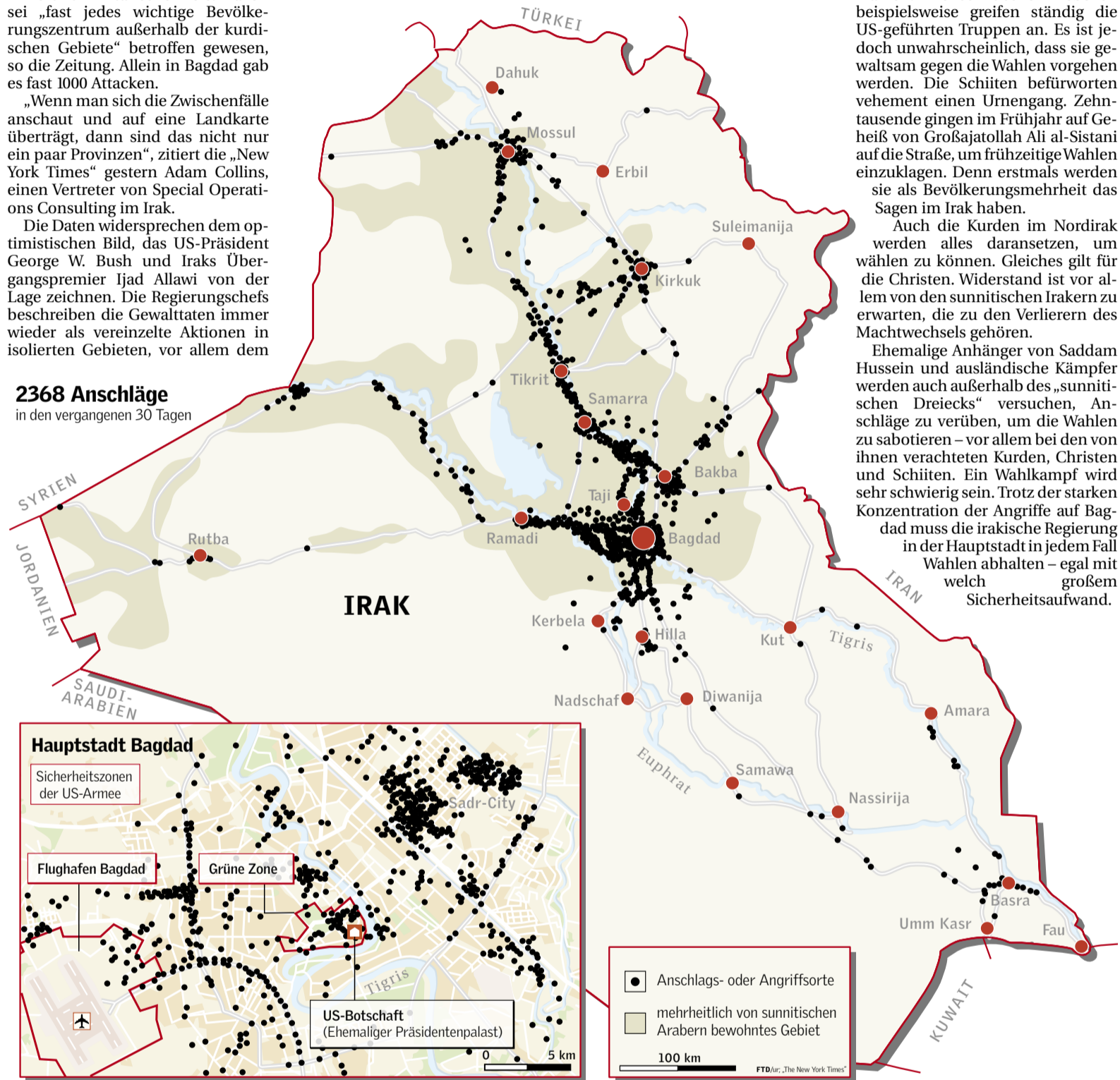
Die nackten Daten über die Zahl und den Ort der Anschläge lassen nur bedingt Schlüsse zu, welche Teile des Irak unter Kontrolle der Übergangsregierung sind – und damit, ob und wo im Januar Wahlen stattfinden können. In Falludscha etwa gibt es kaum noch Attacken. Allerdings nur, weil die Rebellen die Stadt vollkommen kontrollieren.

Der Urnengang ist inzwischen das wichtigste politische Ziel Washingtons und Bagdads. Die Wahlen würden auf jeden Fall im Januar abgehalten, so Allawi. Eine Verschiebung diene den „Feinden der Freiheit“.

Attacken sind zudem nicht gleichbedeutend mit der Ablehnung der Wahlen. Die schiitischen Rebellen beispielsweise greifen ständig die US-geführten Truppen an. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sie gewaltsam gegen die Wahlen vorgehen werden. Die Schiiten befürworten vehement einen Urnengang. Zehntausende gingen im Frühjahr auf Geheiß von Großajatollah Ali al-Sistani auf die Straße, um frühzeitige Wahlen einzuklagen. Denn erstmals werden sie als Bevölkerungsmehrheit das Sagen im Irak haben.

Auch die Kurden im Nordirak werden alles daran setzen, um wählen zu können. Gleiches gilt für die Christen. Widerstand ist vor allem von den sunnitischen Irakern zu erwarten, die zu den Verlierern des Machtwechsels gehören.

Ehemalige Anhänger von Saddam Hussein und ausländische Kämpfer werden auch außerhalb des „sunnitischen Dreiecks“ versuchen, Anschläge zu verüben, um die Wahlen zu sabotieren – vor allem bei den von ihnen verachteten Kurden, Christen und Schiiten. Ein Wahlkampf wird sehr schwierig sein. Trotz der starken Konzentration der Angriffe auf Bagdad muss die irakische Regierung in der Hauptstadt in jedem Fall Wahlen abhalten – egal mit welchem großem Sicherheitsaufwand.



Volkvertreter fürs Schlaraffenland

Der Sultan von Brunei schafft sich ein Parlament an, um seine Untertanen bei Laune zu halten

Von **Sabine Muscat**, Berlin

Der Sultan von Brunei ist ein strahlender Regent, der wie im Märchen über ein glückliches Volk herrscht. Seinen 350.000 Untertanen fehlt es fast an nichts: Sie verdienen durchschnittlich 13.000 \$ im Jahr, Ausbildung und Gesundheitsversorgung sind frei, statt Steuern verlangt ihr Herrscher nur Loyalität. Zu seinem 58. Geburtstag im Juli durften die Bruneier ihm via Internet gratulieren. 88 übermittelten gute Wünsche auf www.bruneisultan.com.

Doch es gibt auch Verbote im Steuer- und Nebenkostenparadies. Alkohol wird im muslimischen Zwergstaat auf der Insel Borneo seit 1991 nicht mehr ausgeschenkt. Ein Parlament wählen dürfen die Einwohner schon seit 1962 nicht mehr. Damals hatte dummerweise die falsche Seite gewonnen und einen Aufstand gegen die Herrscherfamilie angezettelt.

Der gütige Sultan hat seinem Volk diesen Ausrutscher aber gnädig verziehen. Gestern unterschrieb Hassanal Bolkiah eine Verfassungsänderung, die seinem Volk erlaubt, künftig

bis zu 15 Mitglieder eines 45-köpfigen Parlamentes auszusuchen. Wann das geschehen soll, verrät er nicht. Der Herrscher, der auch Ministerpräsident, Verteidigungs- und Finanzminister, Oberbefehlshaber der



Will mehr Demokratie wagen: **Sultan Hassanal Bolkiah** von Brunei ändert die Verfassung

Armee und Hüter des Islam ist, übt seit vergangenen Wochen das Regieren. Dazu ernannte er die ersten 21 Mitglieder der Legislative, der ersten seit der völligen Unabhängigkeit von den Briten vor 20 Jahren.

Schließlich hat der Sultan die Zeichen der Zeit erkannt. Nachbarländer wie Indonesien oder die Philippinen machen vor, wie Demokratie geht. Selbst in Malaysia und Singapur wird mehr debattiert als früher.

Hassanal Bolkiah hat zudem Grund zur Furcht, sein Volk könne bald wieder murren. Die asiatische Wirtschaftskrise hatte Ende der 90er Jahre auch das Sultanat gebeutelt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rät zur Diversifizierung der Wirtschaft durch den Aufbau eines Privatsektors.

Die Öl- und Gasreserven, die 90 Prozent der Exporteinkünfte und 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, drohen zu versiegen. Instandhaltungsarbeiten und mangelnde Kapazitätsausnutzung dämpfen die Produktion, Brunei kann noch nicht einmal von den derzeit hohen Ölpreisen profitieren. Der

IWF schätzt, dass die Wirtschaft nach drei Jahren auf mehr als 40 Mrd. € noch um ein Prozent wachsen wird.

Der einst märchenhafte Reichtum des Sultans ist offenbar bereits am Schrumpfen. „Hier ist alles Gold, was glänzt“, titelte die Zeitschrift „Bunte“ zwar noch Anfang des Monats anlässlich der Hochzeit des 30-jährigen Kronprinzen mit seiner 17 Jahre alten bürgerlichen Braut. Doch böse Zungen behaupten, dass der größte ausländische Investor, der Ölkonzern Shell, das millionenteure Ereignis sponsern musste.

Wurde das Sultansvermögen vor zehn Jahren auf mehr als 40 Mrd. € beziffert, könnten es nach einer Schätzung des Magazins „Forbes“ heute nur noch 9 Mrd. € sein. Einen Großteil dürfte der jüngste Bruder Jefri durchgebracht haben, dessen Firmenimperium Ende der 90er Jahre hoch verschuldet zusammenbrach.

Der Sultan wird dennoch dafür sorgen, dass es auch den künftigen Abgeordneten an nichts fehlt. In der Hauptstadt Bandar Seri Begawan soll für das Parlament ein neuer Palast errichtet werden.

ONE BRAND ALL MEDIA

Hier ist Ihre Zeit gut angelegt

Ab 29. September erscheint unser Online-Special „Geldanlage“ auf www.ftd.de/geldanlage

Ausgewählte Themen des Online-Specials im Überblick:

- Aktuelle Trends und neue Produkte auf den Finanzmärkten
- Geschlossene Immobilienfonds im Fonds-Check
- Performance-Ratings von Fonds
- Fondsmanager im Kreuzverhör
- Derivate und Investmentfonds

Machen Sie jetzt den kostenlosen Ertrags-Check

www.ftd.de/geldanlage

Deutsche Bank

Wissen, was wichtig wird.

[WWW.FTD.DE](http://www.ftd.de)

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

Berliner Institut kritisiert Ifo-Chef im Streit um Jobverlagerungen

Deutschland profitiert laut DIW vom Außenhandel

Von **Sophie Büning**, Berlin

Die deutsche Wirtschaft hat nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin bislang per Saldo von der Auslagerung von Produktions-schritten ins Ausland profitiert. „Die durch Außenhandel verursachte Wertschöpfung in Deutschland ist in den vergangenen Jahren sogar gestiegen“, schreiben Gustav Horn und Stefanie Behncke im aktuellen Wochenbericht.

Damit geht das Berliner Institut auf Konfrontationskurs mit dem Präsidenten des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn. Dieser vertritt die These, die deutsche Exportindustrie sei einzig deshalb erfolgreich, weil sie zunehmend Teile billig im Ausland kauft. Diese Teile würden in Deutschland nur zusammengebaut und dann wieder ins Ausland verkauft. Dies helfe zwar der deutschen Handelsstatistik, Einkommen und Jobs entstünden aber im Ausland.

„Dieses Argument ist nicht haltbar“, schreibt nun das DIW. „Deutschland ist keine Basarökonomie.“ So sei die Differenz zwischen Exporten und Importen von Waren seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich gestiegen. In dem so berechneten Außenbeitrag würden Vorprodukte, die für den späteren Export im Ausland eingekauft werden, als Importe verbucht. Ein positiver Außenbeitrag bedeute also, dass anders als

in einer Basarökonomie nicht nur im Ausland Teile gekauft und als Fertigprodukt wieder exportiert würden. „Vielmehr wird mehr Wertschöpfung im Inland geschaffen als von anderswo importiert.“

Zudem weise Deutschland von allen größeren Ländern den höchsten Außenbeitrag in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf. Auch könne die sinkende Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes an der deutschen Wirtschaftsleistung nicht als Herausforderung einer Basarökonomie gesehen werden. Im Vergleich etwa mit den USA habe die Industrie in Deutschland weiter eine große Bedeutung. „Mit anderen Worten: Es gibt keine Hinweise auf eine ausgeprägte Verlagerung von Wertschöpfung aus Deutschland heraus.“

Bereits in der Vergangenheit hatten Kritiker Sinns auf die enormen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse verwiesen. Sinn hatte erwidert, der Leistungsbilanzsaldo bilde einzig Kapitalabflüsse aus Deutschland ab und sei deshalb kein Indiz für Wettbewerbsfähigkeit. Anders als in früheren Studien benutzten die DIW-Ökonomen deshalb nun für die Berechnung des Außenhandelsaldos preisbereinigte Daten der Ein- und Ausfuhr. Weil damit die Preise der Exporte und Importe um Veränderungen bereinigt seien, die von Kapitalströmen verursacht würden, entgehe man Sinns Argument gegen die Betrachtung der Leistungsbilanz.

„Die meiste Wertschöpfung findet im Inland statt“

DIW-Konjunkturchef Gustav Horn

Ölpreishoch bringt Russland in Bedrängnis

Wirtschaft droht Überhitzung · Abhängigkeit vom Energiesektor steigt · Experten loben Reaktion der Politik

Von **Sebastian Dullien**, Berlin

Russland droht Experten zufolge durch den hohen Ölpreis eine Überhitzung der Wirtschaft. Zudem könnte durch die hohen Energiepreise das Ziel von Präsident Wladimir Putin in Gefahr geraten, die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Öl- und Gassektor zu senken.

„Die hohen Rohölpreise gefährden die Diversifizierung der russischen Wirtschaft“, sagte Richard Conquest von der britischen Beratungsfirma Weaving Capital. Ähnlich äußerte sich Dietmar Hornung von der Deka-Bank.

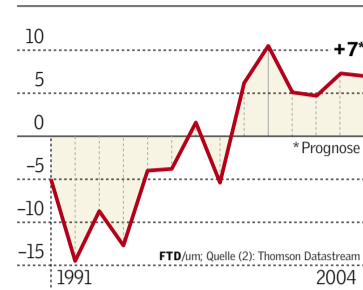
Die Experten weisen damit auf Gefahren hin, die das Ölpreishoch für die Förderländer mit sich bringt. Bislang hatte sich die Debatte auf die negativen Folgen der gestiegenen Energiepreise für die Industrieländer konzentriert. Da in diesen Ländern wegen der höheren Ölnotierungen den Verbrauchern weniger Geld für Konsum bleibt und die Margen der Unternehmen sinken, belastet ein hoher Ölpreis dort die Konjunktur.

Für die Ölförderländer gilt das Gegenteil: Die Energiefirmen schwimmen plötzlich in Geld, Einkommen und Konsum steigen. Allerdings besteht die Gefahr, dass der Geldsegen zugleich die Inflation anheizt und damit jenen Teil der Wirtschaft schwächt, der nicht vom Öl abhängt. Vorgestern war der Ölpreis kurzzeitig über die symbolträchtige Marke von 50 \$ pro Barrel (159 Liter) gestiegen.

„In Russland bedeuten die hohen Ölpreise einen kräftigen Zufluss von Devisen“, sagte Gregor Eder von der Dresdner Bank. „Damit entsteht ein

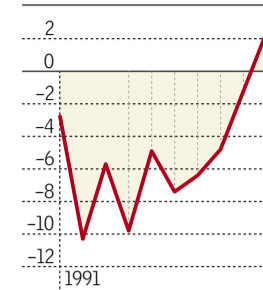
Russlands Wirtschaftswachstum

Bruttoinlandsprodukt zum Vorjahr in %



Russlands Budgetsaldo

in % des Bruttoinlandsprodukts



Boom Der hohe Ölpreis hat dazu beigetragen, dass die russische Wirtschaft seit Jahren kräftig wächst – zuletzt so stark, dass nun sogar eine Überhitzung droht. Gleichzeitig wächst aber die Abhängigkeit Russlands von Öl- und Gasexporten. Putins Pläne zur Diversifizierung der Wirtschaft drohen zu scheitern.

Geldsegen Mit den hohen Ölpreisen kletterten auch die Steuereinnahmen. Russland hat nun solide Haushaltsüberschüsse. Auch die Devisenreserven sind kräftig gestiegen.

starker Aufwertungsdruck auf den Rubel. „Weil ein teurerer Rubel aber die Wettbewerbsfähigkeit des Verarbeitenden Gewerbes gefährdet, versuche die Zentralbank, mit Dollar-Käufen gegenzusteuern.“ Die Devisenkäufe erhöhen die Geldmenge, sagte Hornung. Dadurch werde das Kreditwachstum angekurbelt und die Inflationsgefahren wüchsen.

„Die russische Zentralbank wird 2004 ihr Ziel verfehlen, die Teuerung unter zehn Prozent zu drücken“, sagte Eder. Im August lag die Teuerung bei 11,3 Prozent. Für das Gesamtjahr prognostiziert die Dresdner Bank eine Inflation von 10,5 Prozent.

Genau wie eine Aufwertung sind stark steigende Preise ein Problem, da sie ebenfalls die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Industrie belasten. Im Extremfall kann dies dazu führen, dass ein Ölförderland bei hohen Energiepreisen zunehmend sein Verarbeitendes Gewerbe verliert. Unter Ökonomen ist dieser Mechanismus als „holländische Krankheit“ bekannt: In den 60er Jahren hatte der Fund von Erdgas in den Niederlan-

den Preise und Löhne so weit in die Höhe getrieben, dass das Land anschließend in eine tiefe Krise stürzte.

„Wenn es bei solch hohen Ölpreisen wie derzeit auch nur gelingt zu verhindern, dass die Bedeutung des Energiesektors zunimmt, so ist das schon ein Erfolg“, sagte Hornung. „Vielleicht sprechen wir in zehn Jahren statt von der holländischen von der russischen Krankheit.“

Conquest zufolge ist dieses Problem auch der russischen Regierung bekannt. „Die Machthaber hätten lieber einen Ölpreis von 22 bis 24 \$, weil das den Umgang mit den Devisenzuflüssen erleichtern würde“, sagte der Ökonom.

Einhellig positiv bewerteten die Experten die Wirtschaftspolitik der russischen Regierung und den Umgang mit dem unerwarteten Geldfluss aus den Ölexporten. „Unter den Schwellenländern ist Russland das Land, welches am vernünftigsten mit den Öleinnahmen umgeht“, sagte Hornung. Ähnlich positiv äußerte sich Eder.

Insbesondere der Stabilisierungsfonds der russischen Regierung sei eine gute Idee, sagte Deka-Bank-Experte Hornung. In diesen Fonds fließen seit Beginn des Jahres all jene Steuereinnahmen, die sich daraus ergeben, dass der Ölpreis über dem Preis von 20 \$ pro Barrel liegt. Nach Plänen der Regierung sollen sich bis 2006 rund 500 Mrd. Rubel (17 Mrd. \$) in dem Fonds angesammelt haben, die dann für Investitionen außerhalb des Ölsektors genutzt werden sollen.

NACHRICHTEN

Briten fühlen Zinsanstieg

Die britischen Verbraucher scheinen die Folgen der jüngsten Zinserhöhungen der Bank of England zu spüren. Wie die Marktforschungsgesellschaft GfK gestern mitteilte, äußerten sich die Briten im September pessimistischer über ihre wirtschaftlichen Aussichten. Der entsprechende Index fiel um zwei auf minus sieben Punkte. Dabei beurteilten die Befragten vor allem die Konjunkturaussichten für die kommenden zwölf Monate pessimistischer. Ebenfalls gestern meldete die britische Notenbank, dass die Summe ausstehender Hypotheken im August nur noch um 8,4 Mio. £ gestiegen sei – so langsam wie seit einem Jahr nicht. „Wir sind nah an jenem Punkt, an dem man die Fortsetzung der Zinserhöhung nicht mehr rechtfertigen kann“, sagte Notenbankerin Kate Barker gestern. Die Bank of England hatte den Leitzins seit November auf heute 4,75 Prozent erhöht. **FTD, Reuters**

USA revidieren Wachstum

Die US-Wirtschaft ist im zweiten Quartal spürbar schneller gewachsen als zunächst gemeldet. Wie das Wirtschaftsministerium gestern mitteilte, legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf das Jahr gerechnet um 3,3 Prozent zum Vorquartal zu. Bislang war ein Anstieg von 2,8 Prozent gemeldet worden. Damit hat sich das Wachstum im Frühjahr gegenüber Jahresbeginn zwar

immer noch verlangsamt. Der Unterschied zum BIP-Zuwachs von 4,5 Prozent im ersten Quartal ist aber deutlich geringer ausgefallen. Verantwortlich für die Aufwärtsrevision war eine Korrektur der Anlageinvestitionen. Auch die US-Exporte entwickelten sich besser als zunächst vermeldet. Ökonomen werten die Korrektur als Indiz dafür, dass der Aufschwung in den USA robuster ausfällt als bislang vermutet. **FTD**

EZB gegen mehr Transparenz

In ungewöhnlicher Schärfe hat der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), Otmar Issing, gestern Forderungen zurückgewiesen, die Notenbank solle künftig interne Dokumente wie etwa Sitzungsprotokolle veröffentlichen. Auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden sagte der Ökonom, mehr Informationen seien nicht besser für das Allgemeinwohl. Die Veröffentlichung selbst anonymisierter Sitzungsprotokolle berge die Gefahr, dass Medien und Öffentlichkeit etwas über das Verhalten einzelner Notenbanker erführen und dann Druck auf die Geldpolitiker ausübten. Ebenfalls deutlich wandte sich Issing gegen Forderungen, mit niedrigen Zinsen Wachstum und Beschäftigung zu stützen. **FTD**

WEITERE BERICHTE

IW will neue Ost-Finanzierung Seite 11
IWF hält Ölpreis für harmlos Seite 12

Kompass

Die Eckdaten der Wirtschaft in den USA, in Japan, der Euro-Zone und Deutschland

| | Zeitraum | USA | Japan | Euro-Zone | Deutschland |
|--|------------|--------|------------|------------|-------------|
| Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €) | 2003 | 9711,0 | 3807,5 | 7254,0 | 2129,8 |
| Einwohner (in Millionen) | 2003 | 291,1 | 127,6 | 308,6 | 82,6 |
| Wirtschaftswachstum (zum Vorjahr, in %) | 2. Q. 2004 | 4,8 | 4,4 | 2,0*** | 2,0*** |
| Inflation (zum Vorjahr, in %) | Aug. 2004 | 2,7 | (Juli) 0,0 | 2,3* | (Sept.) 1,8 |
| Arbeitslosenquote* (saisonbereinigt, in %) | Aug. 2004 | 5,4 | (Juli) 4,9 | (Juli) 9,0 | 9,9 |
| Erwerbsquote* (in %) | 2003 | 71,0** | 73,5 | 63,8 | 68,9 |
| Staatshaushalt (Saldo, in % des BIP) | 2003 | -4,9 | -7,6 | -2,7 | -3,9 |
| Staatsschulden (insgesamt, in % des BIP) | 2003 | 63,4 | 154,6 | 75,7 | 65,3 |
| Leistungsbilanz (Saldo, in % des BIP) | 2003 | -5,0 | 2,9 | 0,4 | 2,1 |
| Anteil am Weltexport**** (in %) | 2003 | 11,6 | 5,4 | - | 9,4 |
| Leitzins (in %) | aktuell | 1,75 | nahe 0,0 | 2,0 | - |

Quellen: Bundesbank, Eurostat, OECD, IWF, WTO; * standardisierte Werte (für EU: harmonisierte Daten von Eurostat); ** nur bedingt international vergleichbar; *** kalenderbereinigt (für Euro-Zone nur teilweise); **** Waren und Dienstleistungen

WWW.FTD.DE/EURO-INDIKATOR FTD-Euro-Wachstumsindikator: 1,8 % (4. Quartal 2004)



5. November 2004

Das Geschenke-Special des Süddeutsche Zeitung Magazin

DAS JAHR DER INNOVATIONEN

Erinnern Sie sich noch? Die Bundesregierung hat 2004 zum Jahr der Innovationen erklärt. Tolle Idee, besonders zu Weihnachten. Wir haben uns also für Sie schon einmal umgesehen und präsentieren die besten, schönsten und innovativsten Geschenke der Saison.

Anzeigenschluss: 8.10.2004

Anzeigenabteilung, Hackenstraße 7, 80331 München
Telefon 089. 21 83 93 24 Fax 089. 21 83 93 29

Süddeutsche Zeitung
MAGAZIN



EU-Staaten kippen Zwang zu Unisex-Tarifen

Versicherungen entgehen Pflicht zu Einheitspreisen

Von Christine Mai, Brüssel, und Herbert Fromme, Köln

Die EU-Kommission ist mit ihrem Vorstoß gescheitert, die Mitgliedsländer zur Einführung von einheitlichen Versicherungstarifen für Männer und Frauen zu verpflichten.

Die bevorstehende Einigung ist ein Sieg für die Versicherungsbranche. Sie hatte sich, ähnlich wie einige EU-Mitglieder, heftig gegen einheitliche Tarife gewehrt.

Kommission will prüfen

Der Kompromissvorschlag, der der FTD vorliegt, schreibt zwar fest, dass es aufgrund des Geschlechts nicht zu unterschiedlichen Prämien und Leistungen kommen darf.

Die Mitgliedstaaten, die unterschiedliche Tarife für Männer und Frauen zulassen, sollen die Kommission informieren und die Daten veröffentlichen.

Riester bald einheitlich

In Deutschland sind bisher schon die Riester-Renten im Sinne der Unisex-Tarife geregelt.

Bisher zahlen Frauen für Riester-Policen rund 15 Prozent höhere Beiträge als Männer.

Die Befürworter des Einheitstarifs, die im April quer durch die Parteien den Unisex-Tarif für Riester im Bundestag durchsetzen, verweisen auf die Notwendigkeit der privaten Altersvorsorge.

Investmentfonds

Heute finden Sie die Investmentfonds auf der Seite 30

Landesbanken bunkern Liquidität

Volumen langfristiger Anleihen rund 50 Prozent höher als 2003 - Polster für Wegfall von Staatsgarantien

Von Fidelius Schmid, Frankfurt

Deutsche Landesbanken haben im laufenden Jahr im großen Stil langfristige Liquidität gebunkert.

Die Institute bereiten sich auf diese Weise - neben ihren Sanierungsplänen - auf den Wegfall der staatlichen Garantien im Juli 2005 vor.

Grund für diese Vorratspolitik ist, dass mit dem 18. Juli 2005 nicht schlagartig alle Staatsgarantien, von denen die Landesbanken bis dahin profitieren, wegfallen.

Die Banken wollen damit Liquiditätsgewinne in der Zeit nach 2005 abfedern und die Kostenvorteile, die sie jetzt genießen, so weit wie möglich hinausschieben.

Ähnlich sehen das viele Marktbeobachter. „Wer glaubt, dass die Landesbanken ab Juli 2005 in Liquiditätsschwierigkeiten kommen, sollte noch mal nachdenken, wenn er sich diese Politik anschaut“, sagte Analyst Luis Maglano.



Die Säckel der Landesbanken sind prall gefüllt. Sie beschaffen sich über Anleihen jede Menge Liquidität

tierten Anleihen begeben müssen und danach allenfalls nur jeweils 10 bis 20 Prozent ihrer Refinanzierung erneuern brauchen.

„Wenn das auch limitiert negative Auswirkungen auf die Gewinne im Vorfeld hat, sehen wir das als positiv an.“

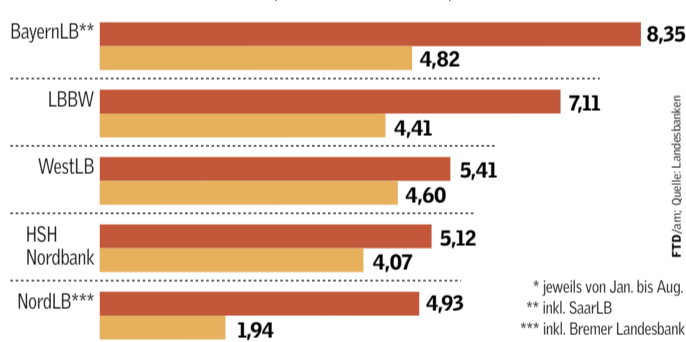
Absolut gesehen hat die BayernLB die Emissionen langfristiger Anleihen in den ersten acht Monaten am deutlichsten gesteigert - auf über 8 Mrd. € (siehe Grafik).

Das einzige Institut, das weniger langfristige Anleihen begab, war die Landesbank Rheinland Pfalz mit einem Minus von 7 Prozent.

Ob die lebhaftete Emissionstätigkeit der Länderinstitute in den kommenden Monaten weitergehen wird, ist noch unklar.

Eifrige Emittenten

Volumen neuer Anleihen in Mrd. €, Laufzeit über 5 Jahre.



FTD/Inf. Quelle: Landesbanken

* jeweils von Jan. bis Aug. ** inkl. SaarLB *** inkl. Bremer Landesbank

DAS KAPITAL

Wie Alan Greenspan von der Statistik profitiert

Dieser Artikel ist eine Pflichtlektüre! In seinem Anlageausblick geht Bill Gross von Pimco auf die Schwundelefanten namens hedonische Preismessung ein.

Auf Grund der unterstellten Qualitätssteigerungen sind die Preise für Computer in den USA seit 1997 statistisch-offiziell nicht um acht Prozent jährlich gefallen, was sie in Mark und Pfennig getan haben.

Greenspan, der ja bekanntlich auf Preisstabilität und Wachstum aus ist, kommt die hedonische Preismessung daher zupass.

Natürlich ist das alles nicht ganz neu. Und natürlich spricht es für sich genommen gegen Bonds, obgleich man argumentieren kann, dass die einhergehende schwache Reallohnentwicklung deflationär wirkt.

Ohne die beiden Anpassungen wären die Preise seit 1987 um 0,5 bis 1,1 Prozent stärker gestiegen als ausgewiesen.

ASML Holding

relativ zum Philadelphia Halbleiter-Index, 2. 1. 04 = 100



Greenspan, der ja bekanntlich auf Preisstabilität und Wachstum aus ist, kommt die hedonische Preismessung daher zupass.

Natürlich ist das alles nicht ganz neu. Und natürlich spricht es für sich genommen gegen Bonds, obgleich man argumentieren kann, dass die einhergehende schwache Reallohnentwicklung deflationär wirkt.

ASML

Der neue Ausblick von ASML gleicht einem Tanz auf dem Drahtseil.

holländische Hersteller nämlich besonders stark unter der erwarteten Abkühlung im Halbleitersektor.

Tatsächlich heißt aufgeschoben nicht unbedingt aufgehoben. Und ASML betonte, dass der Produktmix auch so den versprochenen Anstieg der Röhrenmarge hergibt.

Verständlich, dass die Anleger die etwa 40 Mio. € Minderumsatz im dritten Quartal lieber gleich abschrieben.

SCHLUSSKURSE ODER STAND: 22.10 UHR MESZ

MÄRKTE

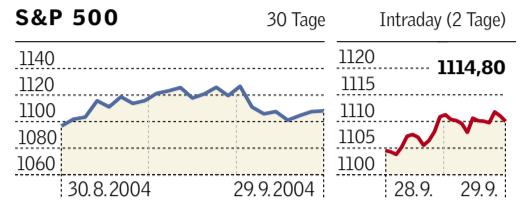


Table with market data for S&P 500, Nasdaq, Dow Jones, and Russell 2000.

WALL STREET

Die Technologiewerte haben gestern an den US-Börsen den Ton angeben.

des weltgrößten Chipherstellers Intel zogen um rund 2 Prozent an.

Christian Schwab

EUROPA UND ASIEN

Europas Börsen knüpften an die Tendenz des Vortages an und schlossen fester.

EUROSTOXX 50

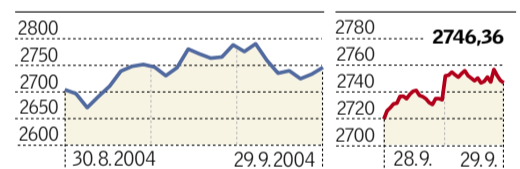


Table with market data for EuroStoxx50, Dax, FTSE 100, CAC 40, Nikkei, and Hang Seng.

ZINSEN

Die Revision des US-BIP für das zweite Quartal nach oben sahen viele Marktteilnehmer als Anlass für Verkäufe.

BUND vs. TREASURY

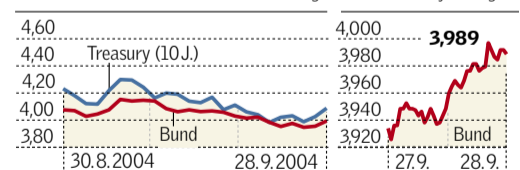


Table with market data for Bund 10 J, Treasury 10J, Treasury 30J, Bund Future, and 3-M-Euribor.

DEISEN UND ROHSTOFFE

Während der Euro in seiner engen Handelsspanne verharrte, legte der Yen zum Dollar kräftig zu.

EURO IN DOLLAR

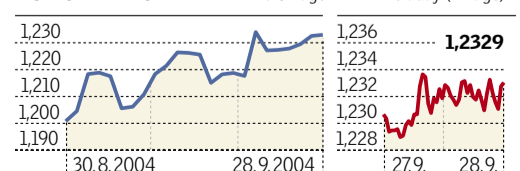


Table with market data for Euro in Dollar, Gold (5oz), and Brent Oil.

Vorstand Dalman verlässt die Commerzbank

Deutsche-Bank-Manager Matis als Nachfolger im Gespräch

Von Rolf Lebert, Frankfurt

Kurz vor der Umstrukturierung seines Geschäftsbereichs verlässt Investmentbanking-Vorstand Mehmet Dalman die Commerzbank. Dies verlautete gestern aus Bankerkreisen in Frankfurt. Als sein Nachfolger ist dem Vernehmen nach Wolfgang Matis im Gespräch, der bei der Deutschen Bank das inländische Anleihegeschäft leitet. Beide Banken wollten hierzu nicht Stellung nehmen.

Für Dalmans Rückzug aus der Commerzbank werden in Bankerkreisen mehrere Gründe genannt. Einerseits konnte er dort nie seine ehrgeizigen Ziele verwirklichen, seinen Bereich zu einem ernsthaften Wettbewerber im Konzert der globalen Spieler aufzurufen. Als die Commerzbank aus Kosten- und Ertragsgründen vor zwei Jahren begann, Dalmans Bereich zu beschneiden und sich aus Produkten und Märkten zurückzuziehen, kamen erste Rücktrittsgerüchte auf.

Da nun ein weiterer Einschnitt bevorsteht, nach dem nur diejenigen Teile des Investmentbankings übrig bleiben sollen, aus denen Synergien für das Firmenkundengeschäft der Commerzbank geschöpft werden können, wäre Dalmans Position weiter geschwächt worden. Zudem hatte er wiederholt den Wunsch geäußert, ins Hedge-Fonds-Geschäft einzusteigen – ein Wunsch der bei der Commerzbank nicht zu realisieren war. Hinzu kam ein Dauerstreit mit seinen Vorstandskollegen, denen der Investmentbanker vorwarf, seinem Geschäftsfeld Kosten zuzurechnen, für die er gar nicht verantwortlich sei und dadurch sein Ergebnis zu verschlechtern.

„Irgendwann war klar, dass er gehen wird, die Frage war nur, wann“, hieß es bei der Commerzbank. Für Dalmans potenziellen Nachfolger Matis wäre der Wechsel von der Deutschen Bank in den Commerzbank-Vorstand ein Karriereerfolg. Einen Vertrag soll er dem Vernehmen nach aber noch nicht unterschrieben haben.

NACHRICHTEN

GZS streicht 250 Stellen

Die angeschlagene Gesellschaft für Zahlungssysteme (GZS) will von insgesamt 1138 Arbeitsplätzen 250 abbauen. Außerdem werde der Vorsitzende der Geschäftsführung, Laurenz Kohlpeppel, wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Verwaltungsrat seinen Hut nehmen. Für die Krise der GZS sei unter anderem die schleppende Konjunktur verantwortlich. Darüber hinaus werde der genossenschaftliche Finanzverbund künftig einen Teil der Leistungen der GZS selbst übernehmen und so den gemeinsamen Umsatz halbieren. **dp**

ABN Amro sperrt Konten

Die New Yorker Devisenabteilung von ABN Amro hat die Konten von fast 100 Banken aus Russland, Osteuropa und der Karibik gesperrt. Grund sei eine Vereinbarung mit der US-Notenbank Federal Reserve zur Geldwäschebekämpfung, hieß es in einem Artikel des Wall Street Journal. Die Kontrolleure hätten sich dabei insbesondere für Bankverbindungen wenig regulierter litauischer Banken interessiert. **FTD**

Anleger meiden Man Group

Die Mittelzuflüsse des Hedge-Fonds-Managers Man Group sind so langsam gestiegen wie seit vier Jahren nicht mehr. Wie der Anbieter mitteilte, wuchs das Fondsvolumen in den letzten sechs Monaten nur von 38,5 Mrd. \$ auf 39 Mrd. \$. Zehn der elf größten Fonds hätten bis August sogar Geld verloren. Unter anderem hätten Anleger 2,1 Mrd. \$ eingelöst. **Bloomberg**

Lone Star verlässt China

Die auf den Handel mit faulen Krediten spezialisierte Beteiligungsgesellschaft Lone Star plant, ihr Peking-Büro zu schließen. Aus Unternehmenskreisen verlautete, dass China nicht mehr zu den wichtigsten Märkten zähle. Lone Star wollte die Information nicht kommentieren. In den vergangenen Jahren hat die Gesellschaft 5 Mrd. \$ in Asien investiert. Der Rückzug zeigt die Frustration über den zaghaften Verkauf fauler Kredite chinesischer Banken. **FT**

CC-Bank ringt mit Folgen der Fusion

Technische Probleme belasten Konsumentenfinanzierer - IT-Integration mit Santander Direktbank erst 2007

Von Mark Bösch, Frankfurt

Die CC-Bank braucht noch drei Jahre, um ihre IT-Systeme zu vereinheitlichen. Im vergangenen Jahr hat die Bank das Einlagegeschäft der Santander Direktbank übernommen. „Die Fusion der beiden Datenverarbeitungssysteme ist noch nicht vollzogen. Da arbeiten wir dran“, sagte Bankchef Gerd Schummeckers am Dienstag in Frankfurt. Der großzügige Zeitplan bis 2007 verriet, wie sehr IT-Ausfälle die Bank treffen würden. „Wenn ein Händler eine Anfrage stellt, muss er sofort die Antwort haben. Das ist unser Vorteil“, sagte Schummeckers.

Auf den Erfolg des IT-Projekts hoffen nicht nur die deutschen Mitarbeiter. Die CC-Bank gehört zur spa-

nischen Santander Central Hispano (SCH). Die Großbank ist dabei, die britische Hypothekenbank Abbey National zu übernehmen. Für die Konzernsparte Santander Consumer sollen die Deutschen die Expansion in Osteuropa leiten – und ein einheitliches, neues Computersystem entwickeln lassen.

Für die Umstellung auf die Banksoftware „Equation“ der Firma Misy plant die Bank 20 Mio. € ein. Schummeckers hofft, dass die in Deutschland gefundene Lösung von anderen Santander-Consumerbanken übernommen wird. Die Umstellung begann im vergangenen Jahr.

Die Deutschen werden stärker in den SCH-Konzern integriert und tragen künftig das rote Logo Santander Consumer, das alte grüne Namensschild verschwindet. „Es ist denkbar, die Firmierung CC-Bank in der Zukunft fallen zu lassen“, sagte Schummeckers, der für die Umstellung zum Freitag dieser Woche Gesamtkosten von 3 Mio. € erwartet. Die Folgen der Abbey-Übernahme für seine Bank kann er nicht abschätzen. „Ob wir betroffen sind, weiß ich nicht“, sagte Schummeckers. Sollte der Konzern die Stärke der Briten bei der Baufinanzierung einbringen wollen, würde man in Deutschland auf einen sehr

starken Wettbewerb treffen, sagte Schummeckers, dessen Institut Bausparverträge bislang an Wüstenrot vermittelt.

Die CC-Bank gewinnt ihre Kunden dagegen in Supermärkten und Autohäusern. Mit Autofinanzierungen macht sie 80 Prozent ihres Geschäfts. Mit der Cross-Selling-Quote ist Schummeckers unzufrieden. „Wir haben eine große Zahl von Auto- und Warenkreditkunden, die wir nicht in die Filialen bekommen. Die Überleitung liegt nur bei sieben bis acht Prozent“, sagte der Bankchef. Andere Direktbanken geben viel Geld für Werbung aus. „Weil wir unsere Kunden kennen, müssen wir kaum Massenmedien nutzen“, sagte Schummeckers. Die Eigenkapitalrendite liege über 60 Prozent. Der Bankchef ist zuver-

sichtlich, das 2004 angepeilte Vorsteuergewinn von 224 Mio. € um 20 bis 25 Mio. € zu übertreffen.

Auf dem Weg dahin muss die Bank die seit 2002 stark gestiegenen Kreditrisiken dämpfen. „Wir haben ein höheres Risikoniveau, schon allein weil wir auf Grund neuer gesetzlicher Grenzen nicht mehr so viel pfänden können“, sagte Schummeckers. Die Risikoversorge soll 2004 konstant bei knapp 150 Mio. € bleiben. Dazu baut die Bank ihre Führungsspitze um. Künftig wird sich der 37-jährige Ulrich Anders als Generalbevollmächtigter um Risikoversorge und IT kümmern, bald soll er Hannelore Becker im fünfköpfigen Vorstand ablösen. Der Unternehmensberater Anders hat bereits für die Dresdner und die Deutsche Bank gearbeitet.

„Wir haben ein höheres Risikoniveau“

Gerd Schummeckers, CC-Bank-Chef

LBBW steigt zur Universalbank auf

Landesbank dehnt Geschäft durch Fusion mit LRP auf ganz Südwestdeutschland aus - Etappensieg bei BW-Bank

Von Fidelius Schmid, Stuttgart

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) hat gestern einen Teilsieg für die rasche Integration der auf Kleinkunden spezialisierten BW-Bank errungen. Um einen Rest privater Kleinaktionäre aus BW-Bank, an der sie schon vorher die große Mehrheit besaß, herauszudrängen, führte die LBBW einen monatelangen Prozess gegen Anfechtungsklagen. Gestern gewann sie in erster Instanz.

Er werde sofort einen Freigabeantrag für den Beginn der Integration stellen, sagte LBBW-Chef Hans Dietmar Sauer gestern. Außerdem sei er „latent bereit“ einen Vergleich anzustreben, um das Institut schneller integrieren zu können. „Man muss da ja jetzt nicht in Triumphgeheul verfallen, sondern auf das Geschäftliche achten“, sagte er.

Mit der Übernahme der BW-Bank und der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) dehnt die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ihr Filialnetz auf ganz Baden-Württemberg

aus und kann sich damit als große Universalbank bezeichnen. Bei den für Landesbanken wegen ihrer Bonitätsbewertungen extrem wichtigen Rating-Agenturen kommen solche Modelle, die auch Erträge aus dem Kleinkundengeschäft bringen, sehr gut an: Sie gelten als weniger schwankungsanfällig als das Großkundengeschäft.

Allerdings hat die LBBW damit zwei strategisch sehr unterschiedliche Expansionschritte hinter sich. Während die BW-Bank das Geschäft

LBBW springt auf Platz vier

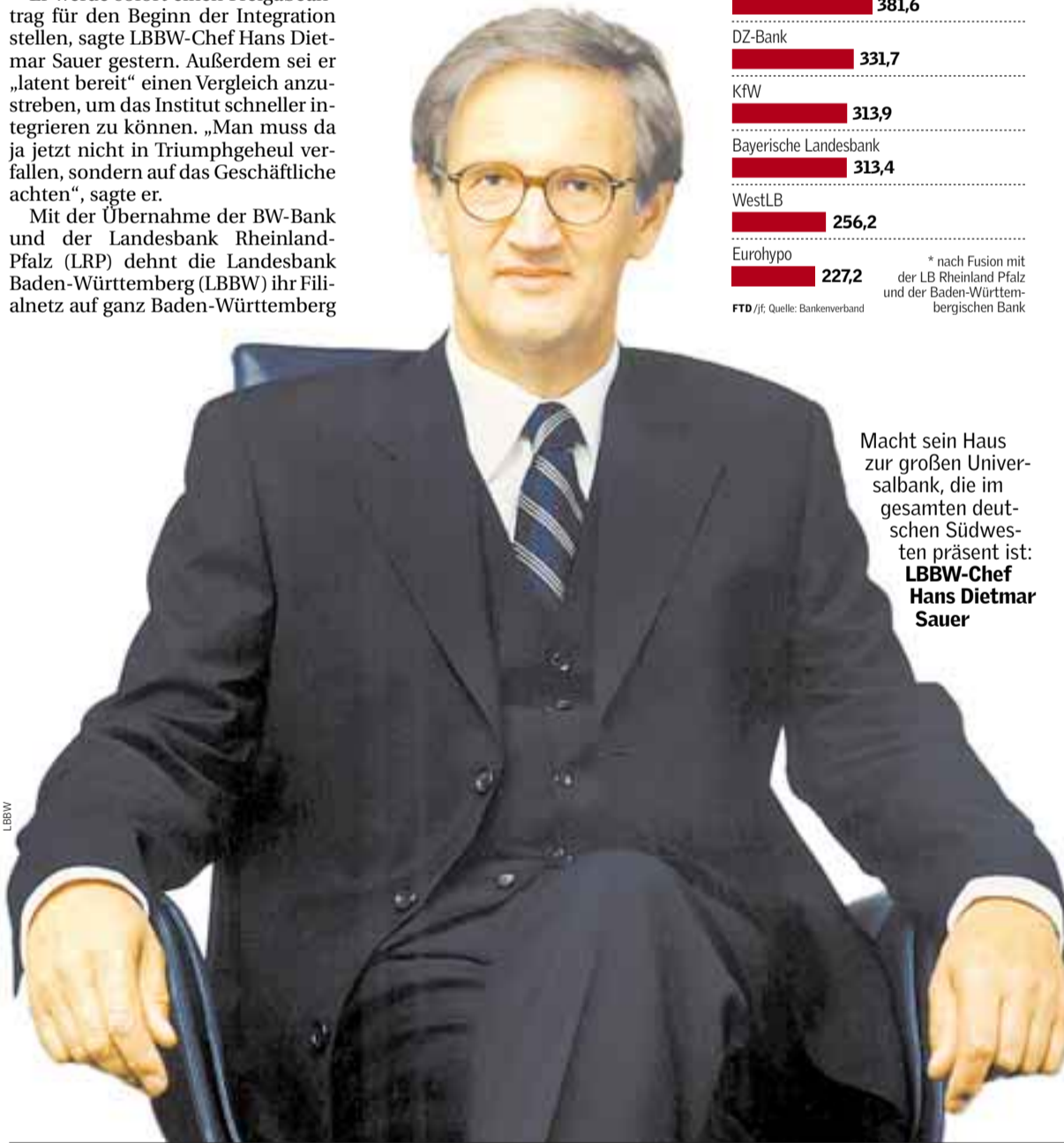
Die zehn größten deutschen Banken nach Bilanzsumme in Mrd. € (Ende 2003)

| | |
|-----------------------|-------|
| Deutsche Bank | 803,6 |
| HypoVereinsbank | 479,5 |
| Dresdner Bank | 477,0 |
| LB Baden-Württemberg* | 409,3 |
| Commerzbank | 381,6 |
| DZ-Bank | 331,7 |
| KfW | 313,9 |
| Bayerische Landesbank | 313,4 |
| WestLB | 256,2 |
| Eurohypo | 227,2 |

* nach Fusion mit der LB Rheinland-Pfalz und der Baden-Württembergischen Bank

FTD/jf; Quelle: Bankenverband

Macht sein Haus zur großen Universalbank, die im gesamten deutschen Südwesten präsent ist: **LBBW-Chef Hans Dietmar Sauer**



des künftigen Mutterkonzerns voraussichtlich stärker wird, fehlen bei der Übernahme der LRP belastbare Aussagen, wie die geografische und bilanzielle Erweiterung der LBBW geschäftlich weiterhelfen soll.

Unter dem Strich will die LBBW ihr Kleinkundengeschäft und ihr Firmenkundengeschäft in die BW-Bank auslagern. Das internationale, auf Kapitalmärkte fokussierte Geschäft, das Großkundengeschäft und das Sparkassengeschäft sollen bei der Konzernmutter bleiben.

Damit im Zuge der Übernahme der Landesbank Rheinland-Pfalz der Anteil des Landes Baden-Württemberg nicht kleiner wird als der der Sparkassenorganisationen, übernahm die LBBW weitere 36 Prozent an der BW-Bank und bezahlte der landeseigenen Landeskreditbank dafür 4,9 Prozent Anteile an sich selbst. Ebenfalls 4,9 Prozent eigene Anteile zahlte sie dem Sparkassenverband Rheinland-Pfalz für 80 Prozent an der LRP. Die beiden Anteile haben laut der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC einen Wert von je rund 500 Mio. € – für die ganze LBBW ergibt das einen Wert von mehr als 10 Mrd. €. Die restlichen Anteile an der LBBW halten nach den Übernahmen das Land Baden-Württemberg und der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit je 35,6 Prozent und die Stadt Stuttgart mit 18,9 Prozent.

Bei der Übernahme der Landesbank Rheinland-Pfalz hatten von Beginn an die Sparkassen in Rheinland-Pfalz als Treiber fungiert: Sie suchten einen stärkeren Partner. Da die WestLB aussteigen wollte und Gespräche mit der Helaba und der Deka-Bank scheiterten, blieb ihnen nur die LBBW als Verhandlungspartner.

Sauer hob gestern als zentralen Vorteil der Übernahme hervor, dass seine Bank einen Vermögenszuwachs ohne finanzielle Gegenleistung erhalten habe und dass sich dadurch die Bonitätsbewertung der LBBW bei der Rating-Agentur Standard & Poor's nicht verschlechtere. Dass alle Beteiligten trotz unterschiedlicher Interessen nie die betriebswirtschaftliche Seite aus den Augen gelassen hätten, erfülle ihn mit „Befriedigung und Dankbarkeit“. Über die konkreten Vorteile der Übernahme außer der schier großen Größe wollte sich Sauer gestern nicht äußern.

WWW.FTD.DE/LBBW

Münchener Rück gibt Investoren Entwarnung bei Wirbelstürmen

Angepeilter Rekordgewinn für 2004 dürfte aber schwieriger zu erzielen sein - Marktführer setzt auf stabile Preise in der Katastrophendeckung

Von Herbert Fromme und Annika Pattberg, Köln

Die Münchener Rück hat ihre Schadensschätzungen für „Charley“ und „Frances“ deutlich gesenkt. „Wir sind von den Wirbelstürmen weniger stark betroffen als zunächst angenommen“, sagte Vorstand Stefan Heyd gestern auf einer eigens einberufenen und im Internet übertragenen Pressekonferenz.

Trotz des hohen Schadens durch den Sturm „Ivan“ und der zusätzlichen Belastung durch die noch to-

bende „Jeanne“ bleibt der weltgrößte Rückversicherer deshalb bei der Einschätzung, dass die jüngste Serie ungewöhnlich häufiger und starker Stürme 500 Mio. € kostet.

Die Münchener Rück halte auch an ihrer Gewinnsschätzung von 2 Mrd. € nach Steuern fest. Im Vorjahr hatte der Konzern einen Verlust von 434 Mio. € erlitten, jetzt steuert der neue Konzernchef Nikolaus von Bomhard in seinem ersten Jahr auf einen Rekordgewinn zu. „Er wird deutlich schwerer zu erreichen sein“, sagte Heyd mit Blick auf die Wirkung

der Stürme. Andererseits sorgten die Schäden für neue Stabilität bei den Preisen für Katastrophen- und Energierisiken, die ins Rutschen gekommen waren. „Die Preise steigen, oder sie bleiben zumindest stabil.“

Die vorsichtigen Äußerungen des Konzerns spiegeln ein Grundproblem börsennotierter Versicherer wieder: Einerseits wollen sie Investoren nicht durch die Betonung der Schadenhöhe abschrecken und damit ihrem Aktienkurs schaden. Andererseits müssen sie ihren Kunden klare Signale geben, dass hohe Schä-

den eigentlich Preiserhöhungen nach sich ziehen müssen. Die Aktie reagierte gestern kaum und schloss fast unverändert bei 77,98 €

Nach Angaben der Münchener Rück kostet „Charley“ 75 Mio. €, „Frances“ 65 Mio. €. Für beide hatte die Münchener Rück noch vor wenigen Tagen mit jeweils dreistelligen Millionen Schäden gerechnet. „Ivan“, der mit Abstand teuerer Hurrikan der Serie, schlägt mit 214 Mio. € zu Buche, unter anderem weil die Münchener Rück im Finanzzentrum Cayman Islands mit hohen Deckungen

präsent ist. „Jeanne“ belastet den Konzern vermutlich mit 80 Mio. bis 100 Mio. €, der Pazifiktaifun „Songda“ mit weiteren 40 Mio. €.

Gegen fallende Preise sprechen auch Untersuchungen der Münchener Rück über die Häufigkeit von Wirbelstürmen über dem Atlantik. „Die Häufigkeit extremer Jahre nimmt zu“, sagte der Wissenschaftler Peter Höppe, der für die Münchener Rück tätig ist. Im Pazifik hingegen nimmt nur die Zahl der schwächeren Stürme zu; die Anzahl der starken Stürme bleibt konstant.

Technischer Vorsprung für das Internet und Wissensvorsprung für den Briefkasten

**289€
sparen!*,****

**NUR NOCH
07
TAG**



Nur für Leser der FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND: Das T-DSL Aktionsangebot inklusive Abo!

Bereitstellungspreis für den Anschluss statt 99,95 € jetzt **0 €!*** Sie sparen 99,95 €!*

Modem für sofortigen Zugang mit T-DSL statt 89,99 € jetzt **0 €!*** Sie sparen 89,99 €!*

1 Monat surfen mit T-Online dsl 1500 MB statt 9,95 € jetzt **0 €!*** Sie sparen 9,95 €!*

+

3-Monats-Abo

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND statt 90 € jetzt

0 €!*,**

... **T** ... Online ...

... **T** ... Com ...

Jetzt anrufen unter 0800 15 15 700

* Angebot gilt nur für Neukunden bis zum 30.09.04 in Verbindung mit der Beauftragung und Bereitstellung von Rechnung Online (Angebot gilt auch gegenüber ReO-Bestandskunden), eines T-DSL Anschlusses und eines T-Online dsl Tarifs. T-DSL kostet mtl. ab 16,99 €, Bereitstellungspreis 99,95 €. Die Nutzung von Rechnung Online ist kostenlos. Es entstehen lediglich Online-Nutzungsentgelte, T-Online dsl 1500 MB z. B. kostet mtl. 9,95 €, Mindestvertragslaufzeit 12 Monate. Angebot gilt nicht für T-Online Kunden mit einem bestehenden DSL-Tarif. 1500 MB Übertragungsvolumen inklusive. Nicht genutzte Übertragungsvolumen verfallen am Ende des Abrechnungszeitraumes. Jedes weitere MB 1,59 Cent. Die Erstattung des T-DSL Bereitstellungspreises und der T-Online dsl 1500 MB Grundgebühren erfolgt durch T-Online auf Ihrer Telefonrechnung. T-DSL ist in vielen Anschlussbereichen verfügbar.

** Nach erfolgter Anmeldung erhalten Sie die Financial Times Deutschland für 3 Monate frei Haus geliefert. Nach Ablauf der 3 Monate wird das Abo automatisch eingestellt. Gilt nur für Neukunden, die noch kein Abonnement der Financial Times Deutschland beziehen.

Wissen, was wichtig wird.

WWW.FTD.DE

**FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND**

RENTEN / DEWISEN

Revision des US-Wachstums belastet Anleihen

Von Sebastian Sachs, Frankfurt

Die kräftige nachträgliche Anhebung des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das zweite Quartal hat die US-Staatsanleihen gestern auf Talfahrt geschickt – die Renditen kletterten in die Höhe. In der Euro-Zone fiel die Reaktion etwas verhaltener aus.

Am Devisenmarkt hoffen die Händler daher weiterhin, dass die Masse an US-Konjunkturdaten, die heute auf der Agenda stehen, den Euro endlich aus seiner Handlungsspanne befreien können. Gegen 20 Uhr MESZ kostete der Euro mit 1,2320 \$ nur unwesentlich weniger als am späten Dienstag. Der Yen hingegen profitierte vom sinkenden Ölpreis. Ein Dollar verbilligte sich von 111,38 auf rund 110,80 Yen.

Nach der finalen Revision ist das US-BIP in den Monaten April bis Juni annualisiert um 3,3 % gewachsen. Das liegt deutlich über den vorherigen Veröffentlichungen von 2,8 % und sogar noch über den bereits optimistischen Prognosen der Volkswirte von 3,0 %.

Die Rendite der zehnjährigen US-Treasuries schoss daraufhin um 10 Basispunkte in die Höhe. Bis zum frühen Abend lag der Renditeanstieg noch bei acht Basispunkten. Staatsanleihen mit langen Laufzeiten reagieren traditionell am stärksten auf überraschende Konjunkturdaten. Zudem sagten Händler, viele Investoren hätten so lange untätig an der Seitenlinie gesessen, dass sie gestern sofort auf den Zug der steigenden Renditen aufgesprungen seien. Die Rendite kurzlaufender Treasuries lag rund sechs Basispunkte über Vortagesniveau.

In der Euro-Zone lagen die Renditen über alle Laufzeiten rund einen Basispunkt im Plus. Zehnjährige Bundesanleihen beendeten den Handel bei 3,97 %.

TERMINE DES TAGES

KONJUNKTUR

Euro-Zone
Wirtschaftsvertrauen September
Verbrauchervertrauen September

Frankreich
Verbrauchervertrauen September

Italien
Verbraucherpreise September (vorl.)

USA
Chicago Einkaufsmanagerindex September
Erstanträge Arbeitslosenhilfe
Konsumenten Ausgaben August

Bondanleger stürzen sich auf Neulinge

Tchibo, ATU und EWE lösen Bankkredite günstig durch Anleihen ab · Alternative zum Börsengang

Von Mark Bösch, Frankfurt

Keine Erfahrungen am Kapitalmarkt, kein Kreditrating und verschlossene Bücher: Selbst unter diesen bis vor kurzem noch undenkbar Bedingungen gelingt es Unternehmen, günstig Geld am Anleihemarkt aufzunehmen. Jüngstes Beispiel ist die Tchibo-Holding, die gestern eine zehnjährige Anleihe über 700 Mio. € mit einem Zinskupon von 4,5 % platzierte. „Die Unternehmen sehen, dass ihnen der Anleihemarkt offen steht. Die Renditeaufschläge sind niedrig“, sagte Elmar Zurek, Fondsmanager der Deutsche-Bank-Tochter DWS.

Die Tchibo-Emission lief besser als erwartet, obwohl das Unternehmen erstmals eine Anleihe an den Markt brachte. Der Renditeaufschlag lag am untersten Ende der erwarteten Spanne. „Die Anleihe war mehrfach überzeichnet“, sagte eine Firmensprecherin. Tchibo konnte trotz vergleichsweise intransparenter Finanzlage und fehlendem Kreditrating günstig umschulden.

„Das Angebot ist gering, große Konzerne halten sich zurück“

David Newman, Bondstrategie, Citigroup

Die Anleger kaufen zurzeit auch Anleihen, die nach herkömmlichem Maßstab nicht perfekt sind. In den kommenden Wochen könnten weitere Unternehmen versuchen, sich so Fremdkapital zu besorgen, bevor steigende Leitzinsen dies teurer machen. Wenn Neulinge über einen guten Namen verfügen und einen kleinen Premienerbonus zahlen, finden sie Investoren: „Es kommen Unternehmen an den Markt, die wegen ihres starken Markennamens als qualitativ hochwertig angesehen werden“, sagte David Newman, Strategie für Hochzinsanleihen bei Citigroup in London.

Ein Bondmarkt-Debüt am unteren Ende der Preisspanne feierten in den vergangenen Tagen auch der Energieversorger EWE und Auto-Teilehersteller ATU. Die Nachfrage am Bondmarkt sei sehr stark, die letzten Neuemissionen seien alle deutlich überzeichnet gewesen, sagte Anleihestratege Rolf Schäffer von der LBBW. „Außerdem ist das Zinsniveau sehr niedrig. Für Emittenten ist das eine sehr günstige Situation.“

Für Aktien-Erstemissionen ist die Stimmung dagegen schlecht. „Wir sind von einem geplanten Börsengang zurückgetreten, weil die Konditionen am Anleihemarkt zurzeit so günstig sind“, sagte ein Sprecher des Energieversorgers EWE. Der Konzern hat Dienstag zwei Tranchen über insgesamt 1,5 Mrd. € ausgegeben. Die zehnjährige Tranche hat einen Zinskupon von 4,375 %. „Wir sind als neuer Name aufgetreten, deshalb

Klassische Kriterien

Hohe Bonität Investoren bevorzugen Anleihen mit einem Kreditrating im A-Bereich (Investment-Grade).

Großes Volumen Emittenten sollten mit einer Bond-Größe von mindestens 500 Mio. € (Benchmark-Size) aufwarten können.

Häufige Emissionen Wenn Firmen nicht mindestens einmal pro Jahr einen Bond platzieren, ist Großanlegern der Analyseaufwand zu hoch.

Transparenz Wer nicht offen Finanzdaten berichtet, stößt auf Skepsis. Die Berichte sollten testiert sein.

haben wir bei der Rendite ein, zwei Basispunkte drauflegen müssen. Das ist bei Debüt-Anleihen üblich“, sagte der EWE-Sprecher.

Staatsanleihen bieten zurzeit sehr niedrige Renditen, zehnjährige Bundesanleihen sind unter vier Prozent gefallen. Anleger halten deshalb Ausschau nach Papieren mit höherem Festzins, sagte Newman. „Das Angebot ist gering, große Konzerne halten sich zurück. Daher sind viele Anleger bereit, in Papiere mit geringer Qualität zu investieren“, sagte Newman. Für deutsche Unternehmen sei am Hochzins-Markt eindeutig Nachfrage vorhanden, sagte der Strategie.

Im laufenden Jahr hat es hier bereits einige Emissionen gegeben. Die Autoservice-Kette ATU hat am Freitag eine zehnjährige Anleihe über 150 Mio. € platziert. Der Bond bietet einen Renditevorsprung (Spread) von 725 Basispunkten über dem Drei-Monats-Euribor-Zins, was einem Kupon von 9,39 % entspricht. Im Juli platzierte der Waffenhändler Heckler & Koch eine Anleihe über 120 Mio. € mit einem Kupon von 9,25 %, und der Maschinenbauer Gildemeister aus Bielefeld brachte eine siebenjährige Anleihe über 175 Mio. € zu 9,75 % an den Markt.

BÖRSEN EUROPA

BASF schiebt Dax über 3900 Punkte

Von Thorsten Kramer, Frankfurt

Beflügelt von der Entspannung am Börsenmarkt haben Europas Aktienmärkte gestern ihre Tagesgewinne im späten Handel deutlich ausgeweitet. Kurz vor Schluss setzten aber Gewinnmitnahmen ein. Gefragt waren vor allem Chemie- und Technologiewerte. Die Umsätze blieben dünn.

Der Dax schloss 1,0 % fester bei 3920,36 Punkten. Der Auswahlindeks Stoxx 50 gewann 0,2 %. In London rückte der FTSE-100 um 0,5 % vor, und an der Pariser Börse stieg der CAC-40 um 0,4 %. „Der Handel ist von der Psychologie und Markttechnik dominiert“, sagte Markus Morsch, Händler bei der Commerzbank. Gut für die Psychologie war gestern etwa, dass der Ölpreis in den USA wieder deutlich unter die Marke von 50 \$ pro Barrel (159 Liter) gerutscht war. Insgesamt überwiege insbesondere in Deutschland aber die Skepsis unter den Anlegern, sagte Morsch. „Wir nähern uns bald dem Höhepunkt der US-Quartalsberichtsaison. Da agieren die Investoren sehr abwartend.“

BASF kletterten zeitweise bis auf 4790 €, das war der höchste Stand seit mehr als zwei Jahren. Den Handelstag beendeten die Titel mit einem Plus von 3,5 %. Den Anlegern gefiel vor allem, dass BASF die Preise für einige Chemikalien anheben will. Zudem sei eine Investoren-Roadshow des Unternehmens sehr positiv aufgenommen worden. Auch die Aktien von Bayer kletterten mit 1,4 % deutlich. Die Titel profitierten von einer positiven klinischen Studie für ein neues Krebsmedikament.

Im Tech-Sektor zählten Ericsson mit plus 4,1 % und ARM mit plus 1,5 % zu den größten Gewinnern. ASML gaben hingegen um 3,0 % nach, nachdem der Chipausrüster einen vorsichtigen Ausblick auf das Schlussquartal gegeben hatte.

Im Dax sackten Deutsche Post um 4,5 % ab. Der Konzern erwartet, dass die US-Logistiktochter DHL Express die Gewinnschwelle erst 2006 und somit ein Jahr später als geplant erreichen wird. „Das hat den Markt überrascht“, sagte Mirko Pillep, Händler von der Helaba.

Ölwerte fielen im Einklang mit dem Ölpreis – allen voran Total. Sie büßten 2,2 % ein, nachdem der staatseigene Versorger EDF einen 2,3-prozentigen Anteil an dem Ölkonzern platziert hatte.

Der MDax verbesserte sich um 0,7 % auf 5022,95 Punkte, der TecDax stieg um 1,6 % auf 491,80 Stellen. KarstadtQuelle sackten um 6,1 % ab.



Gefragt bei Kunden und Anlegern: Mit 250 Coffee-Shops in seinen Filialen ist Tchibo in Deutschland führend. Auch die Anleihe verkaufte sich gut

ÖLMÄRKTE ATMEN DURCH

Die G7-Initiative für mehr Transparenz und weniger Spekulation am Ölmarkt stößt auf geteiltes Echo. Höhere US-Lagerbestände sorgten gestern für Entspannung

Experten zweifeln am Erfolg der G7-Pläne

Von Sebastian Sachs, Frankfurt, und Tobias Bayer, New York

Die Pläne der sieben wichtigsten Industrienationen (G7), für mehr Transparenz auf dem Ölmarkt zu sorgen, sind unter Experten auf positive Resonanz gestoßen. Sie begrüßen eine zeitnahe Veröffentlichung der Lagerbestände. Doch bezweifeln sie, dass die G7 damit spekulativ bedingte Preisausschläge ausschalten kann. Mehr Daten könnten nur dabei helfen, die Marktmacht und das Verhalten der Spekulanten besser einzuschätzen. „Politik kann nur beruhigen, sie kann aber nicht kurzfristig eingreifen“, sagte Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

In den USA veröffentlicht die US-Terminmarktaufsicht Commodity Futures Trading Commission (CFTC) jeden Freitag die Positionen der Akteure an den Terminmärkten. Dabei unterscheidet sie zwischen spekulativen und nicht spekulativen Positionen. Für Strategen ist dieser Bericht eine wichtige Informationsquelle. „Daraus wird erkenntlich, wie sich die

Spieler verhalten. Das spekulative Moment im Markt wird identifizierbar“, sagt Jim Steel, Rohstoffanalyst beim Brokerhaus Refco.

Am Dienstag hatte die US-Ölsorte WTI die Marke von 50 \$ erstmals seit Bestehen des Terminkontrakts durchbrochen. Kurz darauf war bekannt geworden, dass die Finanzminister der G7 bei ihrem Treffen am Wochenende in Washington Vorschläge zur besseren Steuerung des Rohölmarktes diskutieren werden.

Ansatzpunkte

Vorratsdaten Eine zeitnahe Veröffentlichung der Bestandsdaten an Rohöl auch in Europa könnte dem hiesigen Markt zu einer größeren Eigenständigkeit verhelfen.

Spekulation Der Versuch, die Spekulation aus dem Markt zu verbannen, würde der Ölpreisentwicklung einen großen Teil ihrer Glaubwürdigkeit nehmen.

Eine Verbannung der Spekulanten aus dem Markt sei hingegen schlichtweg nicht möglich. „Man könnte allenfalls Terminkontrakte wieder vom Markt nehmen, aber diese Entwicklung lässt sich mit Sicherheit nicht zurückdrehen“, verlautete aus dem Verband der Mineralölwirtschaft. Für Sandra Ebner von der Deka-Bank ist zudem ein Preis, der sich ohne Spekulanten bildet, kein aussagekräftiger Marktpreis mehr. Zudem hätten die Spekulanten bei weitem nicht den preistreibenden Einfluss, der ihnen immer nachgesagt werde.

Ebner sieht in einer denkbaren wöchentlichen Veröffentlichung der

Lagerdaten in Europa die Möglichkeit, den heimischen Markt stärker von den USA abzukoppeln. Allerdings könnten dadurch die Preisschwankungen zunehmen. Die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris veröffentlichte zwar monatlich die Lagerzahlen – doch mit einer Verzögerung von zwei Monaten. Daher müssten sich die Ölhändler in Europa an den für sie nicht relevanten US-Daten orientieren. Brent-Rohöl bewege sich fast ausschließlich im Gleichklang mit der US-Sorte West Texas Intermediate. „Brent fängt eigentlich erst am Nachmittag an, richtig zu handeln“, sagte Ebner.

In den USA sammelt die Regierung seit 1979 Lagerdaten auf wöchentlicher Basis. Anlass war die iranische Revolution, bei der Präsident Carter ein Ölembargo gegen die islamische Republik verhängte. Das führte zu einer Preisexplosion und Versorgungsengpässen. Die USA verfügte damals nur über einen monatlichen Lagerbericht. „Die Lagerdaten waren immer veraltet. Eine präzise Analyse war unmöglich“, sagte Larry Alverson, der beim US-Energieministerium den Lagerbericht herausgibt.

Der Bericht erlaubt Regierung und Marktteilnehmern, kurzfristige und langfristige Trends abzulesen. Die Regierung entscheidet auf Basis des Lagerberichts, ob sie die strategischen Reserven anzapft, um dem Raffinerien kurzfristig auszuweichen.

Vorräte steigen wider Erwarten

Von Tobias Bayer, New York

Ein unerwarteter Anstieg der privaten US-Rohölvorräte hat gestern für Entspannung an den Ölmärkten gesorgt. Das US-Energieministerium (DOE) vermeldete eine Rohölzunahme von 3,4 Millionen Barrel (ein Barrel entspricht 159 Litern). Analysten hatten dagegen mit einem Minus von rund vier Millionen Barrel gerechnet. Die Gewinnmitnahmen blieben allerdings begrenzt, da die Bestände an Benzin und Destillaten abnahmen. Nordseeöl der Sorte Brent zur Lieferung im November verbilligte sich in London bis 20 Uhr MESZ um 57 Cent auf 45,88 \$. In New York sank der Novemberkontrakt auf die US-Ölsorte West Texas Intermediate um 68 Cent auf 49,22 \$.

Nachdem die Notierungen am Dienstag zum ersten Mal in der Geschichte über die 50-\$-Marke geklettert waren, nutzten Händler die hohen Preisen, um vereinzelt Gewinne zu realisieren. Trotzdem ist die Preisrally noch nicht zu Ende. „Keiner will sich wirklich von seinen Kaufpositionen trennen. Die Situation hat sich auch durch den jüngsten Lagerbericht des DOE nicht verändert“, sagte Tony Lerner, Händler beim Brokerhaus ARC Oil.

Zwar haben sich die Rohölvorräte leicht erhöht. Dennoch befinden sie sich mit 272,9 Millionen Barrel am

unteren Ende des Fünf-Jahres-Durchschnitts. Besorgnis erregend bleibt weiterhin der Zustand der Raffinerien an der Golfküste von Mexiko. Aus dem Lagerbericht geht hervor, dass Raffinerien in der vergangenen Woche nur 14 Millionen Barrel Rohöl nachgefragt haben. Das sind 700 000 Barrel weniger als in der Woche zuvor. Deshalb nahmen die Benzinvorräte um 900 000 Barrel und die Destillatvorräte um 1,3 Millionen Barrel ab. Das Plus in den Rohölbeständen hat also weniger mit stärkeren Importen als vielmehr mit einer schwächeren Aktivität der Raffinerien zu tun.

Laut dem Minerals Management Service, einer Abteilung des US-Innenministeriums, sind 39 Bohrseln vor der Küste New Orleans aufgrund des Hurrikans „Jeanne“ evakuiert worden. Der gesamte Produkti-

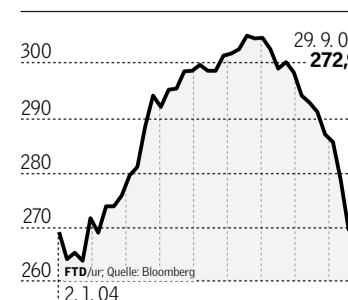
onsausfall entspricht derzeit 29 % der sonstigen Fördersumme. Das sind knapp 492 000 Barrel pro Tag. Händler bewerteten deshalb den Lagerbericht als mittelfristig nicht preisdämpfend. „Der Aufbau der Rohölvorräte war schon eine Überraschung. Aber die Hurrikan-Schäden haben sich doch als dauerhaft entpuppt. Jetzt bekommen wir Engpässe auf der Produktseite“, sagte Jan Stuart, Händler beim Brokerhaus Fimat in New York.

Mit Erleichterung nahm der Ölmarkt Nachrichten aus Nigeria auf. Dort verkindete der Rebellenführer Moujahid Dokubo-Asari, dass er sich mit der Regierung zu Friedensgesprächen trifft. Nigeria ist mit einer Tagesförderung von 2,4 Millionen Barrel der fünfgrößte Ölexporteur der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec). Die nigerianischen Ölsorten sind beliebt, da sie wenig Schwefel enthalten und von Raffinerien gut verarbeitet werden können.

Opec-Präsident Purnomo Yusgiantoro ließ gestern wissen, dass das Kartell aktiv werde, um den Markt zu beruhigen. „Wir werden alles tun, was im Sinne der Weltwirtschaft ist“, sagte Purnomo auf einer Pressekonferenz. Genaue Details gab Purnomo nicht bekannt. Die Opec hat derzeit Spielraum für eine zusätzliche Förderung von 1,5 bis 2 Millionen Barrel täglich.

US-Lagerbestände Rohöl

in Mio. Barrel



Gewinner und Verlierer des Tages am EuroStoxx 50/Stoxx50



EuroStoxx 50

Table of EuroStoxx 50 constituents with columns for Dividend, Market Cap, Share Price, Change, Volume, and company names like ABN AMRO Holding, Ahold, Air Liquide, Allianz NA, etc.

Table of Stoxx-Branchenindizes (Sector Indices) with columns for Index Name, Value, Change, and company names like Dow Jones Stoxx Automobiles&Parts, Dow Jones Stoxx Media, etc.

Weltbörsen im Überblick

Table of global stock markets (Weltbörsen) with columns for Land, Index, Value, Change, and Volatility for various countries like Argentinien, Australien, Belgien, etc.

MSCI Aktienmärkte

Table of MSCI stock markets with columns for Land, Index, Value, Change, and Volatility for markets like MSCI World, MSCI EAFE, MSCI Europe, etc.

DJ Global Titans Branchenindizes

Table of DJ Global Titans Sector Indices with columns for Index, Value, Change, and Volatility for sectors like DJ Global Titans Automobile, DJ Sector Titans Healthcare, etc.

Außereuropäische Aktien

Table of international stocks (Außereuropäische Aktien) with columns for ISIN, Name, Price, Change, and company names like NYSE, US487831082, etc.

Table of international stocks (Außereuropäische Aktien) with columns for ISIN, Name, Price, Change, and company names like US5999021034, US459101814, etc.

Devisenmärkte



Euro in anderen Währungen

Table with columns: Währung, Mittelkurs, Änderung z. 29.09. (20.20 h), Änderung z. 28.09. in Pkt. Lists various currencies like Egyptian Pound, Argentine Peso, etc.

Crossrates

Table with columns: Währung, Euro, US-\$, Yen, sfr, Pfund. Shows exchange rates for Euro against other major currencies.

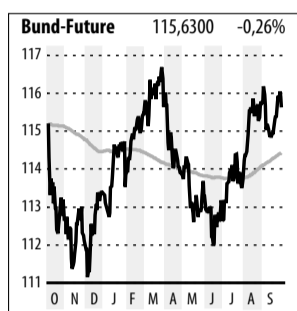
EZB Referenzkurse

Table with columns: 29.09., Kurs für 1 Euro, 28.09., Kurs für 1 Euro. Lists reference rates for various currencies.

Euro-Bargeld am Bankschalter

Table with columns: Währung, Gold, Brief, Änderung z. 29.09. Lists cash rates for various currencies.

Bondmarkt



Rentenindizes

Table with columns: Index, Schluss 29.09., Schluss 28.09., Änderung z. 29.09. in Pkt., 31.12. in Pkt., 52-W-Hoch, 52-W-Tief. Lists various bond indices.

Durchschnittsrendite laut Bundesbank

Table with columns: Laufzeitbereich, 29.09., 28.09., Historisches Hoch, Datum d. Hoch, Historisches Tief, Datum d. Tief. Shows average yields for different maturities.

Laufende Emissionen

Table with columns: Titel, Laufzeit, Rend. in %, zuletzt geändert. Lists ongoing bond issuances.

Emissionskalender (Eurozone)

Table with columns: Datum, Land, Bezeichnung Emission, Zins in %, Laufzeit bis, Vor-Vol. Mrd. €, Neu oder Aufstock. Lists upcoming bond issuances.

Benchmark Staatsanleihen

Table with columns: Land, Laufzeit (in Jahren), Rendite in %, Rendite in % 29.09., Renditeveränderung in Basispunkten z. Vorwoche, Renditeveränderung in Basispunkten z. 31.12. Lists benchmark government bonds.

Terminkontrakte auf lang laufende Staatsstiel

Table with columns: Monat, Laufzeit, Stand 20.21 h, Vortageschluss, Settlement, Tageshoch, Tageshoch, Kontrakt-hoch, Kontrakt-tief, Umsatz, Offene Kontrakte. Lists forward contracts for long-term government bonds.

Swapsätze

Table with columns: Laufzeit, Euro 29.09., Euro 28.09., US-\$ 29.09., US-\$ 28.09., Yen 29.09., Yen 28.09., Pfund 29.09., Pfund 28.09. Lists swap rates for various currencies.

Unternehmensanleihen

Table with columns: Emittent, Währung, Laufzeit bis, Kupon in %, Zins-termin, Geld/Brief 29.09.04, Geld/Brief 28.09.04, Rendite 29.09.04, Spread in BP, Rating Moody's. Lists corporate bonds.

Geldmarkt

Angekündigte Zinssätze

Table with columns: aktueller Satz, gültig ab, vorheriger Satz. Lists announced interest rates for various instruments.

Refinanzierungs-Geschäfte

Table with columns: Typ, Laufzeit, Volumen (Mrd. €), Zinssatz. Lists refinancing transactions.

Andere Leitzinsen

Table with columns: Land/Leitzins, Satz in %, gültig seit. Lists various benchmark interest rates.

Euro-Geldmarktzinsen

Table with columns: Laufzeit, Euribor, Euro-Libor, Euro-Libor. Lists Euro money market rates.

Eonia-Swaps

Table with columns: Laufzeit, 29.09., 28.09. Lists Eonia swap rates.

Libor-Sätze

Table with columns: Laufzeit, US-\$, Yen, Pfund, sfr. Lists Libor rates for various currencies.

Geldmarkt-Futures

Table with columns: Laufzeit, Stand Schluss, Settlement, Tageshoch, Tageshoch, Kontrakt-hoch, Kontrakt-tief, Umsat, Offene Kontrakte. Lists money market futures.

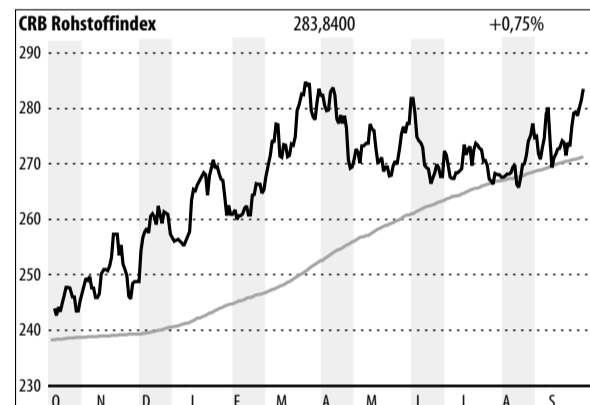
ANZEIGE

Advertisement for Financial Times Deutschland featuring a large headline: 'Verlieren Sie Ihre Aktien nicht aus den Ohren!' and contact information.

Warenmärkte

Indizes

Table with columns: Index, Schluss 29.09., Schluss 28.09., Änderung z. 29.09. in %, Änderung z. 31.12. in %, 52-W-Hoch, 52-W-Tief. Lists various market indices.



Metallpreise

Table with columns: Metall, 29.09., 28.09., Änderung z. 31.12. in %, Laufzeit bis, 29.09., 28.09. Lists metal prices.

Energie-Futures

Table with columns: Monat, Laufzeit, Stand 20.21 h, Vortageschluss, Settlement, Tageshoch, Tageshoch, Kontrakt-hoch, Kontrakt-tief, Umsat, Offene Kontrakte. Lists energy futures.

FTD-Charts

FTD-Charts section explaining different chart types: Balken-Chart, Graue Linie, Jahresverlauf, and Wochenumsätze.

Footer section containing 'Quellen', 'wvd', 'BORSE', and 'JCF Group' logos and contact information.

| | |
|-------------------|-------------------|
| Montag | INVESTMENTFONDS |
| Dienstag | MÄRKTE & TRENDS |
| Mittwoch | DERIVATE |
| Donnerstag | IMMOBILIEN |
| Freitag | GELD & BÖRSE |

IMMO TICKER

Deka kauft in Seoul ein



Deka Immobilien, größter Anbieter offener Fonds in Deutschland, erwirbt für umgerechnet 68 Mio. € ein Büro- und Geschäftsgebäude in Seoul. Das Objekt

wird in das Fondsvermögen des weltweit investierenden **Deka-ImmobilienGlobal** eingestellt. Die Class-A-Immobilie verfügt über 40 440 Quadratmeter Büro- und Einzelhandelsfläche und ist vollständig vermietet. Früherer Eigentümer des Gebäudes im östlichen Teil des Stadtbezirks Yeouido, einem von drei Hauptdistrikten der Stadt, war das Wertpapierhandelshaus Seoul Securities. Der Büroimmobilienmarkt in diesem Bezirk zeichnet sich nach Angaben des Fondsinitiators durch eine stabile Mietpreisentwicklung sowie geringe Leerstandsquoten aus. 2003 betrug die Leerstandsquote 3,9 Prozent, für 2004 werden 4,0 Prozent prognostiziert. Mit der Akquisition steigt der Anteil der Region Asien-Pazifik im Portfolio des Deka-ImmobilienGlobal auf 23,5 Prozent.

Hans-Jürgen Möhring



WIE ES FÜR IHR VERMÖGEN NACH OBEN GEHT, LESEN SIE IN BÖRSE ONLINE.



JETZT IM HANDEL

AUS GELD WIRD VERMÖGEN



Zwangsausflucht aus großen Wohnungen

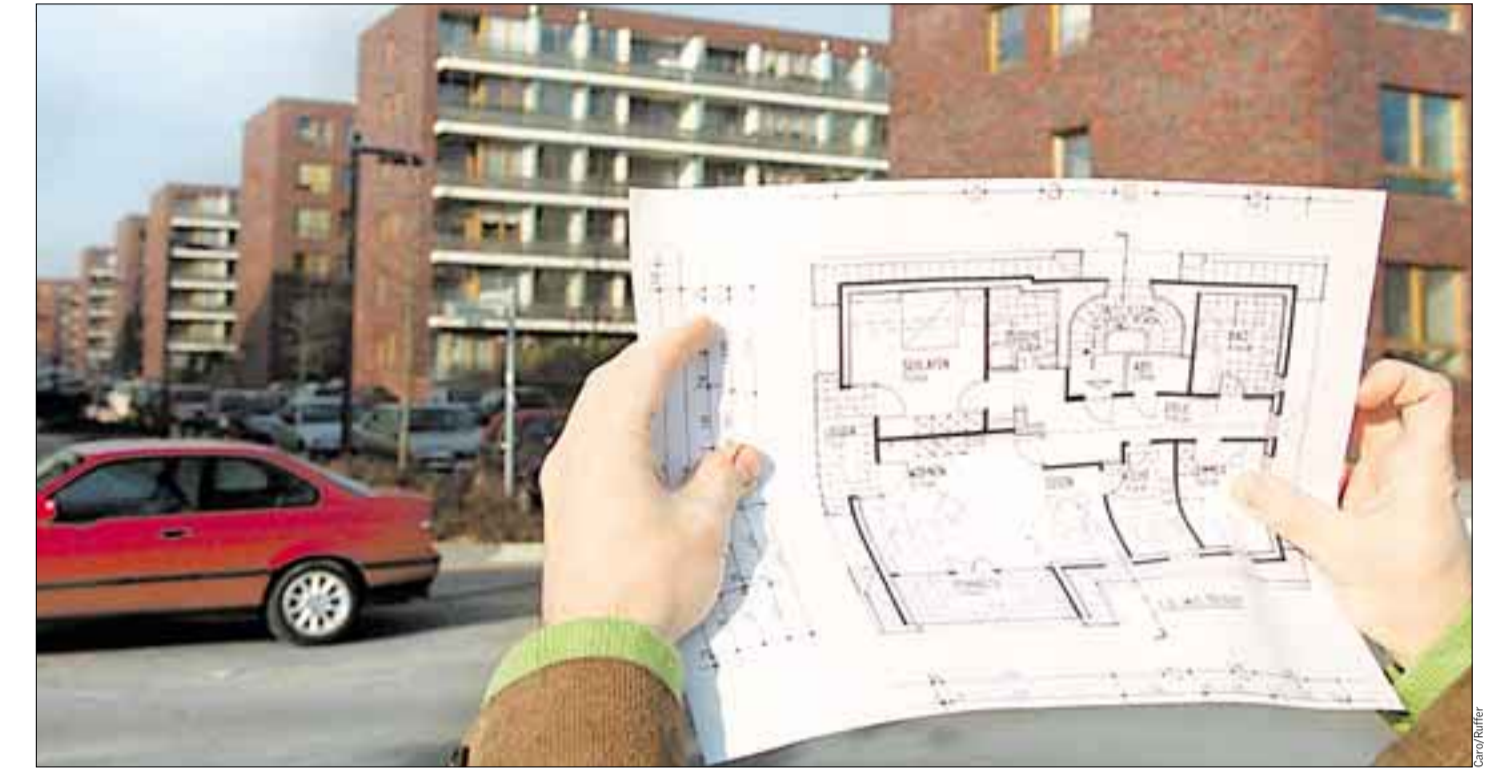
Private Vermieter und die Wohnungswirtschaft befürchten wegen Hartz IV Räumungen und Leerstandswelle

Von **Richard Haimann**

Erwerbslose, die über ein Jahr ohne Job sind, erhalten vom 1. Januar 2005 an das geringfügig über dem Sozialhilfesatz liegende Arbeitslosengeld II (ALG II) und haben nur noch Anspruch auf eine „angemessen große Wohnung“ – deutlich unter den heute üblichen Standards. Zwangsumzüge dürften die Folge sein.

Seit Jahren steigt die Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland. Waren es 1990 noch 36 Quadratmeter, sind es heute 42 Quadratmeter. Die meisten Zwei-Personen-Haushalte leben derzeit in Wohnungen, die 80 Quadratmeter umfassen. Die Hartz-IV-Vorgaben gestehen Langzeiterwerbslosen jedoch nur 60 Quadratmeter Wohnfläche zu. „Langfristig könnte die Reform dazu führen, dass in Ostdeutschland jeder fünfte Mieter umziehen muss“, schätzt Steffen Bieder, Geschäftsführer des Landesverbandes Freier Wohnungsunternehmen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Bieder stützt seine Annahme auf folgende Argumente:

- Noch bemisst sich die Arbeitslosenhilfe am früheren Gehalt. Einst gut verdienende Langzeitarbeitslose können sich daher noch größere Wohnungen leisten. Das wird nicht mehr der Fall sein, wenn Hartz IV in Kraft tritt.
- ALG-II-Empfänger müssen zwar geringfügig bezahlte Jobs annehmen. Mit Stundenlöhnen von 2 € lassen sich aber Wohnungen oberhalb der Vorgaben nicht bezahlen.
- Langzeiterwerbslose, deren Kinder noch zu Hause leben, werden in kleinere Wohnungen wechseln müssen, wenn der Nachwuchs auszieht. In den neuen Ländern verlassen viele Jugendliche früh das Elternhaus, weil sie nur im



Grundriss-Puzzle: Mieterinitiativen, die auf eine bauliche Verkleinerung von Wohnungen abzielen, scheitern meist an den Eigentümern und Banken

Westen oder in größeren Städten einen Ausbildungsplatz finden. – Städte, deren kommunale Wohnungsgesellschaften hohe Leerstände aufweisen, könnten versuchen, Langzeitarbeitslose zum Umzug in städtische Wohnungen zu zwingen. Die Kommunen zahlen die Miete der ALG-II-Empfänger und entscheiden im Gegenzug über die „Angemessenheit“ des Wohnraums. Überlegungen, die auch private Vermieter beunruhigen. „Die Reform hat erhebliche Ängste bei unseren Mitgliedern ausgelöst“, weiß Oliver Bohrisch, Vorsitzender von

Haus & Grund Brandenburg. Wegen des Trends zu immer größeren Wohnflächen haben Kapitalanleger beim Erwerb von Rendite- und Abschreibungsobjekten größere Wohnungen bevorzugt. Die aber sind bereits jetzt in den neuen Ländern vielerorts kaum noch zu vermieten, da immer mehr Menschen in den Westen ziehen.

Der Verband der Nordwestdeutschen Wohnungsunternehmen, in dem kommunale und genossenschaftliche Wohnungsgesellschaften aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen sind, verzeichnet im Westen Leerstandsquoten von zwei bis drei Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern hingegen von elf Prozent. Dabei haben die dem Verband angehörenden 170 ostdeutschen Gesellschaften seit 1990 7 Mrd. € für Modernisierungsmaßnahmen aufgewendet, um Mieter zu halten. Verbandssprecher Peter Hitpaß: „Es wäre fatal, wenn durch Hartz IV diese Maßnahmen ad absurdum geführt würden.“ Doch betroffen ist keineswegs nur die ostdeutsche Wohnungswirtschaft, warnt Rudolf Ridinger, Vorstand des Verbands der südwestdeutschen Wohnungswirtschaft, dessen kommunale und genossenschaftliche Gesellschaften 370 000 Wohneinheiten besitzen. Arbeitslosigkeit und Landflucht plagt auch strukturschwache Regionen im Westen wie das Ruhrgebiet und Nordhessen. Ridinger: „Kassel verliert inzwischen jedes Jahr mehr als 1000 Einwohner.“

Allein in den Jahren von 1998 bis 2003 hätten die Verbandsunternehmen 6 Mrd. € investiert, um kleinere Wohnungen zu größeren zusammenzulegen und den Bestand aufzuwerten. „Jetzt können nicht noch einmal Milliardenbeträge aufgewendet werden, um größere Wohnungen wieder in kleinere zu verwandeln“, kritisiert Ridinger. „Hartz IV wurde beschlossen, ohne die Konsequenzen zu bedenken.“ Zwar lasse sich nicht genau abschätzen, wie viele

Mieter mittel- und langfristig umziehen müssten. „Bedenklich ist jedoch der Rutschbahneffekt, der auch Besserverdiener nach einem Jahr Erwerbslosigkeit zu ALG-II-Empfängern macht.“ In Frankfurt beispielsweise dürfte sich der Leerstand bei hochwertigen Wohnungen umso schneller verschärfen, je mehr der in den vergangenen Jahren entlassenen Bankangestellten unter die Reformvorgaben fallen. Ridinger: „Das Spitzensegment droht dort völlig wegzubrechen.“

PRIVATE VERMIETUNG

Schlechte Aussichten

Ein weiteres Problem droht Privatvermietern durch Hartz IV: „Die Mietzahlungen könnten ausbleiben“, warnt Rudolf Ridinger, Vorstand des Verbands der südwestdeutschen Wohnungswirtschaft. Noch ist ungeklärt, ob die Kommunen bei ALG-II-Empfängern die Miete direkt an den Vermieter überweisen oder an die Langzeitarbeitslosen auszahlen. Ridinger: „Sollte Letzteres der Fall sein, steht zu erwarten, dass manche Mieter dieses Geld für andere Zwecke als die Miete ausgeben.“ Bis der säumige Mieter durch eine Räumungsklage zum Verlassen der Wohnung gezwungen sei, könnten etliche Monate vergehen. Die Wahrscheinlichkeit, das Geld jemals zurückzuerhalten, sei gering.

Keine Besserung der Auftragslage durch Hartz IV bedingte Umbauten erwartet das Baugewerbe. Zwar könnten Mietshäuser theoretisch so umgebaut werden, dass aus zwei größeren, drei oder vier kleinere Wohnungen entstehen. „Das geht jedoch nur, wenn wenigstens auf einem Stockwerk alle Wohnungen leer stehen und die übrigen Eigentümer bereit sind, sich finanziell am Umbau zu beteiligen“, sagt Peter Mertens, Vorsitzender des Bezirks Mittleres Ruhrgebiet im Westdeutschen Baustofffachhandel. Mertens: „Wo einmal ein Versuch gemacht wird, scheitert er meist an den Banken, die nicht bereit sind, sich auf das Wagnis einer Kreditvergabe einzulassen.“ Richard Haimann

Causa Schrottimmobilen

Anleger hoffen auf eine verbraucherfreundliche Rückabwicklung der Kreditverträge

Von **Nicola de Paoli**

Die Eigentümer von Schrottimmobilen hoffen trotz eines ersten Rückschlags doch noch auf ein positives Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Nach dem Votum des Generalanwalts beim EuGH vom Dienstag können sich die Eigentümer bei der Rückabwicklung ihrer Immobilienkaufverträge nicht auf die EU-Haustürgeschäftsrichtlinie berufen. Das abschließende Urteil wird in einigen Monaten erwartet.

Im Gegensatz zum Immobilienkaufvertrag äußerte sich der Generalanwalt Philippe Léger in seinen Schlussanträgen aus formalen Gründen aber nicht zum Finanzierungsvertrag. Der Bremer Rechtsanwalt Eberhard Ahr sagt daher: „Wie die Rückabwicklung eines widerrufenen Darlehensvertrages von statten zu gehen hat, ist mit der Stellungnahme des Generalanwaltes weiter offen.“ Ahr verweist auf ein weiteres Schrottimmobilen-Verfahren, das der EuGH in den kommenden Monaten verhandelt wird. Es wird erwartet, dass dieses Verfahren mehr Aufschluss darüber bietet, ob und wie der Kredit bei Erwerb einer Schrottimmoblie

verbraucherfreundlich rückabgewickelt werden kann.

Der Generalanwalt hatte den Rechtsstreit zwischen der Bausparkasse Badenia und einem Ehepaar zu begutachten, das im Jahr 1992 eine Immobilie erworben hatte. Als die Eheleute den Kredit nicht weiter abtragen, kam der Fall vor die Gerichte. In dem Musterprozess geht es nun um die Frage, inwieweit sich die bundesweit schätzungsweise 300 000 geprellten Schrottimmobilen-Anleger bei der Rückabwicklung ihrer Kauf- und Darlehensverträge an die Banken halten können.

Weil sich in dieser Frage mittlerweile in Deutschland eine bankenfreundliche Rechtsprechung entwickelt hat, muss der EuGH nun prüfen, ob diese gegen EU-Recht verstößt.

Laut Generalanwalt Léger ist die EU-Haustürgeschäftsrichtlinie nicht auf den Immobilienkaufvertrag anwendbar; auch dann nicht, wenn dieser im Paket mit einer Kreditfinanzierung abgeschlossen wird. Die EU-Gesetzgebung dazu sei „völlig klar und eindeutig“. Al-

lerdings verweist der Generalanwalt für Rechtsfragen, die weniger den Kauf- sondern mehr den Kreditvertrag betreffen, auf das zweite Schrottimmobilen-Verfahren, das dem EuGH erst seit Juni zur Entscheidung vorliegt.

Darin hatte sich das Oberlandesgericht (OLG) Bremen als das Luxemburger Gericht gewandt. In dem Vorlagebeschluss aus Bremen werde dargelegt, dass die Rechtslage in Deutschland „den Verbraucher davon abhalten könnte, von seinem Widerrufsrecht Gebrauch zu machen“, schreibt Léger in seinem Schlussantrag.

„Das Entscheider kommt also noch“, sagt Ahr, der die Bankkunden in dem Bremer Fall als Anwalt vertritt.

Auch der Anwalt Martin Beckmann erkennt in dem Votum des Generalanwaltes eine verbraucherfreundliche Tendenz, wenn es auf den Vorlagebeschluss des OLG Bremen zu sprechen komme. „Hier stellt sich Léger auf die Seite der Klägeranwälte“, sagte Beckmann, der das Ehepaar in dem Rechtsstreit gegen die Badenia berät.

„Das Entscheidende kommt also noch“

Eberhard Ahr, Verbraucheranwalt



Die Frau, die liest
Meg Ryan präsentiert sich im Erotikthriller „In the Cut“ als Literaturprofessorin – mit viel nackter Haut **Kultur** Seite 31

AGENDA

KOMMENTAR • REPORTAGE • HINTERGRUND

Der Mann, der trifft
An Roy Makaay hängt alles. Der FC Bayern verdankt ihm, dass erst mal keiner mehr von Krise redet **Sport** Seite 32



FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

WWW.FTD.DE/AGENDA

DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2004 25

Showdown in Miami

Beim Fernsehduell heute Abend entscheidet sich, ob George W. Bush oder John F. Kerry die Präsidentenwahl in den USA gewinnt: Wer vor der Kamera siegt, wird auch am 2. November triumphieren

Von Eva Busse, Miami

Um es kurz zu machen: John Kerry hat gewonnen. Überraschend vor allem, dass der Herausforderer selbst in der Frage des Irak-Kriegs überzeugender war als der amtierende 43. Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush. „Warum sterben unsere Truppen am Tigris?“, lautete die knappe, die Debatte entscheidende Frage. Bush, der irgendwie fahrig, feist und ungezügelt in seinem schlecht sitzenden Anzug wirkte, sagte: „Weil Irak die entscheidende Front im Kampf gegen den Terror ist.“ Da lächelte Kerry. Und begann, die kriegerische Außenpolitik seines Kontrahenten erbarmungslos auseinander zu nehmen: „Wir haben ein Land angegriffen, von dem keine Bedrohung ausging. Wir geben Milliarden für einen Krieg aus, der nur von der Terroristenbekämpfung ablenkt. Ein Irrsinn!“ Das Publikum jubelte. Kerry war so gut, dass sich danach das schönste Mädchen zu ihm drängte und trotz seiner Akne fragte: „Hey, Luke, könnten wir da noch mal genauer drüber reden?“

So lief die Stellvertreter-Debatte zwischen Bush und Kerry, repräsentiert von zwei Politikstudenten, an der Universität von Miami. Eine wirklichkeitsfremde Generalprobe für die größte Show, die je in der universitären Basketballhalle, dem Convocation Center, stattgefunden hat. Nicht nur wegen ihres Ausgangs. Bei der echten Präsidentschaftsdebatte werden heute Abend die Anzüge perfekt sitzen. Hautunreinheiten werden weggeschminkt. Studenten (bis auf eine Hand voll Streber, die einen Essaywettbewerb gewonnen haben) werden verbannt. Jubel aus dem Publikum wird verboten. Das wichtigste Wahlkampfereignis der nach Meinung von Vizepräsident Dick Cheney „wichtigsten Wahlen der Menschheitsgeschichte“, soll nämlich nur einem gefallen: der Fernsehkamera.

Was die Kamera in den ersten 30 Minuten der ersten Präsidentschaftsdebatte einfängt, entscheidet die Wahl. Wer im Fernsehland USA die Zuschauer überzeugt, wird gewählt werden.

Dafür gibt es reichlich Belege aus der Vergangenheit. Vor genau vier Jahren lag Vizepräsident Al Gore in den Umfragen vorn. Nachdem 47 Millionen Amerikaner die erste Fernsehdebatte gesehen hatten, lag Gore um fünf Prozentpunkte zurück. Ihm fehlte, so der Debattenhistoriker Alan Schroeder, die Fähigkeit, „to make love to the camera“ – züchtig ausgedrückt: die Kamera zu lieblosen. Diese Gabe hat seit 1960, seit der ersten live übertragenen TV-Debatte zwischen Richard Nixon und John F. Kennedy, alle späteren Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ausgezeichnet.

Je knapper die Meinungsumfragen nach monatelangem Abtasten aus der Ferne, desto entscheidender wurde der Nahkampf von Mann zu Mann, Auge in Auge, ohne Berater, ohne Notizen, live im Fernsehen. Wenn Partei und politisches Programm nicht mehr zählen, sondern nur noch Schlagfertigkeit und Charme. In diesem Jahr geben 29 Prozent der amerikanischen Wähler an, dass die Sendung aus dem Convocation Center in Miami ihre Wahlentscheidung beeinflussen werde. Selten war der Flirt mit der Kamera so wichtig wie mitten im Terrorkrieg.

Bush geht mit Vorsprung in die Debatte. Seit zwei Wochen führt der amtierende Präsident in den Meinungsumfragen. Im Schlüsselstaat Florida, wo schon die letzte Wahl entschieden wurde, schob er sich vor wenigen Tagen acht Prozentpunkte vor Kerry. Das Team des Präsidenten hat verstanden, wie die Wahl zwischen diesen beiden schwachen Kandidaten ausgeht: Falls sich der Wahlkampf um Bush dreht, wird Kerry gewinnen; falls er sich um Kerry dreht, wird Bush gewinnen. Deshalb werden

in der Öffentlichkeit seit Wochen immer neue Angriffe gegen den Senator gefahren.

Das Team des Präsidenten weiß um die Grundregeln im Fernseh-Showdown. Die wichtigste lautet: Im Zweifel nutzen die Debatten eher dem Herausforderer. Der legendäre Beleg dafür ist Vizepräsident Nixons Debakel gegen Senator John F. Kennedy 1960. Indem er die Aufforderung zum Duell annahm, verhalf Nixon seinem bis dahin fast unbekanntem Herausforderer zu Fernsehprominenz und zum Wahlsieg. Nixons Pleite, die in der Politfolklore auch seinen Bartstoppeln und seinem Oberlippenschweiß zugeschrieben wird, erschreckte die Szene in Washington dermaßen, dass es 16 Jahre lang keine Debatten mehr gab. Seit 1976 aber sind sie Wahlkampfakt. Und seitdem wächst der politische Preis, wenn der amtierende Präsident sich drückt.

Beispiel: Vater Bush. Er hatte 1992 jedes Steitgespräch mit Bill Clinton zunächst verweigert. Dann startete das Clinton-Team die „Verschreckte-Hühnchen-Kampagne“: Hunderte verkleidete, gackernde Wahlkämpfer mit dem Poster „Chicken Bush“ verfolgten den Vizepräsidenten und beschimpften ihn so lange als Feigling, bis er nachgab und der Debatte zustimmte.

Der Sohn lässt sich nicht so lange bitten. Bush jr. weiß, dass die Republikaner die Debatte um die Debatte bereits jetzt gewonnen hat. Dafür hat James A. Baker III gesorgt. Baker war Außenminister unter dem alten Präsidenten Bush und hat dem Sohn als Rechtsbeistand bei der Florida-Nachzählung im Jahr 2000 zur Präsidentschaft verholfen. Außerdem ist er der erfahrenste Debattenveteran Amerikas. Von 1980 bis 1992 hat Baker die Debattenverhandlungen für die Republikaner geleitet. Historiker Schroeder bezeichnet Baker als „Koryphäe in diesem Prozess aus Bluff und Gegenbluff, Ränkespielen und blutigem Pferdehandel“.

Sein erster Winkelzug: den Gegner kommen lassen. Kaum nominiert, wollte Kerry jeden Monat einmal mit Bush diskutieren. Baker reagierte nicht. Im August wollte Kerry einmal pro Woche debattieren. Baker schwieg. Amerika wurde nervös, ob es überhaupt zum Fernsehduell kommen werde. Das verschaffte dem Bush-Team die Oberhand, als es sich im letzten Moment doch noch zu Verhandlungen herabließ. Weil es, so wurde gestreut, „so gut läuft für Bush und so schlecht für Kerry, dass wir dem Senator nicht die Gelegenheit geben wollen zu behaupten, Bush habe Angst vor den Debatten“.

Bakers wichtigster Verhandlungserfolg ist der Themawechsel. In Miami sollte eigentlich über Innenpolitik gesprochen werden – Defizit, Gesundheitswesen, Schulsystem, Umwelt. Kein Lieblingsfach des Kriegspräsidenten. Baker setzte durch, dass der Moderator bei der ersten und mit Ab-

stand wichtigsten Debatte stattdessen Außenpolitik und nationale Sicherheit abfragt. Schließlich hat Bush mit seiner Sicherheitspolitik 72 Prozent der Wähler auf seiner Seite. Kerry muss heute Abend gegen landesweite Skepsis anreden.

Ein weiterer Baker-Bonus ist ein lächerliches rotes Lämpchen, dass wie in einer Spielshow immer dann blinken wird, wenn ein Kandidat zu lange redet. Kerry ist bekannt für seine zeitintensiven Nebensätze.

Zudem darf die Regie nur noch den Redner zeigen und nicht die Reaktion des Gegners. Vor vier Jahren hatte Al Gore, wenn Bush sprach, Grimassen geschnitten und war hinter seinem Pult getänzelt, um die Kamera auf sich zu lenken. Deshalb wurde auch der Bewegungsradius der Kandidaten beschränkt.

Für diese Vorteile scheint Baker in der Frage der Mannhöhe nachgegeben zu haben: Anders als bei früheren Debatten, wird der kleinere Kandidat – diesmal der Präsident – auf kein verborgenes Treppchen hinter dem Pult steigen dürfen.

In dem 32 Seiten langen Debattenvertrag, den beide Seiten unterschrieben haben, ist

Bush vs. Kerry

Drei Debatten Innerhalb der nächsten zwei Wochen werden sich Präsident und Senator dreimal gegenüber stehen: in den entscheidenden „Schlachtfeldstaaten“ Florida, Missouri und Arizona.

Zwei Formate Bei der ersten und der dritten Debatte sind die Kandidaten weitgehend unter sich, die Fragen stellt ein Moderator. Die zweite Debatte funktioniert nach Art eines „Bürgerhaustreffens“: Unentschiedene Wähler fordern Antworten.

Drei Moderatoren Den Karrieregipfel im US-Fernsehen hat erklommen, wer eine Präsidentschaftsdebatte moderieren darf. Ausgewählt werden traditionell zahme TV-Stars, die das politische Risiko der Live-Sendung senken.

Bush komplett unterschätzt. Als er dann trotzdem mit Vizepräsident Gore mithielt, wurde er zum Überraschungssieger erklärt.

„Bushs Erfolg wurzelt in der geringen Erwartungshaltung – er muss die Debatte nur überleben, dann gilt er schon als Sieger“, sagt der politische Analyst James Fallow. „Darüber hinaus versteht er es sehr gut, dem Zuschauer seine zentralen Botschaften einzuhämmern.“ Auch Debattenspezialist Schroeder setzt auf Bush: „Eigentlich hat der Präsident schon dreimal gegen Kerry debattiert – im Jahr 2000. Wie Al Gore redet auch Kerry nicht wie der durchschnittliche Amerikaner, sondern wie der durchschnittliche Senator. Und Bush weiß, wer die Fernsehdebatte zwischen dem elitären Typen und dem kumpeligen Typen gewinnt: der Kumpel.“

Noch läuft die Kamera nicht. Noch kann die Sendung aus der Basketballhalle in Miami genauso ausgehen wie ihre Generalprobe. Trotz aller Risikominimierung durch James Baker hat der Präsident noch immer die Chance, das Millionenpublikum mit einem Bushismus zu beglücken. Und sich in der Fernsehgeschichte zu verewigen.

Gerald Ford hat das geschafft, indem er vor laufender Kamera behauptete: „Es gibt keine sowjetische Dominierung Osteuropas.“ Der alte Präsident Bush brauchte gar nur eine Geste. Er zuckte während der Debatte gegen Clinton mit dem Handgelenk. Als die Wahl verloren war, gab er zu: „Ob ich froh war, als diese verdammte Sendung vor- bei war? Yeah! Deshalb habe ich wohl auch auf die Uhr geguckt und gedacht: ‚Nur noch 10 Minuten von diesem Mist.‘“ Seinem Sohn stehen 90 Minuten bevor.

„Kerry ist wahrscheinlich der beste Debattierer, der jemals zur Wahl stand“

Matthew Dowd, Bushs Chefstrategie

„Bush muss die Debatte nur überleben, dann gilt er schon als Sieger“

James Fallow, politischer Analyst

POSTEINGANG

Zur FTD-Berichterstattung über KarstadtQuelle

Scheinertrag

Nachdem man sich ohne Rücksicht auf Verluste von allen nicht oder wenig rentablen Betriebsteilen getrennt hat, wird es keine Kunst sein, bald wieder „operativ“ positive Ergebnisse darzustellen. Besonders leicht fällt dies, wenn Abschreibungen und Zinsen außer Ansatz bleiben. Mit solch unsinnigen Erfolgswachweisen hatte ja schon Ron Sommer lange Zeit beeindruckend können.

Karl Pichler, Wien

Zur Kolumne „Samuelsons falsche Freunde“, FTD vom 24. September

Partner Indien

Samuelson schreibt, dass es theoretisch denkbar ist, dass ein wohlhabendes Land Probleme durch Handel mit ärmeren Ländern erleiden kann, nämlich dann, wenn der ärmere Handelspartner ein besseres technisches Know-how akkumuliert als der reiche, und der stagniert. Aus meiner Sicht ist dieser Fall in der Softwareindustrie längst eingetreten.

Volkswirtschaftler rechtfertigen Betriebsverlagerungen, indem sie darauf verweisen, dass wir in unserem Land Know-how-intensive Jobs fördern. Wieso denken dann aber viele Unternehmen darüber nach, auszurechnen in einer der fortschrittlichsten Branchen, der Softwareindustrie, Aufgaben ins Ausland zu verlagern?

Die Kosten spielen mittlerweile nur noch eine sekundäre Rolle. Wenn Firmen wie General Electric, Microsoft, SAP Aufträge in den Subkontinent abgeben oder DaimlerChrysler Forschungszentren aufbaut, steht die Frage nach dem Gesamtergebnis im Vordergrund. Diejenigen, die in Indien entwickeln lassen, geben in aller Regel komplexe Projekte dorthin, die neben reinem Programmierwissen auch Prozessverständnis (zum Beispiel im Bankwesen) und von globalen Geschäftsabläufen erfordern – Wissen, das in unseren Breiten nicht sehr ausgeprägt ist.

Ein Blick auf CMM zeigt, was bei uns im Argen liegt. CMM beschreibt den Reifegrad, mit dem eine Entwicklergruppe ein Projekt angehen kann. In den meisten US-Konzernen braucht man heute ohne CMM4- oder 5-Zertifikat kein Projekt anzubieten, man würde keinen Zuschlag bekommen. In Westeuropa ist mir kein großes Unternehmen bekannt, dessen IT-Abteilung CMM 4 oder gar CMM5 erreicht hat. 70 Prozent der nach CMM 5 zertifizierten Firmen sind aus Indien, die meisten anderen aus den USA. Wo ist Deutschland?

Indische Entwickler bringen ein Bündel von Kenntnissen mit, die mit guten Englischkenntnissen beginnen, auf guten Kenntnissen verschiedener Programmiersprachen gründen und Prozess- und Domänenwissen einschließen. Es gibt natürlich auch exzellente und global engagierte Entwickler in Deutschland. Leider ist ihre Zahl klein. Das Management vieler Firmen kennt sich minimal mit globalen Geschäftsvorgängen aus. Die USA ernten aus jedem Dollar, den sie in Indien investieren, einen durchschnittlichen Gewinn von 14 Cent, während man in Deutschland damit rechnet, dass für jeden investierten Euro in der volkswirtschaftlichen Bilanz ein Verlust von 15 Cent entsteht.

Es sind also mehrere Gründe, aus denen wir selbst unsere Arbeitsplätze gefährden: zum einen fehlt uns mittlerweile tiefes technisches Know-how, das durch eine moderne Schul- und Hochschulbildung vermittelt werden sollte, zum anderen sind unsere verkorkten Vorstellungen von globalen Prozessen und eine bürokratische Arbeitsmoral zu vieler Mitspieler Hindernisse.

Was wir heute in den meisten Industrienationen als Globalisierungskritik erleben, hat deutliche Merkmale einer egozentrischen und aggressiven Tendenz, Neues abzuwehren und sich abzuschotten. Die Lösung ist relativ einfach: sie liegt in der Kooperation mit indischen Softwarekonzernen. Sie haben eine große Bereitschaft, vorhandenes Know-how zu teilen. Das Wissen um Synergieeffekte und das Ziel, „Win-Win“ Situationen zu schaffen, sind ein beständiges Merkmal. Für mich, der ich viele Jahre für US- und japanische Konzerne gearbeitet habe, ist die Einfachheit der Kommunikation mit Indern ein „Aha“-Erlebnis geblieben: denn die Menschen „sprechen Deutsch“ im Sinne Martin Luthers, das heißt geradeaus und direkt. Es ist wichtig zu verstehen, dass der Know-how-Vorsprung indischer Entwickler nur dann bedrohlich wird, wenn wir nichts tun. Gehen wir aktiv auf die indischen Softwarekonzerne zu, können wir die Situation zu unserem Vorteil umdrehen.

Elmar Paul Selbach, München

LESERBRIEFE

Brieffach 02, 20444 Hamburg
Kennwort: Leserbrief
Fax: 040/31990-506, E-Mail: leserbriefe@ftd.de
Die hier abgedruckten Leserbriefe sind keine redaktionellen Beiträge, sondern geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis dafür, dass aus Platzgründen nicht jede Einsendung veröffentlicht werden kann. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Alle Anregungen werden sorgfältig bearbeitet, auch wenn wir sie nicht beantworten können.

DAS ZITAT DES TAGES



„Es gibt nicht so genannte Verkehrsminister, wie es auch nicht so genannte Vorstandsvorsitzende gibt“

Eduard Oswald, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, nach einem Treffen mit Bahn-Chef Hartmut Mehdorn, der Abgeordnete als „so genannte Verkehrsexperten“ bezeichnet hatte

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Financial Times Deutschland Verlag und Redaktion Hamburg
Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg
Tel.: 040/31990-0, Fax: -310
Redaktion Frankfurt
Nibelungenplatz 3
60318 Frankfurt/Main
Tel.: 069/153097-0, Fax: -50
Redaktion Berlin
Friedrichstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: 030/22074-0, Fax: -150
www.ftd.de
E-Mail: leserservice@ftd.de
ISSN 1615-4118

Herausgeber: Andrew Gowers
Chefredakteur: Steffen Klusmann
Stellvertretende Chefredakteure: Ulf Schlüter, Stefan Weigel
Geschäftsführender Redakteur/Chef vom Dienst: Ulf Schlüter, Isabelle Arnold (Stv.), Cosima Jäckel (Stv.)

Art Direction: Christoph Thulke
Bildchef: Peter Raffelt
Infografikchef: Andreas Mohrmann
Blattmacher/Seite 1: Stefan Biskamp

Ressortleiter Unternehmen: Guido Warlimont (verantw.), Jörn Paterek (Stv.)

Ressortleiter Politik & Wirtschaft: Margaret Hecke (verantw.), René Grinnitz (Stv.)

Ressortleiter Finanzen: Ina Lockhart (verantw.), Sven Clausen (Stv.)
Ressortleiter Agenda und Weekend: Dr. Nikolaus Förster (verantw.)
Politischer Korrespondent: Peter Ehrlich
Chefökonom: Thomas Fricke
Chefreporter: Dr. Anton Notz
Kolumnist: Lucas Zeise
Redaktionsleiterin Electronic Media: Kirsten Haake

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die vorstehend als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion. Redaktionssitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

Verlag: Financial Times Deutschland GmbH & Co KG, vertreten durch den Geschäftsführer Michael Rzesnitzek
Geschäftsführer: Michael Rzesnitzek
Verlagsleiter, stellv. Geschäftsführer: Christoph Rühl
Leiter Vermarktung/Anzeigen: Dr. Christoph Weger (verantw.)

Verlagsleiterin Editionen: Julia Erben
Leiterin Marketing: Tanja Madsen

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Petersen
Vertrieb Deutschland: Gruner+Jahr AG & Co KG
Fachbereich Vertrieb
Leitung: Kay Helmecke
20444 Hamburg

Vertrieb International: Deutscher Pressevertrieb GmbH, Postfach 101606, 20010 Hamburg, Tel.: 040/237110

Anzeigenabteilung: Tel.: 040/31990-224, Fax: -214
E-Mail: media@ftd.de
Anzeigen-/Druckunterlagen-Schluss zwei Werktage vor Erscheinen, 16 Uhr
Abbestellung Deutschland und übriges Ausland: Financial Times Deutschland Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck
Tel.: 01802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: 01802/81 82 84*
* € 0,06 pro Anruf bzw. Fax; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; G + J Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

Projekt zur Sprengung der EU

Ein Beitritt der Türkei würde die Union schwächen, sie politisch unführbar machen und Massenimmigration auslösen. Am Ende würde Deutschland aus der EU austreten **VON PAUL J. J. WELFENS**

Seit den 60er Jahren diskutiert man in der EU über die Fragen einer möglichen Mitgliedschaft der Türkei. Dabei hat es in der Praxis erhebliche Integrationsfortschritte gegeben – bis hin zu einer Zollunion mit der Türkei. Nun steht die Frage der EU-Mitgliedschaft an. Wie weit soll die Union in Sachen Erweiterung gehen, was ist vernünftig und nachhaltig?

Die 2004 hinzugekommenen acht Mitgliedsländer aus Osteuropa plus Malta und Zypern bringen die Zahl der Bürger in der EU auf 450 Millionen. Wenn die Türkei hinzukäme, die 2000 knapp 70 Millionen Einwohner aufwies und dank einer jährlichen Bevölkerungszunahme von einer Million 2050 etwa 120 Millionen Menschen haben wird, würde die EU bevölkerungsmäßig stark wachsen.

Eine größere EU hieße keineswegs ein Mehr an EU-Einfluss in der Weltwirtschaft, sondern erhebliche Konflikte in der Union wegen der notwendigen hohen Transferzahlungen an die Türkei. Die Einkommensunterschiede in der EU würden gewaltig: Während die osteuropäischen Beitrittsländer 2004 relativ zum EU-15-Durchschnitt ein Pro-Kopf-Einkommen – nach Kaufkraftparität – von 45 Prozent erreichten, liegt die Türkei bei gerade 22 Prozent. Armut und Bevölkerungswachstum verheißen massive Auswanderung aus der Türkei Richtung Westeuropa.

Hauptzielland wären unter anderem Deutschland, Frankreich und die Niederlande, wo viele türkische Einwanderer leben.

In Istanbul geht man davon aus, dass der Druck der USA auf die EU die Tür nach Westeuropa öffnen wird. Hinzu kommt der Machthunger mancher EU-Kommissars: Mehr Untertanen, Steuerzahler und eine größere Staatsfläche lauten die Ziele. Geopolitisch würde die EU mit einer Türkei-Mitgliedschaft nach Asien expandieren, wobei die Türkei drei schwierige Nachbarländer hat: Iran, Irak und Syrien. Mit diesen teilt sie und dann auch die EU das Kurdenproblem. Zudem könnte die EU in einen Gegensatz zu Russland geraten, ja sogar in einen neuen Rüstungswettlauf.

Bei einer Vollmitgliedschaft der Türkei dürfte sich für Deutschland die Zahl der zusätzlichen Immigranten zwischen 2020 und 2050 auf bis zu fünf Millionen belaufen. Das entspräche einer Verdreifachung im Vergleich zu 2004. Nimmt man die von der Rürup-Kommission für 2020 als mittlere Schätzvariante angesetzte Arbeitslosenquote von sieben Prozent an und geht man von voller Freizügigkeit für die Türkei ab diesem Datum aus, dann dürfte die Arbeitslosenquote sich bis 2030 auf weit über zehn Prozent

erhöhen. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung würde auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, die politische Destabilisierung des wieder vereinigten Deutschland – 2004 sichtbar im Anwachsen links- und rechts-extremer Parteien – ginge dann längerfristig voran.

Hohe deutsche EU-Beiträge, massive Zuwanderungs- und Integrationsprobleme bei Gastarbeitern würden bald zu politischen Forderungen nach einem EU-Austritt Deutschlands führen.

Eine Mitgliedschaft der Türkei birgt von daher das Risiko des Zerfalls der EU und würde das historische Hauptziel der europäischen Integration unterminieren: die Sicherung von Wohlstand und Frieden in Europa. Es ist sonderbar, dass die Bundesregierung sich zum großen Fürsprecher einer Türkei-Mitgliedschaft gemacht hat, da gerade deutsche Interessen massiv negativ betroffen wären. Der Beitritt der Türkei hätte bei einem Referendum in wohl keinem der EU-25-Länder Aussicht auf eine Mehrheit. Spitzenpolitiker versuchen, der öffentlichen Meinung unter dem Motto, die EU könne nicht mehr zurück, die Sache als unabwendbar zu verkaufen.

Wie schwierig die Integration türkischer Einwanderer ist, zeigen Studien, wonach die dritte Ein-

wanderergeneration zum Teil schlechtere Deutschkenntnisse aufweist als die zweite. Zudem ist die Arbeitslosenquote unter ungelerten türkischen Arbeitnehmern in Berlin bei immerhin rund 40 Prozent. Ein EU-Mitgliedsland Türkei dürfte im Übrigen geradezu als Einladung für ein Einsickern radikaler Islamisten Richtung Bosphorus und von dort nach Westeuropa wirken: Radikaler Islamismus plus hohe Arbeitslosenquoten unter Türken wären eine gefährliche Mischung.

Deutschland beziehungsweise Westeuropa würde mit der aus der Türkei zu erwartenden Masseneinwanderung überfordert. Die absehbare Verdrängung gering qualifizierter deutscher Arbeitnehmer durch türkische Einwanderer würde zur Stärkung der extremen Parteien führen. Dies wird dann negativ auf ausländische Investoren wirken. Besser, als Luftschloßern nachzujagen, wäre es, die Türkei in den Europäischen Wirtschaftsraum aufzunehmen. Letzteres hieße Verzicht auf Freizügigkeit, aber weitgehende Kooperation. Die Integration türkischer Mitbürger könnte durch die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle länger als fünf Jahre in Deutschland lebenden Ausländer aus Nicht-EU-Staaten verbessert werden.

PAUL J. J. WELFENS ist Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Uni Wuppertal.

Stoppt die Föderalisten!

Bund und Länder wollen ihre Zuständigkeiten neu ordnen. Zeit, die Systemfrage zu stellen



Von Peter Ehrlich

Nach wochenlangem Hickhack entscheidet diese Woche der Bundestag kurzzerhand darüber, einen Teil der Gesundheitskosten umzufinanzieren. Die Arbeitnehmer werden ab 1. Juli 2005 belastet, die Arbeitgeber entlastet und die gesetzlichen Kassen zu einer Beitragssenkung gezwungen. Ein gesetzestechischer Kniff ermöglicht es der Regierung, auf lange Beratungen mit dem Bundesrat zu verzichten. Die CDU/CSU ist insgeheim froh, dass ihr eine Entscheidung im Vermittlungsausschuss erspart bleibt.

Eigentlich sollte es immer so sein. Eine Ebene der Gesetzgebung entscheidet und trägt die Verantwortung. Der Normalfall im deutschen Föderalismus sieht anders aus. Ob Gesundheit, Steuersenkungen oder Hartz IV – immer sind Bund und Länder, Rot-Grün und CDU/CSU/FDP irgendwie an den Entscheidungen beteiligt. Um an diesem seit langem beklagten Zustand etwas zu ändern, soll Ende des Jahres die so genannte Föderalismuskommission eine Entflechtung der Zuständigkeiten vorschlagen. Eine Revolution, so heißt es dort, sei allerdings nicht zu erwarten.

Was soll das?

Leider hat bisher niemand gewagt, die deutsche Extremform des Föderalismus einmal ganz in Frage zu stellen. Es ist Zeit für ein sehr lautes: „Was soll das?“. Fangen wir an mit der erscheinenden Macht der Ministerpräsidenten. Es stimmt, dass die Stellung der Länder in der Verfassung stark ist. Die alte Bundesrepublik hat sich 1949 als Zusammenschluss der Länder in der amerikanischen, französischen und britischen Besatzungszone gebildet. Das Bundesverfassungsgericht hat erst jüngst geurteilt, dass für die Gesetzgebung primär die Länder zuständig sind. Nur hilft diese Juristenmeinung weder Deutschland als Ganzem noch der Demokratie.

Was die Demokratie angeht: Es sind nicht die gewählten Landtage, die in der Bundespolitik und in Europa mitreden. Es sind die Chefs der 16 Landesregierungen, die im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss abstimmen, oft nach Vorgaben ihrer Parteizentrale. Ohne jede demokratische Kontrolle machen sie sogar Europapolitik, obwohl sie von der Anlage des Grundgesetzes her für Außenpolitik nun

wirklich nicht zuständig sind. Die Länder können in Brüssel ungeniert für höhere Ausgaben der EU werben oder im Bundesrat die Umsetzung von EU-Richtlinien verzögern. Die Strafen für Verstöße gegen EU-Recht, ja sogar die Bußgelder im Fall fortgesetzter Missachtung des Maastricht-Vertrages zahlt der Bund. Wenn Länderfürsten direkt mit EU-Kommissaren verhandeln, stärkt das zumeist nicht die deutsche Verhandlungsposition.

Die Frage nach dem Sinn der Bundesländer in ihrer heutigen Form stellt sich immer da, wo Bund und Länder zusammenarbeiten. Wozu braucht ein einheitliches bundesweites Steuersystem Finanzämter der Länder? Selbst wenn man regionale oder kommunale Steuerzuschläge erheben würde, wie das in anderen Staaten üblich ist, könnte das eine bundeseinheitliche Verwaltung machen. Auch die Frage von Bundesinnenminister Otto Schily, wozu wir regionale Inlandsgeheimdienste und Landeskriminalämter brauchen, ist berechtigt. Am stärksten gegen die Länder spricht, dass

sie bei ihrer wichtigsten Aufgabe versagt haben, der Bildungspolitik. Erst in den letzten Jahren ist Bewegung entstanden. Land nach Land verkürzt die Schulzeit im Gymnasium, unterstützt vom gar nicht zuständigen Bund werden Ganztagsbetreuung und Kleinkinderangebote gefördert. Aber noch immer wird entlang der ideologischen Gräben der 70er Jahre diskutiert. Im krassen Gegensatz zu den OECD-Empfehlungen etwa werden die Schüler eher noch früher getrennt, statt zumindest die ersten acht Jahre gemeinsam zu lernen.

Versagen ohne Konsequenzen

Wie wäre es mit einem Vergleich zum Arbeitsmarkt? Die Diskussion über die verkrustete Arbeitsverwaltung mündete 2002 in der Entlassung des damaligen Chefs der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, und dann in den Hartz-Reformen. Wäre der Bund für Bildung zuständig, hätte die zuständige Ministerin nach der Pisa-Studie zurücktreten müssen, der Kanzler hätte eine Kommission eingesetzt und das Schulsystem reformiert.

Für viele Bürger ist der Gedanke an einen zentralistischen Staat ein Horror. Aber ein Bundesbildungsministerium müsste ja nicht gleich die Schulleiter ernennen. Ob Bund, Länder oder Kultusministerkonferenz zuständig sind: Ohne einheitliche Regeln für Schulzugangsberechtigung und Abschlüsse geht es ohnehin nicht. Die EU und der globale Bildungswettbewerb erzwingen mehr Einheitlichkeit, als wir sie heute haben. In einem klaren Rahmen sollten Schulen und Universitäten so viel Freiheit haben wie möglich und auch untereinander in Konkurrenz treten dürfen. Stattdessen werden sie allzu oft von Vorschriften erdrückt, die sich riesige Bürokratien in Regierungspräsidien und Ministerien ausgedacht haben. Für Schüler, Eltern und Lehrer wäre ein transparenter Zentralismus besser als ein bürokratischer Föderalismus.

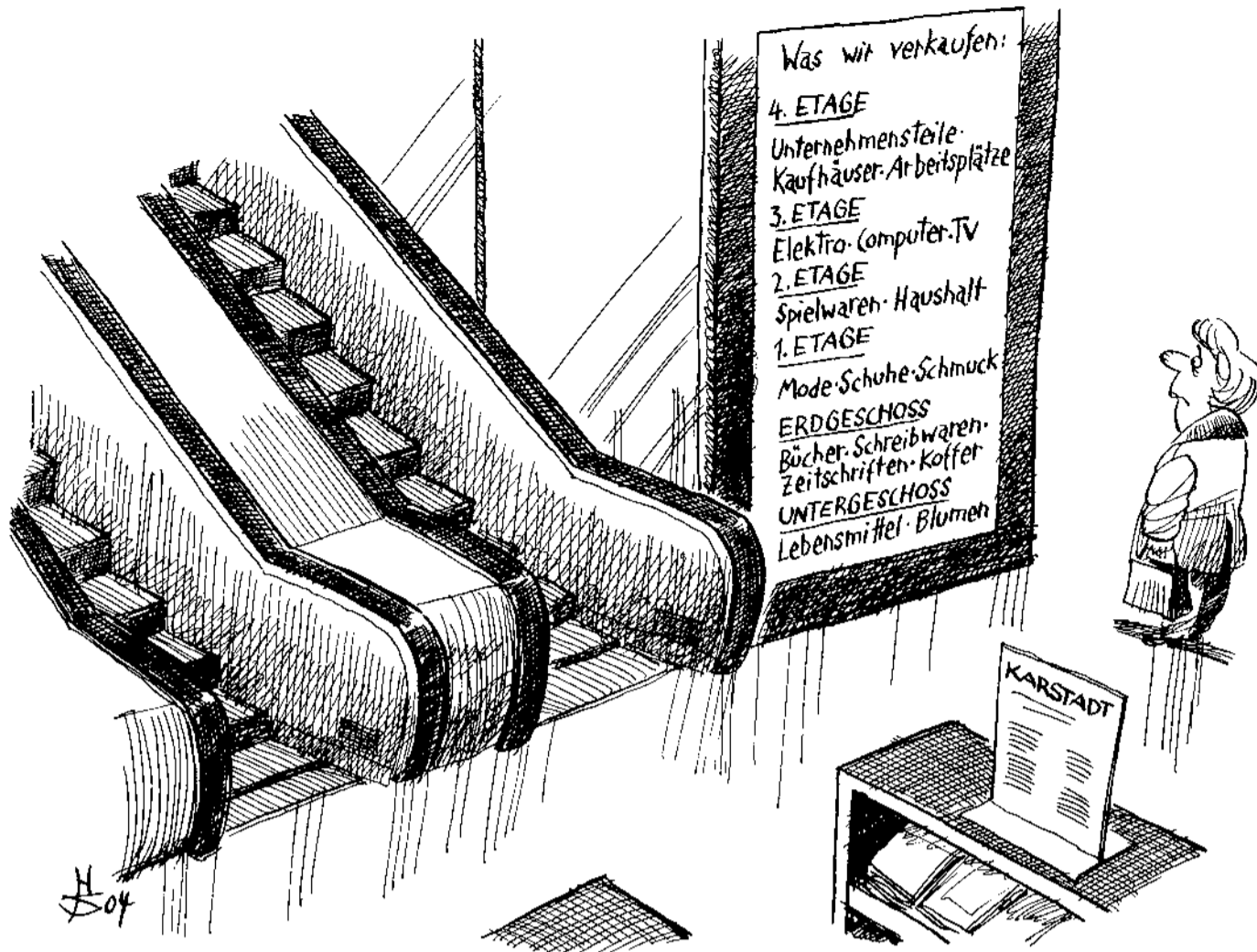
Sicher hat ein zentralistischer Staat auch Nachteile. Wenn wie in Frankreich alles über die Hauptstadt läuft, kann darunter die Provinz leiden. Franzosen und Briten haben deshalb in den vergangenen Jahrzehnten die Regionen gestärkt, ohne die Richtlinienkompetenz der Zentrale in Frage zu stellen.

Der Föderalismus gehört zu Deutschland, aber er darf nicht länger Hemmschuh bei Reformen sein und Deutschlands Stellung in Europa beeinträchtigen. Die verfassungsrechtliche Position der Bundesländer ist weit aus stärker als ihre inhaltliche Legitimität. Je mehr sich die Länder an ihre Macht klammern, desto stärker wird man diese in den nächsten Jahren in Frage stellen.



Die Ministerpräsidenten, hier **Edmund Stoiber** und **Roland Koch**, haben zu viel Macht

E-MAIL: ehrlich.peter@ftd.de



Das neue Konzept

Hässliches Ergebnis

Die EU-Innenminister werden heute über Otto Schilys Vorschlag beraten, Flüchtlingslager in Nordafrika einzurichten. Sie sollten ihm eine Abfuhr erteilen **VON BENJAMIN DIERKS**

Die Idee ist nur geklaut, trotzdem wird Otto Schily damit heute im Mittelpunkt des informellen Treffens der EU-Innenminister stehen. Auf Fanglager für Flüchtlinge in Nordafrika will er bauen und so ihre Einreise in die EU verhindern. Sollten seine Kollegen sich für den Vorschlag begeistern, würde Europa sich einer der letzten Stützen seines Asylrechts entledigen – und der Genfer Flüchtlingskonvention obendrein.

Die Briten stießen mit dem gleichen Vorschlag vor gut einem Jahr noch auf Skepsis. Auch Schily wollte nicht mitziehen. Allerdings werden ihn kaum moralische Zweifel geplagt haben. Seine Sorge war wohl eher, dass die Lager nicht genügend Flüchtlinge mit dem Ziel Deutschland zurückhalten würden.

Die hatte sich gelegt, als die Fernsehkameras wieder einmal auf ein paar Hundert Flüchtlinge gerichtet waren, die vor der italienischen Küste trieben. Um ihr Leid zu beenden, müsse man sie und ihre klapprigen Kähne eben vom Wasser fern halten und auf afrikanischer Seite einsammeln, fordert Schily, Flucht- oder Asylgrund hin oder her.

Leid als zynisches Argument

Niemand wird Schily das Mitleid mit den Flüchtlingen absprechen wollen, die auf der Flucht vor der Armut im Mittelmeer ertrinken. Ihr Leid aber als Argument zu benutzen, um einen der letzten Schleichwege zu schließen, auf dem Asylsuchende die EU noch erreichen können, ist zynisch.

„Afrikas Probleme in Afrika lösen“, betitelt Schily seinen Vorstoß. Abgesehen von dem erschreckenden Afrikabild, das Schily damit offenbart – ein einziger großer Problemkontinent –, ist kaum zu erwarten, dass Staaten wie Libyen, Algerien, Marokko und Tunesien „rechtsstaatliche

Verfahren in absoluter Sicherheit“ (Schily) garantieren. Ob die Versorgung der Hilfe suchenden in solchen Lagern gewährleistet wäre, ist ebenfalls fraglich. Die Asylpolitik Australiens, das Flüchtlinge in einfache Bungalows in der Wüste sperrt, sollte abschreckend genug sein.

Befremdlich ist, dass Schily seine Absichten nicht einmal großartig verschleierte: Das deutsche Grundrecht auf Asyl spielt in Afrika keine Rolle. Die Flüchtlingskonvention soll zwar gelten, ohne Rechtsanspruch, richterliche Prüfung und Rechtsgarantie kann sich aber niemand auf sie berufen. Da nützt es auch nichts, dass die EU ihren Schutz jüngst auf nichtstaatlich verfolgte ausgeweitet und Deutschland die Regelung in sein Zuwanderungsgesetz aufgenommen hat.

Sicherlich will Schily das Asylrecht nicht abschaffen. Das muss er auch nicht, wenn Flüchtlinge gar nicht mehr die Möglichkeit haben, Asyl zu beantragen. Auf Kritik reagiert Schily verständnislos. Wer seine Lager zu restriktiv finde, müsse ja fordern, dass jeder mit Asylgrund ohne Visum in die EU kommen kann, um Asyl zu beantragen, sagte Schily in einem Interview. „Ja genau“, hätte man ihm entgegen sollen. Genau das sind die ursprünglichen Grundlagen unseres Flüchtlingsschutzes.

Tote Flüchtlinge an den Grenzen verhindert man nicht, indem man die Mauer um Europa noch höher oder in diesem Fall den Graben noch tiefer zieht. Wer zweifelt genug ist, wird beides zu überwinden versuchen. Erst das restriktive Grenzregime Europas bringt Flüchtlinge dazu, sich von Schleusern in luftdichte Laster pferchen oder aufs Mittelmeer treiben zu lassen.

Beim designierten EU-Innenkommissar Rocco Buttiglione ist Schily bereits auf offene Ohren gestoßen. Asyl Suchende

seien eine „Zeitbombe“, sie drohten Europa zu „überschwemmen“, sagte er in einer Wortwahl, die bis vor einigen Jahren Rechtsradikalen vorbehalten war.

Asyl und Einwanderung vermischt

Dass er dennoch nicht ganz dieselben Absichten wie Schily haben könnte, zeigt sein Vorschlag, in den Lagern könne die EU die Flüchtlinge auf die Jobsuche in Europa vorbereiten. Das ist zwar fernab jedes Asylrechts und erst recht der Praxis, die Asyl Suchenden jede Arbeit verbietet. Aber einen Hintergedanken hat Buttiglione offenbar auch bei seinem zweiten – auf den ersten Blick widersinnigen – Vorschlag, man müsse ein „Asylrecht aus wirtschaftlichen und nicht nur aus politischen Gründen“ prüfen: Italien braucht Arbeitskräfte. Nicht nur hoch qualifizierte, sondern auch solche, die bisher meist aus großer Not ihre Heimat verlassen, um in Europa ihr Überleben zu sichern.

Die EU wird auf die verschiedenen Bedürfnisse ihrer Mitglieder eingehen müssen. Dabei muss sie darauf achten, dass beides getrennt behandelt wird und Flüchtlingsschutz nicht von einer humanitären zu einer rein wirtschafts- und sicherheitspolitischen Frage wird. Einwanderer brauchen eine Einwanderungsregelung und Flüchtlinge ein Recht auf Asyl, das sie auch wahrnehmen können.

Wie ein Land seine Flüchtlinge behandelt, sei ein Lackmuster für sein Verständnis von Menschenrechten und humanitären Werten, schrieb Human Rights Watch zum 50-jährigen Bestehen der Genfer Flüchtlingskonvention deren Unterzeichnerländern ins Stammbuch. Europa ist drauf und dran, bei diesem Test ein hässliches Gesicht zu offenbaren.

E-MAIL: dierks.benjamin@ftd.de

DAS LETZTE

Endlich ran an die Kindersparbücher

Deutschland reformiert sich, doch lange, lange hat eine Gruppe von Besitzstandswahrem jede Veränderung abwehren können: die Kinder.

Während beim Daimler für weniger Geld geschafft wird, dringt aus den Kinderzimmern der gellende Schrei nach Mehr, der jeden Sparwillen bricht. Mehr Fernsehen, mehr Spielzeug, mehr Vati, mehr Aufblieben. Und die Vorstände der Deutschland KG haben stets

um des lieben Betriebsfriedens willen und zum Schaden des Standorts kapituliert.

Nicht länger: Die Einnahmen der Sechs- bis Zwölfjährigen sind 2004 auf 1,44 Mrd. € und damit im Jahresvergleich um 29 Prozent gesunken, berichtet das Institut für Jugendforschung. Damit reduziert sich das jährliche Pro-Kopf-Einkommen auf magere 254 € – das reicht kaum für eine Tafel Schokolade pro Tag

und nicht einmal alle drei Monate für das neueste Handy.

Nicht nur bei den laufenden Bezügen, sondern auch bei Weihnachts-, Geburtstags-, Kommuniions-, Namenstag-, Zeugnis- und Zimmerauf-räum-, Omabesuch-, Hausaufgaben-, Gehrausundspiel-sowie WILLEISCHIPSKAUGUMMI-Zuwendungen musste der Nachwuchs Einbußen hinnehmen. Die Zugeständnisse in den Taschengeldver-

handlungen konnten offenbar erreicht werden, indem die Eltern mit Abwanderung drohten. Immerhin stehen seit der EU-Erweiterung in Osteuropa reichlich fleißige, willige und billige Kinder bereit.

Leider erschwert der verkrustete alte deutsche Kündigungsschutz weiter die Trennung. Die Gören dauerhaft loszuwerden, daran scheiterten schon die Eltern von Hänsel und Gretel. Ines Zöttl

FINANCIAL TIMES

DEUTSCHLAND

LEITARTIKEL

Miese Quote

Das Etikett der Quotenfrau oder des Quotenossis verschafft selten neue Freunde, ja es ist auch nur in Ausnahmefällen dauerhaft karrierefördernd. Trotzdem fordern Politiker und Musikbranche jetzt das deutschsprachige Quotenlied im Radio. Als letzten Schutzwall gegen die über alles und jeden hinwegschwappende Tonbrühe des Anglopops.

Sogar die Stars der deutschen Szene haben sich eingeschaltet: Smudo, einst selbst ernannter „Mikrofon-Professor“ und Wegbereiter des deutschsprachigen HipHops, fordert die Quote. Ähnlich Xavier Naidoo. Qualität setze sich eben nicht mehr durch, sagen sie.

Nun sind ausgerechnet sie die lebenden Gegenbeispiele für ihre Diskriminierungsthese. Auch die Charts zeigen ein anderes Bild: Bands wie Wir sind Helden, 2raumwohnung und derzeit Juli mit der „Perfekten Welle“ tummeln sich ganz oben. Deutsche Bands mit deutschen Texten finden ihr Publikum.

Für eine Quote lässt sich lediglich anführen, dass das Interesse an deutschsprachigen Neuerscheinungen bei vielen Sendern verschwindet. Da zugleich die deutsche Musikindustrie in einer Wirtschaftskrise steckt, sind langfristige Folgen für die Talentförderung, Standortentwicklungen und damit das gesamte kulturelle Angebot zu befürchten.

Dennoch ist die Quote der falsche Weg, denn sie verhindert weder den Einheitsbrei der Formatradios, noch garantiert sie, dass plötzlich neue Talente aus dem Boden schießen.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, per Verordnung den Künstlern und Labels ihre – zweifellos schwierigen – Marketingaufgaben zu erleichtern. Die öffentlich-rechtlichen Sender haben zwar einen Bildungsauftrag, erfüllen diesen aber durchaus in vielen Nebenprogrammen. Der Kulturbegriff, mit dem nun für die Quote geworben wird, ist zudem schwammig. Mancher Fernsehabend ist schon jetzt gesättigt mit deutschem Liedgut. Mit nicht gerade innovativer

Volksmusik allerdings. Wenn die Radiohörer Gedudel suchen, dann wird auch eine Quote sie nicht zurückholen. Ein Vergleich mit dem kriselnden deutschen Fußball bietet sich an: Ihm sollte mit einer Bundesligaquote für deutsche Spieler begegnet werden. Das deutsche Nachwuchstraining wird dadurch aber auch nicht besser. Es mag stimmen, dass sich viele junge deutsche Künstler am Markt nicht durchsetzen können. Sie in einer Quotennische nach oben zu pressen hilft aber nicht, wenn Aufbauarbeit und Marketing schwach und einfalllos sind. Die Perfekte Deutsche Welle kommt – wenn sie kommt – auch ohne Quote.

Eine Privilegierung deutscher Lieder löst das Problem nicht

Nackter Kaiser aus Athen

So ging der Kaiser unter dem sprächtigen Thronhimmel, und alle sprachen: „Wie sind des Kaisers neue Kleider unvergleichlich.“ Keiner wollte merken lassen, dass er nichts sah. „Aber er hat ja gar nichts an!“, sagte endlich ein kleines Kind. „Aber er hat ja gar nichts an!“, rief zuletzt das ganze Volk. Und war sehr erbost.

Als Griechenland 2001 der Währungsunion beitrug, war der Jubel in Brüssel groß. Stolz beglückwünschte man den Euro-Aspiranten dazu, dank eiserner Disziplin die Aufnahmebedingungen bewältigt zu haben. Nun steht Athen plötzlich nackt da, und lautes Entsetzensgeschrei ist losgebrochen. Harte Strafen werden gefordert wie die Streichung der Kohäsionsmittel, die den Aufholprozess des Landes befördern sollen. Ganz Radikale fordern gar die Verbannung Griechenlands aus der Währungsunion.

Nichts davon wird geschehen. Nicht nur, weil die meisten Ideen weder rechtlich noch politisch umsetzbar sind. Sondern weil viel zu viele, die sich nun pikiert abwenden, vorher überschwänglich des Kaisers neue Kleider bewundert hatten.

Das das Finanzwunder Griechenlands nicht mit rechten Dingen zugehen, hätte Brüssels Experten von Beginn an auffallen müssen. Der griechische EZB-Vizepräsident Lucas Papademos hat es gesagt: Die richtigen Daten waren in Athenereichten nachzulesen. Vor einem Gericht müsste sich zumindest die EU-Kommission Mitverschulden wegen grober Leichtfertigkeit anrechnen lassen.

Der Fall Griechenland lässt ahnen, dass die Modenschau in Brüssel weitergehen wird. Auch in anderen Ländern waren die Zahlen aus nur allzu schönen Stoffen und Perlen gewirkt.

Amtsverzicht ohne Amt

Lange nichts gehört von Guido Westerwelle. Ohne die 18-Prozent-Schuhsohle sehr viele Sonntage bei „Christiansen“ gelangweilt. Aber jetzt hat die Zeit des Entzugs ein Ende, der FDP-Vorsteher meldet sich zurück und zwar mit einer Botschaft von „Big Brother“-Format: Guido Westerwelle will das Erbe von Scheel und Genscher preisgeben und 2006 nicht Außenminister werden. Zumindest vorerst nicht.

Ist das die neue Bescheidenheit? Eine neue Phase Westerwellescher Selbstfindung? Oder gar die Einsicht, dass er auch in Sachen Außenpolitik ein „Leichtmatrose“ (Edmund Stoiber) ist? Zumindest taktisch ist dieser vorläufige Verzicht durchaus geschickt. Der Oberliberale vermeidet damit, dass im Bundestagswahlkampf der direkte Vergleich zwischen ihm und Amtsinhaber Joschka

Fischer gezogen werden kann. Und falls Stoiber tatsächlich, wie kolportiert wird, sofort in die vermeintliche Lücke gesprungen ist und das Außenamt für sich reklamiert hat, dann wird 2006 wunderbar zu besichtigen sein, wie der Bayer an Deutschlands beliebtestem Politiker scheitert.

Westerwelle will künftig nicht Bonusmeilen sammeln, sondern sich in Berlin um die Vermittlung und Umsetzung einer kohärenten Steuer-Arbeitsmarkt-Bildungsreform kümmern. Auch das macht Sinn, und das kann er am besten, wenn er sich neben dem Partei- auch noch den Fraktionsvorsitz angelt. Und dennoch ist das Ganze mehr Kabarett als Schauspiel. Denn es ist sehr leicht, auf ein Amt zu verzichten, das man nicht hat. Manchmal scheint es, als übersähen Politiker, dass sie erst noch in die Regierung gewählt werden müssen.

WISSENSWERTES

Lizenz zum Klonen

Ian Wilmut, Schöpfer des Klonschafs Dolly, hat eine Lizenz zum Klonen menschlicher Embryonen beantragt. Damit will er Therapien gegen tödliche Nervenleiden entwickeln. Wilmut versicherte, er wolle keine geklonten Babys produzieren. In Großbritannien ist das therapeutische Klonen zur Forschungszwecken legal. *Quelle: dpa*

Keramik zum Nageln

Keramik ist hitzebeständig, aber spröde. Österreichische Forscher präsentieren nun ein neuartiges, von Fasern durchzogenes Material. Es ist so zäh und biegsam, dass es wie Holz genagelt werden kann. Die neue Keramik soll in Gasturbinen und Raumfahrzeugen Einsatz finden. *Quelle: idw*

Assistent zum Warnen

Autofahrer, die mit 50 Sachen durch eine Tempo-30-Zone rauschen, könnten bald einen elektronischen Aufpasser zur Seite haben. Australische Forscher stellten einen Assistenten vor, der Verkehrszeichen entziffert und deren Botschaft mit dem Fahrerverhalten vergleicht. Eine Kamera scannt die Schilder, zwei weitere haben den Fahrer im Blick. Bemerkte der Assistent, dass der Fahrer ein Tempolimit übersieht, gibt er Alarm. An ähnlichen Verfahren tüftelt auch die deutsche Industrie. *Quelle: New Scientist; dpa*

| | |
|----|-------------------|
| Mo | PORTRÄT |
| Di | RECHT & STEUERN |
| Mi | WIRTSCHAFTSBÜCHER |
| Do | WISSEN |
| Fr | LITERATUR |



Schöne neue Welt: Wer sich einen Luxusliner bestellt, kann seinen zukünftigen Besitz schon mal am Bildschirm inspizieren und rechtzeitig Änderungswünsche äußern

Digitaler Spaziergang durchs Megaschiff

Ingenieure konstruieren Kreuzfahrer, Superyachten und Containerriesen mit den Werkzeugen der virtuellen Realität

Von Frank Grotelüschen

Sorgsam setzt der Arbeiter das Schweißgerät an. Die Flamme ist so grell, dass sie selbst in einiger Entfernung noch blendet. Sein Kollege hebt den Vorschlaghammer. Vier, fünf Schläge donnern durch die Werkhalle, dann sitzt die Strebe da, wo sie hingehört: in dem Bugseg-

ment eines Containerfrachters. „Was nicht passt, wird passend gemacht“, grinst Frank Josten von der Hamburger Traditionswerft Blohm + Voss.

Dann geht Josten in eines der Büros – dorthin, wo Megayachten, Tanker und Fregatten entworfen werden. Einst mühten sich hier Trupps von Zeichnern, um mit Zirkel und Lineal komplizierteste Skizzen auf große

Reißbretter zu zaubern. Heute hocken sie vor Tastatur und Bildschirm und jonglieren mit der Maus.

In anderen Branchen längst Standard, hält das virtuelle Konstruieren allmählich auch im Schiffbau Einzug. Was wie ein besseres Computerspiel erscheinen mag, bietet der Werft handfeste Vorteile. So lassen sich zum Beispiel Kundenwünsche schneller ermitteln und berücksichtigen als beim herkömmlichen Design.

Josten setzt sich an einen der Rechner und tippt Befehle in die Tasten. „Ich habe gerade das Programm geladen, mit dem man interaktiv durch ein Schiff gehen kann.“ Doch statt irgendwo hindurchzugehen, stehen wir ganz weit draußen: Der Monitor zeigt nichts als die weite, blaue See an einem schönen Sommertag. Frank Josten drückt eine Taste. In der Bildschirmmitte erscheint ein Männchen, unser Alter Ego im Computer.

Langsam ändert sich die Perspektive. Ein Megaschiff rückt vor unsere Augen, eines von der ganz exklusiven Sorte. „Eine 147-Meter-Yacht“, sagt der Ingenieur. Er schiebt die Maus ein Stückchen hoch und lässt das Männchen gleich einem Fakir über dem Luxusliner schweben. Doch genug der Magie. Per Maus-klick aktiviert Josten die Schwerkraft. Das Männlein erhält Gewicht, plumpst ins Wasser und fängt prompt an zu schwimmen. Dann

klettert es an Bord des 200-Mio.-Kahns und schlendert ein wenig kantig einen Gang entlang, es geht in Richtung Heck. „Wir befinden uns unter dem Helikopterdeck. Hier sind schon die Sonnenstühle aufgestellt“, sagt Josten – und aktiviert den nächsten Zaubertrick, indem er auf ein Befehlsfeld namens „Kollision“ klickt.

Die Wirkung ist verblüffend. Wie ein Geist schreitet unser Männchen durch die Schiffswand. Dann entschwebt es nach oben, mitten durch die Decke, und landet in einem leeren Raum mit nackten Stahlwänden, der Fußboden aus edlem Gehölz. „Hier könnte man ein Restaurant einrichten“, schlägt Josten vor.

Weiter geht der Streifzug durch ein Schiff, das bislang nur auf der Festplatte existiert. Erst zur Brücke, dann in den Maschinenraum, schließlich inspizieren wir die Gästekabinen. Zum krönenden Abschluss manövriert Josten zum Helikopterdeck und vollführt einen Rundflug um den Luxusdampfer.

Diese Art des Schiffbaus ist sehr flexibel, schwärmt Jostens Chef. „Noch bevor es überhaupt im Bau ist, kann der Eigner das Schiff inspizieren“, sagt Jürgen Engelskirchen, der bei Blohm + Voss den Bereich Handelsschiffbau und Yachten leitet. „Sollte ihm etwas nicht gefallen, kann er in die Planung eingreifen.“ So könnte einem zahlungskräftigen Besitzer bereits während des digita-



Rundgang am Bildschirm: Eine virtuelle Figur erkundet das Schiff.

len Streifzugs klar werden, dass ihm Vertäfelungen aus Teakholz viel mehr zusagen als das geplante Mahagoni. So sinkt das Risiko nachträglicher und kostspieliger Umbauten.

Das zweite Plus: Die Software arbeitet mit den tatsächlichen Konstruktionsdaten, quasi den digitalen Bauzeichnungen. Die Ingenieure können sie als Ergänzung zu den üblichen zweidimensionalen Programmen verwenden und beim Tüfteln intuitiver als bei der 2-D-Software erkennen, was sie zu tun und zu lassen haben. „Ich kann mich frei im Maschinenraum bewegen und viel besser einschätzen, wo genau ich in den Konstruktionsplänen die Rohrleitungen hinlege“, sagt Engelskirchen.

Womöglich setzt sich der Eigner eines Tages auch eine 3-D-Brille auf, um noch intensiver in das Innenleben seines künftigen Besitzes einzutauchen. Doch allem Schein, aller virtuellen Wirklichkeit zum Trotz: Kräftig Hand anlegen muss man bei Blohm + Voss auch in Zukunft, denn: „Wird die Yacht gebaut, müssen die Arbeiter hämmern und schweißen“, sagt Frank Josten und blickt zum Fenster, in Richtung Werkhalle. „Das geht am Computer nicht.“

NUKLEUS

Der Drecks-Detektor

Mutti nimmt dafür ihren Zeigefinger: Wie ein Teleskopchen streckt sie ihn aus, und dann geht es mit der Fingerkuppe flink über den Lichtschalter, oben über den Schrank und zuletzt noch kurz über die Fußleiste. Die nachfolgende Diagnose ist fast allen geläufig: Schlamperei bei der Wohnungssäuberei. Denn an Mamas Finger klebt mausgrauer Staub.

Wissenschaftler wollen natürlich besser sein als die herkömmliche Mutter. Deshalb verlassen sie sich bei der Staubkontrolle nicht auf bewegliche Teleskop-Stängchen auf biologischer Basis. Vielmehr konstruieren sie schweres Gerät mit elektronischem Spezialgedöns. Der Dreckdetektor des Fraunhofer-Instituts IPA in Stuttgart ist so ein Wunderwerk der Technik. Das

Messgerät heißt „Groundcontrol“, hat in etwa den Umfang zweier Kühlschränke, braucht Strom und natürlich eine menschliche Bedienung – drei Quadratmeter Platz sind daher Vorbedingung für seine Einsatzfähigkeit. Eine Messung hinter dem Wohnzimmer-schrank wird damit schon mal hinfällig: Groundcontrol ist viel zu sperrig. Eins zu null für Mutti.

Doch das Trumm ist nicht nur raumgreifend. Es hat leider zudem noch einen ziemlich beschränkten Gesichtskreis.

Das Hightech-Ding kann gerade mal einen Messbereich von zwölf Quadratzentimetern überschauen. Zur Erinnerung: Das ist die Fläche von einem Viertel Bierdeckel! Damit dürfte die Dreckanalyse eines Partykellers oder eines herkömmlichen Forschungslabors ganz schön lange

dauern. Neuer Zwischenstand: Zwei zu null für Mutters Finger.

Diese Überlegenheit organischer Sensorik muss die Fraunhofer-Mannschaft gewurmt haben. Doch dann hatten die Experten die rettende Idee: die Einordnung in standardisierte Oberflächenreinheitsklassen, kurz ORK! Das kann Mutti nicht. Daher liefert Groundcontrol nun Messergebnisse, die sich treu und brav an der VDI-Richtlinie 2083 (Blatt 4!) orientieren: Der Technoklumpen vermag genauestens abzuzählen, wie viele Einzelpartikel sich auf einem Quadratzentimeter tummeln, zum Beispiel im penibel staubfreien Reinraum einer Chipfabrik. Ha! Da muss Mutti passen.

Und dennoch hat sie gut lachen. Denn das Match verloren haben die Fraunhofer-Forscher trotzdem. Ob nun nach VDI-Blatt 4 oder nach Mutters missbilligendem Blick: Geputzt werden muss in jedem Fall. Und da weiß die Mama schon wieder besser Bescheid. *Annette Bolz*

Hightech-Sensor versus Mutters Finger. Wer von beiden macht das Rennen?



Damit Sie Ihren Lebensabend nicht nur halb genießen können.



Capital

Keine Fragen mehr.

DER BUNDESVERBAND DER UNTERNEHMENSBERATER WIRD FÜNFZIG

Das Netzwerk der deutschen Berater feiert Jubiläum, während viele Mitglieder unter der Konjunkturlaute leiden. Immer mehr Consultants tun sich auf regionaler Ebene zusammen, um das Geschäft anzukurbeln

Im Klub der Ratgeber



Berater unter sich: Im BDU sind rund 500 der 14 000 Beratungsunternehmen organisiert - die meisten Großen der Branche machen nicht mit

Von Axel Gloger
Frankfurt, Anfang der 50er Jahre. Irgendwo in einem Hinterzimmer sitzt eine Gruppe Männer zusammen. Alle tragen Anzug. Die meisten haben Visitenkarten mit Dokortitel im Jackett stecken. Was sie eint, ist die lose Mitgliedschaft im Klub R. Eine exklusive Vereinigung. Bereits seit einigen Jahren treffen sich die Freiberufler, ihr Zusammenschluss hat sich den Namen Klub der Rationalisierungsberater gegeben. Die Unternehmenseberatung steckte in den Kinderschuhen - was sich mit dem Wirtschaftswunder rasch und gründlich ändern sollte. Aus dem Klub R ging in den Wachstumsjahren der Bundesverband Deutscher Unternehmensberater (BDU) hervor. Mit 500 der insgesamt rund 14 000 Beratungen als Mitglieder zählt der Verband zu den Sprachrohren der Branche. Heute feiert der BDU sein 50-jähriges Jubiläum mit einem Festakt in Wiesbaden.

Die Feier fällt für die Beratungsbranche in turbulente Zeiten. Jahrelang war der Wachstumsmotor ohne Unterbrechung gelaufen. Allein zwischen 1993 und 2001 verdoppelte die Branche ihren Umsatz. Seither aber ist die Stimmung bei vielen Anbietern düster. Einige haben bis zu 50 Prozent ihres Umsatzes verloren, manche Beratung ist ganz vom Markt verschwunden, nur wenige sind gewachsen. Der BDU musste das Wort „Krise“ buchstabieren lernen - was die Consultants bislang nur von ihren Kunden kannten, spüren sie seit drei Jahren am eigenen Leib. Der Gesamtmarkt ist seit 2001 um 700 Mio. € auf 12,2 Mrd. € Umsatz geschrumpft, der Wettbewerb entsprechend hart. „Der Kampf um die Marktanteile ist entbrannt“, sagt Rémi Redley, Präsident des BDU. Kunden merken in diesen Zeiten, dass sie Berater auch billiger bekommen können: 82 Prozent der Consultants mussten sich in ihren Preisen drücken lassen, ergab eine Umfrage unter 1500 Großunternehmen. Freilich gibt es Hoffnung: Einige Gesellschaften melden für das erste Halbjahr kräftige Auftragssteigerungen. Auch für die Gesamtbranche sieht es wieder besser aus: „Für 2004 erwartet der BDU einen leichten Zuwachs“, sagt Verbandspräsident Klaus Reiners. Zu seinem Jubiläum kann der Verband trotz der jüngsten Krise auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken. In den Gründerjahren galt es, den Be-

rufsstand an das Licht der Öffentlichkeit zu heben. Denn die „Betriebsberater“ und „beratenden Ingenieure“, wie sie sich in den 50er Jahren nannten, arbeiteten im Verborgenen. Sie als Kunde eines Beraters zu bekennen, war damals noch fast anrüchlich. Auch die Berater selbst legten keinen Wert auf Öffentlichkeit. Heute verschafft der BDU der Branche öffentliche Präsenz und bemüht sich um die Pflege des Berufsbilds: „Wer beitreten will, wird geprüft und auf Standards verpflichtet“, sagt Tom Sommerlatte von Arthur D. Little und einigster BDU-Präsident. „Die Mitgliedschaft ist ein Qualitätsausweis.“ Einer, auf den viele große Beratungen verzichten gerne verzichten. Global Player wie Boston Consulting, McKinsey oder Booz Allen Hamilton meiden die BDU-Mitgliedschaft. Unter den Top 15 der Strategieberater sind gerade einmal vier im Verband organisiert. „Die fokussieren sich darauf, ihre Marke nach vorne zu bringen“, lautet die Diagnose von BDU-Sprecher Reiners. Zu gering sind schlicht die gemeinsamen Interessen der Branchenriesen mit manchem BDU-Mitglied, das als Einzelberater vom heimischen Arbeitszimmer aus wirkt. Auf den Nutzen des BDU-Netzwerkes können die Großen verzichten: Sie sind ihr eigenes Netzwerk. Das soll sich in Zukunft ändern: Der BDU will spezialisierte Fachverbände schaffen, die sich an Kundenbranchen ausrichten, etwa der Automobilindustrie, und so auch die Großen stärker mit ins Boot holen.

„Wer beitreten will, wird geprüft und auf Standards verpflichtet“

Tom Sommerlatte, Chef von Arthur D. Little und Ex-BDU-Präsident

MANAGEMENT WORLD



Von Peter Lachner

Wer will denn überhaupt noch einen Kostenkiller?

Der Nachfolger von Mercedes-Benz-Chef Jürgen Hubbert stand bereits fest. Jürgen Schrempp, Vorstandschef von DaimlerChrysler, hatte Wolfgang Bernhard zum Thronfolger erkoren, der sich zuvor in den USA bei der Chrysler-Sanierung einen Namen gemacht hatte. Doch dann geschah das Unerwartete: Schrempp änderte seine Meinung. Binnen weniger Wochen war Bernhards Image auf das eines knallharten Kostenkillers und Restrukturierungsrambos reduziert worden, der damit nicht mehr der richtige Mann für die Aufgabe war. Stattdessen sitzt nun ab morgen Eckhard Cordes auf dem Chefsessel von Mercedes. Als Manager der Daimler-Sparte Nutzfahrzeuge hat er bewiesen, dass er eine seltene Kombination zweier wichtiger Management-Eigenschaften besitzt: Cordes kann nicht nur sanieren, restrukturieren und Kosten senken, sondern ein Unternehmen auch strategisch neu ausrichten. Eckhard Cordes ist der Prototyp des derzeit fragten Managers. Denn in der deutschen Wirtschaft deutet sich ein allgemeiner Management-Kurswechsel an. Konjunkturlaute und zunehmender Ertragsdruck hatten in den vergangenen Jahren die Nachfrage nach klassischen Sanierern gefördert. Der Management-Fokus lag auf den Kosten, weniger auf der Unternehmensleistung. Schneller Personalabbau, Verkauf unrentabler Geschäftsgebiete, Produktionsstraffung, Reduzierung der Beschäftigungskosten, Lohn- und Gehaltskürzung sowie der Verzicht auf notwendige Investitionen führten zwar zu vorübergehenden Sanierungserfolgen. Sie brachten die Unternehmen dem Ziel einer langfristigen Existenzsicherung aber nur selten näher. Im Gegenteil, wie etwa

die Beispiele Holzmann oder Metallgesellschaft zeigen. Zwar stieg die Wettbewerbsfähigkeit auf der Kostenseite. Doch gleichzeitig fiel sie signifikant auf der Leistungsseite: Produkt- oder Servicequalität sanken, Leistungsträger verließen das Unternehmen, Kundenorientierung und Innovationskraft gingen verloren. Nunmehr werden die Managementdefizite der Sanierer offensichtlich. Ihnen fehlen eine langfristige Sichtweise, Kreativität und Visionen für differenzierende Markt- und Unternehmensstrategien. Und: Sie verfügen über zu wenig Sozialkompetenz, um ihre Mitarbeiter zu Höchstleistungen zu motivieren. Für eine erfolgreiche Unternehmensführung ist auch in Krisenzeiten allein der Manager geeignet, der ein solch ganzheitliches Handwerkszeug besitzt. Der gleichzeitig Macher und Strategie ist, der Unternehmenskosten und -leistungen ins Gleichgewicht bringen kann, der Vollblut-Unternehmer und kein reiner Kostenspezialist. Dass dieser Managertyp existiert, zeigen viele Erfolgsbeispiele deutscher Vorstandschefs: Klaus Zumwinkel von der Deutschen Post, Herbert Hainer von Adidas-Salomon, Jochen Zeit von Puma, Theo Dräger von Dräger oder Wendelin Wiedeking von Porsche. Viele Zeichen deuten darauf hin, dass auch Eckhard Cordes schon bald diesem Kreis angehören wird. Und Wolfgang Bernhard? Wer ihn kennt, weiß, dass er entgegen seinem Image nicht nur Sanierer und Kostenkiller ist. Diesen Beweis wird er denen, die ihm das nicht zugebraut haben, sicher bald erbringen.

PETER LACHNER ist Geschäftsführer der Gesellschafter der internationalen Personalberatung LAB Lachner Aden Beyer & Company.

INVESTMENTFONDS

Table with columns for fund names, ISIN, currency, and performance metrics. Includes sections for Activeinvest, Banque de Luxembourg, Bantleon Bank AG, Berenberg Lux Invest S.A., CDC IXIS Asset Management, and Deka.

Netzwerke gegen Auftragsflaute

Von Rainer Steppan

Helmut Müller nimmt den Mund voll. Wenn der Wirtschaftsdezernent der hessischen Landeshauptstadt behauptet, „Wiesbaden spielt im Beratungsgeschäft in der ersten Liga“, mag er sogar Recht haben. Immerhin feiert dort der BDU sein 50-jähriges Bestehen - und nicht in Bonn, wo der Verein seinen Sitz hat. Oder in Düsseldorf und München, wo die Großen der Branche residieren. Vielleicht liegt es daran, dass Wiesbaden vor zwei Jahren ein „Kompetenznetz Consulting“ gegründet hat, dem sich inzwischen über 380 Mitglieder angeschlossen haben. Für kleine und mittelständische Berater bietet es einen organisatorischen Rahmen, in dem sie mit Gesprächsrunden und einer Internetdatenbank für sich und ihre Dienstleistungen werben wollen. Das Beispiel hat Schule gemacht. Landauf, landab weben Wirtschaftsförderer, Handelskammer-Funktionäre und Professoren mit den Consultants an regionalen Beraternetzen. Die Nachfrageflaute treibt die Kleinen der Branche dazu. Denn der Wettbewerb im Mittelstandsegment des Beratermarktes tobt heftig. Über 5000

Consultants gibt es allein in Hamburg, und fast jeder dieser Experten wirbt mit speziellen Kompetenzen. Die große Vielfalt des Angebots und die mangelnde Transparenz des Marktes überfordern gerade die mittelständischen Unternehmer. Folge: Die dürftige Nachfrage wird zusätzlich gebremst. Netzwerke sollen helfen, diesen Missstand zu beseitigen. Dabei achten die Akteure vor allem darauf, sich gegenüber unseriösen Beratern abzugrenzen: „Wir haben strenge Aufnahmekriterien“, betont der Ochsenfurter Consultant Johannes Voss, der sich mit Kollegen aus der Region Würzburg zum Beraternetz Mainfranken zusammengeschlossen hat. „Einzelkämpfer ohne qualifizierten fachlichen Hintergrund haben keine Chance, bei uns Mitglied zu werden“, so der Berater. „Ganz systematisch“ sei man auf diese Aufgabe hergegangen, sagt Uwe Rentmeister von der Industrie- und Handelskammer in Saarbrücken. Von den fast 1500 im Kammerbezirk gemeldeten Consultants seien „etwa 500 bis 600 echte Berater“, also solche, die seit längerer Zeit hauptberuflich in der Branche tätig seien. Zu viele Netzwerk kann auch negative Folgen haben. „Die Gefahr dabei

ist, dass die Berater im eigenen Saft schmoren“, warnt der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Roland-Berger-Berater Gerd Bornmüller. Bei der Gründung des Hamburger Consulting Club habe man deshalb darauf geachtet, von Anfang an Unternehmerverbände und Klienten mit ins Boot zu holen, sagt Bornmüller. Durch die Zusammenarbeit wollen die Consultants nicht nur mehr Vertrauen schaffen, sondern auch die Qualität ihrer Dienstleistungen steigern. „Alleskönner sind out“, heißt es etwa beim Kompetenznetz in Wiesbaden. Ein Berater, der heute noch behauptet, in allen Branchen sattelfest zu sein, sei ungläubwürdig. „Wir können den Unternehmen punktgenau den richtigen Berater vermitteln“, verspricht Petra Tournay vom Beraternetzwerk Rhein-Erf. Hochschullehrer Bornmüller geht einen Schritt weiter und feilt mit wissenschaftlichem Eifer an den Kriterien für eine Zertifizierung von Unternehmensberatern. Und wengelt sich die meisten Netzwerke nicht als Konkurrenz, sondern eher als Ergänzung zum Bundesverband Deutscher Unternehmensberater sehen: Zumindest in Hamburg erwächst dem Verband auf regionaler Ebene eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz.

„Alleskönner sind out“ Kompetenznetz Wiesbaden

Kompetenznetz Wiesbaden

tergrund haben keine Chance, bei uns Mitglied zu werden“, so der Berater. „Ganz systematisch“ sei man auf diese Aufgabe hergegangen, sagt Uwe Rentmeister von der Industrie- und Handelskammer in Saarbrücken. Von den fast 1500 im Kammerbezirk gemeldeten Consultants seien „etwa 500 bis 600 echte Berater“, also solche, die seit längerer Zeit hauptberuflich in der Branche tätig seien. Zu viele Netzwerk kann auch negative Folgen haben. „Die Gefahr dabei

Fortsetzung von Seite 29 ... Täglich Veröffentlichung der Anteilspreise – mitgeteilt von wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for ADAM Luxembourg S.A., Dresdner International Management Services, DEGI, European Investors, GIB Property Fund, Frankfurt-Trust Investment GmbH, GAM, Gartmore, Henderson Global Investors, Hornblower S.A., HSBC, and HSBG Global Investment Funds.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Merill Lynch Global Selects, Merrill Lynch Investment Managers, Merrill Lynch Global Selects, and Merrill Lynch Investment Managers.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Schaefflerbank Invest, Schaefflerbank Invest, and Schaefflerbank Invest.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Schroders, Schroders, and Schroders.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Table with columns: Name, ISIN, Währung, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, % zum Ausgabepreis, Aktienwert, ATE. Includes sections for Sun Life, Sun Life, and Sun Life.

Cineastische Leidenschaft

Almodóvars „La mala Educación“ ist ein Drama von verstörender Schönheit

Von Christian Aust, Hamburg

Bereits in den frühen Achtzigern schrieb Pedro Almodóvar eine Kurzgeschichte, in der ein Transvestit in seine alte Klosterschule zurückkehrt, um den Priester, der ihn sexuell missbrauchte, zu erpressen. Immer wieder arbeitete er im Laufe der Jahre an dem Stoff und schrieb ihn mehrfach um. Doch erst jetzt, so scheint es, hat er das Handwerkszeug, um einen faszinierenden Film noir daraus zu machen.

Ein autobiografisches Werk sollte es sein, hieß es bereits im Vorfeld. Und da ebenfalls klar war, dass es in „La mala Educación“ irgendwie um Kindesmissbrauch an einer Klosterschule ging, witterten Journalisten bereits eine erschütternde cineastische Lebensbeichte. Doch Almodóvar war nie ein Mann des eindimensionalen Sinnbildes. Und auch diesmal brechen sich seine Figuren kaleidoskopartig in den unterschiedlichsten Schattierungen und Nuancen. Die Protagonisten sind einsame Individuen, getrieben von Leidenschaft und einem nie stillbaren Hunger nach Liebe.

Der junge Filmemacher Enrique (Fele Martínez) – eine Art Alter Ego Almodóvars – ist verzweifelt auf der Suche nach einer Kinoidee, als ein Fremder (Gael García Bernal) in seinem Büro auftaucht. Der behauptet, sein früherer Schulfreund Ignacio zu sein, und möchte, dass Enrique seine Shortstory über einen Transvestiten verfilmt. Die Geschichte der beiden Klosterschüler, die sich als Kinder liebten und von einem eifersüchtigen Priester getrennt werden, kommt Enrique eigenartig bekannt vor.

Wie immer gibt es bei Almodóvar mehrere Wahrheiten und ein munteres Spiel mit den Identitäten. Der mexikanische Shootingstar Gael García Bernal macht in einer Doppelrolle als Transvestit auch auf High Heels eine erstaunlich gute Figur.

Der Regisseur lotet mit großer Zärtlichkeit, doch dieses Mal auch mit eigenartiger Distanz, die finsternen Seiten der menschlichen Seele aus. Dass einen die Geschichte am Ende begeistert, aber emotional nicht wirklich berührt, mag daran liegen, dass diesem Film das Herz eines bislang jeden Almodóvar-Werks fehlt: die starken Frauencharaktere. Trotzdem – ein Drama von verstörender Schönheit und ungewöhnlicher Kälte. ●●●●

LA MALA EDUCACION
Spanien 2004, 104 Minuten;
Regie: Pedro Almodóvar, Darsteller: Fele Martínez, Gael García Bernal, Daniel Giménez Cacho



Ausflug in die real existierende Welt: Literaturprofessorin Franny Thorstin (Meg Ryan) gerät in die Fänge eines Serienkillers

Weibliche Schnittstelle

Hollywoodstar Meg Ryan präsentiert sich mit „In the Cut“ als Literaturprofessorin in einem Erotikthriller. Christian Aust sprach mit der Schauspielerin über Image, Romantik und nackte Haut

Ob als Boxagentin in „Die Promoterin“ oder Soldatin in „Mut zur Wahrheit“, Meg Ryan hat schon so ziemlich alles versucht, um sich aus dem Genrekäfig „romantische Komödie“ freizuspielen, „aber meine Fans ignorieren das einfach“, lächelt sie tapfer, aber etwas gequält. Die Nachwirkungen von „Harry und Sally“ sind einfach stärker als jedes Gegenmittel.

„Wenn man stolz auf einen Film ist, will man natürlich auch, dass die Leute ihn sehen“, sagt sie mit einem Hauch von Melancholie in der Stimme. „Aber man kann sie nicht dazu zwingen. Niemand in Hollywood weiß, was das Publikum wirklich sehen will. Ich hoffe, dass ich als Schauspielerin noch nicht am Ende meiner künstlerischen Entwicklung bin. Es würde mich auch interessieren, einmal selbst Regie zu führen.“

Kaum eine der Topschauspielerinnen Hollywoods wird in der Öffentlichkeit so permanent mit ihrem Image identifiziert wie Meg Ryan. Und sie ist das beste Beispiel dafür, dass ein solide aufgebautes Öffentlichkeitsbild schnell zum Karrierekiller werden kann, wenn die Schauspielerin eben nicht mehr die niedliche 30-jährige Kindfrau, sondern eine Erwachsene jenseits der vierzig ist. „Ich habe nie versucht, ein bestimmtes Bild von mir in der Öffentlichkeit zu kultivieren“, behauptet sie trotz. „Das hat mich nie interessiert. Letztendlich habe ich ja ohnehin wenig Einfluss darauf, wie Menschen mich wahrnehmen, und ich

möchte meine Zeit nicht damit verbringen, einer Idealvorstellung gerecht zu werden, die irgendwelche Leute von mir haben könnten.“

Während der letzten Jahre machte Meg Ryan in erster Linie mit Schönheitsoperationen, Diäten und der Trennung von ihrem Mann Dennis Quaid Schlagzeilen. Eine öffentliche Scheidung und ein Lebensabschnitt, den sie heute als „sehr schmerzhaft“ beschreibt, der sie trotzdem nicht verbittern ließ. „Das ganze Konzept der Romantik ist ziemlich unrealistisch“, glaubt sie mittlerweile.

Vielleicht gerade deshalb folgt nun ein Erotikthriller unter der Regie der als Expertin für weibliche Befindlichkeiten gefeierten Jane Campion. Schon der Titel „In the Cut“ ist eine zweideutig eindeutige Anspielung auf ein weibliches Geschlechtsorgan. Doch die neuseeländische Regisseurin ist über jeden Verdacht der billigen Skandalhascherei erhaben. Und tatsächlich lieferte sie, im Verhältnis zur ziemlich pornografischen Kriminalvorlage „Der Aufschneider“, eine relativ entschärfte Version der morbiden Geschichte.

Wäre es vor zehn Jahren tatsächlich noch ein Skandal gewesen, die keimfreie Meg Ryan mit viel nackter Haut in schwülen Sexszenen zu sehen, hielt sich nun sogar in den notorisch pruden USA die Empörung in Grenzen. Über die Nacktszenen habe sie sich viele Gedanken gemacht, erzählt die Schauspielerin. Immerhin blitze nicht nur hier und da ein nackter Busen – sie musste sich vollständig entkleiden. „Aber ich habe mich darauf verlassen, dass die Szenen künstlerisch wertvoll werden“, scherzt sie. „Kurz bevor es so weit war, habe ich mich sogar entspannt. Und es hat mir irgendwie auch Selbstbewusstsein gegeben, nackt vor der Kamera zu stehen. Als alles fertig war, fühlte ich mich sehr stark. Es war letztendlich eine sehr befreiende Erfahrung. Obwohl ich ja in „Harry und Sally“ schon einmal einen Orgasmus spielen musste. Diesmal war es viel intimer.“

Nichts soll in diesem Film an die „alte“ Meg Ryan erinnern, kein strahlendes Lächeln, kein Scherz und selbst die sonst sehr blonde Lockenpracht hängt glatt, in dunklen Brauntönen und ohne Spannkraft vom Kopf. Zwar gab es in den vergangenen Jahren mit „Kate und Leopold“ einen Comebackversuch in ihrer Königsdisziplin, doch der war nur mäßig erfolgreich. Eine völlig neue Erfahrung für die ehemalige Königin der Einspielergebnisse.

Vielleicht sehen wir ja in „In the Cut“ zum ersten Mal die echte Meg Ryan.

FILMKRITIK

Hunger nach Liebe

Für die alleinstehende Literaturprofessorin Franny Thorstin (Meg Ryan) sind guter Sex und leidenschaftliche Liebe nur noch eine ferne Erinnerung. In einer Bar wird sie eines Tages Zeugin eines „Blow Jobs“.

Kurz danach verhöhrt sie ein Polizist (Mark Ruffalo) wegen eines grausamen Mordes in ihrer Nachbarschaft im New Yorker East Village. Auf der Hand des attraktiven Schnurrbartträgers erkennt sie die ausgefallene Tätowierung des geheimnisvollen Fremden aus der Bar wieder. Fasziniert von seiner sexuellen Anziehungskraft, lässt sich die nach Liebe hungernde Akademikerin auf eine Affäre mit

dem jüngeren Cop ein. Auch als ihr Geliebter sich immer verdächtiger verhält, kann Franny nicht von ihm lassen.

Für Meg Ryan die weitere Chance eines Befreiungsschlags vom Image des ewigen Komödienblondchens. Diesmal mit nackten Tatsachen und ein paar gewagten Sexszenen. Doch irgendwie springt der erotische Funke in diesem atmosphärisch dichten Thriller nie über. Mutig, aber nicht wirklich sexy. ●●●

IN THE CUT
USA 2003, 118 Minuten; Regie: Jane Campion; Darsteller: Meg Ryan, Mark Ruffalo, Kevin Bacon

NACHRICHTEN

Neue Oper für Kopenhagen

Die dänische Hauptstadt Kopenhagen bekommt ein neues Opernhaus geschenkt. An diesem Freitag wird das Bauwerk, das der Reeder und Milliardär A.P. Mærsk Mc-Kinney Møller seiner Heimatstadt stiftet, vom Bauherren an den Staat als Eigner übergeben. Doch trotz des generösen Geschenks für 336 Mio. €, freuen sich nicht alle Kopenhagener über die Gabe, die Dänemarks führender Architekt Henning Larsen entworfen hat. Das Ergebnis ist ein ockerfarbener Bau mit Platz für 1400 Zuschauer. Ein großzügiges, lichtdurchflutetes Glasfoyer bietet einen weiten Blick über Hafen und Stadt. In das Foyer ragt das mit orange-braun gebeiztem Ahorn verkleidete Auditorium wie ein überdimensionaler Kürbis hinein. Von innen wirkt der Zuschauerraum mit den drei Balkonen überraschend klein und intim. Er ist in dunklen Farben gehalten, nur in den Balkonen findet sich das hellere Holz des Foyers wieder. dpa

Marco Müller bestätigt

Der Leiter der Filmbiennale von Venedig, Marco Müller, ist für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Dies habe der Aufsichtsrat des Filmfestivals unter Leitung von Biennale-Präsident Davide Croff beschlossen, berichtete die italienische Zeitung „Corriere della Sera“ am Mittwoch. Müller, ein gebürtiger Römer mit Schweizer Abstammung, war im vergangenen März zum neuen Direktor der Filmbiennale ernannt worden. Zuvor hatte er bereits die Festivals von Locarno und Rotterdam geleitet. dpa

McCartney lobt Vater

Modedesignerin Stella McCartney hätte ihre Karriere nach eigenen Angaben ohne ihren berühmten Vater Paul nicht geschafft: „In meinem Beruf überwiegen ganz klar die Vorteile, einen solchen Vater zu haben, ohne ihn wäre ich nicht hier“, sagte sie in einem Interview der Wochenzeitung „Die Zeit“. dpa

Goethe-Institut auf Reisen

Das Goethe-Institut Rabat/Casablanca stellt in diesem Herbst zusammen mit dem Prix Jeunesse, dem Ökonomie-Institut Freiburg und den marokkanischen Staatsbahnen zum ersten Mal einen Filmzug auf die Gleise. Der Zug wird auf Strecken zwischen Tanger, Rabat, Casablanca, Fes und Marrakesch verkehren und Filme vor allem für Kinder und Jugendliche anbieten, die so auch an entlegenen Orten aktuelles Kino erleben können, teilte das Goethe-Institut am Mittwoch in München mit. Das Goethe-Institut erwartet nach eigenen Angaben bis zu 100 Schulklassen vor allem aus kleineren Orten und ärmeren Stadtvierteln. Die Filme kreisen um Themen der Identität, der Solidarität in Gesellschaft und Familie und des Umweltschutzes; unterhaltsame Filme wie „Good bye Lenin“ von Wolfgang Becker oder „Lichter“ von Hans Christian Schmid kämen dabei allerdings nicht zu kurz. dpa

Bewertung: ●●●● sehr gut ●●● gut ●● akzeptabel ● mäßig ● schlecht

WAS SONST NOCH ANLÄUFT

Heimat 3

Deutschland 2004, 690 Minuten
Regie Edgar Reitz
Darsteller Henry Arnold, Salome Kammer, Michael Kausch

Die Mauer fällt. Zwei Völker vereinigen sich, und zwei Menschen tun dies auch: Hermann Simon, der Dirigent aus dem Hunsrück-Örtchen Schabbach, und die Sängerin Clarissa Lichtblau sehen sich ausgerechnet im Trubel der Emotionen wieder und verlieben sich erneut. „Heimat 3“, der letzte Akt einer epochalen Saga, die 1984 begann und nun zu Ende geht, fängt wie ein Märchen an und endet unentschieden: Die Heimat ist nicht mehr die, die Regisseur Edgar Reitz einst zelebrierte. Sie besteht nur noch aus einer Ansammlung unglücklicher Menschen. Viele Charaktere wirken als Staffage epischer Einsamkeit. So ist es wohl eher das Gesamtkunstwerk, vor dem man sich hier verneigen kann, als diese Folge, deren zuweilen offenkundige Trivialität nicht stellvertretend für die Chronik der letzten 20 Jahre deutscher Geschichte gesehen werden sollte. ●●

Siegfried Tesche

Open Water

USA 2003, 79 Minuten
Regie Chris Kentis, Laura Lau
Darsteller Blanchard Ryan, Daniel Travis, Saul Stein, Estelle Lau

Die Ausgangsidee dieses Films ist schlichtweg genial – seine Spannung zieht „Open Water“ aus der Situation selber und nicht aus der filmischen Inszenierung des Schreckens, dem Griff in die Trickkiste des Spannungskinos. Die Situation des jungen Paares, das bei einem Tauchausflug in der Karibik versehentlich allein auf hoher See zurückgelassen wird, ist mit dokumentarischer Nüchternheit in Szene gesetzt. Der Horror erwächst aus dem Alleinsein in der unendlichen Weite des Meeres, aus der Kälte und dem letztendlichen Auftauchen von Haien. „Open Water“, vom Filmemacherduo Chris Kentis und Laura Lau für wenig Geld und ohne Computereffekte auf Video gedreht, macht uns damit auch die Mechanismen des Hollywoodkinos bewusst – bis hin zum überraschenden Ende. Was – zumal am Anfang – durch seine scheinbar gleichgültige Alltagsbeobachtung wie ein Gegenentwurf zu Steven Spielbergs Suspense-Klassiker „Der weiße Hai“ wirkt, ist schließlich nicht weniger spannend. Ein minimalistischer Film – eine Art „Blair Witch Project“ auf hoher See – mit großer Wirkung, der beweist, dass auch das klassische Genrekinos sich wunderbar erneuern kann. ●●●●●

Frank Arnold

The Fog of War

USA 2003, 106 Minuten
Regie Errol Morris
Dokumentarfilm mit Robert McNamara, Fidel Castro, Lyndon B. Johnson, John F. Kennedy

„Keiner unserer Verbündeten unterstützte uns“, heißt es in Errol Morris' Dokumentation „The Fog of War“. „Doch wenn wir Nationen, die ähnliche Wertvorstellungen haben wir wir selbst, nicht von der Richtigkeit unserer Sache überzeugen können, müssen wir unsere Schlussfolgerungen überprüfen!“ Diese Worte stammen von Robert McNamara, US-Verteidigungsminister unter Kennedy und Johnson, und es geht dabei um den Vietnamkonflikt – einen Krieg, der fast 40 Jahre zurückliegt. Morris gelang es, McNamara vor der Kamera zu einem kritischen Rückblick auf sein politisches Leben zu bewegen. Der Bogen spannt sich von der Bombardierung Japans im Zweiten Weltkrieg bis zur Eskalation des Vietnamkriegs. „The Fog of War“ ist kein Schulbekenntnis, sondern das Porträt eines Self-made-Mans in den Kommandozentralen des Krieges, vor dessen Augen der amerikanische Mythos zerbröckelt. McNamaras Analysen und erschütternde Original-Aufnahmen aus den 60er Jahren legen die Hilflosigkeit der Mächtigen vor der Dynamik des Krieges bloß. „The Fog of War“ ist ein eindringliches Mahnmal gegen die Selbstüberschätzung der Politik. ●●●●

Nina Rehfeld

Mann unter Feuer

USA, Mexiko 2004, 146 Minuten
Regie Tony Scott
Darsteller Denzel Washington, Dakota Fanning, Christopher Walken, Marc Anthony

Denzel Washington spielt sie dauernd, diese gebrochenen Glenden, denen das Schicksal schwer zusetzt, die ihren Glauben verlieren, alle Hoffnung fahren lassen, um dann doch noch zu sich selbst und ihrem guten Kern zu finden. Wie John Creasy: ein Ex-CIA-Agent mit bösen Erinnerungen und einem Alkoholproblem, der sich von einem reichen Mexikaner (Marc Anthony) als Bodyguard für dessen Tochter engagieren lässt. Als die Kleine gekidnappt wird, wandelt er sich zum Racheengel und übt brutal blutige Vergeltung an den Entführern. Regisseur Tony Scott hat diese „Ein Mann sieht rot“-Geschichte in abgehackte, manierierte Bilder verpackt. Über zwei Stunden lang hetzt er die Kamera durch hoch stilisierte Szenarien. Denzel Washington und die zehnjährige Dakota Fanning liefern routiniert gute Leistungen ab. Was Tony Scott und die Darsteller mit der fragwürdigen, symbolüberfrachteten Story sagen wollen, bleibt ein Rätsel. ●●

Anke Kapels



CHAMPIONS LEAGUE

Gruppe A

| | |
|----------------------------------|-----|
| AS Monaco – Deportivo La Coruña | 2:0 |
| Olympiakos Piräus – FC Liverpool | 1:0 |

| Platz | Mannschaft | Sp | Tore | Pkt. |
|-------|---------------------|----|------|------|
| 1. | Olympiakos Piräus | 2 | 10 | 4 |
| 2. | FC Liverpool | 2 | 21 | 3 |
| 3. | AS Monaco | 2 | 22 | 3 |
| 4. | Deportivo La Coruña | 2 | 02 | 1 |

Gruppe B

| | |
|--------------------------------|-----|
| Dynamo Kiew – Bayer Leverkusen | 4:2 |
| Real Madrid – AS Rom | 4:2 |

| Platz | Mannschaft | Sp | Tore | Pkt. |
|-------|------------------|----|------|------|
| 1. | Dynamo Kiew | 2 | 72 | 6 |
| 2. | Bayer Leverkusen | 2 | 54 | 3 |
| 3. | Real Madrid | 2 | 45 | 3 |
| 4. | AS Rom | 2 | 27 | 0 |

Gruppe C

| | |
|------------------------------------|-----|
| FC Bayern München – Ajax Amsterdam | 4:0 |
| Juventus Turin – Maccabi Tel Aviv | 1:0 |

| Platz | Mannschaft | Sp | Tore | Pkt. |
|-------|-------------------|----|------|------|
| 1. | FC Bayern München | 2 | 50 | 6 |
| 2. | Juventus Turin | 2 | 20 | 6 |
| 3. | Maccabi Tel Aviv | 2 | 02 | 0 |
| 4. | Ajax Amsterdam | 2 | 05 | 0 |

Gruppe D

| | |
|---|-----|
| Manchester United – Fenerbahce Istanbul | 6:2 |
| Sparta Prag – Olympique Lyon | 1:2 |

| Platz | Mannschaft | Sp | Tore | Pkt. |
|-------|---------------------|----|------|------|
| 1. | Manchester United | 2 | 84 | 4 |
| 2. | Olympique Lyon | 2 | 43 | 4 |
| 3. | Fenerbahce Istanbul | 2 | 36 | 3 |
| 4. | Sparta Prag | 2 | 13 | 0 |

NACHRICHTEN

Doping-Razzia bei Springstein

Zwölf Jahre nach dem weltweit Aufsehen erregenden Fall um Sprint-Weltmeisterin Katrin Krabbe steht ihr damaliger Trainer, Thomas Springstein, erneut im Zentrum massiven Dopingverdachts. Gestern fand die Staatsanwaltschaft Magdeburg im benachbarten Gerwisch verbotene Substanzen bei der Durchsichtung im Haus des 46-Jährigen, den der Deutsche Leichtathletik-Verband 2002 noch als „Trainer des Jahres“ ausgezeichnet hatte. Springstein soll Dopingsubstanzen an Jugendliche verabreicht haben. Ihm drohen wegen Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz bis zu zehn Jahren Haft. Der DLV hatte am 2. August, elf Tage vor dem Olympia-Auftakt in Athen, Anzeige gegen Springstein wegen Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz und möglicherweise versuchter gefährlicher Körperverletzung erstattet. Bei Springstein, der bisher keine Stellungnahme abgab, waren bei der Hausdurchsichtung laut dem Leitenden Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers Arzneimittel gefunden, die offenbar den als Dopingsubstanz verbotenen Wirkstoff Testosteron-Undecanoat enthalten. **sid**

Rich ist Rad-Vizeweltmeister

Zeitfahrtspezialist Michael Rich ist in seiner Paradedisziplin zum dritten Mal nach 2000 und 2002 Vize-Weltmeister geworden. Bei den Titelkämpfen in Bardolino am Gardasee musste sich der 35-Jährige aus Emmendingen nach 46,75 Kilometern nur dem Australier Michael Rogers geschlagen geben. Dritter wurde T-Mobile-Fahrer Alexander Winokurow aus Kasachstan. Für Rich war es schon die zweite Medaille, nachdem er vor dem Rennen nachträglich Bronze von der WM 2003 in Hamilton erhalten hatte. „Wann bekommt man schon mal zwei Medaillen an einem Tag?“, fragte der Gerolsteiner-Profi. Noch besser traf es Rogers, dem nach dem Dopinggeständnis des 2003 siegreichen Briten David Millar auch die Goldmedaille von Hamilton zuerkannt worden war. **sid**

Jan Ullrich sagt alles ab

Endgültiges WM-Aus für Jan Ullrich: Wegen anhaltender Magenprobleme wird der Olympiasieger von 2000 bei den Straßenrad-Weltmeisterschaften in Italien nicht an den Start gehen. Zwei Tage nach der Absage für das Zeitfahren folgte gestern der Verzicht auf das abschließende Straßenrennen am Sonntag in Verona. „Die Saison ist nun für mich beendet“, verkündete der 30-Jährige auf seiner Homepage. „Ich bin noch so schwach, dass ich sogar beim Treppensteigen zuhause in den ersten Stock außer Atem gerate.“ Ein viraler Magen- und Darminfekt beendete Ullrichs Hoffnungen auf einen erfolgreichen Abschluss einer verkorkten Saison, in der er als Vierter der Tour de France und mit zwei schwachen Olympia-Rennen in Athen alle seine Ziele klar verfehlte. **sid**



Da guckst du! Amsterdams Rafael van der Vaart (l.) kann kaum glauben, was er sieht – ein Zaubertor von Roy Makaay nach dem anderen

FC Makaay München

Bayerns Superstar schießt seinen Klub beim 4:0 über Ajax aus der Krise und bleibt als Einziger auf dem Teppich

Von Heinz-Wilhelm Bertram, München

Wieder einmal war bei Roy Makaay kein Triumphgefühl zu erkennen. Dabei hatte er zum ersten Mal drei Tore für den FC Bayern München erzielt. Und die Bilanz in seinem zehnten Champions-League-Spiel für den Rekordmeister auf nun zehn Tore erhöht. Und irgendwie drei Referenztreffer für seine Ambitionen in der holländischen Fußballnationalmannschaft gemacht. Denn der „FC Makaay“ hatte schließlich die Fußball-Streitmacht Ajax Amsterdam durch ein weiteres Tor von Zé Roberto mit 4:0 besiegt. Kann dieser so fest auf dem Erdengrund verwachsene Roy Makaay jemals abheben? Das geht schon deshalb nicht, „weil ich dazu gar keine Zeit habe“, sagte er gestern, am Tag danach. Und gab Auskunft über seinem dichten Terminkalender: „Bis um 24 Uhr saß ich in der Kabine, bis um ein Uhr im V.I.P.-Raum.“ Nein, er habe sich kein Bier gegönnt, „weil ich noch nach Hause fahren musste“. Dort sei er um zwei Uhr angekommen, „und um sieben habe ich die Kinder in den Kindergarten gebracht“.

Aber auch aus anderem Grund dürfte Makaay auf dem Teppich bleiben, solange er gegen den Ball tritt. Weil er seine beinahe gespenstische Ausbeute beim Torerfolg eben dieser Verwurzelung im Alltag verdankt.

Was mögen die Gartennachbarn der Familie Makaay über diesen Mann denken, wenn er abends im Fernseher Glitzertore schießt, um am nächsten Morgen an den Fleißigen Lieschen im Balkonkasten zu pupfen und die Mülltüte rauszutragen, um winkend „Guten Morgen!“ herüberzurufen und die Semmeln einzukaufen? Roy Makaay, der in seinem Geld schwimmen könnte, ist derart stinknormal, dass er schon im Ruf steht, ein überdurchschnittlich begabter Langweiler zu sein.

So stand er nach dem 4:0-Sieg gegen Amsterdam vor den Kameras, die nackten Füße in Baldelettschen, die Hände in der Hüfte, mit den Gedanken bei einem Allereignis, das sich gerade zugehen hatte. „Bring nichts, dieser Typ“, stöhnte ein Boulevard-Journalist, um sich enttäuscht abzuwenden. Dabei übte sich Makaay doch einmal mehr nur in der Rolle, die er wie kein Zweiter beherrscht: Er spielte den König der Phrasen.

Die Plattitüden des Holländers sind auf dem besten Wege, zu einer Messeinheit zu werden: Eine besonders auffallende Plattitüde heißt in München neuerdings „ein Makaay“. Die mitunter uferlos banalen Aussagen des Holländers stehen diametral zur Zielgenauigkeit seiner Torschüs-

se, so dass ein Zusammenhang zwischen seinen oftmals nichts sagenden Verlautbarungen und seinen alles entscheidenden Treffern förmlich auf der Hand liegt. Oder zugespitzt gesagt: Makaay scheint seine Stärken gerade daraus zu schöpfen, dass er sie als so gnadenlos geringfügig, ja bedeutungslos darstellt.

Was also erklärte der Matchwinner dieses Mal zu seinen drei prächtigen Toren? Natürlich erneut, dass es doch seine Aufgabe sei, sie zu erzielen. „Das ist doch normal.“

„Das ist doch ganz normal“

Bayern-Star Roy Makaay mag die Aufregung um seine teils unglaublichen Tore nicht verstehen

Und nicht nur gegen Ajax Amsterdam, „auch wenn wir gegen Lettland gespielt hätten, wären die drei Tore wichtig gewesen“. Aha. Von größtem publizistischem Wert war auch seine Aussage, er sei „schon vor dem Spiel“ überzeugt gewesen, „dass wir heute gut spielen würden“. Auf die Frage, ob die Ajax-Mannschaft jetzt „noch mehr Respekt“ vor ihm haben würde, antwortete er trocken: „Wenn einer von denen drei Tore erzielt hätte, hätten wir auch Respekt vor ihm.“

Damit überdeckte Makaay einmal mehr, dass er, so Thomas Linke, über eine „sensationelle Schusstechnik“ verfügt, die er bei seinem 1:0 nach einem schönen Pass von Owen Hargreaves bewies. Er hütete sich tunlichst davor, seine Kopfballstärke zu

hervorzuheben, die er bei seinem 2:0 mit dem Hinterkopf ausspielte. Und seine Stärke im Elfmetervollzug suchte Makaay damit zu unterdrücken, dass ein Penalty zum 3:0 nicht viel zähle: „Ein Elfmeter zur Führung ist doch viel wichtiger.“ Makaay ist ein Meister darin, ebenso unablässig wie hartnäckig zu bagatellisieren, denn in Wirklichkeit hatte der Schütze Ajax-Torhüter Bogdan Lobont mit einem leicht verzögerten Schuss ins Bockshorn gejagt.

Von „Weltklassespieler“ sprach später Manager Uli Hoeneß. Und davon, dass Makaay, der die Bayern vor zwei Jahren mit drei Toren für La Coruña aus der Champions League gekippt hatte, „dies zurückgezahlt hat“. Da zählt nicht, dass der Bayern-Torjäger sie gegen eine fast noch jugendliche und körperlich unterlegene Ajax-Elf erzielt hatte. Auch war für ihn kein Thema, dass dieses unerfahrene Team keine Messlatte für den FC Bayern sein kann. „Es ist höchst erfreulich“, so Hoeneß, „dass unsere Zuschauer endlich einmal wieder total zufrieden sein durften und dass wir eine gute Ausgangsposition haben.“ Zum ersten Mal habe die Zusammenarbeit „zwischen Trainer und Mannschaft“ und umgekehrt geklappt.

Roy Makaay stand daneben, gelassen wie nach einem Training am Montagmorgen vor 50 Zuschauern. Ist doch normal, wird er über die Worte des Managers gedacht haben.

Am Rande des Abgrunds erscheint Raul als Reals Retter

Im Duell der Krisenklubs liegt AS Rom in Madrid erst vorn – dann entdecken die Spanier alte Qualitäten und feiern eine Art Wiederauferstehung

Von Ralf Itzel, Madrid

Der Retter kam um fünf vor zwölf. Im übertragenen und im wörtlichen Sinne. 23.55 Uhr war es, als Raul als Letzter die Kabine verließ. Viele Stimmensammler von Presse, Funk und Fernsehen hatten noch gewartet, doch der Kapitän Real Madrids hielt beim Gang vorbei an der Schlange von Kameras, Mikrofonen und Kugelschreibern nur ein einziges Mal an, um mitzuteilen, dass sein persönlicher Erfolg unwichtig sei im Vergleich zu dem der Mannschaft. Was man sagt in solchen Momenten, wenn man kein Mann großer Worte ist, sondern eher einer großer Taten. Die hatte er zuvor auf dem Rasen endlich wieder sprechen lassen. Um fünf vor zwölf – wenn man so will.

0:2 stand es im Spiel gegen den AS Rom nach 21 Minuten, und bei einer erneuten Niederlage hätte das Imperium Real Madrid in seinen Grundfesten gewackelt. Doch dann erschien Raul. Seit Monaten war er seiner Form hinterhergelaufen, und weil die meist auch Gradmesser der gesamten realen Befindlichkeit ist, kränkelte das teure Ensemble. Nun erwachte der weiße Riese aus der Depression – aufgerüttelt eben von Raul, der den Anschlusstreffer mar-

kierte, dann den Elfmeter rausholte, den Figo verwandelte, und schließlich noch das Führungstor erzielte. Roberto Carlos setzte mit seinem Sonderausschuss zum 4:2-Endstand noch das Sahnehäubchen obendrauf. Als Raul nach 85 Minuten vom Feld genommen wurde, erhoben sich die Zuschauer und bejubelten den Helden, der mit seinen 47 Treffern nun nummehr zwei von Alfredo di Stefanos Rekord in der Geschichte des Europapokals der Landesmeister entfernt ist.

Statt unter dem Sternbanner der Champions League hätten sich die beiden Teams diesmal auch im Rahmen einer Selbsthilfegruppe krisengeschüttelter Hauptstadtklubs treffen können. Beider Schicksale verliefen zuletzt im Unglück parallel. Seit dem Weggang passender Trainer (del Bosque bei Real, Capello bei den Römern) ging es stetig bergab. Frühere Helden des Rasens (Camacho/Völlner) versuchten zuletzt als Nachfolger, um nach wenigen Wochen ohne Besserung hinzuschmeißen und dabei als Grund die Unzählbarkeit der Fußballer anzugeben, was denen wiederum den Ruf einbrachte, verhätschelte Abzocker zu sein. Beide

Teams waren mit einem 0:3 in Europas erste Liga gestartet.

So trafen im Estadio Bernabeu also Not und Elend aufeinander, und heraus kam: ein wunderbarer Fußballabend. Für die neutralen Beobachter

und die Fans Real Madrids zumindest. Die des AS Rom, nächster Gegner von Bayer Leverkusen, werden allenfalls Trost in der ersten halben Stunde finden, als die vom starken Kapitän Totti geleitete Elf die weiterhin desolaten Hintermannschaft Reals mit chirurgischer Präzision aufschlitzte und durch de Rossi und Cassano in Führung ging. Interimstrainer Ezio Sella hatte Völlers 4-4-2-System durch ein 3-5-2 ersetzt, doch unverändert blieb die italienische Unart, sich bei Vorsprung am eigenen Strafraum zu verschanzen. Man überließ dem Gegner Ball und Raum und verschaffte ihm so ideale Bedingungen. Denn die Madrilenen mögen für die hinteren 60 Meter der Spielfläche keinen Plan haben, für die vorderen 40 besitzen sie Talent im Überfluss.

Während der AS Rom nun weiter seine Wunden lecken muss, hofft Real Madrid, nicht nur ein Spiel umgedreht zu haben, sondern die gesamte Situation. „Wir hatten schon

Leverkusens Achterbahn der Gefühle

Bayer hat Kiew fast im Griff, geht dann aber mit 2:4 unter

Das eigentlich erwartete Donnerwetter von Klaus Augenthaler blieb trotz der Niederlage aus. „Ich kann der Mannschaft fast keinen Vorwurf machen. Bis auf die individuellen Fehler war alles okay“, kommentierte der ansonsten so kritische Cheftrainer von Bayer Leverkusen das 2:4 in der Champions League beim ukrainischen Meister Dynamo Kiew und packte seine Schützlinge trotz der dritten Niederlage innerhalb einer Woche förmlich in Watte.

2:1 hatte der Werksklub Mitte der zweiten Halbzeit im Olympiastadion von Kiew vor 82 893 fanatischen Zuschauern geführt. Eine Verkettung von Fehlern führte dann zum Ausgleich und zur Wende im Spiel, nachdem der Bundesligist Ukraines Ausnahmemannschaft schon am Rande einer Niederlage hatte.

„Nach dem 2:1 für uns war Kiew stehend K.o., das 2:2 war der Knackpunkt. Wir hätten den Ball in die Karpaten hauen sollen“, erklärte Kapitän Jens Nowotny und erinnerte sich mit Grausen an den Ausgleichstreffer nur 30 Sekunden nach der Bayer-Führung (68. Minute), die er höchstpersönlich bei seinem Comeback nach sechswöchiger Verletzungspause herausgeschossen hatte.

Ausgerechnet der brasilianische Weltklasse-Abwehrspieler Juan Köpfe den Ball Richtung eigenes Tor zu Carsten Ramelow. Dieser war überrascht, Kiews Brasilianer Diogo Rincon kam an den Ball und überlistete Torwart Jörg Butt mit einem Schuss aus spitzen Winkel. „Fehler passieren – bei uns aber häufiger als bei anderen“, bilanzierte Ramelow. Drei Aussetzer von Juan, Ramelow und Butt führten zum 2:2. „Da muss man cleverer sein und den Ball mal in die 80. Reihe schießen“, ergänzte Augenthaler.

Anschließend versuchte Juan seinen Fehler wieder wettzumachen, doch in der Vorwärtsbewegung wurde ein angebliches Foulspiel an ihm nicht gepfiffen. „Dann hat er uns hinten gefehlt, und wir kriegens das 2:3“, sagte Augenthaler. Außerdem sah Bayerns ukrainischer Stürmer Andrej Woronin wegen Meckerns nach dieser Situation erst „Gelb“ und wegen eines Foulspiels später die Ampelkarte vom dänischen Referee Kim Milton Nielsen.

Als Bayer am gestern Vormittag den Heimflug antrat, war die Enttäuschung über den verpassten Teilerfolg noch spürbar. Gleichzeitig zeigte Bayer aber auch, dass die 3:0-Gala gegen Real Madrid zwei Wochen zuvor kein Zufall war. „Der Sieger in Kiew hätte auch Bayer 04 heißen können. Die Mannschaft hat den Kampf angenommen und gezeigt, dass wir mithalten können“, erklärte der Coach nach der Achterbahnfahrt der Gefühle in Kiew. **sid**



„Wir hatten schon geglaubt, dass wir wirklich so schlecht sind“

Iker Casillas, Real

Leine gelassen. Sollte sich die Mannschaft nach dem Kulturschock mit Camacho auf die weiche Art wirklich wieder auf Kurs bringen lassen, stünde sie zwar endgültig im Verdacht, statt einer Gruppe junger Sportler ein Ungeheuer zu sein, das jeden Dompteur verschlingt, der seine Aufgabe nicht darin sieht, ihm Zuckerl zu geben. Doch solange Zuckerl zurückkommen, wird das keinen stören.



Sorgenvoll
Warum die Pharmakonzerne Arzneikopien aus Schwellenländern fürchten Seite 2

Generika

Hoffnungsfroh
Wie die Nachahmer sich für die Produktion von Biowirkstoffen rüsten Seite 3



EINE SONDERBEILAGE DER

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2004

Branche steht vor umfassender Konsolidierung

Generika-Unternehmen sind in Turbulenzen · Spekulationen um mögliche Übernahme des einzigen börsennotierten deutschen Herstellers

Von Peter Kuchenbuch

Jean-François Dehecq hat sein Ziel erreicht und ist nach monatelangem Kampf Chef des drittgrößten Pharmakonzerns der Welt geworden. Das scheint ihn kein bisschen müde gemacht zu haben. Er bleibt expansionsfreudig, auch nach der Übernahme des doppelt so großen Pharmakonzerns Aventis durch Sanofi-Synthelabo. Jetzt will Dehecq den Generikamarkt aufmischen.

Bei einer Belegschaftsversammlung mit einigen Tausend Aventis-Mitarbeitern vor 14 Tagen lobte er den Wachstumsmarkt der Nachahmerprodukte (Generika). Pharmachef Hanspeter Spek gießt Öl ins Feuer und sagt: „Wir werden unser Engagement verstärken, durch internes – und bei einer guten Gelegenheit – auch durch externes Wachstum.“ In Deutschland erwirtschaftet Sanofi-Aventis laut Spek im Geschäft mit Nachahmerpräparaten derzeit einen Umsatz von 100 Mio. €. Weltweit sind es in dieser Sparte 350 Mio. €.

Die Franzosen sind nicht zimperlich, wenn sie eine Expansion ins Auge fassen, das haben sie den Investoren schon oft demonstriert. Folge: Am Tag darauf machen – mal wieder – Übernahmegegerüchte die Runde, die Aktie des einzigen börsennotierten deutschen Generikaherstellers Stada steigen um mehr als sechs Prozent. Stada ist seit einiger Zeit Spekulationsobjekt, die Bad Vilbeler Firma gilt unter Experten als unterbewertet und übernahmefähig.

Sanofis Schritt geht gegen den Trend, den andere große Pharmakonzerne vorgegeben haben. Die setzen auf renditestarke, patentgeschützte Milliardenprodukte und überlassen die Marken dem freien Spiel des Marktes, sobald ihr Patentschutz abgelaufen ist. Dehecq aber spricht schon darüber, noch vor dem Patentverlust der Sanofi-Aventis-Produkte deren Preis langsam senken zu wollen und das Medikament vorzeitig in das zukünftige Wettbewerbsumfeld zu überführen. „Es gibt keine kleinen Produkte“, sagt Dehecq. „Und es gibt keine kleinen Länder.“ Generika hätten in allen Pharmamärkten der Welt ein enormes Potenzial.

Wie ernst es Firmen wie Sanofi, Weltmarktführer Teva oder Sandoz tatsächlich ist, ihre Position im deutschen Markt mit Übernahmen auszubauen, ist nach Ansicht von Kennern nicht abzuschätzen. Deutschland sei wegen der großen Umwälzungen im Gesundheitswesen ein schwer kalkulierbarer Markt geworden, sagen sie. Analysten und Marktbeobachter haben Probleme, die Auswirkungen von „Festbeträgen für Jumbogruppen“ und ähnliche Neuerungen zu bemessen. Fachleute gehen zwar davon aus, dass die Branche wegen der Auswirkungen der Reformen auf den Wettbewerb vor einer umfassenden Konsolidierung steht. Aber noch prägt eine Großzahl mittelständischer Firmen den Markt. Und nur wenige Hersteller werden den harten Wettbewerb mit den deutschen Marktführern Hexal (Umsatz 2003: 1,18 Mrd. €), Ratiopharm und Stada (Umsatz 2003: 725 Mio. €)

Tabletten, Kapseln, Dragees – vor allem die Arzneien für den Massenmarkt sind für die Generika-Hersteller interessant, sobald die Originalpräparate ihren Patentschutz verloren haben

überstehen. Rund 200 Unternehmen in der Branche lebten bislang gut vom Interesse der Deutschen an preisgünstigen Medikamenten. Die drei Marktführer Ratiopharm, Stada und Hexal teilen sich die Hälfte des Umsatzes. In den vergangenen vier Jahren kletterte der Anteil der Generika von 36 auf 41 Prozent des gesamten Pharmamarktes. 4,4 Mrd. € setz-

ten die Firmen vergangenes Jahr mit nachgeahmten Präparaten um.

Zwar verhandelte der Darmstädter Pharma- und Chemiekonzern Merck im Frühjahr über einen Einstieg beim Konkurrenten Heumann. Die Sondierung wurde aber abgebrochen. Merck will sein Generikageschäft ausbauen und damit die Schwäche bei patentgeschützten

Medikamenten kompensieren. Spekulationen über eine mögliche Transaktion zwischen Merck und Stada haben 2004 ebenfalls zu Aktienkursreaktionen geführt. Verstärkt aber hat sich Merck vorerst mit dem skandinavischen Generikageschäft des amerikanischen Pharmakonzerns Pfizer. Für 54 Mio. € übernimmt Merck die Pfizer-Tochter

NM Pharma, die im vorigen Jahr 39 Mio. € Umsatz erwirtschaftete.

Weltmarktführer Teva expandierte Mitte August in Italien durch den Kauf der Pfizer-Tochter Dorom. Teva will die Marktführerschaft in Italien ausbauen. Das Unternehmen werde dort rund 60 Nachahmerprodukte vermarkten. Allein in den vier EU-Staaten Deutschland, Frankreich,

Großbritannien und Italien verlieren von 2005 bis 2010 Medikamente mit mehr als 10 Mrd. € Umsatz ihren Patentschutz. Die weltweiten Zuwächse des Generikamarktes könnten durchschnittlich 13 Prozent jährlich erreichen, schätzen die Marktforscher von IMS. Die Rate liegt um etwa vier Prozent über dem zu erwartenden Wachstum der Verkäufe patentgeschützter Medikamente in den Industriestaaten.

Umso mehr hat die Nachricht die Märkte irritiert, dass Hersteller wie Ratiopharm, Hexal oder Stada 2004 in Schwierigkeiten geraten sind. „Das Geschäftsjahr 2004 ist ohne Zweifel das schwierigste seit langem“, räumt Stada-Chef Hartmut Retzlaff ein. Dennoch will der Vorstandschef wieder an den Vorjahresgewinn von 43,9 Mio. € nach Steuern herankommen. Im Juni gab Stada, die Nummer drei im Generikamarkt, überraschend eine Gewinnwarnung aus. Die Aktien des im MDax notierten Unternehmens brachen prompt um 15 Prozent ein. Vorstandschef Retzlaff warnt: „Das Schiff Stada ist zurzeit in schwerer See.“

Bei der Konkurrenz sieht die Lage kaum besser aus. „Der Generikamarkt war zwischen Januar und Mai in Deutschland mit minus drei Prozent rückläufig“, klagt Ratiopharm-Vorstandschef Claudio Albrecht, der selbst allerdings noch Umsatzzuwächse vermelden kann. Das große Dilemma im laufenden Jahr: Patienten gehen nicht mehr so oft zum Arzt, seit sie eine Praxisgebühr bezahlen. Auch höhere Zuzahlungen bei Medikamenten belasten die privaten Haushalte, sodass der Medikamentenkonsum sinkt. Überdies erstatten die Kassen nicht mehr die Ausgaben für rezeptfreie Medikamente, so genannte OTC-Produkte („over the counter“). Ärzte verschreiben zwar auf Drängen der Kassen seit Jahren bevorzugt generische Medikamente, geizen aber neuerdings mit Rezepten. Zudem belasten 2004 die 16 Prozent Herstellerrabatt, die die Generikahersteller den Krankenkassen für Medikamente gewähren müssen, für die es keine Festbeträge gibt.

2004 hätte das Erfolgsjahr der Branche schlechter werden können. Bis Dezember läuft der Patentschutz für diverse Markenprodukte aus, mit denen die Pharmafirmen einen Jahresumsatz von 750 Mio. € machen. Wichtigster Markt für Stada ist nach wie vor Deutschland, wo die Firma rund die Hälfte des Konzernumsatzes erzielt. Im Heimatmarkt seien 2004 wegen der Gesundheitsgesetzgebung mehr als 20 Mio. € Ergebniseinbußen zu erwarten, sagte Konzernchef Retzlaff auf der Hauptversammlung Mitte Juni in Frankfurt. Auch in Spanien hätten neue Festbeträge zu Jahresbeginn das Wachstum gedämpft, hieß es.

Stada hatte 2003 in Spanien und Italien hohe Wachstumsraten erzielt. Aber auch dort hat sich die Preissituation verschärft und der Wettbewerb zugenommen. Seit Anfang 2004 geht es bergab: Bis Anfang August sank der Aktienkurs auf rund 50 Prozent seines Wertes und erreichte die tiefste Notierung seit Sommer 2001. Folglich sprießen Übernahmefantasien. Ratiopharm-Chef Claudio Albrecht erwartet in den kommenden Jahren einen tief greifenden Wandel in der Branche: „Zehn große, internationale Unternehmen werden im Generikamarkt übrig bleiben.“

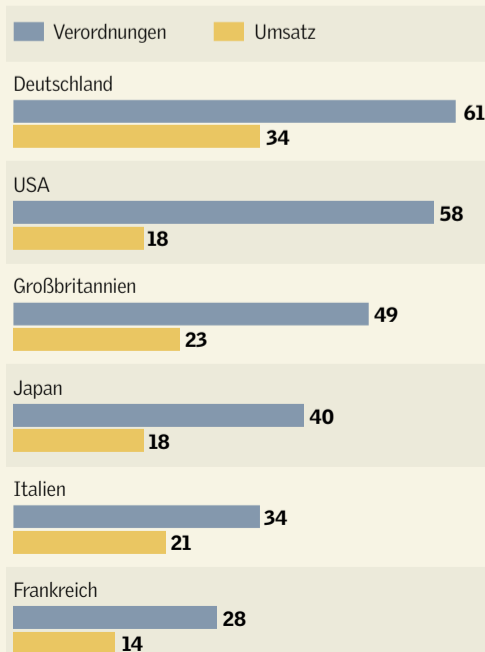
„Es gibt keine kleinen Produkte. Und es gibt keine kleinen Länder“

Jean-François Dehecq, Sanofi-Aventis

MARKT FÜR NACHAHMER-ARZNEIMITTEL

Deutschland liegt vorn

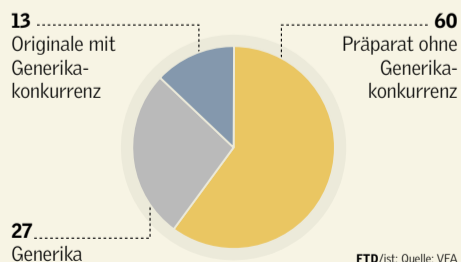
Marktanteile der Generika 2002, in %



FTD/jst; Quelle: Danzon/Furukawa 2003

Original und Kopie

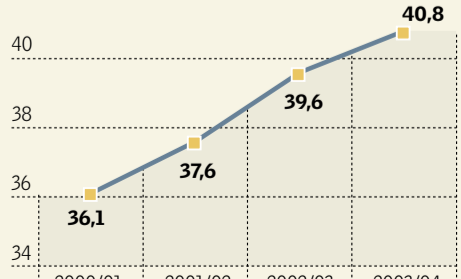
Anteile im Apothekenmarkt 2002, in %



FTD/jst; Quelle: VFA

Der Anteil wächst

Generikaanteil am deutschen Gesamtmarkt, in %*



* jeweils Zeitraum von Juni bis Mai

FTD/jst; Quelle: IMS

Im Visier der Generika-Hersteller

auslaufende Patente bis 2006

| Patentschutz bis | Marke (Wirkstoff) | Umsatz USA 2002 in Mio. \$ |
|------------------|--|----------------------------|
| Mai 2004 | Clarcid/Biaxin (Clarithromycin) Antibiotikum | 558 |
| Nov. 2004 | Zithromax (Azithromycin) Antibiotikum | 1406 |
| Dez. 2004 | Zocor (Simvastatin) Cholesterinsenker | 4006 |
| Dez. 2004 | Zoloft (Sertraline) Antidepressivum | 2443 |
| Mai 2005 | Premarin* (Östrogen) Sexualhormon | 1180 |
| Okt. 2005 | Pravachol (Pravastatin) Cholesterinsenker | 1695 |
| Dez. 2005 | Paxil** (Paroxetine) Antidepressivum | 2444 |
| Dez. 2005 | Imitrex (Sumatriptan) Migränemittel | 1045 |

* Hemihydrate, ** patentiertes Herstellungsverfahren

FTD/jst; Quelle: Sandoz, Novartis

Bilderbox/Erwin Weidlich



Die aidskranke Jady Graslund aus Johannesburg faltet ihre tumorübersäten Hände zum Morgengebet. Sie bekommt Medikamente vom International Solidarity Fund. Vielen anderen Afrikanern bleibt nur das Gebet

Medizin für die Ärmsten der Armen

Um bezahlbare Nachahmerpräparate für Entwicklungsländer tobt ein Interessenkonflikt · Pharmakonzerne mühen sich um besseres Image

Von Ulrike Sosalla

Wenn es um Afrika geht, werden die Manager großer Arzneimittelhersteller plötzlich ganz vorsichtig. Dann sprechen sie nicht mehr von Märkten und Gewinnmargen, sondern von Verantwortung und menschlichen Schicksalen. Viele Jahre erbitterter Debatten um die Geschäftspraktiken der Konzerne gegenüber den ärmsten Entwicklungsländern haben Spuren hinterlassen – sowohl im Gebaren der Führungskräfte als auch in den Bilanzen.

Fast alle noch verbliebenen Epidemien dieser Welt wüten am schlimmsten in Afrika – ob Aids, Tuberkulose, Schlafkrankheit, Malaria oder seit neuestem auch wieder die Kinderlähmung, die schon für ausgerottet gehalten worden war. Und gegen fast alle von ihnen gibt es Medikamente, die Symptome lindern oder Krankheiten heilen können. Allein sechs Millionen Menschen in Entwicklungsländern müssten mit

Aids-Präparaten behandelt werden. Nur 400.000 erhalten die Medikamente jedoch. An Tuberkulose und Malaria sterben jedes Jahr 14 Millionen Menschen – der überwiegende Teil in Entwicklungsländern.

Dass die Menschen in diesen Ländern nur in Ausnahmefällen Zugang zu diesen Mitteln haben, dafür standen jahrelang die Pharmakonzerne am Pranger – eine Diskussion, von der sich ihr Image immer noch nicht ganz erholt hat. Auslöser waren Vorwürfe von Südafrika, Brasilien und Indien, die Pharmakonzerne verhinderten die Produktion billiger Nachahmermedikamente, die es den Ländern ermöglichen würden, ihre Bevölkerung zu vertretbaren Preisen zu versorgen.

Seit sich im Frühjahr 2004 Industrie- und Entwicklungsländer in der Welthandelsorganisation WTO darauf einigten, Aids-Medikamente gegen geringe Lizenzgebühren an arme

Länder weiterzugeben, hat sich die Debatte gelegt. Als Märkte bleiben die Entwicklungsländer jedoch auch nach der Einigung innerhalb der WTO ein schwieriges Terrain für Arzneimittelhersteller. Da sind die ärmsten Länder der Welt, viele davon in Afrika, deren Einwohner sich auf absehbare Zeit selbst Generika nur mit ausländischer Finanzhilfe leisten können – an ihnen, da sind die Unternehmen einig, können und wollen sie kein Geld verdienen.

Dann sind da aber auch die Schwellenländer Asiens, Afrikas und Südamerikas: Länder wie Brasilien, Indien, Thailand oder Südafrika, in denen es zwar bittere Armut gibt, aber auch beachtliche Mittelschichten und eine zunehmend selbstbewusste Industrie, die ihrerseits nach neuen Märkten sucht. Dort würde es sich lohnen, Originalarzneien und Generika zu vertreiben.

Pharmafirmen fürchten Konkurrenz durch Generika aus Indien und Brasilien

Von dort, so fürchten viele Pharmaunternehmen mit eigener Forschung, droht ihnen noch mehr Gefahr als von den Generikaherstellern im eigenen Land. Denn vor allem Brasilien und Indien fördern die Generikaherstellung im eigenen Land. Ihr Ziel: Exporte in andere Entwicklungsländer aufzubauen. Die etablierten Konzerne verdächtigen beide

Länder, für dieses Ziel auch Produktpiraterie in Kauf zu nehmen und Arzneien nachzubauen, die noch unter Patentschutz stehen.

Dass sie mit harten Vorwürfen bei diesem hochsensiblen Thema nicht weiterkommen, haben die meisten Konzerne inzwischen verinnerlicht. Sie suchen daher nach anderen Wegen: Ob sie mit eigenen Hilfsorgani-

sationen versuchen, die Medikamentenversorgung vor Ort aufzubauen, wie der amerikanische Konzern Merck, oder ein gemeinnütziges Tropenforschungszentrum ins Leben rufen, wie die Schweizer Novartis, immer spielt auch der Gedanke mit, das eigene Image zu verbessern – und damit langfristig einen Markt für die eigenen Produkte zu schaffen.

PATENTSTREIT

Generika Entwicklungsländer fordern das Recht, Nachahmermedikamente für weit verbreitete Krankheiten herstellen zu dürfen, um ihrer Bevölkerung eine bezahlbare Behandlung zu bieten.

Trips Die WTO-Vereinbarung, die Mindeststandards für den internationalen Patentschutz regelt (Trips: Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights), bie-



tet eine Notfallklausel, die in mühsamen Verhandlungen im 2004 erweitert wurde.

Forschung Der Abbau des Patentschutzes bringt jedoch nur Fortschritte bei Krankheiten wie Aids, die auch in Industrieländern wüten. Gegen typische Tropenkrankheiten dagegen betreiben die Pharmafirmen wegen fehlender Gewinnaussichten kaum Forschung.

Nur einfache und billige Wirkstoffe lohnen die Mühe

Warum Aufwand der beste Patentschutz ist

Von Tina Klopp

Als Viagra, die Pontenzpille für den Mann, in die Apotheken kam, sorgte das bei vielen Generika-Herstellern für Betriebsamkeit. Fachleute schätzen, dass weltweit bereits Dutzende Nachahmer daran arbeiten, die blaue Pille perfekt zu kopieren.

Solches Interesse lösen längst nicht alle Medikamente aus. Beliebte sind bei den Arzneimittel-Kopierern Mittel gegen Husten, Schmerzen, Heiserkeit oder gegen Volkskrankheiten wie Bluthochdruck und Fettsucht. Es handle sich um weniger anspruchsvolle Produkte auf dem wissenschaftlichen Stand der Jahre vor dem Patentschutz, sagt Peter Bergsteiner von Girindus aus Bensberg bei Köln. Die Firma stellt seit fast 30 Jahren komplexe Wirkstoffe für die Pharmabranche her. In der Zeit kam nicht eine Anfrage eines Generika-Herstellers.

Die Nachahmer ziehen Wirkstoffe vor, die besonders günstig auf dem Weltmarkt zu haben sind oder einen großen Markt erwarten lassen – am besten beides. „Verkaufen zu niedrigen Preisen kann schließlich nur, wer viel absetzt und geschickt einkauft“, sagt Axel Müller von Stada, Deutschlands drittgrößtem Generika-Hersteller aus Bad Vilbel.

Die Wirkstoffformeln sind in der Regel bekannt. Die Generika-Her-

steller stecken ihn in Salbe, Saft oder Tablette, deren genaue Zusammensetzung sie selbst austüfeln müssen. Normalerweise erlassen die Behörden ihnen die aufwändigen medizinischen Studien der Erstzulassung. Sie verlangen allerdings die so genannte Bioäquivalenz: Der Wirkstoff muss in gleicher Menge im Blut nachgewiesen werden können wie nach Gabe des Ursprungsmedikaments.

„Verkaufen zu niedrigen Preisen kann schließlich nur, wer viel absetzt und geschickt einkauft“

Axel Müller, Stada

Dieser Nachweis fällt bei einigen Medikamenten schwerer als bei anderen. Bei den niedrig dosierten Antibiotika etwa kann selbst eine kleine Schwankung in der Feinstruktur der Hormone die Aufnahme im Körper beeinflussen.

Das macht diese Mittel für Generika-Hersteller weniger attraktiv. So ist das Basispatent für die Antibiotikabypille Yasmin, der zweitgrößte Umsatzbringer des Berliner Pharmakonzerns Schering, schon seit Jahren abgelaufen. „Insgesamt ist die Gewinnung des Stoffs über mehrere Verfahrensschritte aber so aufwändig, dass uns das bisher noch niemand nachgemacht hat“, sagt Claudia Schmitt, Pharmaexpertin von Schering.

Ähnlich konkurrenzlos glücklich ist bislang der israelische Pharmakonzern Tevas mit seinem Multiple-Sklerose-Mittel Compaxone. Tevas fühlt sich vor Nachahmern sogar so sicher, dass es erst gar kein Patent angemeldet hat.

Generika-Hersteller suchen mit ihrer Werbung den direkten Draht zum Patienten · Umweg über Ärzte zweitrangig

Von Judith Féaux de Lacroix

Wer am 24. Juli in den Europapark in Rust kam, sah doppelt – denn er war umringt von 686 Zwillingpaaren. Das Ulmer Arzneimittelunternehmen Ratiopharm hatte zum Zwillingstreffen eingeladen. Für die Besucher war das Fest ein außergewöhnliches Freizeitvergnügen, für Ratiopharm ein Höhepunkt seiner Marketingstrategie.

Den Namen Ratiopharm als Marke zu etablieren ist das erklärte Ziel des Generika-Produzenten – und die Fernsehwerbung mit den blonden Zwillingen das wichtigste Mittel dazu. „Ratiopharm gehört in Deutschland zu den Top-Ten-Marken“, sagt Reinhard Malin, Pressesprecher des Unternehmens. Neben der Fernseh-

Werbung nutzt Ratiopharm auch ungewöhnlichere Wege, um an die Öffentlichkeit zu treten. Das Zwillingstreffen gehört ebenso dazu wie das Sponsoring eines Snowboard-Teams und soziales Engagement in Entwicklungsländern.

Ratiopharm richtet seine Werbestrategie ganz klar an den Endkunden aus, also den Patienten. Dabei konzentriert sich die Arzneimittelbranche beim Marketing traditionell eher auf Fachkreise, also Ärzte und Apotheker. „Ratiopharm geht den klügeren Weg“, sagt Reinhard Rychlik, Professor am Institut für Empirische Gesundheitsökonomie in Burscheid. „Es wird immer mehr Verantwortung auf die Patienten verlagert. Diese werden zusehends sensibilisiert und wollen wissen, was sie ein-

nehmen.“ Wer sich beim Marketing an denen orientiere, die mit dem Rezept in die Apotheke gehen, werde langfristig die Nase vorn haben.

Andere Pharma-Unternehmen ziehen mit hohen Marketinggetats nach, um ihren Anteil am steigenden Generika-Absatz zu ergattern. Dabei setzen sie etwa auf die Werbewirkung von Prominenten. Rychlik beurteilt diese Strategie als erfolgversprechend. „Bei Prominenten-Werbung ist der Aufmerksamkeitsgrad besonders hoch.“ Wer einmal das Interesse des Patienten für ein Medikament geweckt habe, habe sein Ziel im Prinzip schon erreicht. Gerade bei Arzneimitteln gelte nämlich: „Konsumenten hängen an dem Produkt, dass sie einmal genommen haben.“ Generell seien Fernsehen und Internet die wichtigsten Medien, um die Aufmerksamkeit der Kunden auf sich zu ziehen, sagt Rychlik: „Wir leben von optischen Auftritten.“

Der Pharma-Produzent Stada aus Bad Vilbel bei Frankfurt verzichtet dagegen auf Fernsehwerbung für seine Generika – aus gutem Grund, wie ein Sprecher des Unternehmens erläutert. Stada sei börsennotiert, im Gegensatz zu den meisten anderen Generika-Herstellern. Dementsprechend müssten besonders hohe Investitionen in Marketing-Aktivitäten den Anlegern gegenüber gerechtfertigt sein: „Fernsehwerbung ist eine kostspielige Geschichte, zeigt aber kurzfristig nicht immer sichtbaren Erfolg“, sagt der Unternehmenssprecher. Stada spricht Endkunden deshalb lieber durch sein aufwändig gestaltetes Internetangebot an: In den Jahren 2000 bis 2002 wurde Stada

für die beste deutschsprachige Pharma-Website ausgezeichnet.

Stada wirbt mit dem Schotten-Motiv als Maskottchen, einer Anspielung auf die günstigen Generika-Preise. Das Motiv wird vor allem in Anzeigen verwendet, die sich an Ärzte und Apotheker richten. Dort hingegen, wo der Patient selbst entscheiden kann, welches Produkt er wählt – bei nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten – sei es sinnvoll, sich direkt an die Patienten zu wenden. Stada setzt hier, wie viele in der Branche, auf Aufklärungsbroschüren, die in den Arzt-Praxen ausgelegt werden. Der Gesundheitswirtschaftler Rychlik sieht darin nur eines von vielen Elementen einer Marketing-Strategie. „Werbung muss im Alltag verankert werden. Heften in Arztpraxen auslegen – das reicht nicht.“

IMPRESSUM

Financial Times Deutschland
Stubbenhuk 3 · 20459 Hamburg
Tel. 040/31990-0 · Fax: 040/31990-310
www.ftd.de; E-Mail: leserservice@ftd.de

Redaktion: Volker Bormann (verantwortl.), Hiltrud Bontrup
Gestaltung: Dominik Arndt (Ltg.), Andreas Janson
Bildredaktion: Bettina Lambrecht, Ralf Hess
Infografik: Jens Storkan
Bildbearbeitung: Frank Eberle
Chef vom Dienst: Hiltrud Bontrup
Korrektur: Dagny Hildebrandt

Verlag: Financial Times Deutschland GmbH & Co. KG, vertreten durch den Geschäftsführer Michael Rzesutsek. Postanschrift: Brieffach 02, D-20444 Hamburg

Druck: Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; G+J Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin



Mit Zwillingen zum Markenprodukt: Ratiopharm-Werbung

Biogenerika gelten als heißer Markt

Branchengrößen setzen zur Produktion von Biotech-Wirkstoffen an · US-Behörde warnt vor übereilten Zulassungen

Von Peter Kuchenbuch

Biogenerika sind der kommende Wachstumsmarkt für Nachahmerprodukte, und er ist bislang noch nicht erschlossen. Schon bald aber sollen preiswertere Versionen etablierter Biowirkstoffe wie Insulin, Interferon oder Wachstumshormone zugelassen werden. Anträge liegen in den USA und Europa vor.

Rund 20 Mrd. \$ werden weltweit jährlich mit Biotech-Medikamenten umgesetzt. Ein Zehntel davon, etwa 2 Mrd. \$, könnten Generikahersteller laut Schätzungen mit Billigkopien verdienen. Unternehmen wie Stada, Sandoz und Teva planen den Einstieg in das wachstumsstarke Segment. Die Perspektiven sind gut, denn nach und nach verlieren die Biotech-Produkte der ersten Generation den Patentschutz. Einige Wirkstoffe sind schon patentfrei, darunter bestimmte Insuline und Epogen, ein biotechnologisch erzeugtes Blutbildungshormon des Herstellers Amgen.

In den USA wächst der politische Druck auf die Zulassungsbehörde Food and Drug Administration (FDA). Sie soll so schnell wie möglich Richtlinien für Biogenerika erlassen und die Zulassungsanforderungen festlegen. Mit rund 1 Mrd. \$ jährlich belastet Epogen das staatliche amerikanische Versorgungssystem Medicare. Das Hormon, auch als Dopingmittel im Radsport bekannt, wird vor allem Dialysepatienten gespritzt. Ihre Zahl wächst: zum einen, weil es immer mehr ältere Menschen in der Bevölkerung gibt, die über Jahre eine Dialyse benötigen. Zum anderen leiden immer mehr Menschen unter Nierenschäden als Folge von Diabetes. Manche Biotech-Produkte sind sehr teuer und können jährlich 10 000 \$ pro Patienten kosten.



Bei der Herstellung von Biowirkstoffen muss das Reaktionsmilieu sorgfältig stabil gehalten werden. Dabei helfen **Pufferlösungen**. Sie werden in **Tanks** gemischt, wie hier bei Bioslect in Teterow

Um die Belastung der öffentlichen Gesundheitskassen zu senken, wollen Politiker in den USA parteiübergreifend schnellere Genehmigungen für Biogenerika durchsetzen. Die Senatoren Charles Schumer von den Demokraten und Orrin Hatch von den Republikanern haben im Juni erklärt, der Kongress sei notfalls bereit, ein Gesetz zu verabschieden, um die FDA-Prozedur zu beschleunigen. Nahezu alle namhaften Generikahersteller bereiten sich gerade darauf

vor, Biogenerika im großen Maßstab zu produzieren. So kooperiert Stada aus Bad Vilbel mit dem niederländischen Chemieunternehmen DSM Biologics. Teva, weltweit führender Generikahersteller, hat das US-Unternehmen Sicor gekauft und sich damit Zugang zu Produktionskapazitäten und Know-how verschafft. Und die Novartis-Tochter Sandoz, zweitgrößter Konzern der Branche, besitzt im österreichischen Kundl die notwendige Biotech-Ausrüstung.

Originalhersteller wie auch FDA-Beamte warnen vor Schnellschüssen bei der Zulassung. Die Produktion von Biomolekülen sei hochgradig kompliziert. Auch wenn die Proteinstruktur eines Generikums nur leicht von der des Originalwirkstoffs abweiche, könne dies dramatische Folgen für die Gesundheit der Patienten haben. „Die Herstellung dieser Produkte geschieht auf sehr hohem Niveau“, sagt Louis Lavigne, Finanzchef des Biotech-Konzerns Genentech.

Lavigne sieht seine Marktposition als Originalhersteller des Wachstumshormons Somatropin weiter gesichert. Wie eine Wagenburg schütze eine Vielzahl von Patenten das Produkt: Dazu zählen die Exklusivität auf die Technologie zur Erzeugung der gentechnisch veränderten Zelllinie, auf den Herstellungsprozess des Proteins, die Herstellung des Endproduktes und das Endprodukt selbst. „Das ist eine extrem hohe Hürde für Wettbewerber.“

Tatsächlich werden sich nur die Großen der Generikabranche einen Markteintritt leisten können. Neben technologischen Fragen wollen Behörden den Nachweis der Unbedenklichkeit in klinischen Studien sehen. Sandoz hat diese Vorarbeiten beim Wachstumshormon Omnitrop (Somatropin) geleistet und ist von allen Wettbewerbern der Vermarktung am nächsten. Die FDA aber zögert noch und legte den Zulassungsantrag Anfang September auf Eis.

ANZEIGE

Weil sich Gutes noch verbessern lässt

HEXAL investiert in Forschung & Entwicklung

Generika sind im Vergleich zum Original außerordentlich preiswert. Die Schlussfolgerung, günstiger gleich schlechter, ist jedoch unzutreffend und das gleich in doppelter Hinsicht. Zum einen sind Generika in pharmazeutischer Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit gleichwertig mit dem Original, zum anderen bringen die Generikahersteller Präparate mit gezielten Innovationen auf den Markt, die Ärzten und Patienten gleichermaßen zugute kommen.

Optimierte Patentfreie Pharmazeutika

Jedes Generikum ist in den drei Merkmalen pharmazeutische Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit gleichwertig mit dem Originalpräparat. Für die Zulassung des Arzneimittels wird diese Gleichwertigkeit vom Generika-Hersteller anhand strenger und standardisierter Kriterien nachgewiesen und durch die nationale (BfArM) oder europäische Zulassungsbehörde (EMA) bestätigt. Innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen liegen dennoch Handlungsspielräume für gezielte Innovationen. Die Erarbeitung dieser Verbesserungen ist HEXAL etwa 12 Prozent des weltweiten Gruppenumsatzes wert. Nicht ohne Grund spricht man bei Deutschlands Generikahersteller Nummer Zwei auch von »Optimierten Patentfreien Pharmazeutika« (OPP): modernen Arzneimitteln mit bewährten Wirkstoffen und verbesserten Eigenschaften.

Weil Nachahmen der erste Schritt zur Verbesserung ist

Patientengerechte Darreichungsformen und neue Dosierungen bewährter Wirkstoffe verbessern die Verträglichkeit der Medikamente und erleichtern ihre Anwendung. Nur einige Beispiele aus der Praxis: Kinderhustensäfte ohne Alkohol und allergene Farbstoffe sind unbedenklicher, Tabletten mit speziellen Bruchkerben lassen sich ebenso einfach wie exakt teilen und Schraubverschlüsse mit Öffnungshilfen nutzen motorisch eingeschränkten Rheumapatienten. Patientenfreundlicher sind auch Tabletten mit speziellen Retardformulierungen, die weniger häufig eingenommen werden müssen.

Therapie, die unter die Haut geht

Innovativ ist HEXAL auch außerhalb des generischen Spektrums. Eigene Forschungs- und Entwicklungsprojekte laufen in den Bereichen transdermale therapeutische Systeme (TTS) und Implantate. Wirkstoffhaltige Pflaster und Implantate aus biologisch abbaubaren Polymeren dienen als lokale Arzneimitteldepots in der Hormonsubstitution und Schmerztherapie. Zwei Darreichungsformen, ein Prinzip: konstante Wirkstoffabgabe über einen langen Zeitraum hinweg.

Generika aus dem Labor

Seit 1998 forscht HEXAL in der Molekularmedizin und Biotechnologie. Die ersten Biogenerics – generische Versionen biotechnologisch hergestellter Arzneimittel – werden in wenigen Jahren auf den Markt kommen. Dort ist HEXAL Gentech schon seit drei Jahren im Bereich der Tumordiagnostik präsent. Mit Hilfe eines selbstentwickelten Anreicherungs-systems lassen sich Tumorzellen effizienter aus dem peripheren Blut isolieren. Das verschafft dem behandelnden Arzt Zeitvorteile bei der Therapie.

Bewährter Wirkstoff in neuer Darreichungsform – Brausetabletten erleichtern die Einnahme der Medikamente



2001: Eintritt in die Tumordiagnostik mit einer Eigenentwicklung der HEXAL Gentech.



Analytik und Qualitätssicherung auf höchstem Niveau: Jedes Produkt wird mehrfach überprüft.



Wirkstoff-Pflaster als Arzneimitteldepot auf der Haut.



HEXAL in Kürze

- gegründet 1986 mit 22 Mitarbeitern und 5 Produkten
- heute Deutschlands zweitgrößtes Pharmaunternehmen (nach Verordnungen)
- 250 medizinische Wirkstoffe für alle großen Indikationsbereiche
- 6.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 2.500 in Deutschland
- 13 Produktionsstätten weltweit, davon 5 Werke in Ostdeutschland
- präsent in über 40 Ländern

Arzneimittel Ihres Vertrauens



www.hexal.de

Konkurrenzdruck hält die Forscher in Atem

Hersteller von Nachahmer-Medikamenten sehen sich als Stimulans für Neuentwicklungen · Nicht jede Neuerung bringt zusätzlichen Nutzen

Von Patrick Eickemeier

Generika bringen die forschenden Pharmaunternehmen in Zugzwang. Das zeigte sich etwa, als im Juni dieses Jahres eine lange Erfolgsgeschichte zu Ende ging: Der Pharmakonzern Bayer verlor in den USA das Alleinvermarktungsrecht am Wirkstoff Ciprofloxacin. Am 9. Juni brachten elf weitere Hersteller ihre billigeren generischen Versionen von Ciprofloxacin auf den amerikanischen Markt.

1987 hatte die Behörde das Präparat Cipro zur Behandlung bakterieller Infektionen zugelassen, unter anderem für Infekte der Atemwege. In Zeiten größter Terrorangst, als in den USA Briefe mit Milzbrandbakterien kursierten, galt das Antibiotikum als Mittel der Wahl, um dieser Gefahr zu begegnen. Cipro war ein Blockbuster gewesen, ein Verkaufsschlager. Bayers Brutto-Cashflow auf dem nordamerikanischen Markt sank angesichts der Nachahmermedikamente gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres um rund ein Viertel.

„Wenn der Patentschutz für ein Mittel ausläuft, wird dieser Markt neu aufgeteilt“, sagt Andreas Jäcker, der gesundheitspolitische Sprecher des Deutschen Generikaverbands. Der Wettbewerb wirke als Innovationsstimulus. Die Originalhersteller verlieren innerhalb kurzer Zeit meist zwei Drittel ihres Marktanteils an Nachahmer, die gleichwertige Mittel zu Preisen zwischen 20 und 70 Prozent unter denen der Originalpräparate anbieten. Die Einbußen sind nach Jäckers Meinung Anreiz, neue,

patentfähige Produkte zu entwickeln. Jäcker bestreitet, dass die Generikahersteller den forschenden Unternehmen zu stark zusetzen. „Die stärksten Generikamärkte sind in den Ländern, wo auch die stärkste forschende Industrie angesiedelt ist, also in den USA, Großbritannien und auch Deutschland.“

Die Pharmaunternehmen mit eigener Forschung akzeptierten das, sagt Siegfried Throm, Geschäftsführer für den Bereich Forschung und Innovation beim Verband Forschender Arzneimittelhersteller (VFA). Die Generikakonzurrenz lasse die forschenden Unternehmen Finanzmittel einplanen für die Entwicklung neuer Präparate.

„Wenn der Patentschutz für ein Mittel ausläuft, wird dieser Markt neu aufgeteilt“

Andreas Jäcker, Deutscher Generikaverband

Probleme sieht der VFA an anderer Stelle: „Der Schutz vor Nachahmung wird dadurch ausgehöhlt, dass patentgeschützte und nicht mehr patentgeschützte Präparate in einer gemeinsamen Festbetragsgruppe zusammengefasst werden“, erläutert Throm. In diesem Fall erstatten die Krankenkassen den Patienten auch für neueste Entwicklungen nur den gleichen niedrigen Betrag wie für ein billigeres Mittel oder ein Generikum.

Diese Festbetragsregelung ist Teil der Gesundheitsreform und soll bewirken, dass „nur echte Verbesserungen bei Arzneien belohnt werden“, wie es auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit heißt. Wer Scheininnovationen auf den Markt bringt, also nur leicht abgewandelte Wirkstoffe ohne wesentlich vergrößerten therapeutischen Nutzen, soll nicht vom Patentschutz profitieren. Denn patentfähig sind bereits Wirkstoffe, in deren Aufbau nur ein Atom



Pillen, mal im Original, mal als Kopie: Mitunter steckt in Nachahmerprodukten sogar eine kleine Verbesserung

verändert wurde. Sie sind zwar anders, wirken aber fast genauso wie das Ausgangspräparat.

„Wie stark ein Wirkstoff verändert wurde, sagt nichts darüber aus, wie aufwändig seine Entwicklung war“, sagt Throm. Der Aufwand für klinische Studien sei immer gleichermaßen hoch. Ohne ausreichenden Patentschutz und freie Preisgestaltung könnte es also schwierig sein, Neuentwicklungen zu refinanzieren.

Analogpräparate sind aber nicht von vornherein Scheininnovationen. Ein bewährter Wirkstoff kann durchaus in kleinen Schritten verbessert werden. Eine kleine Modifikation etwa mag genügen, um die Substanz schlucken zu können, statt sie spritzen zu müssen. Einige Analogpräparate sind besser verträglich, andere halten sich länger im Körper. Im Falle von Medikamenten zur Behandlung der Immunschwäche Aids sei es so möglich geworden, dass Medikamente nur einmal statt zwei- oder dreimal täglich eingenommen werden müssten, sagt Throm. Die Patienten vergessen dadurch seltener, das Medikament einzunehmen, und die Behandlung zeigt mehr Erfolg.

Doch nur wenige Neuzulassungen auf dem deutschen Arzneimittelmarkt erweisen sich als echte Innovation. Nach Angaben des 2003 im Springer-Verlag erschienenen „Arzneiverordnungs-Reports“ handelte es sich bei 11 der 28 im Jahr 2002 neu zugelassenen Wirkstoffe um so genannte „Me-too-Präparate“, also Analogpräparate, die nur auf den Markt kommen, weil der Hersteller in einer Sparte vertreten sein will, ohne dabei etwas Neues zu bieten. Fast 40 Prozent der neu zugelassenen Wirkstoffe dieses Jahres hätten den Patienten keinen zusätzlichen Nutzen gebracht. Nur zehn wurden als „wirklich innovativ“ bewertet.

Forschungsaufwand und Wirkstoffvielfalt treiben Kosten

Pharma-Unternehmen und Zulassungsbehörden suchen nach kürzeren und erschwinglicheren Wegen zu neuen Medikamenten · Gentests sollen weiterhelfen

Von Patrick Eickemeier

Die weltweiten Kosten für Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln haben sich zwischen 1996 und 2002 auf 32 Mrd. \$ fast verdoppelt. Im gleichen Zeitraum sank die Anzahl der zugelassenen neuen Wirkstoffe auf nur noch ein Drittel.

Die amerikanische Zulassungsbehörde Food and Drug Administration (FDA) veröffentlichte kürzlich Zahlen, nach denen nur noch acht Prozent aller Medikamentenkandidaten, die die klinische Prüf-Phase I begonnen hatten, zugelassen wurden. Die FDA vermutet, dass die Arzneimittelhersteller aus wirtschaftlichen Gründen immer häufiger die kostenintensiven Phasen II und III scheuen, wenn bereits die vorläufigen Ergebnisse der Phase I gegen eine Vermarktung sprechen. Auch Jürgen Fritze, Leitender Arzt des Verbandes

der privaten Krankenversicherungen und Psychiater an der Frankfurter Goethe-Universität, sieht die Ursachen der steigenden Kosten vor allem im langwierigen Zulassungs- und Entwicklungsverfahren, das neue Wirkstoffkandidaten durchlaufen müssen. Die Firmen seien deshalb zu „immer mehr Studien mit größeren Patientenzahlen“ gezwungen, sagt Fritze.

Überdies würden die therapeutischen Ziele immer komplexer, sagt Fritze. Schon im vorklinischen Bereich treibe das die Forschungskosten in die Höhe, weil grundlegende und deshalb teure Erkenntnisse gewonnen werden müssen, um überhaupt eine Behandlungsidee zu entwickeln. Paradoxerweise wirken auch die verbes-

serten Methoden der Genomforschung und Biotechnologie kostentreibend: Zwar lassen sich dank dieser Verfahren heute viele Moleküle finden, die bei der Entstehung einer Krankheit eine Rolle spielen und somit Wirkstoffkandidaten sind. Umso schwieriger ist jedoch zu entscheiden, welcher Wirkstoffkandidat das aufwändige Zulassungsverfahren wert ist.

Um eine frühere Auswahl zu treffen, hat die FDA Bereitschaft signalisiert, über eine raschere Erprobung des Wirkstoffkandidaten am Menschen zu sprechen. Dazu soll den Probanden eine besonders geringe Wirkstoff-Dosis verabreicht werden, die keine spürbare körperliche Reaktion aber genug biochemische Daten zur Ein-

schätzung der Verträglichkeit liefert – „Human Microdosing“ oder „Phase 0-Studie“ genannt.

Siegfried Throm, Geschäftsführer Forschung, Entwicklung und Innovation des Verbandes der forschenden Arzneimittelhersteller hält den Ausgabewert solcher Studien für zweifelhaft. Der Körper reagiere bei kleinen Substanzmengen ganz anders als bei normalen Dosen. Entscheidend zur Kostendämpfung beitragen könnten in Zukunft pharmakogenetische Daten. Derzeit sammeln die Pharmafirmen in den frühen Phasen der klinischen Studien Gen-Daten der Probanden, sagt Julia Kirchheiner, Klinische Pharmakologin an der Universität Bonn. „Wenn dann im Laufe der Studie Nebenwirkungen bei den Patienten oder Probanden auftreten, kann rückgeschlossen werden, welche Gene für die Nebenwirkungen eine Rolle spielen könnten.“

Das eigentliche Ziel ist, aus diesen Informationen Gentests zu entwickeln, die früh zeigen, welche Patienten auf ein Präparat ansprechen und welche es nicht vertragen. Dieses Wissen lässt sich bereits für die Gestaltung der klinischen Studien

selbst nutzen: „Wenn sich in Phase II Nebenwirkungen oder unterschiedliche Therapieerfolge bei den Probanden einstellen, dann ziehen wir die in Phase I gesammelten pharmakogenetischen Daten zu Rate und ändern die Phase-III-Studie entsprechend“, sagt Klaus Lindpaintner, Forschungschef des Zentrums für Medizinische Genomik des Baseler Pharma- und Diagnostik Konzerns Roche. Medikamententests, die sonst gestoppt worden wären, könnten so zumindest für Patienten mit einem bestimmten Genotyp fortgeführt werden. „Allerdings ist die Zulassung dann auf die pharmakogenetisch vordefinierte Patientengruppe beschränkt“, erklärt Throm. Doch das muss kein Nachteil sein, denn einem individuell geschnürten Paket aus Medikament und Gentest Marktanteile streitig zu machen, dürften den Generika-Hersteller schwer fallen.

PHARMA-ZULASSUNG

Initiative Die amerikanische Zulassungsbehörde FDA lässt derzeit untersuchen, welche Zulassungsanforderungen die schnelle und kostengünstige Entwicklung neuer Präparate behindern.

Altlasten Viele Vorschriften stammen noch vom Anfang des 20. Jahrhunderts und müssen kritisch hinterfragt werden.

Hintergründe im Vordergrund

| SONDERTHEMA | ERSCHEINUNGSTERMIN | ANZEIGENSCHLUSS |
|---------------------|--------------------|-----------------|
| Management II | 29.10.2004 | 19.10.2005 |
| Derivate III | 05.11.2004 | 15.10.2005 |
| Luft- und Raumfahrt | 09.11.2004 | 19.10.2004 |
| Chemische Industrie | 16.11.2004 | 26.10.2004 |

Wissen, was wichtig wird.

WWW.FTD.DE

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

Kontakt: Tel.: +49-(0)40-31990-279 oder E-Mail: sonderthemen@ftd.de